



PLEASE DON'T GO!

BITTE GEHT NICHT!

Warum wir die Briten brauchen | Why Germany needs the British

SPECIAL
plus 23 Seiten auf Englisch
23 extra pages in English

Printed in Germany
Türkei TL 23,—
Ungarn Ft. 2.170,—
Thailand Baht 450,—
Tschech. Republik Kč 275,—
Spanien/Kanaren € 6,30
Slowakei € 6,20
Slowenien € 5,90
Polen (ISSN 00387462) zł 29,—
Portugal (cont) € 6,—
Lettland € 5,60
Norwegen NOK 72,—
Italien € 6,—
Japan Yen 1.800,— (+tax)
Griechenland € 6,50
Hongkong HK\$ 88,—
Finnland € 7,40
Frankreich € 6,—
Belgien € 5,10
Dänemark dkr 48,—
Schweiz sfr 7,—

Persönlicher Service im neuen ★★★★★ Genusshotel.

Luxuriöser Aufenthalt und top Komfort für frische Lebensmittel:
der neue Miele K 20.000. Jetzt auch als Blackboard edition.



miele.de

Miele
IMMER BESSER

Hausmitteilung

Betr.: Titel

Meinen sie es ernst? Wollen die Briten es wirklich wahr machen, am 23. Juni: Europa verlassen und wieder eine Insel sein? In der Titelgeschichte bezieht der SPIEGEL Position: keinen Brexit, please!

Ein ressortübergreifendes Team um den Londoner Korrespondenten Christoph Scheuermann hat sich damit befasst: Was bedeutet die Europamüdigkeit der Briten für die Politik, die Wirtschaft, die Kultur? Was könnten die Folgen sein? Und: Welche Sicht haben Deutsche auf die Briten? Die Redaktion hat eine Auswahl von Urteilen und Vorurteilen gesammelt und über das Heft verteilt.

Diese Ausgabe wurde erweitert, damit alle Brexit-Texte zweisprachig erscheinen können: Sie wurden ins Englische übersetzt von einem Team um Charles Hawley und Daryl Lindsey, die auch die Website SPIEGEL INTERNATIONAL betreuen. Das Heft wendet sich damit auch an englischsprachige Leser in Großbritannien und Deutschland.

Wie die Abstimmung ausgehen wird? Scheuermann hat Bizarres, Bedenkliches und Ermutigendes erlebt. Besonders bizarr: wie ihm der Brexit-Kämpfer Boris Johnson erklären wollte, dass der EU-Ausstieg aus liberaler, urbaner Sicht das Beste sei. Was also werden die Briten abwegig finden – Johnsons Ansicht oder die Kritik daran? Die Demoskopen sagen: Es wird knapp.



Scheuermann

From the editors

About this issue: the cover story

Are they actually serious? Do the British really intend to leave Europe on June 23 and become an island all over again? In the cover story, DER SPIEGEL takes sides: no Brexit please!

A team of journalists led by our London correspondent Christoph Scheuermann took a closer look at the issue: what does Britain's Euro-fatigue mean for politics, economics, and culture? What will be consequences if the majority of Britons vote to leave? And how do the Germans view the British? The editorial team collected a number of insights and prejudices and has scattered them throughout the magazine.

This issue has been lengthened to make room for an addition: DER SPIEGEL is printing all its Brexit-related stories in two languages. They were translated into English by a team led by Charles Hawley and Daryl Lindsey, who run the SPIEGEL INTERNATIONAL website. The website makes the magazine accessible to English-language readers in Britain and Germany.

So how will the vote turn out? On his travels, Scheuermann saw the bizarre, the worrying and the encouraging. Particularly strange was the time when Brexit campaigner Boris Johnson tried to convince him of the liberal, urbane case for Brexit. So what will the British distrust more? Johnson's views or the criticisms of them? The pollsters tell us: it's going to be close.



Lindsey, Hawley

Vitalisiert Muskeln

Direkt-Magnesium der EXTRA-KLASSE

Magnesium-Diasporal® 400 EXTRA direkt: Das Direktgranulat mit 400 mg Magnesium unterstützt die gesunde Funktion von Muskeln und Nerven.

Mit Magnesiumcitrat – wie es als Baustein im Körper vorkommt – und Magnesiumoxid.

- **EXTRA STARK** mit 400 mg Magnesium
- **EXTRA FRUCHTIG** durch natürliches Orangenfruchtpulver
- **Praktisch, schnell und einfach**
- **Nur 1x täglich**



EINNAHME OHNE WASSER



Magnesium-Diasporal® Auch in anderen Darreichungsformen. Nur in der Apotheke.

Magnesium-Diasporal® 400 EXTRA direkt, Direktgranulat. Nahrungsergänzungsmittel mit Süßungsmittel (Sorbit) zur Unterstützung der Magnesiumversorgung. Ohne Zucker. Magnesium trägt zu einer normalen Muskelfunktion und zu einer normalen Funktion des Nervensystems bei. Protina Pharm. GmbH, D-85737 Ismaning

Audi Vorsprung durch Technik

Hilft nicht nur beim Park Sondern macht es gleich

Der neue Audi A3 Sportback mit Parkassistent*.
Von der Zukunft inspiriert.

Dank moderner Ultraschallsensoren erkennt der neue A3 Sportback bei aktiviertem System geeignete Parklücken automatisch und übernimmt während des Einparkvorgangs die Lenkarbeit für Sie.



/Audi Deutschland

*Optionale Ausstattung. Bitte beachten Sie: Die Systeme arbeiten nur innerhalb von Systemgrenzen und unterstützen den Fahrer. Die Verantwortlichkeit für die Fahraufgabe und notwendige Aufmerksamkeit im Straßenverkehr verbleiben beim Fahrer.

Kraftstoffverbrauch in l/100 km: kombiniert 5,1-3,8; CO₂-Emissionen in g/km: kombiniert 128-99. Angaben zu Kraftstoffverbrauch und CO₂-Emissionen bei Spannweiten in Abhängigkeit vom verwendeten Reifen-/Rädersatz.

en.
selbst.





TOM JANSSEN

Verlasst uns nicht!

Leitartikel Wer klug ist, bleibt.

Seite 8

Großbritannien Am 23. Juni entscheiden die Briten, ob sie in der EU bleiben wollen oder nicht. Ein Austritt wäre in mehrfacher Hinsicht katastrophal: schlecht für Deutschland, schlecht für das Königreich, dramatisch für Europa. Warum wir die Briten brauchen und die Briten uns – ein Plädoyer.

Seite 12

Brexit Im SPIEGEL-Gespräch warnt Finanzminister Schäuble vor den Folgen eines Austritts der Briten und mahnt Europas Politiker, das Referendum als Weckruf zu verstehen.

Seite 26

Widerspruch Für Großbritannien wäre der Brexit eine Katastrophe, nicht aber für Europa. Ohne die Briten könnte die EU endlich wichtige Integrationsschritte vollziehen.

Seite 32

Autoindustrie Die Rettung der Kultmarke Mini durch BMW ist eine deutsch-britische Erfolgsgeschichte. Die Arbeiter in Oxford sehen einem Brexit mit Sorge entgegen.

Seite 80

Essay Der Historiker Christopher Clark beschreibt, warum es Großbritannien in der Vergangenheit stets am besten ging, wenn es Europa nicht vergaß.

Seite 94

Epidemiologie Es ist die gründlichste Kohortenstudie der Welt: Seit 70 Jahren vermessen Ärzte das Leben von mehr als 5000 Briten. Ein Besuch bei zwei Probanden.

Seite 114

Kultur Der Künstler Wolfgang Tillmans, der in Berlin und in London lebt, will mit einer Plakatkampagne die Briten vom Verbleib in der EU überzeugen – ein SPIEGEL-Gespräch.

Seite 130

Don't leave us!

Editorial It's smarter to stay.

Page 8

Britain On June 23, the British will decide if they want to remain in the EU or not. An exit would be catastrophic in a variety of ways: it would be bad for Germany, bad for the UK and cataclysmic for Europe. Why we need the British and the British need us – an appeal.

Page 12

Brexit In a SPIEGEL interview, finance minister Schäuble warns of the consequences of a British withdrawal and says European politicians should see the referendum as a wake-up call.

Page 26

Dissent Brexit would be a disaster for the UK, but not for Europe. Without Britain, the EU could finally take important steps towards integration.

Page 32

Auto industry BMW's rescue of the iconic Mini is a German-British success story. Workers in Oxford view the possibility of Brexit with concern.

Page 80

Essay Historian Christopher Clark explains why Britain always did best when it didn't turn its back on Europe.

Page 94

Epidemiology For 70 years, doctors have been monitoring the lives of more than 5,000 Brits in the world's most comprehensive cohort study. Two subjects talk to us.

Page 114

Culture Artist Wolfgang Tillmans lives in Berlin and in London. His poster campaign seeks to persuade the British to stay in the EU – a SPIEGEL interview.

Page 130

Titel

Großbritannien Brexit – warum wir die Briten trotz allem brauchen **12**
Brexit SPIEGEL-Gespräch mit Finanzminister Wolfgang Schäuble über die politischen und wirtschaftlichen Folgen eines Austritts der Briten aus der EU **26**
Widerspruch Ein Brexit könnte der EU nützen **32**

Deutschland

Leitartikel Warum die Briten unbedingt in der EU bleiben sollten **8**
Meinung Kolumne: Der schwarze Kanal / So gesehen: John Oliver, Held der Aufklärung in einem Meer von Ignoranz **10**
Weitere Deutsche in IS-Personalbögen / Sicherheitsmängel bei Regierungshelikoptern? / Hackerangriff aus den USA auf deutsche Unis
Bundespräsident Die Suche nach einem rot-rot-grünen Kandidaten für die Gauck-Nachfolge **40**
 Warum sich das linke Lager einigen sollte **43**
Parlament Die Attacken des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan auf Bundestagsabgeordnete **44**
Infrastruktur Die Bundesregierung erwägt die Privatisierung des Autobahnnetzes **46**
Terrorismus Wie realistisch war der Anschlagplan einer mutmaßlichen IS-Zelle in Düsseldorf? **48**
Zeitgeschichte Die US-Besatzungsmacht unterstützte den Aufstieg des jungen Willy Brandt in Berlin auch finanziell **50**
Ehrungen Thüringens Exregierungschef Dieter Althaus, der 2009 eine Skifahrerin zu Tode brachte, soll einen Orden bekommen **51**
Bildung Der Schweizer Gutachter Dieter Imboden über exzellente Universitäten **52**
Kolonialgeschichte Hat es den Völkermord an den Hereros in Deutsch-Südwestafrika, den der türkische Präsident Erdoğan nun den Deutschen vorhält, überhaupt gegeben? **54**

Gesellschaft

Früher war alles schlechter: Die landwirtschaftliche Revolution / Warum heute jede dritte Fahrprüfung vermasselt wird **60**
Eine Meldung und ihre Geschichte Trunkelsberg: neuer Fußballplatz, keine Fußballer **61**
Ethik Vom richtigen Umgang mit Bettlern **62**
Institutionen Die Stiftung Warentest geht gegen Hasskommentare im Internet vor **66**
Homestory Geht ein Huhn zum Tierarzt **68**

Wirtschaft

Länder begnügen sich mit vier Milliarden Euro Flüchtlingshilfe / VW will sich von Ducati trennen / Weltweit fehlen 4,5 Billionen Euro für die Infrastruktur
Verkehr Die Deutsche Bahn ist nicht nur unpünktlich – dem Unternehmen fehlt es an einem klaren Auftrag der Politik **70**
Freihandel Das Abkommen der EU mit Kanada könnte ohne Zustimmung des Bundestags beschlossen werden **72**
Chemie Ex-Bayer-Chef Marijn Dekkers verließ den Konzern frühzeitig, weil er gegen eine Fusion mit Monsanto war **77**
Autoindustrie Der Mini ist eine britisch-deutsche Erfolgsgeschichte: Würde er einen Brexit überleben? **78**
Lobbyismus Brüssel versagt bei der Subventionskontrolle **80**
86

Ausland

Warum das umstrittene Handelsabkommen TTIP nach der US-Wahl tot sein dürfte / Oppositionsführer Capriles warnt vor der „Bombe“ Venezuela **88**
Terrorismus Wie der „Islamische Staat“ auf die Verluste von Territorien in Syrien und im Irak reagiert **90**
Analyse Hillary Clinton muss nun einen Wahlkampf führen, in dem sie kaum vorkommt **93**
Essay Christopher Clark beschreibt die britische Angst vor dem Verlust an Autonomie **94**
Uganda Präsident Yoweri Museveni über die Arroganz der Europäer **98**

Sport

Offener Brief an IOC-Chef Thomas Bach / Exprofi Simon Rolfs über seine Arbeit als TV-Experte während der EM **101**
Nationalmannschaft Bundestrainer Joachim Löw im SPIEGEL-Gespräch über die Siegermentalität des Teams und die Suche nach der richtigen Taktik **102**
Frankreich Das Stade de France liegt in der Pariser Vorstadt Saint-Denis, die verschrien ist für islamistische Umtriebe, Armut und Gewalt **105**
Nachruf Muhammad Ali (1942 bis 2016) **108**

Wissenschaft

Die mysteriösen Beschwerden von Blitzopfern / CO₂ versteinern – Vorzeigtechnik aus Island / Analyse: Telefonieren im Auto ist nicht nur mit dem Handy in der Hand gefährlich **112**
Epidemiologie Seit 70 Jahren vermessen Forscher das Leben Tausender Briten – zwei Studienteilnehmer berichten **114**
Netzwelt Die Handelsplattform OpenBazaar ähnelt einem Ebay der Anarchie **120**
Automobile Der steinige Weg deutscher Autohersteller in die Elektromobilität **121**
Tiere Europas größtes Rehaszentrum für ehemalige Zirkuslöwen lehrt die Großkatzen das Leben in der Wildnis **122**

Kultur

Mindestlohn für Komparsen an deutschen Bühnen? / Künstler Jonathan Meese inszeniert seinen „Parsifal“ in Wien statt in Bayreuth / Kolumne: Besser weiß ich es nicht **124**
Literatur Hans Falladas „Kleiner Mann – was nun?“ von 1932 erscheint erstmals in der Originalfassung **126**
Künstler Der Fotograf Wolfgang Tillmans im SPIEGEL-Gespräch über seine Werbekampagne für den Verbleib Großbritanniens in der EU **130**
Rechtsextremismus Warum die Politik die Armen und die Arbeiter vergessen hat **136**
Restaurantkritik Das Berliner Sternrestaurant Nobelhart & Schmutzig kocht radikal regional **138**

Bestseller **129**
Impressum, Leserservice **140**
Nachrufe **141**
Personalien **142**
Briefe **144**
Hohlspiegel/Rückspiegel **146**

Wegweiser für Informanten: www.spiegel.de/investigativ



HANNELORE FOERSTER / GETTY IMAGES

Navid Kermani

Er ist ein mögliches Gesicht für ein rot-rot-grünes Projekt im Bund: Erstmals haben SPD, Linke und Grüne die Chance, im kommenden Jahr einen gemeinsamen Kandidaten zum Bundespräsidenten zu wählen. **Seite 40**



PETER FRISCHMUTH / ARGUS

Aydan Özoguz

Sie ist eine von elf türkischstämmigen Abgeordneten, die nach der Armenien-Resolution bedroht werden. „Erdoğan muss begreifen, dass wir nicht der verlängerte Arm der Türkei sind“, sagt die SPD-Politikerin. **Seite 44**



EIBNER / IMAGO

Joachim Löw

Er wurde in Brasilien Weltmeister mit der Nationalelf – und fand heraus, dass das „harte Arbeit“ bedeutete, sagt der Bundestrainer im SPIEGEL-Gespräch. Nun musste er seine Spieler zur EM erst wieder das Kämpfen lehren. **Seite 102**

Leitartikel

Wer klug ist, bleibt

Was zur Wahl steht: ein Augenblick des Stolzes oder eine gestaltete Zukunft

Historische Momente sind selten vorab zu erkennen, denn man weiß halt nicht, wie Geschichte sich wenden und ausgehen wird. Manchmal aber eben doch. Manchmal wissen wir, dass etwas ansteht, wonach unsere Welt eine andere sein könnte.

Wenn Großbritannien klug ist, bleibt es Mitglied der EU, weil es einsieht, dass es um die Zukunft des Westens geht. Es geht um die Konkurrenzfähigkeit Europas in Zeiten des Wandels und im Wettstreit der Weltmächte. Es geht um nicht weniger als die Zukunft des Projekts Frieden, das einstmals verfeindete Staaten 1946 im zerstörten Kontinent begannen (Churchill: „Let Europe arise!“) und welches Westeuropa sieben Jahrzehnte lang einte.

Die Worte werden in diesen Tagen wuchtig, die EU-Gegner vergleichen Brüssel mit Hitler und lügen gefährliche Zahlen herbei, während Pathos in die Texte der EU-Befürworter fließt; denn es geht um Großes und Grundsätzliches. Großbritannien ist eine Brücke zwischen Europa und den USA. Steigt diesseits des Atlantiks Großbritannien aus der EU aus und wird auf der anderen Seite Donald Trump Präsident, werden scheinbar ewige Bündnisse wackeln, und ein geschwächtes Europa kann einsam werden, hilflos inmitten von Weltkrisen. Wenn die Rechtspopulisten stärker werden, weil ausgerechnet in diesen Monaten ihres Aufstiegs Europa schwächelt und schrumpft: Was bleibt von der Idee des toleranten und fortschrittlichen Miteinander, das den Westen ausmacht?

Wenn Großbritannien nun also klug ist, sieht es ein, dass es allein keine Weltmacht ist, dass es am 23. Juni mit einem Ja zum Brexit viel verlieren und außer einem Moment des Stolzes nichts gewinnen kann.

Kommt es aber doch zum Ausstieg, weil überdurchschnittlich viele ältere und weniger gut ausgebildete Briten diesen so leidenschaftlich wollen, dann müssen sich Deutschland und das verbleibende Europa eingestehen, dass jene EU, die wir heute haben, dysfunktional und unattraktiv ist. Die EU sollte das Ausscheiden Großbritanniens betrauern und daraus lernen, sie sollte auf demütige Geschenke für die Ausgestiegenen verzichten und Schlagkraft entwickeln.

Oder aber, hoffentlich, andersherum: Falls die Briten gegen den Brexit stimmen, vielleicht sogar mit 55 oder 60 Prozent und nicht nur mit 50,01 Prozent, dann ist dies ein Mandat. Dann sollten die Briten so souverän sein, mit dem aufzuhören, was dem Rest Europas seit Jahren auf die Nerven geht: mit Sonderwünschen, Selbstmitleid und diesem elenden Gefeiße um allerletzte Details.

Die Briten sollten am Tag danach verstehen, dass sie jenes verhasste Europa, das sie um Haaresbreite verlassen hätten, selbst herbeigeführt haben, und damit anfangen, ein besseres zu bauen.

Klaus Brinkbäumer, Florian Harms

Twitter: @Brinkbaeumer, @FAHarms

Editorial

It's smarter to stay

The choice is between a moment of pride and a new future built together.

It's rare to see historic moments coming, because it's impossible to know how history will change and what course it will run. But sometimes you do see it. Sometimes you know something is about to happen that has the potential to change our world.

If Britain is clever, it will remain a member of the EU, because it will recognise that the future of the west is at stake. This vote is about preserving Europe's competitiveness in times of change and struggle between world powers. It's about nothing less than the future of the peace project started in 1946 by erstwhile enemy nations on a devastated continent, ("Let Europe arise!" as Churchill put it). It is a project that has unified western Europe for seven decades.

The words are becoming increasingly heated. EU opponents are comparing Brussels to Hitler and producing dangerously false statistics, while the dominant tone among EU supporters is pathos. For once, the latter is justified, because fundamental principles are at stake.

Britain is a bridge between Europe and the US. If Britain leaves the EU on this side of the Atlantic while Donald Trump becomes president on the other, then seemingly permanent alliances will wobble, and a weakened Europe would end up alone, helpless amid myriad global crises.

If the right-wing populists grow stronger, because Europe suddenly weakens and shrinks just as they are on the rise, what will remain of the ideal of tolerant and progressive cooperation that defines the west?

So if Britain is clever, it will realise that it is not a world power on its own, that it will lose much with a yes to Brexit on June 23, and gain nothing but a brief moment of pride.

If it votes to leave because the mainly older and less well-educated British want it so passionately, Germany and the rest of Europe will have to accept that today's EU is dysfunctional and unattractive. The EU should then mourn the loss of departed Britain and learn from it, and it should cease giving humiliating gifts to those who have left and develop some resolution.

Or else, hopefully, it will be the other way round: should the British vote against Brexit, perhaps by 55% or 60% rather than 50.1%, then that would be a mandate. Then the British should stop doing the things that have irritated the rest of Europe for years: special requests, self-pity and wretched haggling over every last detail.

The day after the vote, the British should understand that they themselves helped create this detested Europe that they were so close to leaving, and start building a better one.

Klaus Brinkbäumer, Florian Harms





RENAULT
Passion for life

Warum nicht!

einfach mal nicht der Straße folgen ●



Ab **149,- €** monatlich¹

5 Jahre
Garantie²

Der Renault KADJAR mit Allradantrieb ALL MODE 4x4-I.³

Mehr unter warumnicht.renault.de

¹ Renault Kadjar Life ENERGY TCe 130 (ohne Allradantrieb ALL MODE 4x4-I): Fahrzeugpreis⁴ 17.447,- €. Bei Finanzierung: nach Anzahlung von 1.980,- € Nettodarlehensbetrag 15.467,- €, 60 Monate Laufzeit (59 monatliche Raten à 149,- € und eine Schlussrate von 8.455,- €), Gesamtlauflleistung 50.000 km, eff. Jahreszins 2,99%, Sollzinssatz (gebunden) 2,95%, Gesamtbetrag der Raten 17.246,- €. Gesamtbetrag inkl. Anzahlung 19.226,- €. Ein Finanzierungsangebot für Privatkunden der Renault Bank, Geschäftsbereich der RCI Banque S. A. Niederlassung Deutschland, Jagenbergstraße 1, 41468 Neuss. Gültig bis 31.08.2016 bei allen teilnehmenden Renault Partnern.

Renault Kadjar Life ENERGY TCe 130: Gesamtverbrauch innerorts/außerorts/kombiniert (l/100 km): 6,9/5,0/5,7; CO₂-Emissionen kombiniert (g/km): 127. Renault Kadjar: Gesamtverbrauch kombiniert (l/100 km): 5,8–3,8; CO₂-Emissionen kombiniert (g/km): 131–99 (Werte nach EU-Messverfahren).

² 2 Jahre Renault Neuwagengarantie und 3 Jahre Renault Plus Garantie (Anschlussgarantie nach der Neuwagengarantie) für 60 Monate bzw. 100.000 km ab Erstzulassung gem. Vertragsbedingungen. ³ Nur für Motorisierung ENERGY dCi 130 4x4. ⁴ Abbildung zeigt Renault Kadjar BOSE® Edition mit Sonderausstattung. Renault Deutschland AG, Postfach, 50319 Brühl.

Jan Fleischhauer Der schwarze Kanal

Failed State Deutschland



Die Menschenrechtsorganisation Walk Free hat gemeldet, dass in Deutschland 14 500 Menschen in Sklaverei leben. Walk Free hat weltweit Interviews mit

Betroffenen geführt und die Ergebnisse in einem „Global Slavery Index“ zusammengefasst. Das Risiko, zum modernen Sklaven zu werden, liegt in Deutschland auf einer Skala von 1 bis 100 bei 26,29. Ich habe nicht ganz verstanden, wie die Zahl zustande kommt. Aber sie sieht hoch aus.

Es gibt Länder, in denen die Lage noch schlimmer ist, die Republik Kongo zum Beispiel oder Pakistan. In Dänemark hingegen ist die Sklaverei dem Global Slavery Index zufolge praktisch ausgerottet. Was die Herstellung gerechter Lebensbedingungen für alle angeht, bleibt uns also noch einiges zu tun. Das zeigt sich auch bei dem „Government Response Rating“, mit dem Walk Free die Reaktion der Politik misst: Deutschland schafft hier gerade mal ein „BB“, so viel wie Mexiko.

Manchmal lohnt es, mit dem Blick von außen auf sich selber zu schauen. Viele Menschen in Deutschland haben den Eindruck, dass uns in Sachen Menschenrechte niemand so schnell den Rang ablauft. Da tut es möglicherweise ganz gut, wenn man von unabhängiger Stelle auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt wird.

Es ist nicht das erste Mal, dass wir international unangenehm auffallen. Vor ein paar Jahren konnte man in einem Bericht

der Uno lesen, dass 25 Prozent aller Schüler in Deutschland ohne Frühstück zur Schule gehen. Das hat sogar die Armutsforscher überrascht. Kaum war die Hungermeldung verdaut, erklärte Unicef, dass Kinder in Deutschland zwar bessere Noten haben als ihre Altersgenossen in anderen Ländern, dafür aber sehr viel unglücklicher sind.

Dass in Berlin jetzt die Durchführung der Wahlen gefährdet scheint, weil es die Bezirksämter nicht schaffen, den vielen Zuzüglern rechtzeitig Meldebescheinigungen auszustellen, fügt sich ins Bild. Der Kollege Harald Martenstein hat neulich angeregt, die Hauptstadt zum Failed State zu erklären und von den Vereinten Nationen verwalten zu lassen, woran man sehen kann, wie chaotisch die Lage ist.

Das Eigenartige an all diesen Berichten ist, dass sich niemand darum zu scheren scheint, der nicht in Berlin, sondern, sagen wir, in einem Flüchtlingslager an der türkisch-syrischen Grenze lebt. Wenn man die Leute dort fragt, wo sie am liebsten leben möchten, sagen viele: Deutschland, trotz Sklaverei und Kinderarmut.

Es gibt unter Hilfsorganisationen die Angst, man könnte denken, sie würden nicht objektiv genug berichten. Da man niemanden stigmatisieren will, einigt man sich darauf, dass jedes Land seine Unzulänglichkeiten hat. Das Problem an dieser Form der Objektivität ist, dass sich so alles relativiert. Wenn sogar Deutschland ein Problem mit Sklaverei hat, kann man dann wirklich Pakistan einen Vorwurf machen?

An dieser Stelle schreiben Jakob Augstein, Markus Feldenkirchen und Jan Fleischhauer im Wechsel.



Der Anti-Trump

So gesehen Der Comedian John Oliver ist der größte Aufklärer seines Landes.

Der politische Fernsehjournalismus der USA ist nur noch Komödie, er hat versagt. Ohne Sender wie CNN, Fox News oder MSNBC wäre Donald Trump heute nicht Präsidentschaftskandidat, sondern weiter nur ein neu-reicher Prolet, der minütlich seinen Namen googelt. Die „News“-Sender übertragen Trumps als Wahlkampf getarnten Unterricht in Rassismus und Menschenverachtung stets live und unkommentiert. Der Gedanke an Quote und Profit triumphiert über den der Aufklärung.

Großen politischen Journalismus liefern im US-Fernsehen die Komödianten. Was John Oliver in seiner Sendung „Last Week Tonight“ auf dem Bezahlsender HBO macht, ist nicht nur saukomisch, Oliver ist auch ein Held der Aufklärung in einem Meer der Gier und Ignoranz. Niemand veranschaulichte das rotzfrech-korrupte System der Fifa besser als er. Seine bitterbösen Seminare über Alltagsrassismus in den USA waren Höhepunkte des engagierten Journalismus. Vorige Woche nun vernichtete Oliver die Arztschulden von 9000 Amerikanern, die er für 60 000 Dollar wie ein Inkassounternehmen erworben hatte. Es war nur eine kleine Aktion, aber in ihr steckte der große Zynismus der kapitalistischen Welt: die Perversion eines Gemeinwesens, in dem Gesundheit eine Geldfrage ist. Und eines unbelehrbaren Finanzsystems, das die Schulden armer Menschen weiter in „Produkte“ verwandelt, mit denen Reiche spekulieren. Dass Oliver, der TV-Held Amerikas, ein Brite ist, wird gewiss nur Zufall sein.

Markus Feldenkirchen

Kittihawk



SIE MÖCHTEN GERN WISSEN, WAS IHRE KUNDIN WILL? ZU SPÄT. SIE HAT SICH GERADE UM- ENTSCHIEDEN.

KUNDENERLEBNIS IST LIVE.

Wechselnde Trends erkennen und im selben Moment mit dem passenden Angebot darauf reagieren? SAP® Hybris® macht es möglich – mit einem konsistenten Markenerlebnis über alle Kanäle hinweg. Durchgängig integriert. Und voll auf den Kunden ausgerichtet.

Mehr auf sap.de/livebusiness



EU-Gegner Johnson

BEN PRUCHNIE / GETTY IMAGES

Lasst uns nicht allein!

Großbritannien In weniger als zwei Wochen entscheidet das Volk, ob es weiterhin Mitglied der EU bleiben will oder nicht. Ein Brexit wäre katastrophal für alle, auch für die Insel. Warum wir die Briten brauchen und die Briten uns. Ein Plädoyer.



EU opponent Johnson

Don't leave us!

Britain In just under two weeks, the people will decide if they want to remain in the EU or not. Brexit would be a catastrophe for everyone, including the UK itself. Why we need the British and the British need us. An appeal.

Es ist im Moment nicht leicht, England zu mögen. Einer der Gründe steht auf dem Marktplatz von Preston, im zügigen Westen der Insel, mit strohblonden Haaren, in Jeans und knittrigem Jackett. Boris Johnson war bis vor Kurzem Bürgermeister von London, jetzt hält er ein Mikrofon in der Hand und kämpft gegen Europa. Hinter ihm parkt ein rot lackierter Wahlkampfbus mit der Aufschrift: „Wir überweisen jeden Tag 50 Millionen Pfund an die EU.“ Johnson wippt auf Zehenspitzen wie ein Geburtstagskind. Gerade kam eine weitere Umfrage herein, die das Brexit-Lager vorn sieht, also ihn.

Boris, wie ihn jeder nennt, ist zur Leitfigur der Anti-EU-Kampagne aufgestiegen. Keinem Politiker vertrauen die Briten in diesem Referendum mehr als ihm. Seine Ankündigung, für die Brexit-Bewegung zu kämpfen, beherrschte die Titelseiten, es war auch eine Kriegserklärung an seinen Parteifreund David Cameron, den Premierminister. Johnson rollt nun in dem roten Bus über die Insel wie ein Gewitter. In Devon verglich er die EU mit Hitler, in Stafford sagte er, Brüssel verbiete den Verkauf von Bananen im Bund von mehr als zwei oder drei, schon deshalb müsse man aussteigen. In der Zeitung steht, er wolle künftig nur Einwanderer ins Land lassen, die gut Englisch sprechen.

„Weiß jemand, wie viele unserer Gesetze aus Brüssel stammen?“, ruft er ins Mikro. „60 Prozent. Wir verlieren die Macht über unsere Demokratie!“ Die 150 Zuschauer jubeln und klatschen. Und sei es nicht an der Zeit, fragt Johnson, die Grenzkontrollen in die eigene Hand zu nehmen? Immigranten seien schließlich mit dafür verantwortlich, dass die Löhne so niedrig seien. „Stimmt für den Austritt, Freunde!“

Seit Wochen geht das so, nein, seit Monaten, und irgendwann, nach all den Ausbrüchen, fragt man sich: ja, warum eigentlich nicht? Wieso den Briten nicht das ermöglichen, wonach sich viele von ihnen offenbar sehnen: die Trennung von der EU? Der Rest Europas müsste dann ihren Widerstand nicht mehr ertragen, sie könnten auf der Insel froh und glücklich werden. Wäre das nicht die perfekte Lösung für alle?

Die Antwort lautet: nein. Ein Austritt der Briten wäre eine dreifache Katastrophe. Schlecht für Deutschland, schlecht für das Königreich, dramatisch für Europa.

Nach einem Brexit wird Deutschland einen wichtigen Verbündeten verlieren und als große Mittelmacht des Kontinents endgültig dazu verdammt sein, die Führungsrolle einzunehmen, die es nie wollte. Großbritannien gibt den Zugang zum europäischen Markt mit 500 Millionen Menschen auf und wird für die Isolation einen hohen Preis zahlen. Die Union als Ganzes wird nach einem Brexit wirtschaftlich kraftloser, innenpolitisch fragiler, von außen angreifbarer sein, worunter auch die Insel leidet. Und das ist längst nicht alles.

Ein Brexit wird nicht nur Europa, sondern den gesamten Westen erschüttern. Alle verbündeten Nationen wollen, dass Großbritannien bleibt, Amerikaner, Chinesen, Australier, Japaner. Fast alle Ökonomen warnen vor einem Austritt, von der Bank of England bis zur Welthandelsorganisation. Der einzige internationale Politiker, der sich für den Brexit ausspricht, ist Donald Trump, und spätestens das sollte den Briten Sorgen machen. ►

It's not easy to like England at the moment. One of the reasons is standing in the market square of Preston, located on the windy western side of the island, with his sandy hair, wrinkled blazer and jeans. Until recently, Boris Johnson was mayor of London. But now, microphone in hand, he is fighting against Europe. Behind him is a red-painted campaign bus emblazoned with the words: "We send the EU £50 million a day." Johnson bounces on his toes like a birthday boy: a new survey has just come out indicating that the Brexit camp is in the lead. A personal success.

Boris, as everyone calls him, has become the leading figure in the anti-EU campaign, and ahead of the June 23 referendum, polls show that the British trust him more than any other politician. His announcement that he would fight for the Brexit movement dominated the headlines, partly because it was also a declaration of war against his Conservative party colleague David Cameron, the British prime minister. Since then, Johnson has been rolling around Britain in his red bus like a thunderstorm. In Devon, he compared the EU to Hitler; in Stafford, he said Brussels prohibits the sale of bananas in packs of more than two or three and for that reason alone, Britain should leave. The newspapers have reported that he only wants to allow immigrants into the country if they can speak good English.

"Does anybody know how many of our laws are made in Brussels?" he asks loudly into the microphone. "Sixty per cent. We're losing control over our democracy." The 150 spectators clap and cheer. And isn't it time, Johnson asks, to take control of our immigration policy? Immigrants, he claims, are partly to blame for the fact that wages are so low. "Vote Leave, my friends!"

It has been going on like this for weeks, no, for months. And at some point, after all the relentless bellowing, one finds oneself wondering: yeah, actually why not? Why not let the British take the step that many are apparently longing for: separation from the EU? The rest of Europe wouldn't have to suffer their intransigence any longer and they could be content and happy on their island. Wouldn't that be the perfect solution for everyone?

The answer is no. Were the British to leave the EU, it would be a threefold catastrophe: bad for Germany, bad for Britain and cataclysmic for Europe.

Following Brexit, Germany would lose an important ally and, as a large central power on the continent, it would be definitively condemned to take on the leadership role it never wanted. Britain would be giving up access to a European market of 500 million people and would pay a high price for its isolation. After Brexit, the union as a whole would become economically weaker, domestically more fragile and externally more vulnerable – a situation in which Britain would suffer as well. And that's not even close to all.

Brexit would send tremors not just through Europe, but through the entire western world. All allied nations want the UK to remain part of Europe: the Americans, Chinese, Australians and Japanese. Furthermore, almost all economists have warned against leaving the EU, from the Bank of England to the World Trade Organisation. The only internationally known politician in favour of Brexit is Donald Trump – and, if nothing else does, that alone should make the British worry.

We need the British because they belong to Europe, and because without them, the union of European peoples becomes pointless and lost. We need them because ►



Please stay



... weil sich die Queen von ihrem Mann Prinz Philip „Sausage“ nennen lässt.

... because the Queen allows her husband, Prince Philip, to call her "Sausage".





ZUMA PRESS / ACTION PRESS

Brexit-Kämpfer Farage, EU-Befürworter Cameron mit dem Londoner Bürgermeister Sadiq Khan: Passiert das gerade wirklich?
 Brexit backer Farage, EU advocate Cameron with London mayor Sadiq Khan: is this really happening?



FACUNDO ARRIZABALAGA / EPA / DPA

**Landung britischer Truppen in der Normandie 1944:
Untrennbar mit dem Kontinent verknüpft**

► Wir brauchen die Briten, weil sie zu Europa gehören, weil ohne sie die Union der europäischen Völker sinnlos und verloren ist. Wir brauchen sie, weil sie zur Gemeinschaft der pragmatischen vernünftigen Staaten zählen und weil sie politisch, kulturell und wirtschaftlich ähnlich ticken wie wir Deutschen. Sie sind uns näher als Portugiesen oder Kroaten, wir teilen ihre Skepsis gegenüber staatlicher Verschwendung, wir teilen auch ihren Frust über die EU. Nur mit den Briten können wir die Europäische Union besser machen, sie in eine neue Zukunft führen. Ohne sie fehlt ein wesentlicher Teil Europas auf diesem Weg.

Passiert das gerade wirklich? Es kann doch nicht sein, dass ausgerechnet die weltläufigen, mutigen, strategisch denkenden Briten einen Rückzieher machen, dass sie abhauen, wenn es schwierig wird. Wir brauchen sie, weil der Kontinent sonst in Einfalt, Kleinlichkeit und Lethargie versinken wird.

Haben diejenigen, die gerade für den Brexit kämpfen, eigentlich vergessen, was im 20. Jahrhundert geschehen ist? Zwei Weltkriege, Millionen Tote, der Kontinent ein Schlachtfeld. Großbritannien stand an vorderster Stelle, als es darum ging, Hitler zu besiegen. Europa ist nicht Brüssel. Europa ist der erfolgreiche Versuch, aus dem vergangenen Jahrhundert zu lernen und das Grauen und den Krieg hinter uns zu lassen. Wir haben eine einzigartige Gemeinschaft aufgebaut, einen Bund der Willigen, in dem frühere Erzfeinde friedlich kooperieren. Wollen die Briten all das riskieren, anstatt zu versuchen, die Modalitäten der Zusammenarbeit zu verbessern?

Großbritannien war nie ein enthusiastisches Mitglied im europäischen Klub. Trotzdem ist die britische Geschichte untrennbar mit dem Kontinent verknüpft. Europa sei für die Insel immer wichtiger gewesen als der Rest der Welt, schreibt der Historiker Brendan Simms in seinem gerade erschienenen Buch „Britain’s Europe“. Das Britische Empire diente vor allem den strategischen Interessen von Macht- und Gegenmachtbildung auf dem Kontinent, im 16. und 17. Jahrhundert gegen Spanien, später gegen Frankreich und das zaristische Russland, im 20. Jahrhundert gegen Nazideutschland.

Europa formte Britannien, und Britannien formte Europa. Die Option, den Kontinent zu verlassen, gibt es geografisch leider nicht. Sorry. Und auch wenn die Briten manchmal unbequeme Europäer waren, sind sie unersetzlich und immer noch und gerade deshalb: Europäer. Sie haben viel zu verlieren, sollten sie der EU den Rücken kehren; sie haben aber noch mehr zu gewinnen, sollten sie bleiben. Sie brauchen uns genauso, wie wir sie brauchen.

Falls es einige auf der Insel übersehen haben: Das Referendum findet nicht in einem unschuldigen Moment statt. Die Flüchtlingskrise und der Krieg in Syrien rütteln an Europas Selbstverständnis, im Innern gewinnen Extremisten und Populisten die Oberhand, am Rand regieren Autokraten. Wirtschaftlich muss sich der Kontinent gegen Konkurrenten in Asien behaupten, vor allem gegen China, im Süden Europas müssen wir es schaffen, die Jugendarbeitslosigkeit drastisch zu senken.

Ein Scheidungskrieg mit Großbritannien wäre das Letzte, was wir Deutschen, wir Europäer brauchen. Europa ohne Großbritannien ist nicht nur unmöglich, sondern auch sinnlos. Woher aber kommt die Bitterkeit, die Lust am Austritt?

Der Kampf der Brexiteers ist von Nostalgie geprägt, von der Sehnsucht, England zu altem Glanz zurückzuführen. „We want our country back“, steht auf den Plakaten.

„Lasst uns die Kontrolle über unser Land zurückgewinnen“, sagt auch Justizminister Michael Gove, neben Boris Johnson ein weiterer führender Brexit-Kämpfer. Es geht um Nation und Identität, auch um Abgrenzung. Großbritannien dürfe sich nicht an einen untergehenden Kontinent binden, heißt es, sondern müsse sich von den Fesseln lösen und dem Globus zuwenden, dem Commonwealth.



► they are part of the community of pragmatic, reasonable countries and because they are politically, culturally and economically similar to us Germans. They are closer to us than the Portuguese or the Croatians; we share their scepticism of state profligacy; and we also share their frustration with the EU. Only with the British can we make the EU better and lead it into a new future. Without them, we would have to walk this path without a significant part of Europe alongside us.

Is this really happening? It can't be true that the urbane, courageous and strategically astute British, of all people, want to pull out – that they are leaving now that times are tough. We need them because the continent would otherwise descend into rashness, pettiness and lethargy.

Have those who are campaigning for Brexit forgotten the events of the 20th century? Two world wars, millions of dead and a continent turned into a battlefield. The UK took the lead when it came to defeating Adolf Hitler.

Europe isn't just Brussels. Europe is the successful attempt to learn from the last century and leave the horrors and wars behind. We have created a unique community, an alliance of the willing, one in which erstwhile arch-enemies work together peacefully. Do the British want to risk destroying all that, or do they want to try to improve the processes governing our cooperation?

The UK was never an enthusiastic member of the European club. Nevertheless, British history is irrevocably linked to the continent. As historian Brendan Simms writes in his newly published book, Britain's Europe, Europe has almost always been more important to Britain than the rest of the world. The British Empire primarily served strategic interests based on the balance of power on the continent: against Spain in the 16th and 17th centuries; later against France and tsarist Russia; and against Nazi Germany in the 20th century.

Europe made Britain and Britain made Europe. Leaving the continent geographically is not an option. Sorry. And even if the British have been uncomfortable European partners at times, they are ir-



FSP / GAMMA / STUDIO X

**British troops landing in Normandy in 1944:
Irrevocably linked to the continent**

replaceable – and they are still Europeans. They have a lot to lose should they turn their backs on Europe, but they have much more to win should they decide to stay. They need us just as we need them.

In case some in Britain have missed this, the referendum is not taking place in innocent times. The refugee crisis and the war in Syria are shaking Europe's self-confidence while populists and extremists are gaining ground and autocrats are popping up on Europe's periphery. Economically, the continent is faced with adversaries in Asia – first and foremost China – while in southern Europe we have to find a way to drastically reduce youth unemployment.

The last thing we Germans, we Europeans need is a messy divorce from Britain. Without Britain, Europe isn't just impractical, it makes little sense. But where does the bitterness and yearning for Brexit come from?

The Brexiteers' fight is dominated by the desire to return England to its past glory. The posters read: "We want our country back."

"Let's take back control of our country," agrees Michael Gove, secretary of state for justice and another leading Brexit campaigner alongside Boris Johnson. It's about nation and identity – and about setting boundaries. Britain should not tie its fortunes to a sinking continent, they argue. Instead, the country must break its bonds and turn to the world at large, to the Commonwealth and beyond.

A phantom pain lurks within the debate. Still today, the famous 1962 quote from former US secretary of state Dean Acheson remains valid: "Great Britain has lost an empire and has not yet found a role."

Brexiteers paint a picture of a besieged country stuck deep in crisis, and then stoke fears of further decline. That too is a tradition in Britain. The constant fear of decline has tortured and agonised the English soul since the middle of the 15th century, when England lost France, supposedly because the British had become frail, were divided at home and were suffering under a weak monarchy. An inferiority complex is also part of England.

Partly out of fear and partly out of anger, the Brexit camp is waging war against the powers-that-be in Brussels, against the loss of self-determination in united Europe and against "unregulated immigration" in their own country. It is an "us versus them" campaign. The fight has become as dirty as possible in the country of Shakespeare, where political battles are portrayed as wars and, by the end, the stage is covered in corpses. Gove and Johnson have turned the referendum into a plebiscite against immigrants, against eastern Europeans and Turks. Those elements have made the Brexit camp's campaign even more anti-European than it already was.

The central figure of the Remain campaign is also its greatest handicap. For years, David Cameron acted like the most sceptical of British Eurosceptics. He is a tactician, not a strategist, and he promised to hold the referendum because he wanted to be re-elected. His conversion to EU advocate was never credible, and the voters have noticed. The situation is no different with Labour leader Jeremy Corbyn: he too is only a half-hearted European.

The Brexit movement has invested a lot of energy in exposing its opponents' contradictions, focusing on immigration and the billions in contributions Britain makes to the EU. Many of the claims made by the Brexit supporters are just as outrageous as Ukip head Nigel Farage's claim that sexual harassment like that in Cologne on New Year's Eve would happen in Britain were the country not to leave the EU. And the £50m that London allegedly sends to Brussels each day is just as misleading. In fact, it is less than half that.

"The more mud you throw, the more it sticks," says Hugo Dixon. He is fighting for Remain and runs the website infacts.org, where he tries to refute Brexit propaganda. Dixon has made it his mission to rescue the truth. ▶

Ein Phantomschmerz schwingt mit. Noch heute gilt der Satz des früheren US-Außenministers Dean Acheson von 1962: „Großbritannien hat ein Empire verloren und noch keine neue Rolle gefunden.“

Die Brexiteers zeichnen ein belagertes Land in der Krise. Sie schüren die Angst vor dem Verfall, auch das hat Tradition auf der Insel. Die ständige Furcht vor dem Niedergang quält und martert die englische Seele seit Mitte des 15. Jahrhunderts, als Frankreich verloren ging, angeblich weil die Briten zu verweichlicht und zu Hause zerstritten waren und unter einer kränkenden Monarchie litten. Auch der Minderwertigkeitskomplex gehört zu England.

Halb aus Angst, halb aus Wut führt das Brexit-Lager einen Abgrenzungsfeldzug gegen die Mächtigen in Brüssel, gegen den Verlust von Selbstbestimmung im vereinten Europa, gegen „ungeregelte Einwanderung“ im eigenen Land. Es ist ein „Wir gegen die“-Wahlkampf. Die Debatte ist so dreckig geworden, wie sie nur sein kann im Land Shakespeares, das politische Schlachten als Kriege inszeniert und wo am Ende nur Leichen auf der Bühne bleiben. Gove und Johnson haben das Referendum zum Plebiszit über Immigranten gemacht, über Osteuropäer und Türken. Das macht den Wahlkampf des Brexit-Lagers noch antieuropäischer, als er ohnehin schon ist.

Der größte Nachteil der Remain-Kampagne ist ihre Hauptfigur. David Cameron tat jahrelang, als wäre er der oberste Europaskeptiker im Königreich. Er ist ein Taktiker, kein Stratege, und versprach das Referendum, weil er wiedergewählt werden wollte. Er wurde zu Europas Zauberlehrling. Seine Konversion zum Verteidiger der EU war immer unglaubwürdig. Die Wähler spüren so etwas. Bei Jeremy Corbyn, dem Labour-Chef, verhält es sich ähnlich, auch er ist nur ein halbherziger Europäer.

Die Brexit-Bewegung verwendet viel Kraft darauf, die Widersprüche ihrer Gegner offenzulegen. Ihre Themen sind die EU-Milliarden und Immigranten. Viele Behauptungen sind so hanebüchen wie die Aussage von Nigel Farage, dem Ukip- ▶

► Chef, der nahelegte, dass Vergewaltigungen wie die in Köln bevorstünden, falls das Land nicht aus der EU austrete. Die 50 Millionen Pfund, die London angeblich an Brüssel überweist: genauso irreführend. Es ist weniger als die Hälfte.

„Je mehr Schlamm sie werfen, desto mehr bleibt in den Köpfen der Wähler hängen“, sagt Hugo Dixon. Er kämpft für den Verbleib in der EU und betreibt die Seite Infacts.org, auf der er die Propaganda der Brexiteers entzaubern will. Dixon hat sich zur Aufgabe gemacht, die Wahrheit zu retten.

Seine Lieblingsmythen: Die Türkei wird in vier Jahren EU-Mitglied; Brüssel baut eine Geheimarmee auf; das britische Gesundheitssystem NHS kann nur durch einen Brexit gerettet werden; Europa braucht die Briten mehr als umgekehrt. Der Wahlkampf zeigt, dass viele Briten solche Dinge glauben. Neulich stand im „Daily Star“, die EU wolle Wasserkocher verbieten. Etliche Umfragen sehen das Brexit-Lager vorn.

Der Großteil der Unterstützer stammt aus der Gruppe älterer Engländer, die früher zur Arbeiterschicht gehörten. Matthew Goodwin, Politologe an der University of Kent, nennt diese Gruppe „die Vernachlässigten“. Er beobachtet die europaskeptische Bewegung seit Jahren und sagt, die beiden großen Parteien hätten die gesellschaftlichen Ränder zugunsten der Mitte aufgegeben. So konnte sich im Zuge der Deindustrialisierung ein neues Prekariat bilden, das sich von den liberalen Stadtbewohnern abhebt, weniger weltoffen und tendenziell immigrantenfeindlich und europaskeptisch ist.

Gleichzeitig erkennt Goodwin einen langfristigen Wertewandel, der eine offene Haltung zu Einwanderung, Europa und nationaler Identität bewirkt, die aber nicht alle Briten teilen. Ukip hat das Potenzial der Vernachlässigten geschickt angezapft. Voriges Jahr kam die Partei auf knapp vier Millionen Stimmen. Vier Millionen, die für den Brexit stimmen werden.

Großbritannien zog häufig einen Teil seiner Identität aus der Abgrenzung gegen den Kontinent. Die konservative Elite hat zusätzlich das Narrativ einer Insel befeuert, die sich gegen Bedrohungen von außen behaupten muss und notfalls auch allein klarkommt. Europa, das waren immer die anderen, zumindest wenn man dieser Erzählweise glaubt.

Hinzu kommt, dass das Königreich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in einer Phase ökonomischer Schwäche beirat. Das Volk war skeptisch, als es 1975 zum ersten Mal über Verbleib oder Austritt entscheiden sollte. Die konservative Partei kämpfte aus ökonomischen Motiven für die EWG, sie sah in Europa eine Chance auf Fortschritt und Wachstum. Labour war mehrheitlich dagegen.

In den Achtzigerjahren, Margaret Thatchers Jahrzehnt, drehte sich die Stimmung bei den Tories gegen Europa. Wenn man ein Datum an die moderne Europaskepsis der Konservativen heften will, müsste es der 8. September 1988 sein, der Tag, an dem Jacques Delors der Eisernen Lady ins Gesicht spuckte. Rhetorisch zumindest.

Delors warb als Kommissionschef vor dem britischen Gewerkschaftskongress für die EU. Er versprach mehr Schutz und Sicherheit für Arbeiter – ein Skandal für Thatcher, die ihr Land mit Mühe den ►

► His favourite myths: Turkey will become an EU member in four years; Brussels is in the process of building up a secret army; the British healthcare system, the NHS, can only be saved by Brexit; and Europe needs Britain more than Britain needs Europe. But the campaign has shown that many British people believe such claims. The Daily Star recently reported that the EU wants to ban kettles. Some surveys indicate that the Brexit camp is in the lead.

The majority of supporters are older, working-class British citizens. Matthew Goodwin, a political scientist at the University of Kent, calls this group the “left behind”. He has been monitoring the Eurosceptic movement for years and says that the country’s two main parties have given up on the fringes of society and focused their attentions on the centre. As a result, in the course of deindustrialisation, a new, economically insecure group has developed that holds views diametrically opposed to those of liberal city dwellers. They are less open to the world, largely anti-immigration and Eurosceptic.

Goodwin also sees long-term generational changes in the values that shape the outlook of voters on issues such as race and immigration, national identity, Europe and ethnic diversity. But not everybody shares these different values. Ukip has cleverly taken advantage of the potential of the “left behind”. Last year, the party received almost 4 million votes. That is 4 million people who will vote for Brexit.

Britain has often derived part of its identity from its separation from the European continent. The conservative elite has also prom-

ulgated the narrative of an island that must defend itself from external threats and, if necessary, face those dangers alone. For those who buy that narrative, Europe was always populated by the others.

There’s also the fact that the UK entered the European Economic Community in a time of economic weakness. The British were sceptical in 1975 when they had to decide between staying and leaving. The Conservative party fought to stay part of the EEC for economic reasons and saw Europe as an opportunity for advancement and growth, while the majority of Labour fought against it.

In the 1980s, the Margaret Thatcher decade, the Tories’ mood turned against Europe. If one wanted to identify a date on which the Conservatives turned to Euroscepticism, it would have to be September 8, 1988, the day that Jacques Delors, rhetorically at least, spat in the Iron Lady’s face.

Delors, who was the head of the European commission, was speaking in support of the EU before the British Trades Union Congress. He promised more protection and security for workers – an outrage for Thatcher, who had gone to great lengths to rip the country from the grasp of the unions and strengthen the business and banking sectors.

A short while later, she said, “We have not successfully rolled back the frontiers of the state in Britain, only to see them re-imposed at a European level with a European superstate.”

That statement was a battle cry for the Tories. “Europe” was no longer a mere free trade zone, as Thatcher wanted it, but an ideological project driven by the Germans and the French and steered by bureaucrats on the continent. ►

Please go



PETER MARLOW / MAGNUM / AGENTUR FOCUS

... weil Maggie Thatcher niemals stirbt. Im Oxford Dictionary findet sich, in Anlehnung an ihren Politikstil, das Verb „handbagging“, was bedeutet, einen anderen rücksichtslos zu behandeln.

... because Maggie Thatcher never died. Her political style has inspired an entry in the Oxford English Dictionary for the verb “to handbag”, which means to treat someone ruthlessly or insensitively.





ANDY RAIN / EPA / DPA

Londoner Bankenviertel, Rinderfarm in Suffolk: Man kann die Briten nicht mehr überreden, die EU zu lieben
London's Canary Wharf, cattle farm in Suffolk: We can no longer convince the British to love the EU



ALAMY / MAURITIOUS IMAGES

Beatles bei Dreharbeiten zum Film „A Hard Day's Night“ in London 1964: Bunter, schriller, aufmüffiger

► Gewerkschaftern entrissen und Unternehmer und Banker gestärkt hatte.

Wenig später sagte sie: „Wir haben nicht begonnen, zu Hause den Staat zurückzudrängen, um zuzuschauen, wie ein europäischer Superstaat errichtet wird.“

Der Satz wirkte auf die Tories wie ein Schlachtruf. „Europa“ war nicht mehr nur eine Freihandelszone, wie Thatcher es wollte, sondern ein ideologisches Projekt, angetrieben von Deutschen und Franzosen, gesteuert von Bürokraten auf dem Kontinent.

Man kann die Briten nicht mehr überreden, die EU zu lieben. Dafür ist es zu spät. Aber vielleicht sollte bei der Gelegenheit erwähnt werden, dass der Rest Europas sie bewundert. Unbegreiflich, dass sie nicht sehen, wie sehr sie den Kontinent prägten, wie man sie hier schätzt, wie nah wir Deutsche uns ihnen fühlen, auch das gehört zur Geschichte mit dazu.

Die Insel zählt zur globalen Avantgarde, bei Menschenrechten, Freiheitsbewegungen, in der Kultur, in der Fähigkeit, cool zu sein. Der Freiheitsdrang zieht sich wie ein Faden durch die britische Geschichte: von der Magna Charta im 13. Jahrhundert, als englische Barone dem König frecherweise Rechte abtrotzten, hin zu den Suffragetten des 20. Jahrhunderts, die das Frauenwahlrecht erstritten. Zum Minirock, zu den Beatles, den Rolling Stones, dem Punk war es nicht weit. In den Sechziger- und Siebzigerjahren wollte Europa so frei sein wie England. Die Briten haben ein Empire verloren, das ja, aber dafür erfanden sie den Pop, sie prägten die Welt mit Kulturexporten von James Bond bis Twiggy. Sie sind bunter, schriller, lebendiger, als andere jemals werden können, aufmüffiger auch.

Deutschland blickte stets mit einer Portion Neid über den Kanal. Auf der emotionalen Landkarte Europas waren die Italiener für Liebe und gutes Essen zuständig, die Franzosen für Schönheit und Eleganz, die Briten für Lässigkeit und Fortschritt. Sie haben die innere Unabhängigkeit, die uns Deutschen abgeht, dazu ein ganzes Bündel antiautoritärer, libertärer Neigungen. Vieles, was in England angesagt war, schwappte irgendwann herüber, das festigte die kulturellen Bindungen.

Politische Macht besaß das Land indessen immer dann, wenn es ein bestimmtes Ziel verfolgte und alle Kraft daransetzte, dieses Ziel zu erreichen. Churchill befreite Europa, Thatcher trieb den Binnenmarkt voran, Blair die Erweiterung. Die Briten trugen auf dem Kontinent zu Sicherheit und Wohlstand bei. Immer dann aber, wenn sie sich zurückzogen, driftete die Ordnung auseinander. Großbritannien ging es stets am besten, wenn es Europa nicht den Rücken kehrte, schreibt der Historiker Christopher Clark (siehe Seite 94).

Seltsam, dass man den Briten das wieder sagen muss: Sie erringen große Erfolge, wenn sie Verbündete suchen und Allianzen schmieden. Vieles von dem, was sie in den vergangenen Jahrzehnten in Brüssel an Sonderwünschen verlangten, bekamen sie – anders als die Brexit-Kämpfer gern behaupten. Sie sind weder in der Eurozone noch im Schengen-Raum und werden es wohl nie sein. Etliche Initiativen, die London anschiebt, sind essenziell für Europa, wie die Liberalisierung des Dienstleistungssektors. Bei der großen Mehrheit der Ratsentscheidungen zählt die britische Regierung zu den Gewinnern.

Bereits 1984 verhandelte Thatcher einen Rabatt vom EU-Beitrag. Seitdem bekommt das Land einen bedeutenden Teil seiner Überweisungen zurückerstattet. In drei Jahrzehnten sparte das Königreich so 111 Milliarden Euro. Sollten die Briten bleiben, sind sie nicht mehr an das Ziel einer „immer engeren Union“ gebunden und müssen bei der Integration nicht mitziehen.

Dabei sind die Briten, was den Handel betrifft, ein pragmatisches Volk. Umso unverständlicher, dass die Brexit-Bewegung die Verflechtungen von Jahrzehnten kappen will. Selbst Europaskleptiker geben zu, dass nach dem Austritt ein ökonomischer Schock folgt. Wer den verhindern will, darf nicht gehen.



► We can no longer convince the British to love the EU. It's too late for that. But perhaps we should use this opportunity to mention how much the rest of Europe admires them. It's unbelievable that they don't seem to see how much they've shaped the continent, how much we value them here, how close we Germans feel to them – that too is part of the story.

This island is part of the global avant garde – in human rights, in freedom movements, in culture and in its talent for being cool. The urge for freedom is a thread that runs through British history – from the Magna Carta in the 13th century, when English barons cheekily wrested their rights from the king, up to the suffragettes of the 20th century fighting for women's right to vote. It was only a short step to the miniskirt, the Beatles, the Rolling Stones and punk. In the 1960s and 1970s, Europe wanted to be just as free as England. The British may have lost an empire, but they invented pop and presented the world with cultural exports from James Bond to Twiggy's haircut. They are more colourful, shriller, louder and livelier than anyone else could ever be.

Germany has always looked across the Channel with some degree of envy. On our emotional map of Europe, the Italians were responsible for love and good food, the French for beauty and elegance and the Brits for nonchalance and progress. They have an inner independence that we Germans lack, in addition to myriad anti-authoritarian, defiant tendencies. A lot of what happened in Britain spilled over to us sooner or later, reinforcing our cultural ties.

The country has always exerted political power in those moments when it has pursued a specific goal and thrown all its energy into achieving it. Churchill freed Europe, Thatcher drove forward the single market, Blair pushed ahead with enlargement. The British contributed greatly to security and prosperity on the continent. But every time they pulled back, order began to crumble. Britain is always at its best when it doesn't turn its back on Europe, writes historian Christopher Clark. (see page 94).



MICHAEL LOCHS ARCHIVES / GETTY IMAGES

The Beatles during the filming of *A Hard Day's Night* in London in 1964: Shriller, livelier and more colourful

Strange that it is again necessary to tell the British that they are most successful when finding allies and forging alliances. Over the past few decades, the country has been granted many of the special requests it demanded from Brussels – contrary to claims often made by the pro-Brexit camp. They are neither in the euro-zone nor in the Schengen area, and likely never will be. Countless initiatives that were jump-started by London are essential for Europe, such as the liberalisation of the services sector. The British government was on the winning side in the vast majority of European council decisions.

Back in 1984, Thatcher negotiated a rebate on EU contributions and since then the country has been reimbursed a considerable portion of those transfers. The savings over the course of three decades has amounted to €111bn. Should the British remain, they would no longer be bound to aspire to an “ever closer union” or have to go along with EU integration.

When it comes to trade, the British are a pragmatic people, which makes it even more incomprehensible that the Brexit movement wants to cut the links to the continent that the UK has built up over decades. Even Eurosceptics admit that an economic shock would follow Brexit. Those who want to avoid such an outcome cannot leave.

Britain's recent resurgence as a car manufacturer was only possible because foreign companies were able to send their vehicles across Europe easily from their British factories. Almost half of the cars produced in Britain last year were sold in the EU. Honda, Toyota and Nissan put their factories there because they could export to Europe without paying customs. Only a third of the parts for the auto sector come from Britain and the supply chains stretch across the continent. The consultancy Roland Berger estimates that 80,000 jobs would be lost in the Midlands and northern England were Britain to leave the EU. Furthermore, foreign investment in Britain amounts to over £50bn each year and no leading economy has a greater share of it. More than half of those investments were made because the investors are interested in accessing EU markets. The purchase orders for the British space industry are likewise almost entirely European.

To torpedo all that isn't just irresponsible, it's dangerous. Cross-border trade, of course, wouldn't come to a standstill in the event of Brexit, but the consequences for the British economy, fragile enough as it is, would be bad. Indeed, the uncertainty created by the Brexit debate is already having effects. Since the end of November, the British pound has dropped 10% against the euro, and further losses are certain. Central banks across Europe are already working on a crisis plan and one official at the European Central Bank in Frankfurt says that British financial institutions may need a significant injection of euros on June 24 following Brexit because investors would become nervous. His institution, he says, has set aside precautionary funds.

London owes its rise as a global centre of finance to the fact that it is where Europe's business is done. The British financial sector is responsible for close to 10% of the country's economy and after Brexit, it would be forced to contend with ascendant rivals. Investment banks like JP Morgan have suggested that they would move parts of their businesses away from the UK.

What happens after Brexit? Even if the exit of an EU member seems neatly regulated on paper, it will be a messy break-up. That is certain. Article 50 of the treaty of Lisbon calls on countries that want to leave to communicate their intention to the European council. The EU would then negotiate an agreement and the exit would be implemented two years later. At least in theory.

Officials in Brussels, however, believe the negotiations would be complicated and slow. And there could be plenty of conflict. The delays would start with the fact that it is up to Britain to determine when it officially notifies the council of its intent to leave. Only then does the two-year period begin. Hardly anyone in London expects Cameron to remain head of government if the British ►

Der Wiederaufstieg Großbritanniens zu einem erfolgreichen Autohersteller gelang in den vergangenen Jahren nur, weil ausländische Konzerne von der Insel ganz Europa beliefern. Fast die Hälfte aller im vergangenen Jahr produzierten Fahrzeuge ging in die EU. Honda, Toyota und Nissan stellten ihre Fabriken hierhin, weil sie zollfrei nach Europa exportieren können.

Aus Großbritannien kommt nur ein Drittel der Einzelteile für die Autobranche, die Lieferketten ziehen sich quer über den Kontinent. Bei einem Brexit droht laut der Unternehmensberatung Roland Berger der Verlust von 80 000 Arbeitsplätzen in Mittel- und Nordengland. Zudem investieren Ausländer hier jährlich über 50 Milliarden Pfund, keine führende Volkswirtschaft hat einen größeren Anteil an Direktinvestitionen. Über die Hälfte davon wird eingesetzt, weil die Geldgeber den EU-Markt im Blick haben. Auch die Aufträge für die erfolgreiche Raumfahrtindustrie sind fast ausschließlich europäisch.

All das zu torpedieren ist nicht unvernünftig, sondern gefährlich. Zwar wird nach einem Brexit der grenzüberschreitende Handel nicht zum Erliegen kommen. Aber die Folgen für die ohnehin fragile britische Wirtschaft werden schlimm sein. Die Unsicherheit der Brexit-Debatte wirkt sich schon jetzt aus. Seit Ende November ging das britische Pfund gegenüber dem Euro um zehn Prozent zurück, weitere Verluste sind sicher.

Die europäischen Notenbanken arbeiten schon an einem Krisenplan. Es könne sein, dass britische Kreditinstitute am 24. Juni nach dem Brexit jede Menge Euro brauchten, da Investoren nervös würden, sagt ein Notenbanker der Europäischen Zentralbank. Sein Institut habe vorsorglich Mittel zurückgelegt.

London verdankt seinen Aufstieg zum globalen Finanzplatz auch dem Umstand, dass dort die Geschäfte für Europa abgewickelt werden. Die britische Finanzindustrie trägt knapp zehn Prozent zur Wirtschaft bei, nach einem Austritt müsste sie mit dem Aufstieg von Konkurrenten rechnen. Banken wie J. P. Morgan haben angedeutet, dann Teile des Geschäfts umzusiedeln. ►

► Was passiert nach einem Brexit? Es wird eine schmutzige Trennung werden, das ist sicher, auch wenn der Austritt eines EU-Mitglieds auf dem Papier sauber geregelt scheint. Artikel 50 des Vertrags von Lissabon sieht vor, dass ein ausrittswilliger Staat seine Absicht dem Europäischen Rat mitteilt. Dann handelt die Union ein Abkommen aus, in zwei Jahren folgt der Abschied. So weit die Theorie.

In Brüssel stellt man sich jedoch auf komplizierte, zähe Verhandlungen ein. Es droht eine Menge Streit. Das fängt schon damit an, dass die Briten bestimmen, wann sie dem Rat den Austritt offiziell mitteilen. Erst dann läuft die Zweijahresfrist an. In London geht kaum jemand davon aus, dass Cameron Regierungschef bleibt, falls sein Volk für den Brexit stimmt. Bis sich ein neues Kabinett orientiert hat, womöglich unter einem Premierminister Boris Johnson, kann es Monate dauern. So lange will in Brüssel aber keiner warten.

Niemand hat Erfahrung mit einem solchen Fall. Bislang ging es stets um mehr Integration, nicht um das Gegenteil. Allenfalls kleine Vorbilder gibt es, wie den Abschied Grönlands 1985. Die Verhandlungen dauerten zwei Jahre.

Es müssen dann nicht nur große Fragen besprochen werden, sondern auch Tausende kleine Probleme. Was passiert mit dem britischen EU-Vorsitz 2017? Wie werden sich die Briten an den Pensionen von EU-Beamten beteiligen, wo sie doch von deren Arbeit profitierten? Die Entflechtung der Rechtssysteme wird Beamte in London und Brüssel über Jahre beschäftigen.

Europa wird den Briten zu Recht wenig schenken. Die Erwartung der Brexit-Kämpfer, die Vorzüge des Binnenmarkts ohne die Pflichten einer Mitgliedschaft retten zu können, ist lächerlich. Erstens, weil andere diese Vorteile auch nicht haben. Zweitens, weil Europa nicht Nachahmer wie die französische Front-National-Vorsitzende Marine Le Pen anstacheln will. Le Pen hat für den Fall, dass sie die französische Präsidentschaftswahl nächstes Jahr gewinnen sollte, ein eigenes Referendum angekündigt. Je milder die Briten behandelt werden, desto verlockender wird es für andere, Sonderrechte zu erpressen.

Denkbar ist, dass sich die britisch-europäischen Beziehungen nach den Vorbildern Norwegens, Islands oder Liechtensteins gestalten. Die Regeln des Binnenmarkts würden dann in großen Teilen weiterhin gelten, mit dem Nachteil, dass London bei der Gestaltung der Regeln nichts zu sagen hätte, für den Marktzugang zahlen und weiter EU-Bürger ins Land lassen müsste.

Gelingt binnen zweier Jahre keine Einigung, kommen die Statuten der Welt Handelsorganisation zur Anwendung. Auf britische Importe in die EU würden dann Zölle aufgeschlagen, umgekehrt ebenso. Großbritannien wäre wieder dort, wo es schon einmal war. Im 20. Jahrhundert.

Die Wahrheit ist: Niemand weiß, was am 24. Juni geschieht, sollten die Briten für den Austritt stimmen. Nicht in Brüssel, nicht in London, nicht in Berlin. Finanzminister Schäuble sagt, niemand könne vorhersehen, wie die Finanzmärkte nach einem Brexit reagierten. „Wir bereiten uns auf alle möglichen Szenarien vor, um die

vote to leave and it could take months before a new cabinet has gotten its bearings, potentially with Boris Johnson as prime minister. But no one in Brussels wants to wait that long.

Furthermore, nobody has experience with this kind of situation. Thus far in European history, the focus has always been on deepening EU integration, not the opposite. There are only small-scale precedents, like the exit of Greenland in 1985. Those negotiations took two years.

It's not only the big questions that would need to be discussed but a thousand small ones as well. What would happen to Britain's EU presidency in 2017? How would the British contribute to the pensions of EU officials from whose work they profited? Officials in London and Brussels would have to spend two years figuring out how to disentangle their legal systems.

Europe won't make things easy for the British, and for good reason. The pro-Brexit camp's belief that they can preserve the advantages of the single market without the responsibilities of membership is laughable. Firstly, because others don't have these advantages. Secondly, because Europe doesn't want to encourage potential copycats like Marine Le Pen, head of France's Front National. Le Pen has announced that, should she win the French presidential election next year – however unlikely that may be – she would hold a referendum of her own. The more gently the British are treated, the more appealing it will become for others to extort special rights.

The new British-European relationship is likely to be modelled on the examples of Norway, Iceland or Liechtenstein. The rules of the domestic market would largely still apply, though with the disadvantages that London would have no say in making the rules, would have to pay to enter the market, and would have to continue letting EU citizens enter the country.

Should there be no agreement within two years, the statutes of the World Trade Organisation come into effect. The EU would impose tariffs on British imports and vice versa. Britain would be back to where it once was. In the 20th century.

The truth is no one knows what will happen on June 24 if the British vote to leave. No one in Brussels, no one in London and no one in Berlin. German finance minister Wolfgang Schäuble says no one can predict how the financial markets will react post-Brexit. “We are preparing for all possible scenarios to limit the risks,” Schäuble said in an interview with DER SPIEGEL (see page 26). In the case of Brexit, he says, we must remain calm and offer the markets some orientation.

“An exit would be more dangerous for Britain than for the rest of the EU,” says one Social Democrat member of the German government. No one wants Brexit, the cabinet member argues, but if it happens, the opportunities it would present must be taken advantage of. The Social Democrats in particular are hoping for a shift towards closer EU integration.

Some among chancellor Merkel's conservatives, by contrast, are considering whether to reopen negotiations with London in the case of Brexit and possibly making further concessions to the British. “Even if Britain,

Please stay



JULIEN BEHAL / PICTURE ALLIANCE / DPA

... weil die Briten außer dem allseits bekannten Germanismus „Kindergarten“ auch die deutschen Wörter „Ahnentafel“, „Bildungsroman“, „Graupel“, „Weltschmerz“, „Zugzwang“ und „Zeitgeist“ verwenden und damit poetisches Gespür beweisen.

... because, in addition to using common Germanisms like “kindergarten”, the British also show a poetic inclination with their use of words like “ahnentafel”, “bildungsroman”, “graupel”, “weltschmerz”, “zugzwang” and “zeitgeist”.





Einwandererviertel in London: Die europäischste Stadt Europas
 Immigrant quarter in London: Europe's most European city

Gefahren einzudämmen“, so Schäuble im SPIEGEL-Gespräch (siehe Seite 26). Im Fall eines Brexit müsse man gelassen bleiben und den Märkten Orientierung geben.

„Ein Austritt wäre für Großbritannien gefährlicher als für den Rest der EU“, sagt ein sozialdemokratisches Mitglied der Bundesregierung. Niemand wolle den Brexit, aber wenn er geschehe, müsse man die Chance nutzen. Besonders die Sozialdemokraten hoffen auf einen Integrationsschub.

Teile der Union überlegen dagegen, wieder Verhandlungen aufzunehmen, um den Briten entgegenzukommen und womöglich weitere Zugeständnisse zu machen. „Selbst wenn Großbritannien wider Erwarten für den Brexit stimmt, sollten wir nicht sofort die Tür zuschlagen, sondern ausloten, was noch möglich ist, um einen Austritt zu verhindern“, sagt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Jürgen Hardt.

Natürlich bricht nach einem Brexit nicht die Apokalypse aus, auch nicht der dritte Weltkrieg, den Cameron andeutete. Aber Großbritannien wird allein sein. Das Land wird emotional von Europa wegrücken, es wird ein Prozess der gegenseitigen Distanzierung werden. Europäer werden es dann schwerer haben, sich auf der Insel niederzulassen, dort zu leben und zu arbeiten, das selbe gilt für Briten in Europa. Das ist die heikelste Folge des Austritts: die schleichende Entfremdung von Freunden.

Die Briten wollten Europa immer entschlacken und effizienter machen, weniger kopflastig. Es wäre ein Akt der Selbstverletzung, die Arbeit von Jahrzehnten wegzufegen und Europa in einer Phase zu schwächen, in der es so viele Probleme bewältigen muss wie selten zuvor. Die Briten werden unter einer schwachen EU genauso leiden wie alle anderen.

Das Bizarre ist, dass die Brexiteers sich nicht einmal Mühe geben, das Leben nach der EU zu planen. Sie haben keine Ahnung, wohin die Reise gehen soll. Ihr Programm lautet: Wir schlagen die Tür zu, dann sehen wir weiter. Michael Gove ►

contrary to our expectations, votes in favour of Brexit, we shouldn't immediately slam the door shut, but instead sound out what might be possible to prevent an exit,” says Jürgen Hardt, foreign policy spokesman for the conservatives in the German parliament.

Of course, Brexit won't be followed by an apocalypse or a third world war as Cameron has insinuated. But Britain will be alone. The country will pivot away from Europe and there will be a process of mutual distancing. Europeans will find it more difficult to settle in the UK, to live and work there, and the same will go for Brits in Europe. That will be the most awkward consequence of Brexit – a creeping estrangement between friends.

The British always wanted to make Europe more efficient and less top-heavy. They would be hurting themselves were they to throw away decades of work and weaken Europe at a moment when it is facing more problems than virtually ever before. The British would suffer from a weakened EU just as much as everyone else.

The bizarre thing is that the Brexiteers aren't even making the effort to plan for life after the EU. They have no idea where the journey would lead. Their plan is: we are slamming the door and then we'll see what happens next. Michael Gove has said, in all seriousness, that Albania's status could make an attractive goal. They are also hoping for trade deals with India, China and the US, even though US president Barack Obama has said that Britain would have to go to the back of the queue. They hope that the world will open up the way it used to. They have no more to offer than hope and patriotism.

As banal as it sounds, Britain is a European state. The separation is a fiction and the island mentality a myth. In the first century, England was a colony of the Roman empire, and when the Romans left, the Saxons settled there from today's northern Germany. The English Channel was never any greater an obstacle than the Rhine or the Alps. The early Britons profited from their location at a ►



Wandbild in Bristol mit Trump, Johnson: Entfremdung von Freunden
 Mural in Bristol of Trump and Johnson: estrangement between friends

► sagte allen Ernstes, der Status von Albanien sei ein attraktives Ziel. Man wolle auch Handelsabkommen mit Indien, China, den USA, obwohl US-Präsident Obama sagte, die Briten könnten sich dann ganz hinten anstellen. Sie wünschen sich, dass sich die Welt öffnet, wie früher. Mehr als Hoffnung und Patriotismus können sie nicht bieten.

So banal das klingt: Großbritannien ist ein Staat in Europa. Die Trennung ist eine Fiktion und die Inselmentalität ein Mythos. Erst war England eine Kolonie des Römischen Reichs, und als die Römer abzogen, siedelten sich die Angelsachsen aus dem heutigen Norddeutschland an. Der Ärmelkanal war nie ein größeres Hindernis als der Rhein oder die Alpen. Die frühen Engländer profitierten von der Lage an der Kreuzung mehrerer Handelsrouten. Isolation, schreibt der Historiker Brendan Simms, gab es für sie nicht.

Nach der normannischen Eroberung wurde England eine europäische Macht. Das Königreich erstreckte sich zeitweise bis zu den Pyrenäen, kurz stand sogar Paris unter englischer Herrschaft. Und natürlich trug auch die Krone mit einer geschickten Heiratspolitik zur Verflechtung mit anderen Adelsgeschlechtern bei und damit zur Stabilisierung der Monarchie. Georg I., der Welfenkönig aus Hannover, begründete 1714 eine deutsch-englische Dynastie, die fast zwei Jahrhunderte lang in Großbritannien regierte.

Das ist keine Monarchiefolklore, sondern ein Beleg für die über Jahrhunderte entstandene politische, kulturelle und soziale Nähe zwischen Deutschen und Briten. Natürlich haben wir ein Interesse an der Insel, wir teilen dieselben Erfahrungen, auch die Erfahrungen von Konflikt und Krieg. Europa ist ein tiefer, über lange Zeit gewachsener Resonanzraum, die Briten gehören dazu.

Ja, die EU ist bürokratisch, bequem und undurchsichtig. Mit alledem hat das Brexit-Lager recht. Europa ist oft selbst sein größter Feind. Naivität und Sentimentalität haben die Union träge werden lassen und verhindert, dass sie in Krisen mit einer Stimme spricht. Genau deshalb sind die Briten wichtig, als Kraft der Vernunft, vorausgesetzt, sie definieren ihre Ziele und

► junction of several trade routes. Isolation, as historian Brendan Simms wrote, never really existed as an option for them.

After the Norman conquest, England became a European power, a kingdom whose reach once stretched as far as the Pyrenees. Even Paris was once under English rule. And of course the crown deployed skillful marriage policies to weave itself together with other noble houses to stabilise the monarchy. George I, the Guelph king from Hanover, founded a German-English dynasty in 1714 that ruled Britain for nearly two centuries.

That isn't merely royal folklore, but proof of the political, cultural, and social affinity between the Germans and the British. Of course we have an interest in Britain. We have shared experiences, including the experiences of conflict and war. Europe is a resonance chamber, and the British belong to it.

Yes, the EU is bureaucratic, complacent and opaque. The Brexit camp is right about all that. Europe is often its own biggest enemy. Naivety and sentimentality have made the EU sluggish and prevented it from addressing crises with a single voice. That's exactly why the British are so important, as a force for reason, provided they identify their goals and fight resolutely for them. The battles in recent years have largely been the product of Cameron's clumsy EU policy. But the mood in Brussels has long since become more pragmatic. The British have a lot to gain if they stay.

Last week, European council president Donald Tusk said that a federal Europe was no solution to the problem of how this fractured community could be rescued. "We failed to notice that ordinary people ... do not share our euro-enthusiasm," he said. "Disillusioned with the great visions of the future, they demand that we cope with the present reality better than we have been doing until now."

That was both a blow to the idealists and a message to the island off the coast: a vote to remain in the EU would not be a vote for the status quo. Cameron has already said that he would not stand in the way of greater integration in the eurozone. This means that he at least would no longer block tighter cooperation among Europe's core states.

kämpfen entschlossen dafür. Das Gezerre der vergangenen Jahre liegt zum großen Teil an Camerons verkorkster Europapolitik. Die Stimmung in Brüssel ist längst pragmatischer geworden. Die Briten haben viel zu gewinnen, wenn sie bleiben.

EU-Ratspräsident Donald Tusk sagte vorige Woche, ein föderales Europa sei keine Antwort auf die Frage, wie sich die Gemeinschaft retten lasse. „Wir haben übersehen, dass normale Menschen unseren Euro-Enthusiasmus nicht teilen.“ Die Bürger seien desillusioniert von den Visionen der Vergangenheit, sie verlangten, dass die Union sich der Gegenwart stelle.

Es ist eine Absage an die Idealisten und gleichzeitig eine Botschaft an die Insel: Ein Votum für den Verbleib in der EU wird keine Entscheidung für den Status quo sein. Cameron kündigte schon an, weiteren Integrationsschritten in der Eurozone nicht im Weg zu stehen. Die engere Bindung der europäischen Kernstaaten wird zumindest nicht mehr an ihm scheitern.

Deutschland hat von einem Verbleib der Briten mehrere Vorteile. Erstens einen Verbündeten als Gegengewicht zum Süden und zu Frankreich, was in Fragen der Haushaltsdisziplin und der Wirtschaftspolitik wichtig ist. Zweitens einen Unterstützer im Kampf gegen Populisten. Merkel kündigte bereits an, wie Großbritannien das Kindergeld für EU-Einwanderer kürzen zu wollen, wenn die Kinder nicht in Deutschland leben.

Außerdem helfen die Briten, Europas Machtgefüge zu stabilisieren. Ein Brexit würde die Wahrnehmung einer deutschen Hegemonie auf dem Kontinent verstärken und den Widerstand anderer Staaten provozieren, sagt Hans Kundnani, Außenpolitikexperte beim German Marshall Fund in Berlin. Gegenkoalitionen könnten sich bilden, was wiederum den deutschen Einfluss schmälert. „Ohne Großbritannien wäre Deutschland in der EU paradoxerweise schwächer.“

Sicherheitspolitisch profitiert der ganze Kontinent von den Briten. Zwar ist für die militärische Abschreckung nach wie vor die Nato zuständig. Aber in einer Phase des hybriden Krieges und der Provokationen, die Putin seit Langem betreibt, kann sich Europa nicht auf das Waffenarsenal der USA verlassen. Die Nato ist zunehmend auf eine starke EU angewiesen, die gemeinsame Sanktionen beschließen kann.

Großbritannien bringt Stabilität in die Union. Es trägt den Brückenpfeiler über den Atlantik, bindet die Commonwealth-Staaten an Europa und macht uns offener, weltgewandter. London ist die europäischste Stadt Europas, eine Metropole der Vielfalt. Ein urbanes Vorbild auch für den gesamten Kontinent, schon deshalb wäre ein Austritt absurd.

Die Wahllokale öffnen am 23. Juni morgens um sieben und schließen abends um zehn. Großbritannien ist die Nation des „common sense“, des gesunden Menschenverstands, und die Briten sind kein Volk, das sich vor Verantwortung drückt und vor schweren Aufgaben. Daran werden sie sich hoffentlich erinnern, wenn sie über die Zukunft nicht nur ihres Landes abstimmen. Sie haben die Wahl zwischen dem Fünfzigerjahre-Retro-Projekt der stolzen Isolation, das Johnson, Farage und Gove propagieren, und einem Europa, das mehr denn je bereit ist, erneuert zu werden. Die Wahl sollte nicht schwerfallen.

Das Referendum ist die folgenreichste Entscheidung seit Jahrzehnten. Ein Brexit wäre der Triumph der Zyniker über die Vernunft. Das 20. Jahrhundert hat gezeigt, dass alle profitieren, wenn sich Großbritannien den Problemen stellt, anstatt fortzulaufen. Man möchte mit einem Lautsprecher über die Insel fahren und rufen: Wenn ihr für den Austritt stimmt, verlieren alle. Wenn ihr bleibt, werdet ihr gewinnen.

Es gibt eine nett gemeinte proeuropäische Kampagne von Kontinentaleuropäern in London mit dem Motto „Hug a Brit“. Nichts aber wäre dem Briten peinlicher als die Umarmung durch einen Europäer, einen fremden dazu. Besser wäre ein fester Handschlag, verbunden mit der Bitte: bleibt!

Peter Müller, Christoph Pauly, Christoph Scheuermann

Germany also has much to gain from Britain remaining in the EU. Firstly, the UK is an important ally to counter the southern states and France on issues like budget discipline and economic policy. Secondly, the UK provides vital support in the fight against the populists. Merkel has already announced that she will, just like Britain, cut child benefits for EU immigrants when the children don't live in Germany.

Britain also helps stabilise Europe's power structures. Brexit could increase the perception of German dominance on the continent and provoke resistance from other states, says Hans Kundnani, foreign policy expert at the German Marshall Fund in Berlin. This, he argues, could result in opposing coalitions that would reduce Germany's influence: "Paradoxically, therefore, Germany could in reality be weaker in an EU without the UK."

The whole of the continent also benefits from Britain when it comes to security and defence. It's true that Nato is still responsible for providing Europe's military deterrent. But in an era of hybrid warfare and provocations such as those that Putin has been pursuing for some time, Europe cannot rely solely on the US arsenal to protect it. Nato is increasingly reliant on a strong EU that can agree on the imposition of joint sanctions.

Britain brings stability to the EU. It is key to the transatlantic relationship, binds the Commonwealth nations to Europe, and makes us more open and outward looking. London is Europe's most European city, a metropolis of diversity, and an urban model for the entire continent. That in itself makes the prospect of Brexit so absurd.

The polling stations will open on June 23 at 7am and will close at 10pm. Britain is the nation of "common sense", and the British are not people to duck responsibility and flee difficult tasks. They will hopefully remember that when they vote on what their – and Europe's – future should look like. They have a choice between the 1950s retro-vision of splendid isolation as propagated by Johnson, Farage and Gove, and a Europe that is more ready than ever for renewal. It should not be a difficult choice.

This referendum is the most momentous decision to be made in decades. Brexit would be a triumph of cynicism over reason. The 20th century showed that everyone benefits when Britain faces up to problems instead of running away. It's enough to make you want to drive around the island with a megaphone shouting: "Vote leave, and we'll all lose. If you remain, you will win."

There's a well-meaning pro-European campaign by continental Europeans in London called "Hug a Brit". But there's nothing more embarrassing for a Briton than to be embraced by a European, not to mention a stranger. Better would be a firm handshake, coupled with an honest, straightforward appeal: remain.

Peter Müller, Christoph Pauly, Christoph Scheuermann



Video:

Warum wir die Briten lieben

spiegel.de/sp242016briten
oder in der App DER SPIEGEL



Video:

Why we love the Brits

spiegel.de/sp242016british
oder in der App DER SPIEGEL

„Großbritannien ist Führungsnation“

SPIEGEL-Gespräch Finanzminister Wolfgang Schäuble warnt vor den Gefahren eines Brexit, beschreibt die Vertrauenskrise der EU und die Angst der Engländer beim Elfmeter.

SPIEGEL: Herr Minister, Sie sind als einziger deutscher Spitzenpolitiker nach Großbritannien gereist und haben dort für den Verbleib des Landes in der EU geworben. Warum halten sich alle anderen zurück? Ist deutsche Unterstützung in Großbritannien nicht willkommen?

Schäuble: Ich habe mich natürlich auch gefragt, ob es hilfreich ist, wenn deutsche Politiker den britischen Wählern erklären, was sie tun sollen. Das habe ich auch meinen britischen Kollegen George Osborne gefragt, der mich gebeten hatte, über das Thema in London zu sprechen. Er hat mich beruhigt, und so habe ich der britischen Öffentlichkeit erklärt, warum ich glaube, dass es für die EU und Großbritannien besser ist, wenn sich die Wähler gegen einen Brexit entscheiden.

SPIEGEL: Nach Umfragen ist der Ausgang des Referendums am 23. Juni völlig offen. Sollten sich die Briten gegen die EU entscheiden, steht Ihr Projekt einer immer engeren Integration Europas vor dem Scheitern.

Schäuble: Ich hoffe und glaube, dass die Briten sich am Ende gegen einen Brexit entscheiden. Ein Ausscheiden Großbritanniens wäre ein schwerer Verlust für Europa.

SPIEGEL: Warum ist es für die EU besser, wenn die Briten bleiben? Sie sind in den vergangenen Jahren doch immer wieder auf Distanz zur EU gegangen.

Schäuble: Großbritannien ist eines der wirtschaftlich stärksten Länder der EU, mit London besitzt es das größte Finanzzentrum Europas. In allen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik spielt Großbritannien eine führende Rolle. Deswegen ist Europa mit Großbritannien stärker als ohne. Außerdem tritt das Vereinigte Königreich in Brüssel konsequent für marktwirtschaftliche Lösungen ein und ist damit häufig ein Verbündeter der Bundesregierung. Und man kann von der pragmatischen Vernunft der Briten in Europa gar nicht genug haben.

SPIEGEL: Und warum ist es für die Briten besser, in der EU zu bleiben?

Schäuble: Großbritannien ist wirtschaftlich sehr eng mit seinen europäischen Partnerländern verflochten. Es wäre ein großer Rückschritt für das Land und eine erhebliche Schwächung, diese Bindungen zu kappen. Im Zeitalter der Globalisierung ist eine „splendid isolation“ keine kluge Option.

SPIEGEL: Großbritannien könnte doch wie die Schweiz oder Norwegen an den Vorteilen des Binnenmarkts weiter teilnehmen, ohne Mitglied der EU zu sein.

Schäuble: Das wird nicht funktionieren. Dazu müsste sich das Land an die Regeln eines Klubs halten, aus dem es gerade austreten will. Wenn sich die Mehrheit in Großbritannien für einen Brexit entscheidet, dann wäre das eine Entscheidung gegen den Binnenmarkt. In is in. Out is out. Das gebietet der Respekt vor der Souveränität des britischen Volks.

SPIEGEL: OECD und IWF warnen im Falle eines Brexit vor massiven Einkommens- und Wohlstandsverlusten für die Briten. Ist das Angstmache?

“Britain is a leading nation”

SPIEGEL Interview German finance minister Wolfgang Schäuble warns of the dangers of Brexit, talks about the EU's crisis of confidence, and considers the English fear of the penalty kick.

SPIEGEL: Minister Schäuble, you are the only top German politician who has travelled to Britain to campaign for the country to remain in the EU. Why is everyone else holding back? Is German support not welcome in Britain?

Schäuble: I also, of course, asked myself whether it is helpful for German politicians to be telling British voters what to do. I put the same question to my British counterpart, George Osborne, who had asked me to talk about the issue in London. He allayed my fears, and so I explained to the British public why I believe that it is better for the EU and Britain if voters decide against Brexit.

SPIEGEL: Polls show that the outcome of the June 23 referendum is completely up in the air. If the British vote against the EU, your project for achieving ever closer integration in Europe will be on the verge of failure.

Schäuble: I hope and believe that the British will ultimately decide against Brexit. The withdrawal of Britain would be a heavy loss for Europe.

SPIEGEL: Why is it better for the EU if the British remain? They have repeatedly distanced themselves from the EU in recent years.

Schäuble: Britain is one of the strongest economies in the EU, and London is Europe's largest financial centre. Britain plays a leading role in all matters of foreign and security policy. That is why Europe is stronger with Britain than without it. Besides, the UK consistently advocates market-based solutions in Brussels, which frequently makes it an ally of the German government. And, in my view, one cannot have enough British pragmatic rationality in Europe.

SPIEGEL: And why is it better for the British to remain in the EU?

Schäuble: Britain is economically very closely integrated with its European partner countries. Were these ties to be cut, it would be a huge step backwards for the country and would weaken it considerably. In the era of globalisation, “splendid isolation“ is not a smart option.

SPIEGEL: But Britain could continue to enjoy the benefits of the single market without being an EU member, in the same way that Switzerland and Norway do.

Schäuble: That won't work. It would require the country to abide by the rules of a club from which it currently wants to withdraw. If the majority in Britain opts for Brexit, that would be a decision against the single market. In is in. Out is out. One has to respect the sovereignty of the British people.

SPIEGEL: The OECD and the IMF are warning that the British could see massive income and prosperity losses in the event of Brexit. Is this fear-mongering?

Schäuble: I do think the calculations are at least reasonable. The close economic integration offers advantages for everyone involved, so it would be a miracle if there were no economic drawbacks following a British withdrawal. But I do not know whether British voters will be convinced if international organisations weigh in too heavily on this issue.

SPIEGEL: Your British counterpart George Osborne warns the British will be creating their own recession if they vote against





WERNER SCHLIERING / DER SPIEGEL

Minister Schäuble: „Ein Ausscheiden Großbritanniens wäre ein schwerer Verlust für Europa“
Minister Schäuble: “The withdrawal of Britain would be a heavy loss for Europe”

Schäuble: Ich halte die Berechnungen zumindest für nachvollziehbar. Die enge wirtschaftliche Verflechtung bietet allen Beteiligten Vorteile. Da wäre es doch ein Wunder, wenn ein Ausscheiden Großbritanniens ohne ökonomische Nachteile bliebe. Aber ich weiß nicht, ob es die britischen Wähler überzeugt, wenn sich internationale Organisationen in dieser Frage allzu sehr einmischen.

SPIEGEL: Ihr Amtskollege George Osborne warnt vor einer hausgemachten Rezession, wenn sich die Briten gegen den Verbleib in der Union entscheiden. Befürchten Sie, dass es zu einer Ansteckung kommt?

Schäuble: Wenn es zu einem Austritt käme, hätte das natürlich negative Folgen und Risiken auch für die Partnerländer Großbritanniens. Aber meine Amtskollegen in der Eurozone und ich werden alles tun, um diese Folgen zu begrenzen. Wir bereiten uns auf alle möglichen Szenarien vor, um die Gefahren einzudämmen.

SPIEGEL: Was können Sie denn eigentlich tun?

Schäuble: Die EZB bereitet sich vor, genau wie die Bank von England. Natürlich richten sich auch die Europäische Kom- ▶

remaining in the union. Do you worry about the possibility of contagion?

Schäuble: If Brexit came to pass, it would of course have negative consequences and create risks for Britain's partner countries. But my counterparts in the eurozone and I will do everything possible to contain these consequences. We are preparing for all possible scenarios to limit the risks.

SPIEGEL: What exactly can you do?

Schäuble: The ECB is making preparations, just as the Bank of England is. The European commission and the governments of partner nations are also, of course, preparing for possible scenarios. No one knows how the markets would react on the day after a decision like this. Perhaps nothing would happen at all because investors have already factored everything in. If the British do actually vote to leave the EU, it will be important to remain calm and offer the markets some orientation on which way the road will lead. Then we would have to say: “We now have a decision that we did not want, but let's make the best of it”. There would still be no reason for panic. This process of separation would take a while. A withdrawal of this magnitude does not take place overnight. ▶

► mission und die Regierungen der Partnerstaaten auf solche Eventualszenarien ein. Keiner weiß, wie die Märkte am Tag nach einer solchen Entscheidung reagieren würden. Vielleicht würde gar nichts passieren, weil die Investoren alles schon eingepreist haben. Wenn die Briten für den Ausstieg votieren, dann wird es wichtig sein, gelassen zu bleiben und den Märkten Orientierung zu geben, wohin die Reise in einem solchen Fall geht. Dann würden wir sagen müssen: Wir haben jetzt eine Entscheidung, die wir nicht wollten, aber nun machen wir das Beste daraus. Für Panik wäre dann dennoch kein Anlass. Dieser Prozess der Trennung würde dauern, so ein Austritt vollzieht sich ja nicht über Nacht. Ihm würden lange Verhandlungen vorausgehen. Aber natürlich hoffen alle, dass die Notfallszenarien gar nicht eintreten.

SPIEGEL: Auch die innenpolitischen Folgen für das Vereinigte Königreich könnten dramatisch sein. Glauben Sie, dass ein Brexit in Schottland die Bestrebungen nach Unabhängigkeit befeuern würde, weil die Schotten eindeutig europäischer ausgerichtet sind als die Engländer?

Schäuble: Die Schotten wollen in Europa bleiben, ein Votum gegen ihren Willen könnte deshalb ihr Streben nach Unabhängigkeit neu befeuern. Wichtig ist auch Nordirland. Der Konflikt dort ist eingehegt worden durch die gemeinsame Zugehörigkeit Irlands und Großbritanniens zur EU.

SPIEGEL: Als überzeugter Europäer sind gerade Sie für eine immer stärkere, auch politische Integration Europas eingetreten. Was, wenn das britische Beispiel Schule macht und nun auch andere Länder weniger Europa wollen oder gar die EU verlassen?

Schäuble: Das kann man nicht ausschließen, theoretisch ist es denkbar. Wie würden zum Beispiel die Niederlande reagieren, die traditionell sehr stark mit Großbritannien verbunden sind? Wichtig ist, dass die EU ein Signal sendet, dass sie das Votum verstanden hat und bereit ist, daraus zu lernen.

SPIEGEL: Und zwar wie?

Schäuble: Wir könnten als Antwort auf einen Brexit nicht einfach mehr Integration fordern. Das wäre plump, viele würden zu Recht fragen, ob wir Politiker noch immer nicht verstanden haben. Auch für den Fall, dass die Briten einen Austritt mit knapper Mehrheit ablehnen, müssen wir das als Mahnung und Weckruf verstehen, nicht einfach so wie bisher weiterzumachen. In jedem Fall müssen wir die Entbürokratisierung in Europa ernsthaft angehen. In manchen Bereichen müssen wir auch wieder zu mehr Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten zurückfinden, so wie es die Briten verlangen.

SPIEGEL: Mehr Eigenverantwortung statt mehr Integration – das würde allem widersprechen, wofür Sie bisher in Europa gekämpft haben. An welche Bereiche denken Sie?

Schäuble: Überhaupt nicht. Ein starkes Europa ist doch kein bürokratisiertes Europa. Mehr Eigenverantwortung und das Einhalten von gemeinsam verabredeten Regeln sind doch geradezu das Fundament. Wir müssen die Europäische Union dort stark machen, wo sie einen echten Mehrwert gegenüber nationalen Ansätzen hat. Nehmen Sie nur die Außenpolitik oder die Verteidigung. Was soll auf diesen Feldern ein Einzelner noch ausrichten? Wir brauchen die Briten, wenn Europa in der Welt Gewicht und Stimme haben soll.

► It would be preceded by lengthy negotiations. But of course everyone hopes that these emergency scenarios will not occur at all.

SPIEGEL: The domestic policy consequences in the UK could also be dramatic. Do you believe Brexit would fuel renewed efforts towards Scottish independence, because the Scots are clearly more closely aligned with Europe than the English are?

Schäuble: The Scots want to remain part of Europe, and a vote against their will could reignite the push for independence. Northern Ireland is also important. The conflict there was contained by the fact that Ireland and Britain are both members of the EU.

SPIEGEL: As a dedicated European, you have been particularly vehement in advocating deeper European integration, also at the political level. What happens if the British example catches on and other countries decide they want less Europe or even to leave the EU?

Schäuble: That cannot be ruled out – it is conceivable theoretically. How, for example, would the Netherlands react, as a country that has traditionally had very close ties to Britain? It is important for the EU to send the message that it has understood the vote and is prepared to learn from it.

SPIEGEL: How, exactly?

Schäuble: In response to Brexit, we couldn't simply call for more integration. That would be crude, many would rightfully wonder whether we politicians still hadn't understood. Even in the event that only a small majority of the British voters reject a withdrawal, we would have to see it as a wakeup call and a warning not to continue with business as usual. Either way, we have to take a serious look at reducing bureaucracy in Europe. And in some areas, we also need to find our way back to the member states assuming more autonomy, as the British are demanding.

SPIEGEL: Greater autonomy instead of deeper integration: that would contradict everything you have fought for in Europe to date. Which areas do you have in mind?

Schäuble: Not at all. A strong Europe is not a bureaucratized Europe. More autonomy and adherence to mutually agreed-upon rules are precisely the foundation we need. We must strengthen the EU in those areas where it offers true added value relative to national approaches.

Just look at foreign policy or defence. What can an individual country achieve in these areas? We need the British if Europe is to punch at its proper weight and have a significant voice in the world.

SPIEGEL: In the past, Britain has repeatedly blocked key decisions and obstructed integration.

Schäuble: No, Britain has never stood in our way. The British government has consistently given a free hand to those countries that wanted to move forward, on monetary union, for example. It's a little different in foreign and security policy. This is where, compared to other EU countries, Britain and France bear the greatest burden and make the biggest contribution. In that area, Britain is a leading nation.

SPIEGEL: Nevertheless, France and Germany were far more involved in the Ukraine crisis, for example.

Schäuble: In this particular case, I would have liked to see the British government assume more responsibility. I always regretted the fact that only the French president joined the chancellor in negotiating with Russian president Vladimir Putin. The British prime minister was missing there. But what's missing now could always come later.

Please go



ANDY RAIN / DPA

... weil unser Vorrat an Mitleid für Prinz Charles aufgebraucht ist.

... because we have exhausted our supply of pity for Prince Charles.

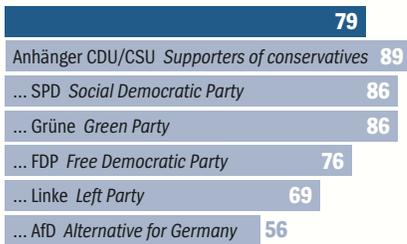




„Was finden Sie besser: dass Großbritannien Mitglied der EU bleibt oder dass es die EU verlässt?“

“What would you prefer: that Britain remains a member of the EU or that it leaves?”

Sollte bleiben Should remain



Sollte EU verlassen Should leave the EU



„Glauben Sie, nach einem Brexit ginge es Deutschland auf die Dauer wirtschaftlich besser oder schlechter, oder gäbe es keinen Unterschied?“

“In the event of Brexit, do you think the German economy would be better or worse in the long term, or would it make no difference?”

Kein Unterschied No difference



Schlechter Worse



Besser Better



TNS Forschung am 7. und 8. Juni; 1025 Befragte ab 18 Jahren; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „Weiß nicht“/keine Angabe
TNS Forschung from June 7 – 8; 1,025 people aged 18 and over surveyed in Germany; results in per cent; Other answers: “Don’t know”/no answer



„Was meinen Sie: Sollte Deutschland in der EU bleiben oder anstreben, die EU zu verlassen?“

“What do you think: Should Germany remain in the EU or seek to leave?”

Sollte bleiben Should remain



Sollte die EU verlassen Should leave the EU



SPIEGEL: Großbritannien hat in der Vergangenheit immer wieder bei wichtigen Entscheidungen gebremst und Integration verhindert.

Schäuble: Nein, Großbritannien hat uns nie im Weg gestanden. Die britische Regierung hat die Länder, die vorangehen wollten, etwa bei der Währungsunion, stets gewähren lassen. In der Außen- und Sicherheitspolitik verhält es sich ein bisschen anders. Da trägt Großbritannien verglichen mit allen anderen EU-Ländern traditionell gemeinsam mit Frankreich die größte Last und liefert den höchsten Beitrag. Da ist es Führungsnation.

SPIEGEL: Dennoch haben sich zum Beispiel in der Ukrainekrise Frankreich und Deutschland viel stärker engagiert.

Schäuble: In diesem Fall hätte ich mir auch gewünscht, dass die britische Regierung mehr Verantwortung übernimmt. Ich habe es immer bedauert, dass die Bundeskanzlerin nur mit dem französischen Staatspräsidenten mit Russlands Staatschef Wladimir Putin verhandelt hat. Da hat der britische Premierminister gefehlt. Aber was nicht ist, kann ja noch kommen.

SPIEGEL: Großbritannien hatte aufgrund seiner Insellage immer ein distanzierteres Verhältnis zu Europa.

Schäuble: Die britische Politik war nie auf sich selbst zentriert, sondern stets auf Europa ausgerichtet. Immer wenn sich auf dem europäischen Festland jemand aufmachte, die anderen zu unterdrücken, dann waren die Briten deren bedeutendste Gegner – und sie gaben jedes Mal den Ausschlag. Das war gegen Napoleon vor 200 Jahren so und gegen Hitler vor 80 Jahren.

SPIEGEL: Sie haben schon vor 20 Jahren ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten vorgeschlagen. Das Ziel war, dass etwa Deutschland und Frankreich nicht durch weniger integrationswillige Staaten gebremst werden. Stattdessen bekommen wir jetzt vielleicht ein Europa, in dem manche im Rückwärtsgang fahren.

Schäuble: Das Ziel der europäischen Einigung kann nur verwirklicht werden, wenn alle mitmachen, unter Umständen mit Ausnahmen in manchen Bereichen. Nicht alle machen ▶

SPIEGEL: Because it is an island, Britain has always had a distanced relationship with Europe.

Schäuble: British policy was never centred on Britain itself, but was instead always oriented towards Europe. Whenever anyone on the European mainland tried to oppress other countries, the British were their most prominent adversaries – and they tipped the balance each time. That was true in the fight against Napoleon 200 years ago, just as it was against Hitler 80 years ago.

SPIEGEL: Twenty years ago, you proposed a Europe of different speeds. The goal was to ensure that countries like Germany and France would not be slowed down by countries less willing to integrate. Instead, we could now be getting a Europe in which some are driving in reverse.

Schäuble: The goal of European unification can only be achieved if everyone participates, perhaps with exceptions in some areas. Not all countries are part of monetary union, and not all are in the Schengen area. But the fundamental goal should be to keep everyone on board.

SPIEGEL: How dangerous would Brexit be for the EU? Would it fundamentally call the union into question?

Schäuble: Europe will also work without Britain if necessary. At some point, the British will realise they have taken the wrong decision. And then we will accept them back one day, if that’s what they want.

SPIEGEL: The Brexit referendum is not the only threat to Europe. In general, approval of the EU has declined sharply. How deep is the crisis in the European Union?

Schäuble: Europe has grown through crises. Each crisis also presents opportunities, and Europe has emerged stronger from each one. That will also be the case this time. That is the way history unfolds. Just look at the euro. Six years ago, when many member states were in turmoil, many no longer thought the common currency had much of a future. Today Spain, Portugal, Ireland and Cyprus have overcome the crisis, and much has also happened in Greece. The euro is the uncontested second reserve currency in the world, and it is stable. Europe is sometimes slow, and it reacts sluggishly, but it is capable of finding solutions. ▶

► bei der Währungsunion mit, nicht alle beim Schengen-Raum. Aber grundsätzlich sollte gelten, alle an Bord zu halten.

SPIEGEL: Wie gefährlich wäre ein Brexit für die Union? Würde er die Gemeinschaft grundsätzlich infrage stellen?

Schäuble: Europa wird zur Not auch ohne Großbritannien funktionieren. Irgendwann würden die Briten dann feststellen, dass sie eine falsche Entscheidung getroffen haben. Und dann werden wir sie eines Tages wieder aufnehmen, wenn sie denn wollen.

SPIEGEL: Das Brexit-Referendum ist nicht die einzige Gefahr für Europa. Die Zustimmung zur EU ist allgemein stark gesunken. Wie tief ist die Krise der Union?

„Ein Land allein kann Europa nicht führen, Deutschland schon gar nicht.“

Schäuble: Europa ist durch Krisen gewachsen. Jede Krise birgt Chancen, und Europa ist aus jeder Krise gestärkt hervorgegangen. Das wird auch dieses Mal so sein, so ist der Gang der Geschichte. Schauen Sie sich nur den Euro an. Vor sechs Jahren, als viele Mitgliedsländer in Turbulenzen gerieten, gaben viele keinen Pfifferling mehr auf die Gemeinschaftswährung. Heute haben Spanien, Portugal,

Irland und Zypern die Krise überwunden, in Griechenland ist auch viel passiert. Der Euro ist unangefochten Weltreserve-Währung Nummer zwei und stabil. Europa ist manchmal langsam und reagiert schwerfällig, aber es ist imstande, Lösungen zu finden.

SPIEGEL: Die Flüchtlingskrise ist ein nicht so gelungenes Beispiel.

Schäuble: Auch da hat Europa doch reagiert. Wir haben ein Abkommen mit der Türkei erreicht, wir werden uns im nördlichen Afrika stärker engagieren. Und dafür braucht es auch Großbritannien. Das Land liefert einen höheren Sicherheits- und Verteidigungsbeitrag als jedes andere Mitgliedsland. In der Entwicklungshilfe ist es ähnlich. Deshalb ist Großbritannien ein wertvolles Mitglied der EU und sollte es bleiben.

SPIEGEL: Im Falle eines Brexit würde das deutsche Übergewicht in der EU weiterwachsen. Müsste Deutschland dann noch mehr Führung übernehmen?

Schäuble: Deutsche Führung wird zwar von den anderen eingefordert, aber sobald sie ausgeübt wird, werden wir dafür kritisiert. Ein Land allein kann Europa nicht führen, Deutschland schon gar nicht. Wir brauchen Frankreich, wir brauchen ein stärkeres, engagierteres Polen. Mit Großbritannien ist die EU viel besser austariert als ohne. Europa funktioniert umso besser, je stärker sich Großbritannien engagiert.

SPIEGEL: Inwieweit ist die Anti-EU-Stimmung in Großbritannien auch eine Stimmung gegen eine von Deutschland dominierte EU?

Schäuble: Das sehe ich überhaupt nicht. Das Bild der Briten von Deutschland hat sich sehr geändert. Das zeigen Meinungsumfragen, das spürt man an der tollen Ausstellung über „Germany“ im Britischen Museum. Wir Deutschen haben dieses veränderte Bild auch ermöglicht, wir haben es geschafft, dass die Welt verstanden hat: Das Bild, das sie von uns hatte, entspricht im Jahr 2016 nicht mehr der Realität. Dazu hat nicht zuletzt die Fußballweltmeisterschaft 2006 beigetragen. Und die Bilder vom Münchner Hauptbahnhof am Tag der Ankunft der Flüchtlinge werden im Gedächtnis der Menschen in vielen Teilen der Welt bleiben.

SPIEGEL: Gerade Merkels Flüchtlingspolitik ist doch als deutscher Alleingang in Europa wahrgenommen worden.

► **SPIEGEL:** The refugee crisis is not exactly a successful example.

Schäuble: But Europe has reacted here too. We have reached an agreement with Turkey and we will become more involved in North Africa. We also need Britain to pitch in here. The country provides a bigger security and defence contribution than any other member state. The story is similar with overseas development aid. That is why Britain is, and should remain, a valuable member of the EU.

SPIEGEL: In the event of Brexit, Germany's dominance in the EU would further grow. Would Germany not then have to assume even more leadership?

Schäuble: The others are always calling for German leadership, but we are criticised as soon as it is exercised. One country alone cannot lead Europe, especially not Germany. We need France, and we need a stronger, more committed Poland. The EU is far better balanced with Britain than without it. And the more Britain gets involved, the better Europe works.

SPIEGEL: To what extent is the anti-EU sentiment in Britain also an expression of opposition to an EU dominated by Germany?

Schäuble: I do not see that at all. The view of Germany among the British has changed considerably. Polls show this, and you got a sense of it through the wonderful exhibition on Germany at the British Museum. We Germans have also made this new image possible. We have managed to convince the world that the image it had of us no longer corresponds to reality in 2016. The 2006 World Cup helped contribute to that change. And people in many parts of the world will not forget the images from Munich's central station on the day the refugees arrived.

SPIEGEL: But it was precisely Merkel's refugee policy that was perceived in Europe as Germany acting unilaterally.

Schäuble: It was and is right to insist that the principle of open borders in Europe should not be abandoned. Just as it is incorrect to assume that this problem can be solved simply by implementing better controls on Europe's external borders and by working together with Europe's neighbouring countries. The agreement with Turkey is necessary. But the refugee crisis requires greater solidarity within Europe. Other Europeans have nothing to reproach us Germans for. In fact, the others have some catching up to do.

SPIEGEL: But the dispute and the bickering in the refugee crisis and the euro crisis are also examples of how the EU does not always present itself in the best light.

Is this why many people develop resentment towards the EU?

Schäuble: There are people in the member states who are using this to stir up resentment against European integration. Faced with the uncertainty of the modern world and the immensity of globalisation, they feel the need to take refuge in the things they know best. But that is the wrong response to globalisation. Nobody is going to bring back the good old days. We need an awareness that openness is good for us, and that it is our future.

SPIEGEL: On this issue, we see divided societies all across Europe: in Austria, France, Britain, Hungary and Poland. How certain are you that countries like Hungary and Poland still even share our common European values?

Schäuble: European values have great appeal and are shared by the overwhelming majority of Poles. For Poland, in particular, European values were the driving force that ultimately achieved something that we Germans thought was impossible: the fall of the Berlin Wall. We are now experiencing a setback, but I am optimistic. Poland is not lost yet. The Polish government is responding to pressure from Brussels. Europe matters.

“One country alone cannot lead Europe, especially not Germany.”

Schäuble: Es war und bleibt richtig, dass wir darauf gedrängt haben, dass das Prinzip offener Grenzen in Europa nicht aufgegeben wird. Ebenso wenig, dass dieses Problem nur durch eine bessere Kontrolle der Außengrenzen gelöst werden kann und man dafür mit den Staaten in Europas Nachbarschaft zusammenarbeiten muss. Das Abkommen mit der Türkei ist notwendig. Aber die Flüchtlingskrise erfordert mehr Solidarität innerhalb Europas. Wir Deutschen müssen uns da von anderen Europäern nichts vorwerfen lassen. Da haben andere Nachholbedarf.

SPIEGEL: Der Streit und das Gezänk in der Flüchtlingskrise und der Eurokrise sind aber auch Beispiele dafür, dass sich die EU nicht immer attraktiv darstellt. Entwickeln deshalb viele Menschen Ressentiments gegen die EU?

Schäuble: Es gibt Menschen in den Mitgliedstaaten, die damit Ressentiments gegen die europäische Integration schüren. Sie glauben, in der Verunsicherung der modernen Welt und der Grenzenlosigkeit der Globalisierung müssten sie zum Altvertrauten Zuflucht nehmen. Aber das ist die falsche Antwort auf die Globalisierung. Niemand holt uns die gute alte Zeit zurück. Wir brauchen ein Selbstbewusstsein, dass Offenheit uns nützt, dass sie unsere Zukunft ist.

SPIEGEL: In dieser Frage sehen wir überall in Europa gesplante Gesellschaften: in Österreich, Frankreich und Großbritannien, in Ungarn und Polen. Wie sicher sind Sie, dass Länder wie Ungarn und Polen überhaupt noch die gemeinsamen europäischen Werte teilen?

Schäuble: Die europäischen Werte haben eine große Anziehungskraft und werden auch von der großen Mehrheit der Polen geteilt. Gerade für die Polen waren europäische Werte die Triebkraft, die am Ende etwas geschafft hat, was wir Deutschen gar nicht für möglich gehalten haben: den Fall der Mauer. Jetzt erleben wir einen Rückschlag, aber ich bin zuversichtlich. Noch ist Polen nicht verloren. Die polnische Regierung reagiert auf den Druck aus Brüssel. „Europe matters“, um es auf Englisch zu sagen.

SPIEGEL: Andererseits sehen wir, dass Länder am Rande Europas sich immer mehr von europäischen Werten abwenden, da sind Russland, die Türkei ...

Schäuble: Ich glaube, europäische Werte sind attraktiv, wenn man die Menschen nur lässt. Wir sehen das in China, in Lateinamerika, in der arabischen Welt, auch in Russland. Leider sind wir in der Beweisführung, dass wir selbst zu unseren Werten stehen, nicht so überzeugend, wie wir gern wären. Aber das gehört zur europäischen Erkenntnis, dass der Mensch unvollkommen ist, sogar der Europäer.

SPIEGEL: Auch Großbritannien wird, gleichgültig wie die Abstimmung am 23. Juni ausgeht, ein gesplantes Land sein.

Schäuble: Was heißt gesplante? Demokratie beruht auf dem Recht, unterschiedliche Meinungen zu haben. Wenn die Briten am 23. Juni ihre Entscheidung getroffen haben, werden sie sie gemeinsam akzeptieren. Sie sind bewährte Demokraten, da brauchen sie keinen Nachhilfeunterricht von Deutschland.

SPIEGEL: Sie haben mit sehr rationalen Argumenten gegen den Brexit argumentiert. Zu Frankreich haben Sie dagegen als Badener ein emotionales, sehr persönliches Verhältnis. Schlägt Ihr Herz auch für Großbritannien?

Schäuble: Ich habe Großbritannien immer sehr geschätzt und respektiert. Der Beitrag Großbritanniens und insbesondere von Winston Churchill zur europäischen und auch zur deutschen Geschichte ist außergewöhnlich. London ist eine eindrucksvolle Stadt, und Großbritannien ist in vielen Teilen auch landschaftlich sehr schön. Man muss ja nicht alles toll finden. Die französische Küche schätze ich schon mehr als die britische. Und (*lacht*) Elfmeterschießen können die Briten auch nicht so gut.

SPIEGEL: Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



WERNER SCHIERING / DER SPIEGEL

Schäuble beim SPIEGEL-Gespräch*
Schäuble during his SPIEGEL interview*

SPIEGEL: On the other hand, we see that countries at Europe's periphery are increasingly turning away from European values, like Russia, Turkey ...

Schäuble: I believe European values are attractive if people are allowed to choose. We see this in China, in Latin America, in the Arab world and in Russia, too. Unfortunately, we are not as convincing as we would like to be when it comes to proving that we stand behind our own values. But that is part of the European recognition that humankind is imperfect, even Europeans.

SPIEGEL: No matter how the referendum goes on June 23, Britain will be a divided country.

Schäuble: What do you mean by divided? Democracy is based on the right to have different opinions. Once the British have made their decision on June 23, they will accept it together. They are proven democrats and they do not need any tutoring from Germany.

SPIEGEL: You have used extremely rational arguments when discussing your opposition to Brexit. But as a native of the Baden region on the French border, you have an emotional and very personal relationship with France. Does your heart also beat for Britain?

Schäuble: I have always greatly admired and respected Britain. Its contributions, especially those of Winston Churchill, to European and to German history are remarkable. London is an impressive city and the scenery in many parts of Britain is breathtaking. But that does not mean that everything is great. I certainly appreciate French cuisine more than British food. And (*laughing*) the British aren't the best at penalties, either, are they?

SPIEGEL: Minister Schäuble, we thank you for this interview.

* Mit den Redakteuren Christiane Hoffmann und Christian Reiermann in Berlin.

* With editors Christiane Hoffmann and Christian Reiermann in Berlin.

Dann geht doch!

Widerspruch Die Angst vor dem Brexit ist übertrieben. Er hätte sogar Vorteile.

Wenn die Briten die EU verließen, böte sich die Chance für eine tiefere europäische Integration.

Von Christoph Schult

Als Margaret Thatcher Premierministerin von Großbritannien war, gab es eine Fernsehserie, die sie am liebsten sah. Sie hieß „Yes Minister“ und beschrieb die britische Politik – als Satire. In Folge fünf erklärt Staatssekretär Sir Humphrey dem frisch gebackenen Minister Hacker die Politik des Vereinigten Königreichs gegenüber der Europäischen Union.

Sir Humphrey: „Herr Minister, Großbritannien hatte mindestens 500 Jahre lang dasselbe außenpolitische Ziel – ein uneiniges Europa zu schaffen.“

Hacker: „Das ist doch sicher alles alte Geschichte, oder?“

Sir Humphrey: „Ja, und aktuelle Politik. Wir haben versucht, die Europäische Gemeinschaft von außen aufzubrechen, aber das hat nicht funktioniert. Jetzt, da wir Mitglied sind, können wir den ganzen Laden ordentlich aufmischen: die Deutschen gegen die Franzosen in Stellung bringen, die Franzosen gegen die Italiener, die Italiener gegen die Niederländer. Das Foreign Office ist sehr zufrieden. Es ist wie früher.“

Hacker: „Was für ein entsetzlicher Zynismus.“

Humphrey: „Wir nennen es Diplomatie, Herr Minister.“

Die Serie gibt es nicht mehr, die Eiserne Lady musste 1990 zurücktreten, aber der Sketch hat nichts von seiner Aktualität eingebüßt. An der britischen EU-Politik hat sich im Grundsatz nichts geändert. Vielleicht geht es nicht gerade darum, die EU auseinanderzutreiben, aber egal ob vor oder nach dem Beitritt, ob die Tories regierten oder die Labour-Partei: Die europäische Integration wurde in London nie als Projekt von übergeordneter Bedeutung gesehen.

Schon Konrad Adenauer wusste: „England fühlt sich mehr als ein Nachbar Europas denn als europäische Nation.“ Anders als die Gründerstaaten oder später die Länder des ehemaligen Ostblocks traten die Briten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1973 nicht bei, weil sie sich mit Europas Werten von Frieden, Sicherheit und Menschenrechten verbunden fühlten. Ihr Motiv war rein wirtschaftlich. Und genau so hat London über die Jahre Politik gemacht. Von Thatchers „I want my money back“ bis zum Referendum am 23. Juni: Stets versuchten sie, für die Insel maximalen Nutzen herauszuschlagen, um einen europäischen Mehrwert ging es den Briten nicht. Die Organisation Votewatch Europe hat alle Abstimmungen im EU-Ministerrat der Jahre 2009 bis 2015 ausgewertet. Das Ergebnis: Kein Land stimmte so häufig gegen EU-Initiativen und -Gesetzesvorschläge wie Großbritannien.

Lange, viel zu lange hat der Rest Europas die üppigen Sonderwünsche, Ausnahmen und Blockaden der briti-



Then leave!

Dissent Fears of Brexit are exaggerated. In fact, it would even have advantages.

If the British left the EU, it would create an opportunity for deeper European integration.

By Christoph Schult

When Margaret Thatcher was prime minister of Britain, her favourite television series was a satire of British politics called Yes Minister. In episode five, undersecretary Sir Humphrey Appleby explains the UK's policy towards the EU to the newly appointed minister, James Hacker.

Sir Humphrey: "Minister, Britain has had the same foreign policy objective for at least the last 500 years: to create a disunited Europe."

Hacker: "That's all ancient history, surely."

Sir Humphrey: "Yes, and current policy. We tried to break it up from the outside, but that wouldn't work. Now that we are inside we can make a complete pig's breakfast of the whole thing: set the Germans against the French, the French against the Italians, the Italians against the Dutch. The Foreign Office is terribly pleased; it's just like the old times."

Hacker: "What appalling cynicism."

Humphrey: "We call it diplomacy, Minister."

The series no longer runs, and the Iron Lady had to stand down in 1990, but the scene hasn't lost any of its timeliness. Nothing has fundamentally changed in Britain's EU policy. The current goal may not be to break up the EU, but London has never viewed European integration as a project of overriding significance – neither before the UK accession nor after it, whether a Tory or Labour government was in power.

Even former German chancellor Konrad Adenauer once said: "England sees itself more as Europe's neighbour than as a European nation." Unlike the founding countries or, later, the former eastern bloc nations, the British didn't join the European Economic Community (EEC) in 1973 because they felt committed to Europe's values of peace, security and human rights. Their motive was purely economic.

And that's precisely how London shaped its policies over the years. From Thatcher's "I want my money back" to the referendum on June 23, Britain has always tried to derive the maximum benefit for itself. The British weren't interested in any European added value. The organisation VoteWatch Europe analysed all votes in the EU council from 2009 to 2015 and concluded that no country voted against EU initiatives and draft proposals as often as Britain.

For a long time – for far too long – the rest of Europe tolerated the abundant special requests, exceptions and blockades that came along with Britain's EU membership. And to keep the UK in the EU, European leaders once again bent over backwards to accommodate London in the negotiations leading up to the referendum. They bent too far.

Other EU members may be questioning European values in the refugee crisis, but not even Viktor Orbán would hit upon the idea of allowing Hungarians to vote on whether to leave Europe. The people of Hungary would never support



Politikerin Thatcher 1975: „I want my money back!“

schen EU-Mitgliedschaft toleriert. Um das Königreich zu halten, sind die Staats- und Regierungschefs in den Verhandlungen vor dem Referendum London noch einmal weit entgegengekommen – zu weit.

Andere EU-Mitglieder stellen in der Flüchtlingskrise europäische Werte infrage. Aber nicht einmal ein Viktor Orbán käme auf die Idee, die Ungarn über den Verbleib ihres Landes in der EU abstimmen zu lassen. Er würde dafür in seinem Volk auch keine Mehrheit bekommen. Nur bei den Briten ist das dieser Tage eine reale Gefahr – eine Gefahr für die Briten wohl gemerkt. Für die EU würde sich die Chance eröffnen, die Integration endlich so zu vertiefen, dass sie den Herausforderungen der Globalisierung angemessen begegnen kann.

Gerade in Deutschland wird man gern sentimental, wenn es um die britische Frage geht. Die Queen spielt dabei eine Rolle und der Zugang zur englischen Sprache. Häufig ist auch vom „Pragmatismus“ und der „Selbstironie“ des Inselvolks zu lesen, auf den die EU nicht verzichten könne. Man kann für die Europapolitik David Camerons viele Attribute finden – pragmatisch oder selbstironisch war sie nie. Mit geröteten Wangen und dem Eifer eines Pennälers hat sich der Premier im britischen Wahlkampf viele Argumente der EU-Gegner zu eigen gemacht. Er hat ohne Not im Mutterland der parlamentarischen Demokratie eine Volksabstimmung angesetzt, um so die EU-Partner zu erpressen. ►

such a thing. Departure from the EU is currently only a realistic danger for Britain – mind you, it is the British themselves who would face much of the resulting fallout. For the EU, it would be an opportunity to finally deepen integration so that it can adequately meet the challenges of globalisation.

When it comes to the British, Germans often turn sentimental. The Queen is part of that, as is the fact that English is so widely spoken. Much has been said about the country's "pragmatism" and "self-irony", and the complementary argument often made is that these attributes are essential to the EU. Prime minister David Cameron's European policy, though, can be called many things, but it was never pragmatic or self-ironic. With his red cheeks and schoolboy zeal, the prime minister embraced many of the EU opponents' arguments during his election campaign. He then, in the motherland of parliamentary democracy, scheduled a referendum so as to blackmail his EU partners.

Extortion only works if there is someone willing to be extorted. Chancellor Angela Merkel says it is very much in Germany's interests that the UK stays in the EU. But Britain's voting behaviour alone is enough to contradict her. In the last six years, Britain has voted against Germany more often than any other EU country.

We are told we need the British because of their prudence when it comes to economic policy and as a counterweight to southern member states that, it is said, are focused exclusively on ensuring that the richer north continues to support them. This argument, however, is only partly true. ►

► Zum Erpressen gehört auch einer, der sich erpressen lässt. Angela Merkel sagt, es sei sehr im deutschen Interesse, dass Großbritannien in der EU bleibt. Dagegen spricht schon das britische Abstimmungsverhalten: Großbritannien stimmte in den vergangenen sechs Jahren häufiger gegen Deutschland als jedes andere EU-Land.

Man redet uns ein, wir brauchten die Briten wegen ihrer wirtschaftspolitischen Vernunft: als Gegengewicht zu den südlichen Mitgliedsländern, die nur darauf aus seien, dass der finanzstarke Norden sie alimentiert. Auch dieses Argument hält der Wirklichkeit nur bedingt stand. Seit Jahren bricht London immer wieder Maastricht-Kriterien. Das britische Haushaltsdefizit ist höher als das französische oder griechische, die versteckte Staatsverschuldung gehört mit weit über 400 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung zu den höchsten in der EU. Als die Kanzlerin Ende 2011 dafür warb, die nationalen Haushalte stärker zu überwachen und eine strengere Schuldenbremse einzubauen, legte Cameron sein Veto ein.

Wenn es um Haushaltsdisziplin geht, stehen uns Ungarn, Slowaken oder Balten längst näher als die Briten. Ausgerechnet Camerons Finanzminister George Osborne forderte auf dem Höhepunkt der Eurokrise eine Verge-meinschaftung der Staatsschulden, sogenannte Eurobonds. Mitreden, ohne dazuzugehören, das ist das Motto britischer Europapolitik.

Selbst der Verlust Großbritanniens als Nettozahler wäre zu verschmerzen. Erstens würde das die EU zum Sparen zwingen, das läge auch im deutschen Interesse. Zweitens könnte Brüssel fehlende Milliarden dadurch wieder reinholen, dass es Steueroasen wirksam bekämpft und endlich eine Finanztransaktionsteuer einführt, die ihren Namen verdient. Das scheiterte bislang an den Briten und ihrer Rücksicht auf den Finanzplatz London.

Ein beliebtes Argument gegen den Brexit ist auch die außenpolitische Bedeutung Großbritanniens. Die EU könne es sich nicht leisten, auf ein militärisches Schwergewicht und Veto-Mitglied im Uno-Sicherheitsrat zu verzichten, heißt es. Das ist wenig überzeugend. Die Sicherheit Europas wird in erster Linie durch die Nato garantiert, daran würde sich durch einen Brexit nichts ändern. Und warum sollte Großbritannien im Sicherheitsrat plötzlich eine grundsätzlich andere Außenpolitik vertreten, nur weil es nicht mehr Mitglied der Europäischen Union ist?

Kurzum: Die Angst vor einem Brexit ist übertrieben. Das gilt auch für den Dominoeffekt, den Experten und Politiker gern heraufbeschwören. Scheidet Großbritannien aus, könnten andere Länder sich zur Nachahmung animiert fühlen, argumentieren sie. Dabei dürfte ein Brexit eher abschreckende Wirkung entfalten. Die wirtschaftlichen Folgen wären nach Aussage einiger Ökonomen für das

► For years, London has repeatedly violated Maastricht criteria. The British budget deficit is higher than that of France or Greece and the country's hidden public debt, at well over 400% of gross domestic product, is among the EU's highest. When Merkel argued in December 2011 for the closer monitoring of national budgets and a stricter debt ceiling, Cameron vetoed her proposals.

When it comes to fiscal discipline, Hungary, Slovakia and the Baltic states are far closer to Germany than Britain is. At the height of the euro crisis, George Osborne called for the pooling of member state sovereign debt, or "eurobonds". Have a say without actually belonging: that seems to be the blueprint for the UK's EU policy.

Even the loss of Britain as a net payer would be manageable. First, it would force the EU to cut spending, which would also be in Germany's interests. Second, Brussels could recoup the missing billions by effectively combating tax havens and finally introducing a financial transaction tax worthy of the name. So far, the British have thwarted this effort with their determination to protect London as a financial centre.

Another popular argument against Brexit is Britain's international importance. Opponents say the EU can ill afford to do without a military heavyweight and veto-wielding permanent member of the UN security council, but this isn't very convincing. Europe's security is guaranteed first and foremost by NATO, and Brexit wouldn't change that. Besides, why should Britain suddenly advocate a completely different foreign policy in the security council merely because it is no longer a member of the EU?

In short, fears of Brexit are exaggerated. This also applies to the domino effect that experts and politicians like to invoke. If Britain leaves the EU, other countries could feel encour-

aged to follow suit, they argue. But Brexit is actually more likely to serve as a deterrent. Some economists say the economic consequences would be more serious for Britain than the EU. Besides, it currently looks as though the British want to remain part of the common market. The example of Norway shows how unattractive this is. It has no say in shaping the rules of the EU single market and yet it must abide by them in addition to paying dues of almost €400m a year.

The copycat effect will be much greater if Cameron's blackmail attempt is rewarded and the UK remains a member of the EU. Other governments would also seek to negotiate special terms for their countries. They could point to the anti-European right-wing populists at home and demand more money. Or they could demand that certain powers be transferred back to the national level. In the end, the EU would be little more than a large free trade zone. And the British would have achieved what they sought in 1960, when they and six other European countries formed the European Free Trade Association (EFTA) as a competing organisation to the then EEC.

A British withdrawal would force all remaining member states to confront

Please stay



... weil der verhängnisvolle Hang zu kurzen Röcken andererseits auch Kate Moss und Vivienne Westwood hervorgebracht hat.

... because the Britons' calamitous penchant for short skirts has also given rise to Kate Moss and Vivienne Westwood.



Land gravierender als für die EU. Außerdem wollen die Briten nach Lage der Dinge Teil des gemeinsamen Marktes bleiben. Wie unattraktiv das ist, zeigt das Beispiel Norwegen. Es darf die Regeln des EU-Binnenmarktes nicht mitbestimmen, muss sie aber befolgen und zudem noch Beiträge in Höhe von fast 400 Millionen Euro im Jahr zahlen.

Die Nachahmergefahr ist viel größer, wenn Camerons Erpressungsversuch belohnt wird und das Königreich Mitglied der EU bleibt. Dann würden auch andere Regierungen auf die Idee kommen, Sonderkonditionen für sich herauszuhandeln. Sie könnten auf die europafeindlichen Rechtspopulisten in ihren Ländern verweisen und mehr Geld fordern. Oder dass Kompetenzen wieder auf die nationale Ebene übertragen werden. Am Ende bliebe von der EU nicht viel mehr als eine große Freihandelszone. Dann hätten die Briten erreicht, was sie schon 1960 anstrebten, als sie gemeinsam mit sechs anderen europäischen Ländern die EFTA als Konkurrenzorganisation zur damaligen EWG gründeten.

Ein Austritt der Briten aber würde alle übrigen Mitgliedstaaten vor die Frage stellen: Wollt ihr dazugehören und die Präambel des Lissabon-Vertrags mit dem Ziel einer „immer engeren Union“ unterstützen oder nicht? Selbst wenn dann weitere Mitgliedstaaten austreten sollten, würde das den Kern der EU stärken.

In jedem Fall wäre endlich die britische Blockade wichtiger Integrationsschritte beendet. Das gilt vor allem für die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“. Es liegt an London, dass sie bislang nur auf dem Papier existiert. Die Bedeutung der EU-Militäroperationen nimmt zu, die Anti-Schleuser-Mission „Sophia“ im Mittelmeer zeigt, wie wichtig ein gemeinsames Vorgehen für Europa ist. Aber ein gemeinsames militärisches Hauptquartier, das solche Operationen zentral steuert? Scheiterte 2011 am britischen Veto. Mehrheitsentscheidungen, um die EU außenpolitisch handlungsfähiger zu machen? Nicht mit London. Ein europäischer Außenminister? Gott behahre!

Ein Brexit würde den Weg frei machen für eine tiefere Integration, die vor allem Deutschland immer verfolgt hat. Finanzminister Wolfgang Schäuble liebäugelte bereits mit der Idee eines europäischen Finanzministers mit weitreichenden Eingriffsmöglichkeiten in die nationalen Haushalte. Auch das europäische Parlament könnte endlich die Aufwertung erfahren, die es braucht, um EU-Entscheidungen demokratisch zu legitimieren. All das wäre mit einem EU-Mitglied Großbritannien nicht zu machen.

Bleibt zu hoffen, dass die 27 Staats- und Regierungschefs am Tag danach nicht Angst vor der eigenen Courage bekommen. Sie hatten beschlossen, dass die Zugeständnisse an London nur für den Fall gelten, dass die Briten in der EU bleiben. Votieren sie für den Brexit, werde sich das Angebot „von selbst zerstören“, heißt es in einem internen Papier der EU-Kommission. Doch in den letzten Tagen ist aus der CDU zu hören, dass man ja noch einmal über alles reden könne, wenn das Nein-Lager knapp vorne liegt. Erneute Zugeständnisse an die Briten werden in der Bundesregierung also nicht ausgeschlossen. Das wäre ein Sieg für die EU-Gegner und eine vertane Chance für Europa.

Der Autor ist Redakteur im Hauptstadtbüro und war von 2010 bis 2015 Korrespondent in Brüssel. Twitter: @Schultchristoph

the question: do you want to be a part of the union and support the preamble of the Lisbon treaty, with the goal of an “ever closer union”? Even if other states were to withdraw, the core of the EU would be strengthened.

What is certain is that the British blockade of important steps towards integration would finally be over. This applies, in particular, to common foreign and security policy. It's London's fault that the policy only exists on paper at this point. EU military operations are becoming more important and the Sophia mission targeting human traffickers in the Mediterranean shows how vital a common approach is for Europe. But setting up a joint military headquarters to control such operations centrally? That proposal failed in 2011, vetoed by the British.

Majority decisions to improve the EU's ability to act in matters of foreign policy? Not with London. A European foreign minister? God forbid!

Brexit would pave the way for deeper integration, which Germany, in particular, has always pursued. Wolfgang Schäuble is already an adherent of the idea of a European finance minister with extensive powers to intervene in national budgets. The European Parliament could also finally receive the upgrade it needs to democratically legitimise EU decisions. None of this can be achieved with Britain as an EU member.

It remains to be hoped that the 27 heads of state and government will not be spooked by their own courage on the day after the referendum. They decided that the concessions to London would only apply if the British remained in the EU. If Britain votes for Brexit, the offer will “self-destruct”, according to an internal European commission document.

But in the last few days there has been talk within Germany's centre-right Christian Democratic Union that perhaps everything could be revisited if the leave camp is slightly ahead. In other words, the German government isn't ruling out new concessions to the British. It would be a victory for opponents of the EU and a squandered opportunity for Europe.

The author is an editor at SPIEGEL's Berlin bureau and served as Brussels correspondent from 2010 to 2015.

DER SPIEGEL in English

Did you know DER SPIEGEL publishes a selection of its most important stories in English?

For a taste of some of Germany's best journalism visit www.spiegel.de/international

NATO Chief Jens Stoltenberg: 'We Don't Want a New Cold War'



SPIEGEL speaks with NATO Secretary General Jens Stoltenberg about the alliance's response to Russian aggression, the growth of member

Share your thoughts: Be the first to comment on this text.

SPIEGEL ONLINE INTERNATIONAL



IS-Kämpfer in Syrien

PLANET PIX VIA ZUMA WIRE / ZUMA / ACTION PRESS

Islamismus

Weitere IS-Akten über Deutsche

Fähigkeit „Morde“, Ausreisegrund „geheime Mission“ – die Aufzeichnungen einer Terrormiliz

Den deutschen Sicherheitsbehörden liegen Hunderte Personalbögen der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) vor. Der IS soll sie zwischen 2013 und 2015 über Kämpfer angelegt haben, die aus dem Kriegsgebiet ausgereist sind. Darunter befinden sich offenbar etwa 20 Deutsche, die den IS verlassen haben und zum Teil in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Die deutschen Behörden erhielten die Unterlagen aus dem Ausland. Die Inhalte geben Aufschluss darüber, warum die Dschihadisten das Gebiet der Terrormiliz verließen. „Er wird nicht wieder aufgenommen, falls er zurückkehrt, weil er Sicherheitsoperationen ohne Wissen des Emirs durchgeführt hat“, notierten die IS-Bürokraten über einen Islamisten aus Süddeutschland in einer der Listen. Bei einem anderen

Deutschen hieß es zum Grund seiner Ausreise: „geheime Mission“. Als Fähigkeit trugen die IS-Mitglieder „Morde“ ein. Es ist unklar, wer sich hinter diesem Eintrag verbirgt. Die häufigsten Gründe, dem IS den Rücken zu kehren, waren den Bögen zufolge medizinische oder familiäre. Die Behörden überprüfen derzeit die Echtheit der Dokumente; über viele davon verfügen auch SPIEGEL und SPIEGEL TV. Sie könnten von Bedeutung für Strafverfahren wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung sein. Allerdings kursieren in Sicherheitskreisen mehrere Versionen der Unterlagen, mit teils widersprüchlichen Angaben. Bislang ist vor allem über die bei der Einreise in das IS-Gebiet angelegten Bögen berichtet worden. cre, jdl, rol, vas

Fußball-EM

Behörden sehen hohe Gefahr

Polizei und Verfassungsschutz sind wegen der Fußball-Europameisterschaft alarmiert. Den Nachrichtendienst beunruhigt, dass ein Sprecher der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) zuletzt Unterstützer im Westen zu Attentaten

während des Ramadan aufgerufen hat. Aus dem Umstand, dass die islamische Fastenzeit sich mit dem Turnier in Frankreich überschneide, erwache eine „besondere Brisanz“, vermerkt das Bundesamt für Verfassungsschutz in einem vertraulichen Bericht. „Hierdurch wird die Hemmschwelle herabgesetzt.“ Zudem seien in der neuesten

Ausgabe eines Propagandamagazins, das al-Qaida nahesteht, erneut kleinere Attentate mit einfachen Mitteln glorifiziert worden. Diese sogenannten Lone-Wolf-Anschläge sind häufig Spontantaten und können nur schwer verhindert werden. Auch das Bundeskriminalamt (BKA) warnt in einer Analyse zur EM vor radikalisierten Einzel-

tätern. Dass diese zuschlagen, müsse „jederzeit einkalkuliert“ werden. Aber auch konzentrierte Aktionen wie im vergangenen Jahr in Paris seien denkbar. Insgesamt sei die Terrorgefahr während der EM in Deutschland und Frankreich hoch. Es gebe jedoch bislang keine konkreten Hinweise auf geplante Anschläge, so das BKA. jdl

Undercover-Polizisten Liebesgrüße aus London

Eine britische Untersuchungskommission, die sich mit den fragwürdigen Methoden verdeckter Ermittler im Dienste einer Spezialeinheit von Scotland Yard befasst, soll auch deren Wirken in Deutschland aufklären. Das forderte Innen-Staatssekretär Günter Krings in einem Schreiben an den britischen Polizeiminister. Mindestens fünf Briten waren über Jahre verdeckt vor allem in der linksalternativen Szene unterwegs gewesen. Der bekannteste Fall ist Mark Kennedy, der als „Mark Stone“ viel Zeit in Berlin verbrachte. Er zeichnete mittels einer präparierten Digitaluhr Gespräche auf, unterhielt intime Beziehungen mit Aktivistinnen und beteiligte sich in Deutschland an Straftaten



P. REBELING / THE GUARDIAN

Enttarnter Ermittler Kennedy 2011

(SPIEGEL 3/2011). Der Vorstoß des Innenministeriums überrascht, da deutsche Landes kriminalämter die Einsätze der Briten angefordert hatten. Er geht auf das Drängen der Abgeordneten Hans-Christian Ströbele (Grüne) und Andrej Hunko (Linke) zurück. Hunko fordert, es „nicht bei dem Schreiben zu belassen“. Das Innenministerium müsse bei den Briten „Erkundigungen einholen, mit welchen Personen britische Ermittler in Deutschland rechts- und pflichtwidrig emotionale Bindungen unterhielten und Sexualität praktizierten“. fab, rom

Rüstungsexporte Technik für Afrika

Die Bundesregierung hat die Lieferung von Rüstungsgütern an Tunesien und Nigeria freigegeben. Um ihre Grenzen zu sichern, dürfen beide Länder nun Ausrüstung aus Deutschland beziehen, unter anderem Überwachungstechnik. Lieferant ist die Rüstungssparte des europäischen Airbus-Konzerns. Tunesien wird die Ware im Rahmen der „Ertüchtigungsinitiative“ zur Verfügung gestellt, mit der die Bundesregierung Länder in Krisenregionen in die Lage versetzen will, selbst für Sicherheit und Stabilität in ihrer Nachbarschaft zu sorgen. Berlin hat für solche Aktivitäten in diesem Jahr 100 Millionen Euro bereitgestellt. Die Bundesregierung und Airbus wollten sich zu dem Vorgang nicht äußern. ham

Antisemitisches Pamphlet Angriff aus den USA

Der Angriff antisemitischer Hacker auf die Universität Tübingen im April kam aus den USA. Die Staatsanwaltschaft Tübingen erklärte, Spezialisten der Polizei Reutlingen hätten Druckaufträge einer IP-Adresse dort zugeordnet. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Volksverhetzung gegen unbekannt. Am 20. April, dem Geburtstag Adolf Hitlers, hatten Drucker mehrerer Tübinger Uni-Institute ein Pamphlet ausgeworfen, das mit „Deutschland erwache“ überschrieben war und Hetze gegen Juden enthielt. Ähnliche Ausdrücke fanden sich an anderen Unis. Auf ungesicherte, über das Internet anzusteuern Drucker zuzugreifen sei „für geübte Hacker kein Problem“, sagt ein Ermittler. fri

Ermittlungen Zufallstreffer: Terrorist

Der nordrhein-westfälischen Polizei ist offenbar ein Zufallstreffer gelungen. Ende April nahmen Ermittler in Aachen den Algerier Bilal C. wegen Diebstahls und Verstoßes gegen das Aufenthaltsgesetz in U-Haft. Bei der näheren Überprüfung stellten sie fest, dass ihnen womöglich ein IS-Mann ins Netz gegangen ist. Der 20-Jährige soll mit Drahtziehern der IS-Anschläge von Brüssel und Paris in Kontakt gestanden haben: dem in Frankreich inhaftierten Salah Abdeslam und dem im November bei einer Razzia ums Leben gekommenen Abdelhamid Abaaoud. Nach Geheimdienstinformationen aus Frankreich soll der Algerier Einreisemöglichkeiten für die Paris-Attentäter über die Flüchtlingsroute erkundet haben. Zudem gebe es eine Verbindung zu Ayoub El K., der im August in einem Thalys-Zug auf Fahrgäste geschossen hatte. Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen übernommen. gud, fis

Regierungshelikopter Am Boden

Der Bundespräsident und Mitglieder der Bundesregierung sind mit Hubschraubern geflogen, die erhebliche Sicherheitsmängel befürchten lassen. Das geht aus internen Zertifizierungspapieren hervor. Die Probleme betreffen drei Militärhubschrauber der Bundesregierung vom Typ Cougar. Eine zivile Version des Modells war im April in Norwegen abgestürzt, alle 13 Insassen starben. Norwegische und britische Behörden untersagten alle kommerziellen Flüge von Helikoptern dieses Typs, die französische Armee ließ ihre Cougars am Boden. Die Luftwaffe als Betreiber der Regierungshubschrauber sah dafür keinen Anlass. Die Maschinen seien „nicht baugleich“ und die Getriebe wiesen „keine Übereinstimmung“ auf, antwortete das Verteidigungsministerium auf eine schriftliche Frage des Grünen-Abgeordneten Tobias Lindner. Diese Auskunft war unzutreffend. Den internen Papieren zufolge sind die Maschinen nach einem „verein-

fachten“ Zulassungsprozess in Betrieb genommen worden. Dieser beruht auf der Zulassung jenes Airbus-Modells, das in Norwegen verunglückte. Das Verteidigungsministerium räumt „aufgrund von neuen Erkenntnissen“ ein, dass zwischen der Unglücksmaschine und dem Bundeswehr-Typ „insbesondere in den derzeit im Fokus der Flugunfalluntersuchung stehenden Komponenten Übereinstimmungen“ bestehen. Die Luftwaffe beförderte noch am 2. Juni Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen mit einer Cougar – am selben Tag wurde die zivile Version von der europäischen Flugsicherheitsbehörde EASA stillgelegt. gt, mgb



HANIBAL HANSCHKE / REUTERS

Merkel am Schloss Meseberg



HILDENBRAND / PA / DPA

Verkehr Teure Telefonate

Die Benutzung von Smartphones und Tablets am Steuer könnte künftig härter bestraft werden. Einen entsprechenden Vorstoß will Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) auf der Innenministerkonferenz machen. Smartphones seien bereits Ursache für viele Unfälle. „Wenn diese Seuche sich weiter ausbreitet, wird die Zahl der Verkehrstoten in den nächsten Jahren dramatisch steigen“, sagt Jäger. Die aktuellen gesetzlichen Vorgaben hinkten dem technischen Fortschritt hinterher. „Wenn am Ende keine empfindlichen Strafen stehen, erzielen wir keine Abschreckung“, sagt Jäger. fis



Sitzungssaal des Parlamentarischen Kontrollgremiums

MICHAEL KAPPELER / DPA

Geheimdienst-Kontrolle Spione auf offener Bühne

Die Abgeordneten des Bundestages sollen die Geheimdienste künftig besser kontrollieren können als bisher. Ein auf fünf Jahre gewählter Bevollmächtigter, im Regelfall ein Richter, soll mit einem 20-köpfigen Team dem Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr) zuarbeiten. Das ist der Kernpunkt des neuen PKGr-Gesetzes, auf das sich Union und SPD geeinigt haben; es soll gemeinsam mit dem reformierten BND-Gesetz im Herbst verabschiedet werden. Die Bundesregierung hat bereits ihre Zustimmung signalisiert. Oppositionspolitiker sprechen von einem faulen Kompromiss: Die Regierung wolle drei Jahre nach Beginn der NSA-Affäre nun doch fast alle umstrittenen Praktiken der Geheimdienste gesetzlich legitimieren – mit der Ausweitung der parlamentarischen Kontrollbefugnisse werde dieser Umstand lediglich kaschiert. Der Gesetz-

entwurf, dem die Fraktionsvorsitzenden noch zustimmen müssen, sieht vor, dass sich die Präsidenten der Geheimdienste einmal im Jahr einer öffentlichen Anhörung stellen müssen. Berichte eines Ermittlungsbeauftragten, wie jüngst im Fall eines verstorbenen V-Manns aus der Neonaziszene, darf das Gremium künftig an vergleichbare Organe auf Bundes- und Landesebene weiterleiten. Zudem sollen die Fraktionsvorsitzenden ein Informationsrecht erhalten; bislang müssen die neun geheim tagenden Abgeordneten ihr Wissen für sich behalten. Die „besonderen Vorkommnisse“, über welche die Geheimdienstchefs das Parlament informieren müssen, werden nun erstmals, wenn auch vage, gesetzlich definiert. Schließlich sollen „Whistleblower“ aus den Diensten etwas besser geschützt werden: Ihren Namen muss das Gremium nur an die Bundesregierung weiterleiten, wenn es für die Aufklärung eines Vorwurfs zwingend erforderlich ist. jös, mba

Asyl Einigung außer Sicht

Eine Einigung von Bund und Ländern, die Maghreb-Staaten Marokko, Algerien und Tunesien als sichere Herkunftstaaten einzustufen und damit Asylverfahren zu beschleunigen, ist in weite Ferne gerückt. „Es ist zu

spät, sie haben es echt verweigert“, sagt ein Verhandlungsführer der Grünen. Führende Politiker der Partei haben ihre Ablehnung angekündigt, dabei war ein Kompromiss Mitte März schon greifbar nahe. Damals hatte der Bundesrat in einer Stellungnahme angeregt, eine zusätzliche Altfallregelung sowie eine Beschwerdemöglich-

Rentenreform Aus drei mach zwei

Horst Seehofer macht einen Rückzieher: Die CSU wird im Herbst kein eigenes Rentenkonzept präsentieren, sondern mit der CDU einen gemeinsamen Reformvorschlag vorlegen. Das Niveau der gesetzlichen Rente soll dabei, anders als von Seehofer vorgeschlagen, nicht auf dem heutigen Niveau eingefroren werden, heißt es in der Union. Man wolle sich bei einem so wichtigen Thema wie der Rente nicht schon wieder uneinig zeigen. Das Konzept soll von der bayerischen Sozialministerin Emilia Müller, CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn und dem Staatssekretär im Gesundheitsministerium, Karl-Josef Laumann, erarbeitet werden.

Bundessozialministerin Andrea Nahles setzt bei ihren Vorarbeiten für die geplante Rentenreform auf externen Sachverständigen. Bevor sie ein Gesamtkonzept vorlegt, will sie sich mit Wissenschaftlern, Sozialexperten und Verbänden in einem „Dialog zur Alterssicherung“ beraten, wie es im Einladungsschreiben der SPD-Politikerin heißt. Die erste Sitzung der 18 Experten soll am 8. Juli im Ministerium stattfinden, Thema wird die zusätzliche Altersvorsorge sein. Aus der Einladung geht auch hervor, dass mit einem Reformkonzept nicht vor Ende Oktober zu rechnen ist. Nahles hat bereits angekündigt, dass sie nicht allein auf das gesetzliche Sicherungsniveau abstellen, sondern vor allem die Betriebs- und Riesterrenten reformieren will. ran, cos

AfD Datenschützer prüfen Storch

AfD-Vizechefin Beatrix von Storch steht im Verdacht, mit ihrem Geflecht von Internetseiten gravierende Verstöße gegen den Datenschutz begangen zu haben. Berlins Datenschutzbeauftragte Maja Smoltczyk hat Storch einen langen Fragenkatalog zu deren Portalen wie Abgeordneten-check.de und Civilpetition.de geschickt. So wird die AfD-Politikerin gefragt: „Auf welcher Rechtsgrundlage übermitteln Sie personenbezogene Daten ..., wenn eine Einwilligung der Betroffenen nicht vorliegt?“ Geprüft wird auch, ob Storch

sensible Daten ohne Zustimmung an kommerzielle Newsletter-Anbieter weitergab und ob es stimmt, dass Abonnenten eines Mail-Verteilers ungefragt Nachrichten anderer Storch-Vereine erhielten. Die Datenschutzbehörde untersucht zudem, wie und zu welchen Zwecken Storch die Nutzerdaten intern verarbeitet. Die Seite Abgeordneten-check.de habe „bis vor kurzer Zeit keine Datenschutzerklärung“ enthalten, monieren die Prüfer. Anlass der Kontrolle war eine Beschwerde der Berliner Netzaktivistin Katharina Nocun. Daraufhin waren einige Angaben auf den Storch-Seiten geändert worden. ama

keit für erstinstanzliche Eilentscheidungen zu schaffen. Hätte der Bund die Vorschläge aufgenommen, hätten Baden-Württemberg (Grüne/CDU), Hamburg und weitere Länder, in denen die Grünen mitregieren, dem Vorschlag mutmaßlich zugestimmt und die Mehrheit gesichert. Doch das Bundesinnenministerium nahm die

Änderungswünsche nicht auf. Nun gilt es als unwahrscheinlich, dass der Bundesrat dem Gesetzentwurf am Freitag zustimmt. In rot-grün geführten Landesregierungen heißt es in Richtung Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU): „Alle haben auf ein Gesprächsangebot Altmaiers an die Grünen gewartet.“ Das jedoch sei nicht gekommen. kn



»» Wie wird Hightech anfassbar? Die KfW fördert innovative Technologien.

Mehr als 700 Startups in Deutschland erhalten jedes Jahr Risikokapital. Als eine der größten Förderbanken der Welt unterstützt die KfW junge, schnell wachsende Unternehmen – zum Beispiel in der Medizintechnik. Denn Innovationen sind ein zentraler Treiber, um den Technologiestandort Deutschland zu stärken und die Lebensbedingungen auf der Welt nachhaltig zu verbessern. www.kfw.de/innovative-technologien

Bank aus Verantwortung

KFW



DOMINIK BUTZMANN / LAIF



MAJID WOUSSAWI / DER SPIEGEL



HERMANN BREDEHORST / POLARIS / STUDIO X

Bundespräsident Gauck, Schriftsteller Kermani, Außenminister Steinmeier
„Endlich wieder Drive in der Debatte um Rot-Rot-Grün“

Operation Breilibü

Bundespräsident Nach dem Verzicht Joachim Gaucks auf eine zweite Amtszeit suchen die Parteien einen Nachfolger. SPD-Chef Sigmar Gabriel lotet die Chancen für einen rot-rot-grünen Kandidaten aus – und für das Ende der Großen Koalition.

Sie hat sich wirklich Mühe gegeben. Wenn Angela Merkel will, kann sie sehr charmant sein, und bei Joachim Gauck ließ die Kanzlerin nichts unversucht. Sie lobte ihn in Interviews, sie schmeichelte ihm in privaten Gesprächen. Am Ende nutzte alles nichts. Am Sonntagabend erreichte Merkel der Anruf, den sie unbedingt verhindern wollte: Der Präsident eröffnete ihr, dass er nicht für eine zweite Amtszeit kandidieren werde.

Zu den Kuriositäten der Ära Gauck gehört, dass Merkel ihn erst gar nicht wollte. Sein Einzug ins Schloss Bellevue war eine der größten Niederlagen ihrer Kanzlerschaft. Am Ende wollte Merkel Gauck halten – auch weil sein Abgang den Anfang vom Ende ihrer Ära markieren könnte.

Nichts hat Merkel in den vergangenen Jahren mehr geschützt als die Uneinigkeit im linken Lager. Theoretisch könnten SPD, Grüne und Linke die Kanzlerin jederzeit abwählen, im Bundestag verfügen sie über eine knappe Mehrheit. Praktisch aber war der Hass zwischen SPD und Linken zu groß. Er war Merkels Lebensversicherung.

Noch bevor Gauck seinen Amtsverzicht offiziell erklärte, bot die Linke an, gemeinsam mit SPD und Grünen einen Gauck-Nachfolger zu wählen. Das Signal wäre klar: Ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl würden Merkel, die gerade wieder von „Forbes“ zur mächtigsten Frau der Welt gekürt wurde, die Grenzen aufgezeigt. Es wäre der Beweis erbracht, dass sie doch schlagbar ist, wenn das linke Lager sich nur einigen kann. Der Plan hat schon einen Namen: Operation Breilibü.

Breites linkes Bündnis – vor allem SPD-Chef Sigmar Gabriel ist von der Idee angetan. Seine Partei dümpelt in Umfragen bei 21 Prozent, die Stimmung ist entsprechend. Nichts kann Gabriel mehr gebrauchen als einen Triumph über Merkel. Wenn er gegen ihren Willen einen Kandidaten durchsetzt, hätte er nicht nur die eigene Position stabilisiert, sondern auch der verzagten SPD Hoffnung eingehaucht. Gabriel arbeitet schon länger daran, das Verhältnis zur Linken zu entspannen. Ein gemeinsamer Kandidat wäre ein großer Schritt aus der Tristesse.

Auch bei den Grünen gibt es Bewegung. Die Linken in der Partei konnten sich nie mit den Gedanken abfinden, dass der Weg in die Regierung nur über die Union füh-

ren soll. Sie haben den Traum von einem rot-rot-grünen Bündnis nicht aufgegeben. Und auch für die Realos hätte die Idee eines Breilibü-Kandidaten Charme. Er wäre der Beleg, dass die Partei nicht zum Anhängsel der Merkel-CDU schrumpft. „SPD, Grüne und Linke sollten sondieren, ob sie eine gemeinsame überparteiliche Kandidatin präsentieren wollen“, sagt Dieter Janecek, der Koordinator des grünen Realo-Flügels im Bundestag. Nun hängt alles an der Linken. Meint sie ihr Angebot ernst? Der ehemalige Parteichef Oskar Lafontaine hat schon vor Wochen signalisiert, dass ein Bündnis möglich sei, wenn sich die SPD bewegt. „Endlich ist wieder Drive in der Debatte um Rot-Rot-Grün“, sagt der Linkspartei-Realo Stefan Liebich. „So weit waren wir noch nie.“

Die Kanzlerin ist beunruhigt. Ihr wäre es am liebsten, gemeinsam mit SPD und Grünen einen Nachfolger für Gauck zu wählen. Die Gespräche im linken Lager haben sie schon zu einer Kursänderung gezwungen. Sie ist am Ende womöglich bereit, von ihrer Forderung abzurücken, einen Unionskandidaten aufzustellen. Merkel ließ in vertraulichen Gesprächen durchblicken, dass sie sich eine überparteiliche Lösung vorstellen kann. Aber dafür könnte es schon zu spät sein. In der Großen Koalition ist das Klima derart schlecht, dass selbst Routineauftritte zu Abrechnungen werden.

Am Dienstag gibt Thomas Oppermann ein Statement vor dem Fraktionssaal der SPD im Reichstag ab. Niemand erwartet Aufregendes. Oppermann ist der personifizierte Vermittlungsausschuss im schwarz-roten Regierungsbündnis, ein Konsenspolitiker, der Konflikte am liebsten austritt, noch bevor sie ruckbar werden.

Doch die Stimmung in seiner Truppe ist schlecht. Ein paar Wochen zuvor hat Merkel SPD-Chef Gabriel beiseitegenommen und ihm mitgeteilt, dass die Union auf keinen Fall einen SPD-Politiker zum Präsidenten wählen werde. Das könne sie ihrer Fraktion nicht vermitteln.

Die Genossen empfinden das als Affront, und so giftet Oppermann nun derart scharf zurück, dass alle aufhorchen. „Die Union hat klagemacht, dass es kein Sozialdemokrat werden soll“, sagt der Fraktionsführer, „dann wird es nach Lage der Dinge auch kein Christdemokrat.“

Das Diktum des Fraktionschefs ist ein Beleg, wie weit sich die Sozialdemokraten von der Großen Koalition verabschiedet haben, nicht nur in der Präsidentenfrage. Mit jeder Woche, in der die Umfragewerte für die SPD auf niedrigem Niveau stagnieren, wächst der Frust. Inzwischen sind viele Genossen überzeugt: Die Große Koalition bedeutet den langsamen Tod der SPD. „Nur abnicken ist nicht mehr“, sagt der rechtspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Johannes Fechner, sonst eher für leisere Töne bekannt. Und ein anderer sagt: „Wir sind zu brav, wir müssen auch mal was scheitern lassen.“

Auch Gabriel scheint inzwischen eingesehen zu haben, dass es Zeit ist, Alternativen ins Spiel zu bringen. Seit Wochen schiebt er die Partei inhaltlich nach links, und beim SPD-Konvent am vergangenen Sonntag giftete er in bisher nicht gekannter Form gegen den Koalitionspartner. Die Kanzlerin müsse in der Auseinandersetzung zwischen CDU und CSU „endlich einmal klare Kante zeigen“, rief Gabriel: „Es kann nicht sein, dass wir permanent die Rolle des Paartherapeuten übernehmen.“ Und fügte hinzu: „Ich bin dazu nicht mehr bereit!“

So ist die Kandidatensuche für Gabriel eine willkommene Chance, sich abzusetzen von Merkel und der Union, ohne gleich die Koalition platzen zu lassen, eine Emanzipation light. Ein gemeinsamer Kandidat von SPD, Grünen und Linken, so das Kalkül, solle als Botschaft verstanden werden, dass es eine linke Machtoption in Deutschland gibt.

Ein Mitglied der engeren Parteiführung hinterließ sogar einen Putschplan bei ihm: Sollte Merkel auf einem Unionspolitiker als Präsidentschaftskandidaten beharren, solle man diese „Provokation“ zum Anlass nehmen, die Koalition platzen zu lassen und auf Neuwahlen zuzusteuern.

So weit will Gabriel nicht gehen, zumindest jetzt nicht. Aber er ist entschlossen auszuloten, ob ein linkes Bündnis machbar ist. Seit Monaten arbeitet Gabriel an besseren Beziehungen zur Linkspartei, mal demonstrativ, mal im Verborgenen. Er trifft sich mit Fraktionschef Dietmar Bartsch, mit Bodo Ramelow und Gregor Gysi. Mit Oskar Lafontaine, der die Linke lange Zeit auf einen strikten Oppositionskurs festgelegt hat, plauderte Gabriel kürz-



WEITWINKEL

Was ist britisch?

Sie lieben Polo, verkleiden sich zum May Day als Baum, und der Pub ist ihr Tempel: Der Fotograf Jocelyn Bain Hogg dokumentiert seit mehr als 25 Jahren die Briten. Von den Gangstern der Londoner Unterwelt über Jugendliche auf Komasaufpartys in den Clubs bis zu den Pferderennen von Cheltenham – Bain Hoggs Bilder zeichnen ein Sittenbild der britischen Gesellschaft. Vor der Brexit-Abstimmung haben wir ihn deshalb gefragt: Was ist britisch? Diese Visual Story ist seine Antwort.

Sehen Sie die Visual Story im digitalen SPIEGEL, oder scannen Sie den QR-Code.



JETZT DIGITAL LESEN

Deutschland

lich in einem Völklinger Restaurant. Die SPD müsse wieder sozialer werden, forderte Lafontaine. Ihr müsst eure Attacken gegen die Sozialdemokratie einstellen, verlangte Gabriel.

Es war kein Harmonietreffen, und doch sind seither Lockerungsübungen erkennbar. Gabriel spricht neuerdings von der Wiedereinführung der Vermögensteuer, ein Lieblingsprojekt Lafontaines. Dieser wiederum lobte, dass sich der SPD-Chef während der Flüchtlingsdebatte für „mehr bezahlbaren Wohnraum, mehr Kitaplätze und höhere Renten“ eingesetzt habe. Das wichtigste Signal aber kam von Lafontaines Frau, Fraktionschefin Sahara Wagenknecht. Das rot-grüne Lager müsse sich zusammenraufen, forderte sie, und einen gemeinsamen Kandidaten suchen.

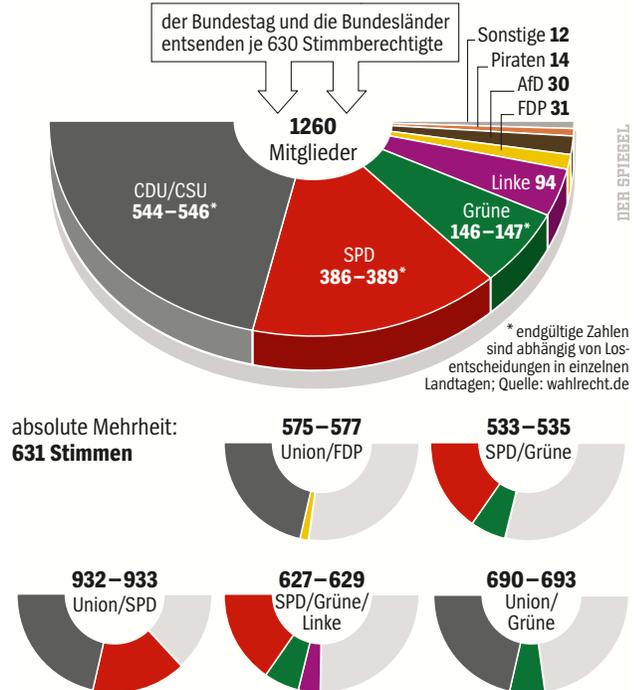
Gemessen daran, dass Wagenknecht zwei Wochen zuvor noch gegen das „neoliberale Parteienkartell“ gewettert hatte, zu der sie auch SPD und Grüne zählte, war das fast eine Sensation. Auch die beiden Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger brachten eine rot-grüne Kandidatur ins Gespräch, und die Partei, die sonst oft zerstritten ist, wirkte einmütig wie selten. „Wir würden uns über baldige Sondierungsgespräche freuen“, sagt Kipping.

Im Laufe der Woche wurden schon mögliche Namen gehandelt, die SPD oder Grünen zugerechnet, aber von der Linken mitgetragen werden könnten. Gesine Schwan etwa. Margot Käßmann. Jutta Allmendinger. Auch der Schriftsteller Navid Kermani wird intern genannt, ein Kandidat, der auch bei den Grünen wohlgeht.

Einer der Vordenker der Linken-Realos, der Thüringer Staatskanzleichef Benjamin Hoff, will das linke Lager um die Piratenpartei erweitern. Die Linke habe die Wahl zwischen einer aktiven Rolle in der Bundespolitik oder der „als Alleinstellungsmerkmal getarnten Selbstisolation“. Und die Grünen? Für sie wäre die Operation Breilbibü die Chance, Distanz zur Union zu schaffen. Vor allem die Linken in der Partei beobachten kritisch, wie die Realos um Parteichef Cem Özdemir und Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt sich um die Gunst der Kanzlerin bemühen.

Auch deshalb hat der Parteilinke Jürgen Trittin die Initiative ergriffen und mit SPD-Chef Sigmar Gabriel gesprochen. Trittin

Derzeitige Stimmenverteilung in der Bundesversammlung



Bis zur Bundespräsidentenwahl am 12. Februar 2017 wird noch im September in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin gewählt. Dabei werden voraussichtlich 38 Stimmen neu verteilt.

hat schon einige Erfahrung im Präsidentenpoker, er war es, der im Juni 2010 zusammen mit Gabriel den Kandidaten Gauck erfand. Nun fragte Trittin, ob sich Gabriel vorstellen könne, einen Grünen zum Staatsoberhaupt zu wählen. Trittin dachte dabei an Claudia Roth oder den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann. Gabriel lehnte zwar ab. Aber das Signal war aus Sicht Trittins gesetzt: Die Verhandlungen über den künftigen Präsidenten werden vonseiten der Grünen nicht nur mit der Union geführt.

Die Lage ist bei den Grünen auch deshalb so kompliziert, weil die Führung zerstritten ist. Die beiden Parteichefs Özdemir und Simone Peter reden nur das Nötigste miteinander, die Fraktionsvorsitzenden Göring-Eckardt und Anton Hofreiter sind Rivalen beim Rennen um die Grünen-Spitzenkandidatur für die Bundestagswahl. So ist nicht einmal klar, wer das Mandat hat, die Verhandlungen über den künftigen Präsidenten zu führen.

Bei einem vertraulichen Treffen am Montag konnten sich die Spitzen von Partei und Fraktion nur auf einen Minimalkonsens einigen: dass man für einen Kandidaten sei, der für den „Zusammenhalt“ der Gesellschaft stehe. Ansonsten gebe es keine Notwendigkeit, vor der Sommerpause Entscheidungen zu treffen.

Zwar würde die Realo-Frau Göring-Eckardt gern zusammen mit Union und

SPD einen neuen Präsidenten wählen. Das hätte den Vorteil, dass man daraus kein koalitionspolitisches Signal ablesen könnte, weder in die eine noch in die andere Richtung. Aber bislang hat niemand eine zündende Idee für einen überparteilichen Bewerber. Parteilinke wie Trittin setzen deshalb darauf, einen Grünen im Bündnis mit SPD und Linken durchzusetzen. Alles andere würde der ehemalige Fraktionschef als Niederlage empfinden, das hat er schon signalisiert: „Diesmal ist ein Grüner dran.“

Bis zum Herbst haben SPD, Linke und Grüne Zeit, sich auf die Suche zu machen, auch weil die Union zunächst einmal abwarten will. Ihre Möglichkeiten sind begrenzt. Für einen eigenen Kandidaten hat die Union keine Mehrheit. Für einen gemeinsamen Kandidaten mit der FDP würde es ebenfalls nicht reichen, jedenfalls nicht, wenn es einen rot-rot-grünen Gegenkandidaten gäbe, und für frühere Gedankenspiele, sich mit Frank-Walter Steinmeier hinter einen SPD-Kandidaten zu stellen, ist es vielleicht zu spät. Merkel ist zu geschwächt, um eine derartige Zumutung für die eigene Partei durchzusetzen.

Noch am Sonntag beschlossen Merkel und CSU-Chef Horst Seehofer, das Thema bis zum Herbst totzuschweigen. In einer Telefonkonferenz des Parteivorstands am Montag gab Seehofer die Losung aus: „Bis Oktober reden wir nicht darüber.“

Auch die SPD spielt auf Zeit, Gabriel hat sein wichtigstes Ziel erst einmal erreicht. Das Signal für einen rot-rot-grünen Kandidaten ist gesetzt. Jetzt kommt es darauf an, was die Beteiligten daraus machen. Wie groß sind die Bedenken gegen eine Linksallianz in der SPD? Wie positionieren sich die Grünen? Und vor allem: Weicht die Linke jene Positionen auf, die bisher allen rot-rot-grünen Planspielen entgegenstehen?

Noch ist die Partei zu keinerlei Abstrichen bereit. Doch Gabriel hofft darauf, dass die Aussicht auf einen linken Präsidenten die Fronten in Bewegung bringt, schon in eigenem Interesse. Er weiß zu gut: Ohne Grüne und Linke wird die SPD keinen Kanzler stellen.

Gabriel muss jetzt kluge Allianzen schmieden, und er muss verschwiegen sein. Sickert zu viel aus den internen Verhandlungen nach außen, das weiß er nur zu gut, kommt kein linkes Bündnis zustande.

Vergangenen Samstag mahnte der SPD-Chef seine Vorstandsmitglieder deshalb per Mail, „cool zu bleiben und absolute Ruhe zu bewahren“. Jeder Name, der jetzt genannt werde, sei „sofort verbrannt“. Dann kam sein wichtigstes Argument: So etwas, schrieb Gabriel, „gefährdet denkbare Bündnisse“.

Markus Feldenkirchen, Marc Hujer, Horand Knaup, Ralf Neukirch, Wolf Wiedmann-Schmidt

Kommentar

Die Machtfrage

Parteiengeschacher um den Präsidenten – ja bitte!

Man muss Gustav Heinemann noch immer dankbar sein für seine erfrischend klaren Worte. Am 5. März 1969 wurde der Justizminister der Großen Koalition zum ersten sozialdemokratischen Staatsoberhaupt der Bundesrepublik gewählt. Es war denkbar knapp, erst im dritten Wahlgang konnte er sich – mithilfe der FDP – gegen den CDU-Mann Gerhard Schröder durchsetzen. Die unterlegenen Konservativen versuchten, die Wahl zu einer Marginalie herunterzureden, aber Heinemann brachte die Lage mit einem Satz auf den Punkt: „Es hat sich jetzt ein Stück Machtwechsel vollzogen.“

Nichts hat Deutschland in den vergangenen Jahren politisch so gelähmt wie die Unfähigkeit des linken Lagers, einen Konkurrenten zur Kanzlerin aufzubauen. Die Koalitionspartner kamen und gingen, Angela Merkel blieb. Wo sie war, war die Mitte. Zwischendurch war die SPD so verzweifelt, dass sie darüber diskutierte, ob sie überhaupt noch einen Kanzlerkandidaten aufstellen solle. Die Radikalisierung der deutschen Gesellschaft und der Aufstieg der AfD hat auch damit zu tun, dass Merkels Macht mit einer Ewigkeitsgarantie versehen schien. Die Demokratie verkümmert, wenn der Regierungschef keinen echten Rivalen zu fürchten hat.

Am 12. Februar 2017 wird der Nachfolger Joachim Gaucks gewählt. SPD, Grüne und Linke haben dann die Chance, eine Mehrheit gegen Merkel zu organisieren, zumindest im dritten Wahlgang. Es wäre ein Zeichen von enormer Verzagtheit, wenn sie diese Chance ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl ungenutzt verstreichen ließen. Zwar

Es gibt die Chance auf eine Mehrheit gegen Angela Merkel. Es wäre ein Zeichen von Verzagtheit, wenn SPD, Linke und Grüne sie verstreichen ließen.

kann man schon wieder lesen, dass „Parteiengeschacher“ zu unterbleiben habe. Aber das ist eine eher romantische Sicht auf Politik. Die Parteien in der Bundesversammlung haben die Aufgabe, das Staatsoberhaupt zu bestimmen. Entscheidend ist am Ende allein, ob beim Parteiengeschacher ein vernünftiges Ergebnis herauskommt: Der nun so viel gelobte Joachim Gauck war genauso das Ergebnis von Hinterzimmerdiplomatie wie der Unglücksvogel Christian Wulff.

An der Präsidentenwahl wird sich entscheiden, ob sich das linke Lager überhaupt zusammenraufen kann, um Merkel herauszufordern. In erster Linie hängt dies an der Linkspartei. Vor allem

Fraktionschefin Sahra Wagenknecht müsste sich dazu durchringen, vom ihrem biblischen Hass auf die SPD zu lassen. Wenn es ihr wieder nur darum geht, die Sozialdemokraten zu demütigen, hilft das allein der Kanzlerin.

Es gibt Kandidaten, die bei gutem Willen für alle drei Parteien wählbar wären, Winfried Kretschmann zum Beispiel, der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Kretschmann hat schon mit der SPD koalitiert, nun regiert er mit der CDU. Die Wahl des braven Schwaben würde es der Union erschweren, den Bundestagswahlkampf mit der Warnung vor der roten Republik zu führen. Zu verlieren hat die SPD ohnehin nicht viel. Sie leidet vor allem unter ihrer Harmlosigkeit. Wenn Sigmar Gabriel es nicht mal schafft, in der Bundesversammlung das linke Lager zu einen, kann er auf eine Kanzlerkandidatur verzichten.

Geschichte wiederholt sich nicht, aber man kann aus ihr lernen. Willy Brandt gilt heute als Säulenheiliger der Demokratie, aber zu seiner aktiven Zeit hatte er nichts gegen Parteiengeschacher, wenn es ihm nutzte. Nach Heinemanns Sieg in der Bundesversammlung sagte er: „Das ist ein großer Tag für unsere Partei.“

René Pfister

Böses Blut

Parlament Nach der Völkermord-Resolution hetzt Präsident Erdoğan gegen Bundestagsabgeordnete mit türkischen Wurzeln. Die fürchten um ihr Leben und die Sicherheit ihrer Familien.

Bei 27 Grad wollten die Grünen am Dienstag im Berliner „Radialsystem V“ eigentlich den Sommerabend genießen. „Zeit zu feiern“ steht auf einem Banner mit Sonnenblumen, auf dem Grill brutzeln Biowürstchen. Doch Parteichef Cem Özdemir ist nicht in Feierlaune. Er taucht erst spät auf dem Grünen-Fest am Spreeufer auf, erkennbar aufgewühlt von dem, was über ihn hereingebrochen ist. Nicht mal eine Stunde bleibt er.

„Armenierschwein“, „Hurensohn“: So steht es in den Hassmails und Drohbriefen, die zu Hunderten bei Özdemir eintreffen. Auf Twitter droht ein Mann, man solle „Cem Özdemir in den Kopf schießen“. Ein anderer schreibt: „Gibt es unter den 2,5 Millionen Türken im riesigen Deutschland keinen einzigen jungen Mann, der diesem Typen eine Kugel verpasst?“

Anfeindungen ist Özdemir gewohnt, von türkischen wie von deutschen Nationalisten. Doch seit der Resolution zum Völkermord an den Armeniern, zu deren Initiatoren er gehörte, hätten die „Zahl der Morddrohungen und die Verrohung der Sprache ein neues Ausmaß erreicht“. Das Bundeskriminalamt hält ihn für gefährdet. Özdemir hat eine Frau und zwei Kinder. „Natürlich frage ich mich, was ist, wenn jemand durchdreht und Selbstjustiz übt.“

Schon vor zwei Jahren hatte der heutige türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan den Grünen-Chef als „angeblichen Türken“ beschimpft. Nun hat Erdoğan den Ton noch mal deutlich verschärft, mit einer Hetzrede gegen Özdemir und die zehn anderen deutschen Bundestagsabgeordneten mit türkischen Wurzeln. Weil keiner von ihnen gegen die Armenien-Resolution stimmte, tobte Erdoğan, ihr Blut sei „verdorben“. Mit dem Türkentum hätten sie nichts gemein, sie seien das Sprachrohr von Terroristen. Feuer frei.

Mit seinem Frontalangriff auf elf Abgeordnete des Deutschen Bundestags hat Erdoğan eine Grenze überschritten: Von einem Angriff auf das ganze Parlament sprach Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) am Donnerstag. Dass ein Staatspräsident im 21. Jahrhundert von verdorbenem Blut rede und Abgeordneten ihre Herkunft abspreche, „hätte ich nicht für möglich gehalten“, sagte Lammert.

Seit Wochen steht Angela Merkel in der Kritik, weil sie zur Eindämmung der Flüchtlingszahlen mit dem türkischen Präsidenten paktiert, der sein Land zunehmend autoritär regiert. Nun geht es nicht mehr allein

um die undemokratischen Zustände in der Türkei, sondern auch um den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland.

Erdoğan sieht die hier lebenden Bürger mit türkischen Wurzeln offenbar als fünfte Kolonne, die er für seine Zwecke instrumentalisieren kann – und, wenn es sein muss, aufwiegeln.

Die Bundesregierung hatte bei der Armenien-Resolution alles versucht, um die Reaktionen aus Ankara abzumildern. Die Kanzlerin, der Vizekanzler, der Außenminister: Sie alle waren der Abstimmung ferngeblieben, auch von den türkischstämmigen Abgeordneten war nur die Hälfte im Plenum anwesend. Auf eine namentliche Abstimmung wurde verzichtet, sodass nicht unmittelbar erkennbar war, wer genau mit Ja stimmte. Doch all das nutzte nichts.

Aydan Özoğuz, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, schilderte in der SPD-Fraktionssitzung am Dienstag hinter verschlossenen Türen, welche Be-

schimpfungen sie und ihre Kollegen nun erleiden müssen. In den Mails und Briefen fielen Begriffe wie „Vaterlandsverräterin“, „Schweinehure“ und „Deutschnutte“.

Das Auswärtige Amt kommt intern zu der Einschätzung, dass die türkischstämmigen Bundestagsabgeordneten in nächster Zeit nicht in die Türkei reisen sollten. Für ihre Sicherheit könne nicht garantiert werden. Mehrere türkische Verbände drängen dort auf ein Verfahren wegen „Beleidigung der türkischen Nation“, nach dem berüchtigten Paragraphen 301 des Strafgesetzes.

Die SPD-Politikerin Özoğuz reiste bisher häufig in die Türkei, kürzlich wurde ihr Vater in Istanbul beerdigt. „Es ist unsäglich zu wissen, dort nun erst mal nicht mehr hinfliegen zu können“, sagt sie. „Erdoğan muss begreifen, dass wir nicht der verlängerte Arm der Türkei sind.“

Andere der elf Abgeordneten haben geplante Dienstreisen nach Ankara oder ih-

FOTOS: IMAGO (O./O.M.); CHRISTIAN CHARISIUS / DPA (O.B.); INTERTOPICS (U.L.); HANS BUTTERMILCH (U.M.)



ren Sommerurlaub am Bosphorus abgesagt, aus Angst vor Racheaktionen. Ein Abgeordneter sorgte dafür, dass seine Eltern das Ferienhaus der Familie in der Türkei so schnell wie möglich verließen und in einem Hotel in einer anderen Stadt Zuflucht suchten. Mehrere der Betroffenen wollen sich inzwischen nicht mehr äußern, aus Sorge um sich und ihre Angehörigen.

Abgeordnete, die aus Angst schweigen, die Öffentlichkeit meiden, verstummen – gab es schon mal in der Geschichte der Bundesrepublik?

„Erdoğan's Äußerungen sind absolut inakzeptabel und eines Staatsoberhauptes unwürdig“, sagt Cemile Giousouf, CDU-Abgeordnete aus Hagen. Mit heftigen Reaktionen aus der Türkei habe sie gerechnet. Nicht aber, dass sich Beleidigungen und Beschimpfungen auch gegen ihre Eltern richten würden. „Dass unsere Familien in Haftung genommen werden, trifft mich.“

Es liege nun in der Verantwortung der türkischen Verbände in Deutschland, die Debatte zu versachlichen und Radikale zur Raison zu rufen, sagt Giousouf. „Deren Verhalten schadet dem Ruf der Türkeistämmigen insgesamt.“ Grünen-Chef Özdemir glaubt, dass die deutsch-türkische Community zwiesspalten ist. Zwar betrachteten

viele die Armenien-Resolution kritisch, würden jedoch den Furor, mit dem Erdoğan über die Bundestagsabgeordneten herzieht, ebenfalls ablehnen. „Diese Menschen müssen wir erreichen.“

Doch bisher sind offenbar die Scharfmacher in der Überzahl. Zwei Verbände verurteilten die Drohungen als „abscheulich“ und „völlig inakzeptabel“. Vor der Abstimmung hatten 557 Organisationen einen Protestbrief gegen die Armenien-Resolution unterzeichnet, ganz oben stand die Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD). Erdoğan selbst hatte 2005 in Köln die Zentrale der UETD eröffnet, sie ist ein Lobbyverein seiner islamisch-konservativen Partei, der AKP.

Türkische Politiker versuchen von jeher, Einfluss auf Türken im Ausland zu nehmen, doch niemand geht so schamlos und strategisch vor wie Erdoğan. 2010 schuf seine Regierung das „Amt für Auslandstürken“, eine Behörde in Ankara mit mehreren Hundert Mitarbeitern, verantwortlich für rund vier Millionen Türken in aller Welt.

Erdoğan forderte seine Landsleute in der Fremde schon früher unverhohlen dazu auf, sich für die Belange der Türkei einzusetzen: „Sie können Druck ausüben, um Beschlüsse der Parlamente in den jeweiligen Ländern zu erwirken. Warum sollten

nicht auch wir Lobbyismus betreiben, um unsere Interessen zu schützen?“

Wie solcher Druck erzeugt wird, zeigte sich in dieser Woche. Zwei der türkischstämmigen Abgeordneten, Özcan Mutlu und Azize Tank, waren mit Bundestagspräsident Lammert in eine Moschee in Berlin-Neukölln eingeladen. Da machte in der türkischen Community per Smartphone ein Protestaufruf die Runde, dass „Verräter“ zum Fastenbrechen in die Moschee der Ditib kommen wollten, einem aus der Türkei finanzierten Dachverband. Die Gastgeber sagten die Veranstaltung ab.

Sevim Dagdelen sitzt am Mittwochmittag im Abgeordnetenrestaurant des Bundestags. Die Linken-Politikerin holt ihr Handy aus der Tasche und klickt auf Facebook. „Du Schlampe, dich werde ich auch noch finden und dann werde ich dich zersägen“, liest sie vor. Im Netz, so erzählt Dagdelen, habe jemand ein Kopfgeld von 50 000 Euro auf sie ausgesetzt. Und noch mal 50 000 Euro auf ihre Familie.

Angesichts solcher Drohungen hält es Dagdelen für Hohn, wie sanft Angela Merkel in dieser Woche reagierte – „nicht nachvollziehbar“ nannte die Kanzlerin die Erdoğan-Äußerungen. Als handle es sich um einen Rechenfehler in der Steuererklärung und nicht um eine üble Attacke eines ausländischen Staatsoberhauptes gegen deutsche Volksvertreter. „Erdoğan hat uns zur Zielscheibe gemacht. Seine Äußerungen sind ein Signal an den Mob, tätig zu werden“, sagt Dagdelen.

Bei den Grünen ist die Enttäuschung über Merkels milde Kritik ebenfalls groß. Auch in der SPD heißt es: Man hätte sich von der Kanzlerin deutlichere Worte erhofft. Die beließ es vorerst bei nonverbalen Botschaften: Nachdem Bundestagspräsident Lammert im Plenum Erdoğan heftig kritisiert hatte, applaudierte sie.

Die Lage ist so ernst, dass Lammert sich persönlich an das Bundesinnenministerium wandte. Das Bundeskriminalamt wurde eingeschaltet, die Schutzmaßnahmen für die Abgeordneten erhöht, mehrere Morddrohungen wurden an die Staatsanwaltschaft weitergegeben.

Grünen-Chef Cem Özdemir nimmt die Attacken sehr ernst. Er fühlt sich an den türkisch-armenischen Journalisten Hrant Dink erinnert, der 2007 in Istanbul durch einen aufgestachelten Jugendlichen ermordet wurde. Dink hatte sich für eine Aufarbeitung des Genozids an den Armeniern eingesetzt. In der Türkei wurde daraufhin eine Hetzkampagne gegen ihn geführt. Sein Mörder glaubte, Dink habe das Blut der Türken beschmutzt.

Özdemir war mit Dink eng befreundet. Er trägt bis heute ein Foto von ihm in der Brieftasche.

Ann-Katrin Müller, Maximilian Popp, Emily Senf, Wolf Wiedmann-Schmidt

FOTOS: PETER FRISCHMUTH / ARGUS (O.L.); WATHIAS LUEDECKE (O.M.); ROLF VENNENBERND / DPA (O.R.); SOEREN STACHE / DPA (U.L.); JÜRGEN HEINRICH / IMAGO (U.R.)



Türkischstämmige Abgeordnete

- 1 Cem Özdemir (Grüne)
- 2 Cansel Kiziltepe (SPD)
- 3 Metin Hakverdi (SPD)
- 4 Aydan Özoğuz (SPD)
- 5 Ekin Deligöz (Grüne)
- 6 Cemile Giousouf (CDU)
- 7 Azize Tank (Die Linke)
- 8 Mahmut Özdemir (SPD)
- 9 Gülistan Yüksel (SPD)
- 10 Özcan Mutlu (Grüne)
- 11 Sevim Dagdelen (Die Linke)



Schnelles Geld

Infrastruktur Die Bundesregierung erwägt die Privatisierung des Autobahnnetzes. Investoren freuen sich auf langfristige Renditen – Autofahrer müssen mit neuen Mautplänen rechnen.

Wenn Wolfgang Schäuble nach Hause in seinen Wahlkreis chauffiert wird, führen ihn die letzten Meter mitunter über die Autobahn 5 in der badischen Ortenau.

Investoren betreiben das 60 Kilometer lange Teilstück zwischen Baden-Baden und Offenburg. Über eine Laufzeit von 30 Jahren kassiert ein Konsortium um den Baukonzern Strabag und den Investmentfonds Meridiam mehr als 660 Millionen Euro vom Staat.

Privat betriebene Autobahnen wie die A5 in Baden-Württemberg sind bislang eine Ausnahme. Doch das könnte sich bald ändern. Wenn es nach Finanzminister Schäuble (CDU) geht, bekommen Investoren nicht nur Zugriff auf die Autobahn vor seiner Haustür, sondern bald auf das gesamte deutsche Autobahnnetz.

In den kommenden Wochen sollen Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidenten in Berlin über eine teilweise Privatisierung der Fernstraßen verhandeln – und womöglich bereits eine Entscheidung treffen. Die Große Koalition will eine neue Autobahngesellschaft gründen und dazu sogar das Grundgesetz ändern.

Bisher fand das Vorhaben kaum öffentliches Interesse. Dabei handelt es sich um eine zentrale Weichenstellung dieser Wahlperiode, vergleichbar nur mit der Bahn-Reform in den Neunzigerjahren, die aus der Bundesbahn eine Aktiengesellschaft machte.

Das neue Autobahnunternehmen stünde privaten Investoren offen: Sie sollen

knapp die Hälfte der Anteile übernehmen können. „Wir hoffen, dass wir bis zur Sommerpause die Verhandlungen abschließen können“, verkündete der parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium Enak Ferlemann bereits im April.

Es wäre ein grundsätzlicher Wandel in der Verkehrspolitik. Bislang bestimmen Bund und Länder gemeinsam, wie sie das 13 000 Kilometer lange Autobahnnetz erhalten und ausbauen wollen: Der Bund finanziert, die Länder verwalten. Künftig würden private Geldgeber erheblichen Einfluss gewinnen.

Entsprechend umstritten ist das Projekt. Noch sträuben sich die Bundesländer, das Management der Autobahnen an ein zentralisiertes Unternehmen abzutreten. Doch die Große Koalition will das Vorhaben zügig zu Ende bringen.

Denn der Bund braucht dringend Geld, um seine Fernstraßen zu sanieren. Weil Finanzminister Schäuble dafür keine neuen Schulden aufnehmen will, sollen private Investoren die Mittel vorstrecken.

Das trifft sich mit den Anliegen der Großanleger. Versicherungen und Rentenfonds suchen in Zeiten winziger Zinsen händierend neue Anlagemöglichkeiten. Sie versprechen Milliardeninvestitionen in das Autobahnnetz und erwarten im Gegenzug stabile Renditen.

Bezahlen sollen am Ende auch die Nutzer der Infrastruktur. Die Autobahngesellschaft soll sich aus Einnahmen der Lkw-Maut finanzieren. Selbst die schon tot geglaubte Pkw-Maut könnte langfristig ein

Comeback erleben. Fernstraßen müsse man irgendwann „stärker nutzerorientiert finanzieren“, bestätigte Schäuble unlängst auf einer Tagung der Bauindustrie.

Irgendjemand muss die Autobahnmilliarden schließlich bezahlen, wenn der Steuerzahler verschont werden soll. Autofahrer würden in diesem Modell künftig nicht nur den Bau von Autobahnen finanzieren, sondern auch die Renditen von Allianz, Axa & Co. Falls die Investoren wie geplant an der neuen Autobahngesellschaft beteiligt werden.

In den zuständigen Ressorts für Finanzen und Verkehr weiß man um die Brisanz des Themas. In Artikel 90 des Grundgesetzes steht bisher, dass die Bundesländer die Autobahnen im Auftrag des Bundes verwalten. Laut einem vertraulichen Entwurf der Bundesregierung, der dem SPIEGEL vorliegt, soll das geändert werden.

„Aufgaben der Planung, des Baus, des Betriebs, der Erhaltung, der vermögensmäßigen Verwaltung und der Finanzierung der Bundesautobahnen können durch Bundesgesetz einer Gesellschaft in privatrechtlicher Form übertragen werden“, heißt es darin. Bis zu 49,9 Prozent der Anteile könnte der Bund verkaufen, nur eine „Mehrheit“ der Anteile verbliebe beim Bund.

Wie weit sind die Pläne gediehen? Das Finanzministerium verweist auf das Verkehrsministerium, wo man sich zu dem Entwurf für die Verfassungsänderung nicht äußern möchte. Auf Nachfragen der Opposition hatte die Regierung zuletzt erklärt, sie stimme den Entwurf noch ab.

Schleichende Privatisierung

Autobahnen in Investorenhand

— in Betrieb — in Planung

1 **A1** AK Bremen–AD Buchholz (72 km)

Kosten*: 1003 Mio. €

Betreiber: John Laing, Johann Bunte

2 **A4** Landesgrenze Hessen/
Thüringen–Gotha (44 km)

Kosten*: 672 Mio. €

Betreiber: Vinci, Meridiam Infrastructure

3 **A9** AS Lederhose–Landes-
grenze Thüringen (46 km)

Kosten*: 406 Mio. €

Betreiber: Vinci, BAM

4 **A5** Malsch–Offenburg (60 km)

Kosten*: 666 Mio. €

Betreiber: Vinci, Meridiam Infrastructure, Strabag

5 **A8** Augsburg-West–
München-Allach (52 km)

Kosten*: 843 Mio. €

Betreiber: BAM, Volker Wessels, Egis, Fluor, Berger Bau



Die Privatisierungspläne sind über Jahre gereift. Schon unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD) schlug eine Kommission im Jahr 2000 den „Zutritt für Private“ zum Autobahnnetz vor. Später sollte eine zentrale Betreibergesellschaft „sämtliche Funktionen des Betriebs sowie des Aus- und Neubaus der Bundesfernstraßen übernehmen“, heißt es in dem Bericht der Kommission, die von dem ehemaligen Bahn-Vorstand Wilhelm Pällmann geleitet wurde.

Der Bund beherzigte die Ratschläge. In den vergangenen Jahren gerieten immer mehr Bereiche des Autobahnnetzes in die Hände von Konzernen. 2007 ging ein erstes Teilstück der A8 an ein Konsortium um die damalige Depfa-Bank. Es folgte eine 72,5 Kilometer lange Strecke auf der A1 bei Bremen, für die Investoren um die italienische Bank Unicredit den Zuschlag bekamen. Für gut ein Zehntel des gesamten Autobahnnetzes sind inzwischen private Betreiber vorgesehen – oder bereits eingesetzt (siehe Grafik).

Doch einzelne Teilstücke reichen der Finanzwirtschaft nicht mehr aus. Längst schielen Investoren auf das gesamte Netz. Das deckt sich mit den politischen Zielen von Finanzminister Schäuble, der sein Haushaltsziel einer schwarzen Null nicht durch immer neue Milliarden für den Autobahnbau gefährden will.

Frankfurt am Main, 19. November 2014, eine Konferenz der Staatsbank KfW. Ludger Schuknecht, Abteilungsleiter für Grundsatzfragen im Bundesfinanzministerium, hielt vor Bankern und Versicherungs-

leuten einen Vortrag über private Investitionen im Infrastrukturbereich. Im Ministerium wird der Spitzenbeamte wegen seiner fundamentalen Marktgläubigkeit scherzhaft als „Taliban“ bezeichnet. Der Vortrag zeigte, warum.

Schuknecht hatte eine Präsentation vorbereitet, die den Managern gefallen haben dürfte. Die Regierung, erklärte er, sehe viele Vorteile in der Beteiligung von Investoren. Eine neue Infrastrukturgesellschaft könne Aufträge an die Bauwirtschaft vergeben, dafür Geld bei „Fonds oder anderen Kapitalsammelstellen“ akquirieren und gegebenenfalls auch eigene Anteile an die Investoren verkaufen. Der Staat spielte in seinem Modell nur noch eine Nebenrolle.

So ähnlich liest es sich auch im Entwurf der Regierung für die Grundgesetzänderung – zur Freude der Privatwirtschaft. Finanzkonzerne könnten künftig mit langfristigen Renditen rechnen, die weit über den Profiten aus aktuellen Staatsanleihen der Bundesrepublik lägen. Bauriesen wie Strabag oder Hochtief hätten ab jetzt einen zentralen Ansprechpartner und müssten sich nicht mehr mit verschiedenen Landesverwaltungen herumärgern.

Zudem wäre eine solche Autobahngesellschaft für Abgeordnete schwer zu kontrollieren. „Da würden wir so wenig erfahren wie jetzt bei der Deutschen Bahn“, sagt Sven-Christian Kindler, Haushaltsexperte der Grünen im Bundestag.

In der Tat erinnert vieles an die Bahn-Reform vor über 20 Jahren. Die neu gegründete Deutsche Bahn AG wurde damals

auf Kosten des Steuerzahlers entschuldet und bekam als wertvollstes Asset das gesamte Schienennetz übertragen. Zwar blieb das Unternehmen bis heute komplett im Staatsbesitz. Sein Management geriert sich seitdem aber, als führe es einen Dax-Konzern, der zum Wohle privater Anleger handelt. Nachfragen aus dem Parlament und den zuständigen Ministerien wiesen DB-Vorstände schon oft als unzulässigen Eingriff ins operative Geschäft brüsk zurück.

Auch ein Blick nach Frankreich scheint Privatisierungsgegner zu bestätigen. Dort wurden große Teile der Autobahnen bis 2006 auf Private übertragen. Seitdem liegen die Renditen der Konzessionäre nach Angaben der französischen Wettbewerbsbehörde zwischen 20 und 24 Prozent, gespeist aus der „kontinuierlichen Erhöhung des Verkehrs und der Mautgebühren“. Umweltministerin Ségolène Royal kritisierte, von 100 Euro Maut fielen 22 Euro als Reingewinn für die Betreiber ab. Sie hätten seit der Privatisierung 15 Milliarden Euro an ihre Aktionäre ausgeschüttet.

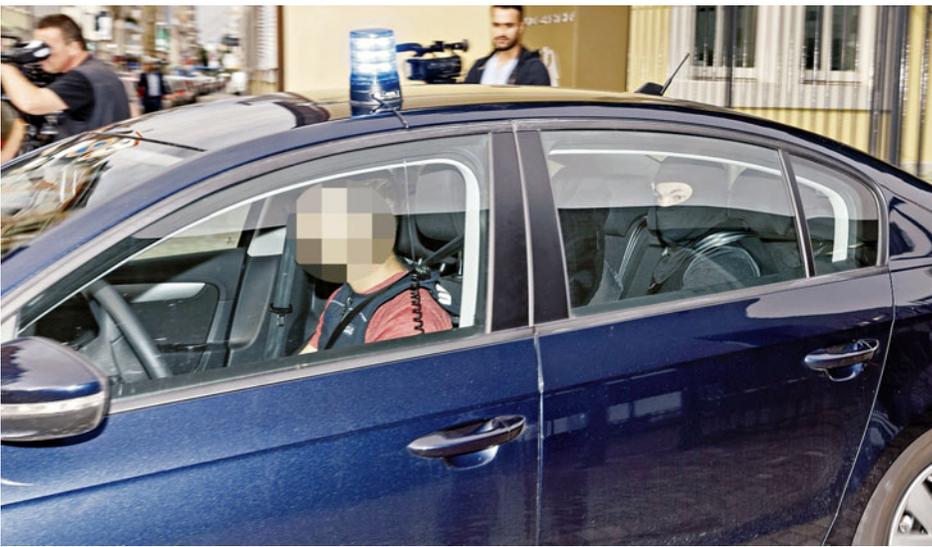
Noch ist unsicher, ob die Grundgesetzänderung kommt. In der SPD verlaufen die Gräben zwischen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, der dafür ist, und Teilen der Fraktion, die sich gegen die Privatisierung aussprechen. Auch die Verkehrsminister der Länder haben einen einstimmigen Beschluss gegen die Autobahngesellschaft gefasst. Sie wollen am System der Auftragsverwaltung festhalten und dieses lediglich reformieren. Vor allem die bayerische Landesregierung fürchtet um ihren Einfluss auf Straßenbauprojekte.

Dabei könnte es sich aber auch schlicht um den Versuch handeln, den Preis für die Autobahngesellschaft möglichst in die Höhe zu treiben. Am Ende werden ohnehin nicht die Fachpolitiker entscheiden, sondern die Ministerpräsidenten in Spitzenrunden der Großen Koalition. Bund und Länder verhandeln zurzeit über ihre Finanzbeziehungen ab 2020. Die klammen Länder wollen mehr Geld für die Bewältigung der Flüchtlingskrise und für ihren Nahverkehr. In der finalen Phase könnte Wolfgang Schäuble diesen Wünschen zustimmen – und im Gegenzug die ersehnte Autobahngesellschaft erhalten.

Enak Ferlemann vom Bundesverkehrsministerium hat den politischen Kuhhandel bereits klar benannt. „Do ut des“, sagte der humanistisch gebildete Staatssekretär im Verkehrsausschuss: „Ich gebe, damit du gibst.“ Ferlemann zeigte sich optimistisch, dass die Autobahngesellschaft gegründet werde. Sein Haus wolle die Grundgesetzänderung noch in dieser Wahlperiode abschließen. „Wir denken, dass wir das Scharfschalten der Gesellschaft bis etwa 2020 schaffen können.“

Sven Becker, Andreas Wassermann

Mail: sven.becker@spiegel.de, andreas.wassermann@spiegel.de



Transport eines IS-Verdächtigen in Karlsruhe, Schlafstätte des mutmaßlichen Drahtziehers Saleh A. in Kaarst: „Immer nur Dschihad?“

Der Zeuge

Terrorismus Wurde in Düsseldorf ein IS-Anschlag verhindert? Fahnder suchen mit Hochdruck nach Spuren. Viel hängt an der Aussage eines Mannes, der in Frankreich in Haft sitzt.

Ein Mann mit kurzen, schwarzen Haaren und dunklem Teint betrat am 1. Februar gegen 9.30 Uhr die Polizeiwache in der Rue de Clignancourt. Er sprach besser Arabisch als Französisch, doch das verwunderte die Beamten kaum. Ihre Station liegt nur wenige Hundert Meter von der Pariser Basilika Sacré-Cœur entfernt, viele Menschen aus Nordafrika und dem Nahen Osten leben in der Umgebung.

Die Aussage des 25-Jährigen hingegen war eine faustdicke Überraschung für die Beamten. Er sei der Kopf einer terroristischen Zelle des „Islamischen Staates“ (IS), sagte Saleh A. Er wolle sich stellen. Er habe wichtige Informationen über einen in Deutschland geplanten Anschlag.

Die Polizisten reagierten verdutzt. Ein mutmaßlicher Attentäter, der sich stellt? Einer, der als Flüchtling getarnt in Deutschland lebt, dort zuschlagen soll und sich in Paris meldet? Eiligst wurden die deutschen Behörden informiert.

Ermittler und Geheimdienstler wundern sich – und vermuteten zunächst eine der vielen wilden Geschichten, die sie fast täglich über geplante Anschläge zu hören bekommen. Wie vor einem Länderspiel in Hannover, das abgesagt wurde, oder wie in der Münchner Silvesternacht. Keine von ihnen erwies sich bislang als wahr.

Vier Monate später, nach zwölf Vernehmungen durch die französische Polizei und einer vierstündigen Befragung durch deutsche Beamte, schlugen die Behörden in Deutschland zu. Am 2. Juni verhafteten die Fahnder drei mutmaßliche Komplizen von Saleh A. in Baden-Württemberg, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen. Generalbundesanwalt Peter Frank ver-

dächtigt sie, in der Düsseldorfer Altstadt einen blutigen Anschlag mit insgesamt zehn Attentätern geplant zu haben. Zwei sollten sich demnach in die Luft sprengen, andere mit Gewehren und Sprengstoff Passanten töten.

Sollte sich der Fall bestätigen, gäbe es einen Beleg dafür, dass der IS Deutschland tatsächlich im Visier hat. Es wäre bewiesen, dass der IS Attentäter als Flüchtlinge tarnte und über die Balkanroute schickte. Und dass er in der Lage ist, eine Schläferzelle zu platzieren.

Aber wie verlässlich sind solche Annahmen? Zwischen dem Auftritt von Saleh A. im Zentralkommissariat des 18. Arrondissements von Paris und den Verhaftungen in Deutschland liegen Monate des Austauschs zwischen deutschen und französischen Behörden. Bislang beruhen ihre Erkenntnisse weitgehend auf den Aussagen des 25-jährigen Zeugen.

Recherchen des SPIEGEL in Frankreich, Deutschland und Syrien erlauben nun Einblicke in das Leben und die Pläne der mutmaßlichen Terrorzelle. Wenn man Saleh A. glaubt, wurde er im Sudan geboren, als Sohn eines Mannes aus Rakka in Syrien. Seine Familie zog von einem Krisengebiet ins nächste, aus dem Sudan in den Jemen, von dort in den Gazastreifen und dann in die Heimat des Vaters nach Rakka. Die Umzüge sollen mit Jobs des Vaters zusammenhängen – welchem Beruf der Mann nachging, ist noch unklar.

Schon im Kindesalter will Saleh A. den Umgang mit Sturmgewehren und Pistolen gelernt haben. 2009 habe das Regime des syrischen Diktators Baschar al-Assad ihn wegen Präsidentenbeleidigung ins Gefängnis geworfen.

Als er 2011 entlassen wurde, war die Welt eine andere. In Syrien hatte der Aufstand gegen Assad begonnen. Saleh A. schloss sich der Freien Syrischen Armee an, um gegen das Regime zu kämpfen. 2012 wechselte er zur fundamentalistischen Nusra-Front.

Dort lernte er nach eigenen Angaben den ersten seiner mutmaßlichen Komplizen kennen: Abd Arahman al-K., der damals Sprengstoffgürtel für die Nusra gebaut haben soll.

2013 sei Saleh A.s Kampfverband von der Nusra zum IS übergelaufen. Er habe dies angeblich nicht gewollt, wurde angeschossen und schließlich in ein Umerziehungslager der Terrormiliz gesperrt. Dort traf er auf Hamza C., den nächsten mutmaßlichen Mitverschwörer. Schließlich schwor er im Januar 2014 dem IS-Gouverneur von Rakka doch die Treue. Er kam frei.

Den Auftrag für den Anschlag in Deutschland will Saleh A. von seinem Schwager erhalten haben, angeblich ein Würdenträger in der Abteilung „Externe Operationen“ des IS. Die Düsseldorfer Altstadt und die dortige Heinrich-Heine-Allee als Ziel nannte ihm demnach ein Vertrauter des Schwagers: ein IS-Mann mit dem Kampfnamen „Abu Haret“, ein Tunesier, der eine gewisse Zeit in Düsseldorf lebte.

Wenn es keine Fiktion ist, gab es ursprünglich vier Leute, die für den Anschlag vorgesehen waren: Hamza C. und Saleh A., die erst in die Türkei zogen, sich dort als Schleuser verdingten und später getrennt im März und Juli 2015 nach Deutschland reisten. Abd Arahman al-K., den Bombenbauer, der im Oktober 2014 als Flüchtling nach Deutschland kam. Ein weiterer Komplize erkrankte angeblich in der Ägäis.



Angeblicher Komplize Hamza C.: Auftragsgemäß unauffällig

In Deutschland, erzählte Saleh A., hätten sie Anweisungen des IS befolgt. Hamza C. reiste nach Berlin, er selbst meldete sich in Dortmund in einer Erstaufnahmestelle. Nach seiner Ankunft postete er auf Facebook ein Foto von Dortmund – offenbar als Beweis für den IS, dass er sein Ziel erreicht hatte.

Fortan verhielten sie sich auftragsgemäß unauffällig. Diskret nahm Saleh A. Kontakt zu Abd Arahman al-K. in Leimen bei Heidelberg auf. Gemeinsam sollen Hamza und er einen weiteren mutmaßlichen Terroristen rekrutiert haben: Mahood B., einen offenbar leicht beeinflussbaren syrischen Flüchtling mit Drogenproblemen.

Doch wie weit waren ihre mutmaßlichen Pläne gediehen? Bei den Durchsuchungen der vergangenen Woche fand die Polizei weder Waffen noch Sprengstoff. Vom SPIEGEL befragte Mitbewohner in den Flüchtlingsunterkünften sahen in den vergangenen Monaten ebenfalls keinen Grund, Alarm zu schlagen.

Saleh A. lebte zusammen mit sieben Männern im Zimmer Nummer 7 in Kaarst bei Düsseldorf. Seine Mitbewohner bemerkten, dass er oft nicht da war. Sie registrierten, dass er in großen Mengen Marihuana konsumierte und dass ihm die Tage ohne Drogen schwerfielen. „Er wurde dann aggressiv und laut. Er schrie und schlug den Kopf gegen die Wand“, sagt ein Asylbewerber.

Ansonsten sei Saleh ein freundlicher Mann gewesen. Er koche gut, sei hilfsbereit und mutig, er habe eine 30-köpfige Flüchtlingsgruppe von Griechenland bis nach Deutschland angeführt, berichten Mitbewohner. Er habe seine Familie vermisst, vor allem seine jüngste Tochter, die erst drei oder vier Jahre alt sei.

Nur einer der Mitbewohner erzählt, dass Saleh A. sich ihm offenbart habe: Er sei beim IS gewesen, doch er habe mit ihm gebrochen. Er überlege, zur Polizei zu gehen, weil er über wichtige Informationen verfüge.

Diesem Mann zeigte Saleh A. auch seine niederländische Aufenthaltsgenehmigung. Denn Saleh A. hatte auch dort Asyl beantragt. Sein Mitbewohner glaubte, das habe er getan, um staatliche Hilfen doppelt zu kassieren. Den Ermittlern sagte Saleh A., er sei genervt gewesen von den langwierigen Prozeduren in Deutschland. Nicht nur die Bürokratie, auch der Drogenkauf sei in den Niederlanden unkomplizierter.

Die Fahnder nehmen ihm das nicht ab. Schließlich berichtete Saleh A. in Frankreich von einer mutmaßlichen Schläferzelle des IS in Holland – die er aber nicht kenne.

Als Islamist jedoch war Saleh A. den deutschen Behörden in der Vergangenheit nie aufgefallen. Er machte allenfalls den Eindruck eines aus der Balance geratenen Flüchtlings. Er wurde aktenkundig, weil er stahl und in einer Disco einem Mann in den Finger gebissen haben soll.

Unauffällig verhielten sich die anderen drei Verdächtigen. Mitbewohner von Mahood B. in Mülheim an der Ruhr fanden bei ihm nur harmlose Bücher über den Islam. Ansonsten bemerkten sie zunächst eine afrikanische Freundin an seiner Seite, danach eine schöne Kroatian. Als die Polizei kam, dachten sie zunächst, es sei wegen seines Drogenkonsums. „Als ich den Begriff der Schläferzelle hörte, dachte ich zunächst: Klar, der hat ja auch den ganzen Tag geschlafen“, witzelt ein ehemaliger Mitbewohner.

Auch Abd Arahman al-K. fiel kaum auf. Eines Tages scherzten syrische Nachbarn, mit ihm könne es Probleme geben – weil er aus der IS-Hochburg Rakka stamme. Al-K. habe gekontert: „Ich bin genauso wie ihr dem Krieg entkommen.“

Allein bei der Ermittlungskommission „Anbieter“ der Polizei Düsseldorf arbeiteten in den vergangenen Monaten 30 Beamte, unterstützt von weiteren Polizisten in anderen Bundesländern. Sie hörten die Telefone der drei mutmaßlichen Mitverschwörer ab und observierten sie mit erheblichem Aufwand.

Sie fanden keine Beweise dafür, dass die Geschichte von Saleh A. stimmt. Aber es gab Indizien. In abgehörten Gesprächen fragten die Männer sich, wo Saleh wohl geblieben sei. Wenn sie in ihren Telefonaten an kritische Punkte kamen, brachen sie ab. Einer der Männer beschwerte sich am Telefon, er dürfe nicht beten gehen – wohl um nicht aufzufallen. Man kann das als konspiratives Verhalten deuten.

Parallel dazu ergaben sich Hinweise auf mögliche Verbindungen der Männer zu Terrororganisationen. Amerikanische Geheimdienste sind sich offenbar sicher, dass Abd Arahman al-K. für al-Nusra kämpfte und tötete.

Das bislang stärkste Indiz in den Händen der Fahnder dürfte neben YouTube-Videos von Saleh A. in Kampfmontur ein Facebook-Chat zwischen ihm und Abd Arahman al-K. aus dem Januar 2016 sein. Darin fragte Saleh A.: „Was ist los mit dir Bruder, immer nur Dschihad?“ Und er fuhr fort: „Wir müssen uns das Spiel in Ruhe anschauen. Wir müssen nur Geduld haben.“ Dann müssten sie entscheiden, unter welcher Flagge sie antreten wollten. Abd Arahman al-K. erwiderte: „Wenn wir kämpfen, dann müssen wir wissen, ob wir als Märtyrer sterben oder nicht.“

Auch Recherchen des SPIEGEL in Rakka ergaben, dass Saleh A. und weitere Familienmitglieder dort für den IS aktiv gewesen sind. Unter jenen, die ihn kennen, soll große Überraschung herrschen, dass er nun in Europa bei der Justiz aufgetaucht ist. Er sei doch fest im IS verwurzelt.

Deutsche Ermittler halten Saleh A. für glaubwürdig. Nun setzen sie auf die Auswertung von Mobiltelefonen, die bei seinen mutmaßlichen Komplizen gefunden wurden.

Vor allem aber warten sie ungeduldig darauf, dass der Kronzeuge nach Deutschland überstellt wird. Er verweigert inzwischen in Paris die Aussage und will erst wieder reden, wenn er in Deutschland ist. Seine mutmaßlichen Mittäter schweigen bislang. Auffallend gelassen erschienen sie vergangene Woche vor dem Haftrichter in Karlsruhe.

Ob es zur Anklage kommt, ist ungewiss. Möglicherweise reicht die Beweislage am Ende nicht aus.

Und wenn sich der Verdacht bestätigt? „Das ist einer der wenigen Fälle, von denen ich mir wünsche, sie am Ende nicht anklagen zu müssen“, sagte der zuständige Bundesanwalt diese Woche im Bundestag in einer vertraulichen Sitzung des Innenausschusses.

Lieber würde er Saleh A. als Lügner entlarven – als den Beweis für ein Horrorszenerario zu liefern.

Riham Alkousaa, Jörg Diehl, Hubert Gude, Martin Knobbe, Jörg Schindler, Vanessa Schlesier, Fidelius Schmid

Mail: fidelius.schmid@spiegel.de, Twitter: @fideliuschmid

„Ein bisschen Druck“

Zeitgeschichte Die USA unterstützten den jungen Willy Brandt in Berlin und beförderten so seinen Aufstieg – mit getarnten Spenden.

Das geheime Treffen fand statt am 27. Juli 1950 in Zimmer 115 des Frankfurter IG-Farben-Gebäudes, des Hauptquartiers der US-Streitkräfte in Deutschland. Der Besucher kam aus Westberlin, für die SPD saß er im ersten Deutschen Bundestag. Sein Name: Willy Brandt. Es ging um politische Unterstützung, ein heikles Feld für die Besatzungsmacht, und so mahnten die Amerikaner ihren Gast und dessen Begleiter, den Westberliner Senatssprecher Hans Hirschfeld, alle Vereinbarungen „streng vertraulich“ zu halten. Ein überflüssiger Hinweis: Man habe „ebenfalls starkes Interesse daran, nur den allernotwendigsten Kreis zu unterrichten“, entgegnete Brandt, 36.

Kein Wunder, denn die Amerikaner sicherten ihm 200 000 Mark zu, was rund einem Drittel der jährlichen SPD-Mitgliedsbeiträge in Berlin entsprach. Wäre die Zahlung bekannt geworden, hätte sie die Karriere des späteren SPD-Vorsitzenden und Bundeskanzlers wohl früh beendet.

Die Amerikaner ihrerseits taten alles, die brisante Spende geheim zu halten. Der Sekretärin, die die Unterlagen tippte, wurde eingeschärft, Stillschweigen zu wahren. Von dem Termin mit Brandt wussten nur drei Mitarbeiter und natürlich Hochkommissar John McCloy, oberster Vertreter der US-Besatzungsmacht.

Und tatsächlich blieb das Geheimnis gewahrt, über ein halbes Jahrhundert lang. Erst kürzlich stieß der deutsch-amerikanische Historiker Scott Krause im Berliner Landesarchiv auf Unterlagen von Brandts Begleiter Hirschfeld, darunter einen Vermerk über jenes Treffen im Juli 1950. Krause präsentierte seine Recherchen diese Woche der Berliner Willy-Brandt-Stiftung.

Danach ist die Zahlung der 200 000 Mark der Höhepunkt einer Kampagne, mit der Washington in den Fünfzigerjahren die damals noch vielfach marxistisch ausgerich-

tete SPD auf Westkurs zu bringen versuchte. Trotz des Kalten Krieges lehnten nämlich zahlreiche Sozialdemokraten eine Wiederbewaffnung und die Westintegration der jungen Bundesrepublik ab.

Um dies zu ändern, setzten die Amerikaner auf eine Gruppe in der Westberliner SPD um den Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter, zu der auch Brandt zählte. Die Genossen wollten die Partei – im Gegensatz zur Landes- und Bundes-SPD – in die Mitte rücken. In ihrem Berliner Machtkampf wurden sie von den US-Besatzern unterstützt.

In den Jahren 1952/53 flossen gestückelt weitere 106 000 Mark an Hirschfeld; es gibt zudem eindeutige Hinweise auf andere Geldleistungen, deren Umfang noch unbekannt ist. Auch sorgten sie dafür, so die Recherchen, dass der dominierende US-„Rundfunk im amerikanischen Sektor“,

ministers früh mit den Nazis angelegt und musste fliehen. In New York arbeitete er für den US-Geheimdienst OSS. Über eine Kollegin – ebenfalls Emigrantin – lernte er deren amerikanischen Ehemann Shepard („Shep“) Stone kennen. Hirschfeld hielt auch Kontakt zu dem ehemaligen SPD-Reichstagsabgeordneten Paul Hertz.

1950 fanden sich alle in der Bundesrepublik wieder: Hirschfeld als Senatssprecher, Hertz koordinierte die Hilfsgelder aus dem Marshallplan für die Teilstadt, Stone unterstand die „Abteilung für Öffentliche Angelegenheiten“ beim US-Hochkommissar mit einem Millionenetat. Dazu stieß Karl F. Mautner, einst aus Wien geflohen und nun Verbindungsoffizier der Amerikaner im Schöneberger Rathaus.

Das Exilantenschicksal verband sie mit Brandt und Reuter, die während des „Dritten Reichs“ nach Skandinavien beziehungsweise in die Türkei geflohen waren. Die Westbindung der Bonner Republik verstanden die Emigranten beiderseits des Atlantiks als „gemeinsames Projekt“ (Krause).

Man habe mit Brandt „sehr eng“ zusammengearbeitet, erzählte Mautner später. Aus den Hirschfeld-Papieren lässt sich rekonstruieren, wie das im Fall der 200 000-Mark-Zahlung ablief. Danach wandte sich Hirschfeld im Mai 1950 an den „lieben Shep“ und klagte, der Reuter-Gruppe fehle im Berliner Machtkampf eine Zeitung, „die unsere politische Linie befolgt, hält und begründet“. Hirschfeld erwähnte das „Berliner Stadtblatt“, ein kleines SPD-Blatt in finanziellen Schwierigkeiten. Dessen Chefredakteur war Brandt.

Gemeinsam ersannen Stone und Hirschfeld eine Lösung: Sie tarnen die Finanzspritze für Brandt als PR-Kampagne zur Förderung des Marshallplans. Stone kaufte zum überhöhten Preis von 200 000 Mark zwei Sonderbeilagen à sechs Seiten beim „Berliner Stadtblatt“; in den Beilagen warben dann Brandt, Reuter und andere für den Marshallplan. Nach Einschätzung Krauses blieben von der Kaufsumme rund 170 000 Mark zur freien Verfügung Brandts – ein Fall von „verdeckter Parteienfinanzierung“, urteilt der Historiker.

Empören mag sich Krause über den Eingriff in das Kräftespiel im Nachkriegs-Berlin allerdings nicht. Während des Kalten Krieges hätten die USA oft rechte Diktatoren unterstützt, lautet sein Einwand. Tatsächlich lässt sich an einem nicht zweifeln: Mit Brandt förderte Washington ausnahmsweise einmal einen Demokraten.

Klaus Wiegrefe

Mail: klaus.wiegrefe@spiegel.de



New-York-Besucher Brandt 1959: „Streng vertrauliche“ Vereinbarungen

RIAS, der Reuter-Gruppe besonders viel Sendezeit einräumte.

Wie groß der Einfluss der US-Vertreter vor Ort war, lässt sich daran ablesen, dass 1953 ein Genosse Brandts bei ihnen vorstellig wurde. Sein Anliegen: Brandt zögere, für den SPD-Landesvorsitz zu kandidieren, und benötige deshalb „ein bisschen Druck“ der Amerikaner.

Erst 1957/58 endete der SPD-interne Machtkampf, wohl auch dank der US-Unterstützung, mit Brandts Triumph: Er wurde Regierender Bürgermeister und übernahm den SPD-Landesverband.

Historiker Krause hat ein Netzwerk rekonstruiert, dessen Anfänge im Zweiten Weltkrieg liegen. In New York lebten damals rund 70 000 deutschsprachige Flüchtlinge, darunter Hirschfeld. Der jüdische Sozialdemokrat aus Hamburg hatte sich als Pressesprecher des preußischen Innen-

Schädliche Ambivalenzen

Ehrungen Thüringens Exregierungschef Dieter Althaus soll einen Orden bekommen – doch weil er schuld war am Tod einer Skifahrerin, ist das umstritten.

Bodo Ramelows Problem ist ein Stück Blech. Genauer, ein achtspitziges, weiß emailliertes und silbern umrandetes Kreuz mit dem Thüringer Landeswappen. Es wird als „Zeichen der Würdigung hervorragender Verdienste um den Freistaat und seine Bevölkerung“ verliehen. Nur ein Mensch in Thüringen kann diese höchste Auszeichnung vergeben: der Regierungschef, seit Dezember 2014 ist das der Linken-Politiker Ramelow.

Im Allgemeinen sind Ordensverleihungen angenehme Veranstaltungen mit schönen Fotos von glücklichen Menschen. Doch in Erfurt liegt eine Ordenssache seit Jahren wie Blei. Es geht um den ehemaligen Ministerpräsidenten Dieter Althaus, der im Januar 2009 auf einer österreichischen Skipiste mit der 41-jährigen Beata Christandl zusammenstieß. Die Frau starb, und Althaus wurde der fahrlässigen Tötung für schuldig befunden.

Dennoch schlug im August 2010 der CDU-Kreisverband Eichsfeld den ehemaligen Ministerpräsidenten als künftigen Thüringer Ordensträger vor.

Seither wandert der Vorgang durch die Verwaltung der Staatskanzlei, und allen Beteiligten ist die Sache vor allem eines: unangenehm. Ramelows Vorgängerin Christine Lieberknecht (CDU) schob den Fall mit spitzen Fingern weiter, Ramelow muss ihn nun entscheiden.

Nicht, dass Althaus keine Verdienste um den Freistaat hätte. Als Kultusminister habe er ein demokratisches Schulsystem aufgebaut, führen die Protokollbeamten an, durch seine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik habe er Thüringen in eine gute Ausgangsposition gebracht. Seine Vorgänger Bernhard Vogel und Josef Duchač haben den Orden längst bekommen, es ist im Grunde ein Selbstläufer. Doch Althaus hat dieses besondere Problem, er hat nicht vorsätzlich, sondern aus Fahrlässigkeit einen Menschen getötet. Kann ein Politiker mit dieser Schuld einen Orden tragen? Aber auch: Wie lange muss er dafür eigentlich büßen?

Im Gesetz über den Thüringer Verdienstorden ist ein solcher Fall nicht geregelt. Orientiert man sich an den Vorgaben



Ehemaliger Ministerpräsident Althaus 2014 im Eichsfeld: „Egal, was die tun“

für den Verdienstorden der Bundesrepublik, dann stünde der Auszeichnung rein rechtlich nichts entgegen. Dort ist nämlich „ein fahrlässiges Vergehen“, für das nur eine Geldstrafe verhängt wurde, kein Hindernis. Dennoch notierte das zuständige Referat der Staatskanzlei im Jahr 2011: „Eine Verleihung eines Ordens ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht angebracht.“ Ein Argument: Die Eintragung des Vergehens im Bundeszentralregister werde erst 2014 getilgt. Dann könne der Kreisverband den Vorschlag erneut einreichen. So verschwand die Akte in der Schublade.

Erst zum Regierungswechsel Ende 2014 wurde die Sache wieder virulent. Die Protokollabteilung riet dem neuen Regierungschef, „im Sinn einer stabilen demokratischen Regierungsarbeit und zum Schutz des Vorgesetzten“ die Auszeichnung nunmehr abzulehnen. Es gebe Handlungen, „die so tief greifende Konsequenzen entfalten und im vorliegenden Fall mit außergewöhnlich fehlender Umsicht und hochgradig mangelnder Sorgfalt in Verbindung zu bringen“ seien, dass sie durch Verdienste nicht aufgewogen werden könnten.

Zum Fall an sich kommt Althaus' besonderer Umgang mit dem tragischen Tod der Frau. Bisher zeigte der Christdemokrat öffentlich kaum Empathie, stets entschuldigte er sich damit, er könne sich nicht an den Unfall erinnern. Gerade erst erklärte er dem MDR dazu in einem Interview, er sei anfangs teilnahmslos gewesen. Doch dann habe er „schon mit Betroffenheit“ reagiert. Es sei aber bis heute so, dass er

keinen Bezug zu dieser Zeit habe. Der Tod der Mutter eines einjährigen Kindes sei für ihn „eine hinterher zu akzeptierende Sache“. Er habe keine Möglichkeit, „eine Emotion dafür aufzubauen“.

Ramelow, so interne Hinweise, scheint den Orden trotz allem verleihen zu wollen, die Vorbereitungen laufen jedenfalls. Auch die CDU zieht den Vorschlag nicht zurück. Parteichef Mike Mohring lässt ausrichten, es stehe außer Frage, dass sich Dieter Althaus „bleibende Verdienste um Thüringen“ erworben habe.

Althaus, inzwischen Angestellter beim kanadisch-österreichischen Automobilzulieferer Magna, versteht die ganze Aufregung nicht. Er habe von einer geplanten Ehrung keine Kenntnis. Seine Verurteilung könne damit jedenfalls nichts zu tun haben, denn die sei längst gelöscht. Generell sei es ihm aber „egal, was die da in der Erfurter Staatskanzlei tun“.

Das Protokollreferat in der Thüringer Staatskanzlei warnt unterdessen auch vor einer Moraldebatte, sollte das emaillierte Kreuz ausgehändigt werden: Ein sauberes Register helfe in dem Fall wenig, das juristische Gedächtnis sei das eine, das menschliche das andere. Die gesellschaftliche Beurteilung eines Ordensträgers Althaus sei „nicht abschätzbar“. Sie könne mindestens „schädliche Ambivalenzen“ hervorbringen. So könne eine Ordensverleihung „das Ansehen des Amtes des Ministerpräsidenten und aller Mitglieder der Landesregierung nachhaltig schädigen“. Bodo Ramelow schweigt bisher.

Steffen Winter



„Größe allein bringt nichts“

Bildung Der Schweizer Dieter Imboden hat die Exzellenzinitiative untersucht. Er erklärt, warum eine kleinere Uni oft die bessere Wahl ist – und auch die beste Uni Schwächen hat.

Imboden, 72, studierte theoretische Physik in Berlin und Basel und lehrte als Professor an der ETH Zürich. Das deutsche Wissenschaftssystem kennt er bestens: Imboden leitete die Kommission zur Evaluation der Exzellenzinitiative. In den ersten beiden Phasen bescherten Bund und Länder den deutschen Hochschulen 4,6 Milliarden Euro. Am 16. Juni wollen die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten entscheiden, wie sie die Initiative fortführen.

SPIEGEL: Professor Imboden, wenn Sie noch einmal studieren könnten – wohin würden Sie gehen?

Imboden: Ich würde sicherlich an mehreren Orten studieren. In Amerika, in der Schweiz. Nur an einem Ort zu bleiben – nein, das wäre nichts.

SPIEGEL: Nicht mehr in Deutschland? Damals sind Sie nach Berlin gezogen.

Imboden: Wenn ich Deutscher wäre, würde ich auch heute dorthin gehen, weil ich es wichtig finde, auch in seinem Heimatland zu studieren. Die erste Frage aber ist doch nicht, wo man studiert, sondern was und bei wem. Man sollte sich nicht Universitäten aussuchen, sondern Professoren: Wer ist gut in meinem Fach, wen möchte ich kennenlernen, von wem kann ich etwas lernen?

SPIEGEL: Es kommt weniger auf die Hochschule an als auf einzelne Personen?

Imboden: Ja, unbedingt. Keine Universität ist in allen Bereichen gleich gut, keine kann alle Fächer mit all ihren Schwerpunkten auch nur anbieten. Da kommt es wirklich auf die einzelne Fakultät, den einzelnen Professor an ...

SPIEGEL: ... zu dem ein Student heute an den Massenuniversitäten aber doch gar keinen Kontakt mehr bekommt.

Imboden: Dann wählt man eben eine etwas kleinere Universität. Wenn der Student nur eine Nummer ist, geht etwas ganz Wichtiges verloren. Und wenn das an den Massenuniversitäten so ist, müssen wir es ändern. In Amerika hält ein Nobelpreisträger sogar Kurse in den unteren Semestern. In Deutschland hingegen habe ich bei manchen erfolgreichen Professoren die Haltung beobachtet: Wunderbar, jetzt bin ich so gut, dass ich mich von den Vorlesungen befreien lasse und allenfalls noch ein Doktorandenseminar leite.

SPIEGEL: Die Exzellenzinitiative prämiert eine Hochschule als Ganze, einzelne Institute oder gar Professoren spielen kaum eine Rolle. Ist das dann nicht der falsche Ansatz?

Imboden: Die Exzellenzinitiative macht beides, sie zeichnet mit den Forschungsclustern auch erstklassige Wissenschaftler aus. Aber natürlich treffen Sie einen Punkt: Jedes Urteil über eine gesamte Universität hat das Problem, dass auch eine gute Hochschule schlechte Fachgebiete hat – und umgekehrt eine Hochschule, die es in einem Ranking nie nach oben schafft, in einem Teilbereich exzellent sein kann. Man muss eben genauer hinschauen, Größe allein bringt nichts.

SPIEGEL: Sie hatten mehr als ein Jahr lang Zeit, genau hinzuschauen, gemeinsam mit neun anderen Wissenschaftlern haben Sie das Förderprogramm evaluiert, das den Hochschulen bis zu 500 Millionen Euro pro Jahr bringt. Ist die Exzellenzinitiative ihr Geld wert?

Imboden: Unbedingt. 500 Millionen sind ja im internationalen Vergleich nicht viel. Wenn man das ganze Geld einer einzigen Hochschule wie der RWTH Aachen gäbe, käme sie auf ein Budget in der Größenordnung der Universität Cambridge oder der ETH Zürich – und hätte immer noch doppelt so viele Studenten! Aber mich hat beeindruckt, wie sehr sich die Wissenschaftler für diese verhältnismäßig kleine Summe angestrengt haben. Die Exzellenzinitiative erinnert an diesen Trick mit dem Esel, dem man eine Karotte vor die Nase bindet: Durch die Aussicht auf Förderung wurde viel bewegt.

SPIEGEL: Können die deutschen Hochschulen wirklich besser werden, wenn sie nicht dauerhaft mehr Geld bekommen?

Imboden: Geld spielt eine wichtige Rolle. Gemessen am Budget haben sie sehr viele Studierende, deutlich mehr als in den USA oder der Schweiz.

SPIEGEL: Die Politiker wollen in wenigen Tagen entscheiden, wie die Gelder der Exzellenzinitiative künftig verteilt werden. Auch Ihre Kommission hatte dazu Vorschläge gemacht. Schon jetzt ist klar, dass Ihnen die Politik nicht folgt. Sind Sie enttäuscht?

Imboden: Am Anfang haben wir nicht gedacht, dass man überhaupt auf uns hört. Als wir dann gesehen haben, dass viele Vorschläge gut ankamen und umgesetzt werden sollen, wurden wir natürlich anspruchsvoller. Und deshalb bin ich jetzt schon enttäuscht. Mich ärgert vor allem, dass die großen Universitäten nun wieder bevorzugt werden.

SPIEGEL: Wie das?

Imboden: Um als Exzellenzuniversität ausgezeichnet zu werden, muss eine Hochschule mindestens zwei Forschungscluster gewonnen haben. Das bereitet einer kleinen Universität wie Konstanz aber ungleich größere Mühe als etwa den beiden großen Universitäten in München, sie hat dadurch schlechtere Chancen. Dabei ist auch Konstanz eine wirklich exzellente Universität.

SPIEGEL: Auch einen anderen Vorschlag Ihrer Kommission lehnen die Politiker ab: Die Universitäten sollten nicht länger Strategiepapiere vorlegen, sondern sich an den tatsächlichen Leistungen messen lassen.

Imboden: Man kann nicht alle paar Jahre ein neues Zukunftskonzept aufstellen, das ist Unsinn. Die Konzepte klingen irgendwann auch alle gleich, die Hochschulen wissen doch mittlerweile genau, was sie schreiben müssen: Nachwuchsförderung, Profilbildung, Gleichstellung und so weiter. Dann bekommen sie nur noch Hochglanzpapier. Zumal wir bei unserer Evaluation festgestellt haben, dass das positive Bild, das die Universitäten von sich zeichnen, oft nicht stimmt.

SPIEGEL: Inwiefern?

Imboden: In Einzelgesprächen klagten Nachwuchswissenschaftler, sie seien mit großen Versprechungen an die Hochschulen gelockt und dann enttäuscht worden: befristete Arbeitsverträge, keine Perspektive, zu wenige finanzielle Mittel.

SPIEGEL: Noch ist ja gar nicht sicher, dass sich die Politiker auf eine Fortsetzung der Initiative einigen können. Nachdem die Wissenschaftsminister sich verständigt zu haben schienen, stellte Hamburg einige Forderungen, was andere Länder verärgerte. Kann es in einem föderalen System eigentlich klappen, wenige Sieger zu küren – was ja auch heißt, dass es viele Verlierer gibt?

Imboden: Es kann nur klappen, wenn es einen gemeinsamen Geist gibt, das System zu optimieren. Bei 16 Bundesländern sind natürlich immer einige dabei, die nicht direkt profitieren. Wenn jeder nur ausrechnet, was für das eigene Land herauspringt, kann man keine Exzellenz kreieren.

SPIEGEL: Sie als Schweizer plädieren für mehr Zentralismus?

Imboden: In der Schweiz gehören die Universitäten den Kantonen, aber es gibt keinen Kanton, der mehr als eine Uni hat. Wir haben schon vor 50 Jahren gemerkt, dass die Basis eines Kantons für eine gute Universität nicht ausreicht. Seitdem bringt sich der Bund ein und kann mittlerweile auch koordinierend eingreifen, wenn die Kantone sich nicht vernünftig verständigen. Es darf kein Kuddelmuddel geben.

SPIEGEL: Als Wissenschaftler haben Sie sich intensiv mit der Chemie und der Physik in großen Seen auseinandergesetzt. Was ist komplexer – das föderale System in Deutschland oder das Ökosystem des Baikalsees?

Imboden: Das föderale System. Da sind Menschen beteiligt, das ist immer komplexer.

Interview: Miriam Olbrisch, Markus Verbeet
Twitter: @olbi, Mail: miriam.olbrisch@spiegel.de

Die Herbstausgabe

mit aktuellen Trends und Themen!



Auf unserer Internetseite finden Sie aktuelle Nachrichten aus der Welt der Bücher, alle SPIEGEL-Bestsellerlisten sowie ein monatliches Online-Gewinnspiel!
www.buchaktuell.de

Besuchen Sie uns auch bei Facebook!



www.buchaktuell.de

Die Auswahl an neuen Büchern, Hörbüchern und DVDs scheint grenzenlos. Egal ob Belletristik, Krimi, Thriller, Historischer Roman, Fantasy oder Sachbuch: buch aktuell präsentiert Ihnen im Frühjahr, Sommer, Herbst und Winter die Highlights der jeweiligen Saison.

buch aktuell erhalten Sie wie immer kostenlos bei Ihrem Buchhändler.

buch aktuell
AUTOREN, TRENDS UND NEUE THEMEN



Gefangene Herero während des Aufstands 1904: „Aufräumen, aufhängen, niederknallen bis auf den letzten Mann“

ULLSTEIN BILD

Gewisse Ungewissheiten

Kolonialgeschichte Der türkische Präsident Erdoğan wirft den Deutschen vor, sie vergäßen den Völkermord an den Herero. Aber hat es den so überhaupt gegeben? *Von Bartholomäus Grill*

War es ein Völkermord? „Unsinn!“, sagt Hinrich Schneider-Waterberg. „Es gab keinen Plan der deutschen Kolonialmacht, das Volk der Herero auszurotten.“ Der alte Mann sitzt auf der Veranda seiner Farm im Norden Namibias und schaut auf das gewaltige Felsmassiv, nach dem sich seine Familie benannt hat: Waterberg, Berg des Wassers. Die schroffen Zinnen glühen rötlich im Morgenlicht, darunter endlose Ebenen bis zum Horizont.

„Das ist geschichtsträchtige Erde. Hier begann anno 1904, was angeblich in einem Genozid endete“, sagt Schneider-Waterberg und geht, gestützt auf einen Stock, in die Hausbibliothek. An den Wänden drei Dutzend alte Landkarten, überall Papierberge, Dokumente, historische Bücher, allein die Namibiana-Sammlung umfasst über tausend Werke. Hier hat sich Schneider-Waterberg hineingewühlt in die koloniale Vorgeschichte seines Landes, hier liegen die Quellen seines umstrittenen Buches „Der Wahrheit eine Gasse“. Es ist der Versuch, die These vom deutschen Völkermord zu widerlegen.

Hinrich Schneider-Waterberg, ehemaliger Farmer, langjähriger Politiker, Hobby-Historiker, ist ein freundlicher Herr von 84 Jahren. Er verbringt den Lebensabend auf seiner Farm mit dem klangvollen Namen Okosongomingo, „Platz des Jungviehs“ in der Sprache der Herero. Zwei Jahrzehnte hat er daran gearbeitet, die seiner Meinung nach „tendenziöse und falsche Geschichtsschreibung“ über den Hererokrieg in den Jahren 1904 bis 1907 zu korrigieren, doch manchmal beschleicht ihn das Gefühl, dass er gegen Windmühlen kämpft.

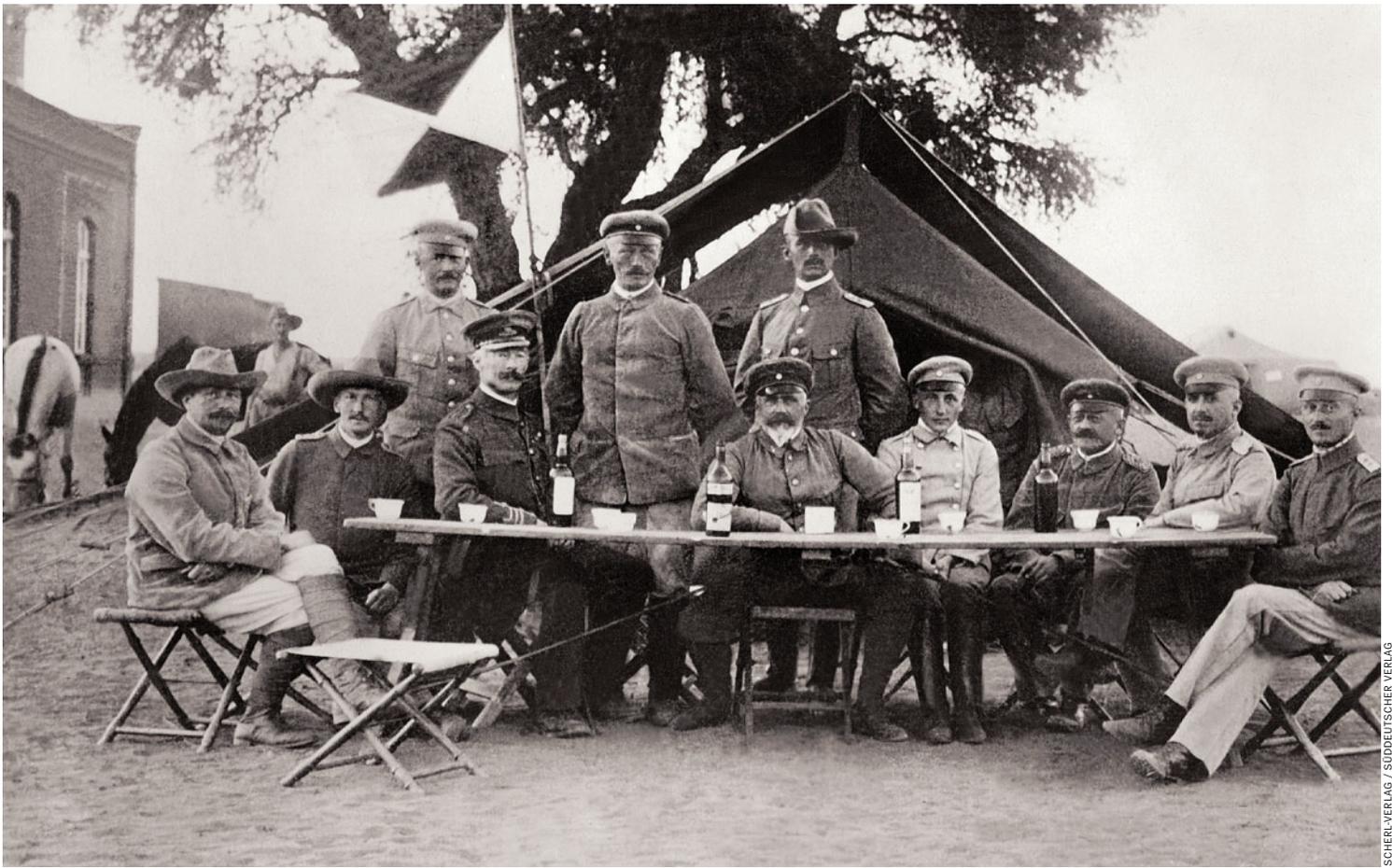
„Es herrscht ein Deutungsmonopol der progressiven Historiker“, sagt er, „ihre Version ist sogar in die Schulbücher eingegangen.“

Die Version, die deutsche Schüler heute lesen können, lautet in Kurzform so: Anfang des Jahres 1904 erhoben sich die Herero gegen das deutsche Kolonialregime im heutigen Namibia. Im August, nach der Kesselschlacht am Waterberg, trieb die sogenannte deutsche Schutztruppe die Aufständischen in das lebensfeindliche Wüstengebiet Omaheke und riegelte es weit-

räumig ab. Es gab kein Entkommen mehr, Tausende und Abertausende Herero verhungerten und verdursteten.

In einer Vollzugsmeldung des Generalstabs in Berlin, der den Feldzug koordinierte, heißt es triumphierend: „Die waserlose Omaheke sollte vollenden, was die deutschen Waffen begonnen hatten: Die Vernichtung des Hererovolkes.“

60 000 Menschen sollen damals umgekommen sein, manche Schätzungen gehen bis zu 80 000. Die genaue Zahl der Opfer lasse sich zwar nicht beziffern, aber das Verhalten der deutschen Armee sei eindeutig als Genozid zu bezeichnen, sagt der Kolonialhistoriker Jürgen Zimmerer. Er stützt sich dabei auf eine Proklamation vom 2. Oktober 1904, in der Generalleutnant Lothar von Trotha, der Oberkommandeur der Schutztruppe, anordnete: „Innerhalb der deutschen Grenze wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen, ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volke zurück oder lasse auf sie schießen.“ Dies sei ein „Vernichtungsbefehl“ gewesen, stellt Zimmerer fest.



Kommandeur Trotha (M. vorn), Offiziere um 1905: Von der Wahnidee eines Rassenkriegs gegen die „Neger“ besessen

Ein Offizier der Schutztruppe schilderte das Leiden der Opfer mit drastischen Worten: „Das Röcheln der Sterbenden und das Wutgeschrei des Wahnsinns ... verhallen in der Unendlichkeit.“

Die furchtbaren Ereignisse hallen bis heute nach. Nach der Resolution des Bundestags über den Völkermord an den Armeniern erklärte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan Anfang dieser Woche, Deutschland solle zunächst einmal selbst Rechenschaft über die Vernichtung von mehr als 100 000 Herero in Südwestafrika ablegen.

Das Bündnis „Völkermord verjährt nicht!“ appelliert an die Bundesregierung, die deutschen Verbrechen im heutigen Namibia als Genozid anzuerkennen und die Nachfahren der Opfer zu entschädigen. Bislang haben über 3700 Bürger den Aufruf unterschrieben, darunter namhafte Historiker, Afrikanisten, Politiker und Vertreter humanitärer Organisationen.

„Diese Leute beten doch nur die Geschichtsklitterei nach, die sich mittlerweile durchgesetzt hat“, sagt Hinrich Schneider-Waterberg. „Aber von dem, was seinerzeit tatsächlich geschah, haben sie wenig Ahnung. Und sie wollen die Wahrheit auch gar nicht wissen.“ Schneider-Waterberg meint damit Politiker wie Niema Movassat. Der Abgeordnete der Linken wollte im vergangenen Jahr mit dem Antrag seiner Fraktion den Bundestag dazu bringen, die Schandtaten der Kolonialtruppe in Deutsch-Südwest als Völkermord anzuerkennen und

sich für diese Verbrechen zu entschuldigen. Movassat hatte bei Recherchen in Namibia auf der Gästefarm Okosongomingo übernachtet, ein Treffen mit Schneider-Waterberg aber vermieden – es hätte womöglich jene Deutung der Geschichte erschüttert, die seit 50 Jahren als Gewissheit gilt.

Die gängige Geschichtsdeutung stammt vor allem von Horst Drechsler, einem marxistischen DDR-Historiker, dem es nach eigenem Bekunden darum ging, den verhassten Kolonialismus in all seinen Spielarten zu entlarven – die Wissenschaftler erfüllten damit den antiimperialistischen Auftrag des 22. Parteitag der sowjetischen

KP, wie er im Vorwort seiner Studie schreibt. In den ideologischen Gefechten des Kalten Krieges zielte Drechsler vor allem auf die BRD und ihr „neokolonialistisches Eindringen“ in Afrika. Zugleich sollte dem unverbesserlichen Westdeutschland die Schuld an den Kolonialverbrechen allein aufgebürdet werden.

Drechsler beruft sich in seiner 1966 als Buch erschienenen Habilitationsschrift hauptsächlich auf das berüchtigte „Blue Book“ der Briten vom Mai 1918. Darin wird das Vorgehen der Deutschen in Südwestafrika als besonders grausam beschrieben, um ihnen im darauffolgenden Jahr in Versailles, bei den Friedensverhandlungen nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, die moralische Eignung als Kolonialmacht abzusprennen.

1926 ließ die britische Regierung das „Blaubuch“ einstampfen – es hatte seinen Zweck als antideutsche Propagandaschrift erfüllt. Das Buch sei „von geringem historischen Wert“, befindet US-Historiker William Roger Louis, der das monumentale Geschichtswerk „Oxford History of the British Empire“ herausgab. Das räumt selbst Drechsler ein, und dennoch bescheinigt er dem „Blaubuch“ eine „weitgehend zuverlässige Darstellung“ der Ereignisse. Er kommt auf der Grundlage dieses Pamphlets zu dem Schluss, dass der „deutsche Imperialismus“ erstmals die „Methoden des Genozids“ angewandt habe.

Drechslers Urteile wurden von den meisten Kolonialhistorikern vorbehaltlos über-



200 km
DER SPIEGEL

nommen und in populärwissenschaftlichen Büchern zugespitzt. „The Kaiser's Holocaust“ überschrieb der anglonigerianische Journalist und Historiker David Olusoga seinen Rückblick, in dem er die „Ausrottungsstrategie“ in Deutsch-Südwestafrika als Vorspiel der Judenvernichtung durch das NS-Regime darstellt. Diese Kontinuitätsthese vertritt auch Geschichtswissenschaftler Jürgen Zimmerer: Er zieht eine Linie, die von Afrika nach Auschwitz führt.

Ausgerechnet die linksliberale Historikerin Brigitte Lau sollte dieser Verkettung 1989 erstmals entschieden widersprechen. Sie leitete ab 1991 das namibische Nationalarchiv in Windhuk und hatte dort sieben Jahre lang zum Hererokrieg geforscht. Lau fand das Dokumentationsmaterial zur Völkermordthese „erschreckend unvollständig“ und kam zu dem Ergebnis, dass es für eine „in die Tat umgesetzte Kolonialpolitik des Genozids“ keine Beweise gebe.

Brigitte Lau starb 1996 durch einen Autounfall. Die Querdenkerin wurde bis zu ihrem Tod von fortschrittlichen Kolonialhistorikern angefeindet. Hinrich Schneider-Waterberg sagt, er habe ihr Erbe übernommen, „um den Mythos vom Völkermord zu entlarven“. Damit spricht er den meisten deutschstämmigen Nachfahren der Kolonialisten aus der Seele. Rund 16 000 leben noch im heutigen Namibia, eine schwindende, aber wohlhabende Minderheit. Die Generation der Alten pflegt ein antiquiertes Deutschtum, manche nennen sich bis heute „Südwester“ und verklären die Kolonialgeschichte. Angesprochen auf das Thema Genozid reagieren sie abwehrend, mitunter aggressiv.

Der Vorwurf des Völkermords verletze das Selbstbild der Namibia-Deutschen, erklärt der in Swakopmund geborene Historiker Joachim Zeller. Sie sehen ihre Vorfahren als Pioniere, die einst eine Terra nullius, ein herrenloses Land, übernommen haben. Sie sind stolz auf die Zivilisationsleistungen ihrer Großväter und Großmütter, auf die Städte, Straßen, Eisenbahntassen, Schulen und Krankenhäuser, die sie gebaut haben. Dass ihren Vorfahren Kriegsverbrechen angelastet werden, der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts gar, empfinden viele als tiefe Kränkung.

„Wir wollen nicht ewig für die Vergangenheit in Sippenhaft genommen werden und die deutsche Blutschuld auf uns laden“, sagt ein deutschstämmiger Jagdfarmer.

In der Bundesrepublik Deutschland war die kurze Kolonialära während der Kaiserzeit schnell vergessen. Zwei Weltkriege und der Holocaust überlagerten die Erinnerung an alle vorhergehenden Gräueltaten. Erst hundert Jahre später entflammte eine neue Debatte über die Kolonialpolitik und ihre verheerenden Folgen. Aber was ist auf der dunklen Bühne der namibischen

Geschichte wirklich geschehen? Das ist die Frage, die Hinrich Schneider-Waterberg umtreibt, und er versucht nachzuweisen, dass vieles ganz anders war.

„Omuijingo uetu uri mongombe – unser Leben ist im Rind“, sagen die Herero. Die Rinderpest der Jahre 1896/97, die einen Großteil der Herden hinrafft, bedroht die Existenz des Hererovolks. Zugleich wird das Land der Ahnen immer kleiner, die deutschen Kolonialherren haben gewaltige Flächen an sich gerissen oder durch trickreiche Verträge erschlichen, oft werden sie auch von korrupten Großmännern der Herero verscherbelt. Immer mehr Menschen leiden unter Mangelernährung und Seuchen, ihre Hirtengemeinschaften zerfallen. Ohne Vieh und Weideland sind viele gezwungen, als Lohnsklaven für die Weißen zu arbeiten. Sie werden ausgebeutet, erniedrigt, misshandelt. Zahlreiche Aufzeichnungen von Missionaren belegen, wie der deutsche Herrenmensch seinen Rassismus auslebt.

Am 12. Januar 1904 befiehlt Samuel Maharero, der einflussreichste Großmann der Herero: „Tötet alle Deutschen!“ Am Abend jenes Tages erheben sich seine Kämpfer gegen die Fremdherrschaft. Sie ermorden 123 Siedler, Händler und Soldaten – und entfachen den Furor teutonicus. Pater August Elger berichtet in einem Brief an die Rheinische Missionsgesellschaft vom „Blutdurst gegen die Hereros“, man höre nichts als „aufräumen, aufhängen, niederknallen bis auf den letzten Mann, kein Pardon“. Daheim im Kaiserreich herrscht Pogromstimmung.

Der vergleichsweise gemäßigte Gouverneur Theodor Leutwein wird als Kommandeur der Schutztruppe entmachtet und durch Lothar von Trotha ersetzt, einen Eisenfresser, der seine Brutalität schon bei der Niederschlagung von Aufständen in China und Deutsch-Ostafrika bewiesen hatte. Der Generalleutnant lässt keinerlei Zweifel an seiner Mission auf-

kommen: „Ich glaube, dass die Nation (der Herero –Red.) als solche vernichtet werden muss.“

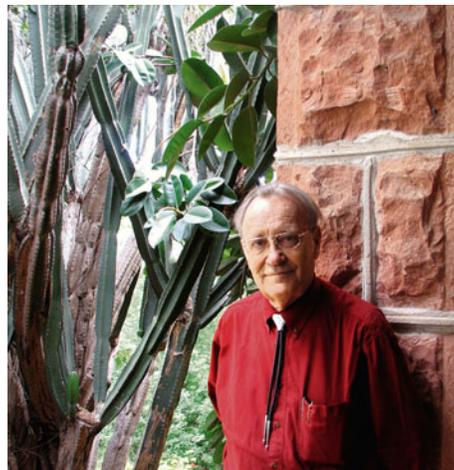
Die entscheidende Militäroperation gegen den Aufstand begann am 11. August 1904 frühmorgens um sechs Uhr am Waterberg, wo die Herero ihre Streitmacht zusammengezogen hatten. „Hier rückte die Hauptabteilung unter General Trotha an“, sagt Schneider-Waterberg. Er steht auf einer Bodenwelle über den Trockenfluss Omuramba und schaut auf den 15 Kilometer entfernten Waterberg. Dazwischen dichte Dornensteppe, in der der Blick keine 40 Meter reicht. Schneider-Waterberg rechnet vor, dass in diesem unübersichtlichen Gelände den knapp 1600 deutschen Soldaten mit ihren 30 Geschützen und 12 Maschinengewehren bis zu 6000 Hererokrieger gegenüberstanden. „Sie konnten sich viel flinker im Busch bewegen und waren zahlenmäßig weit überlegen. Wenn ihnen ihre Übermacht bewusst gewesen wäre, hätten sie den Kampf sogar für sich entscheiden können.“

Die Herero brachten die Deutschen mit ihrer Partisanentaktik immer wieder in Bedrängnis. Es gelang ihnen sogar, eine herumirrende Einheit des 1. Feldregiments zu besiegen. Ein kleiner Friedhof auf der Farm Hamakari zeugt von dem Desaster, zehn Gräber von Reitern der Abteilung unter Major Hermann von der Heyde; sie gehörten zu den ersten Gefallenen in der Schlacht am Waterberg. Ein Spähtrupp berichtete Trotha, dass die Feinde in der darauffolgenden Nacht Siegestänze aufgeführt hätten.

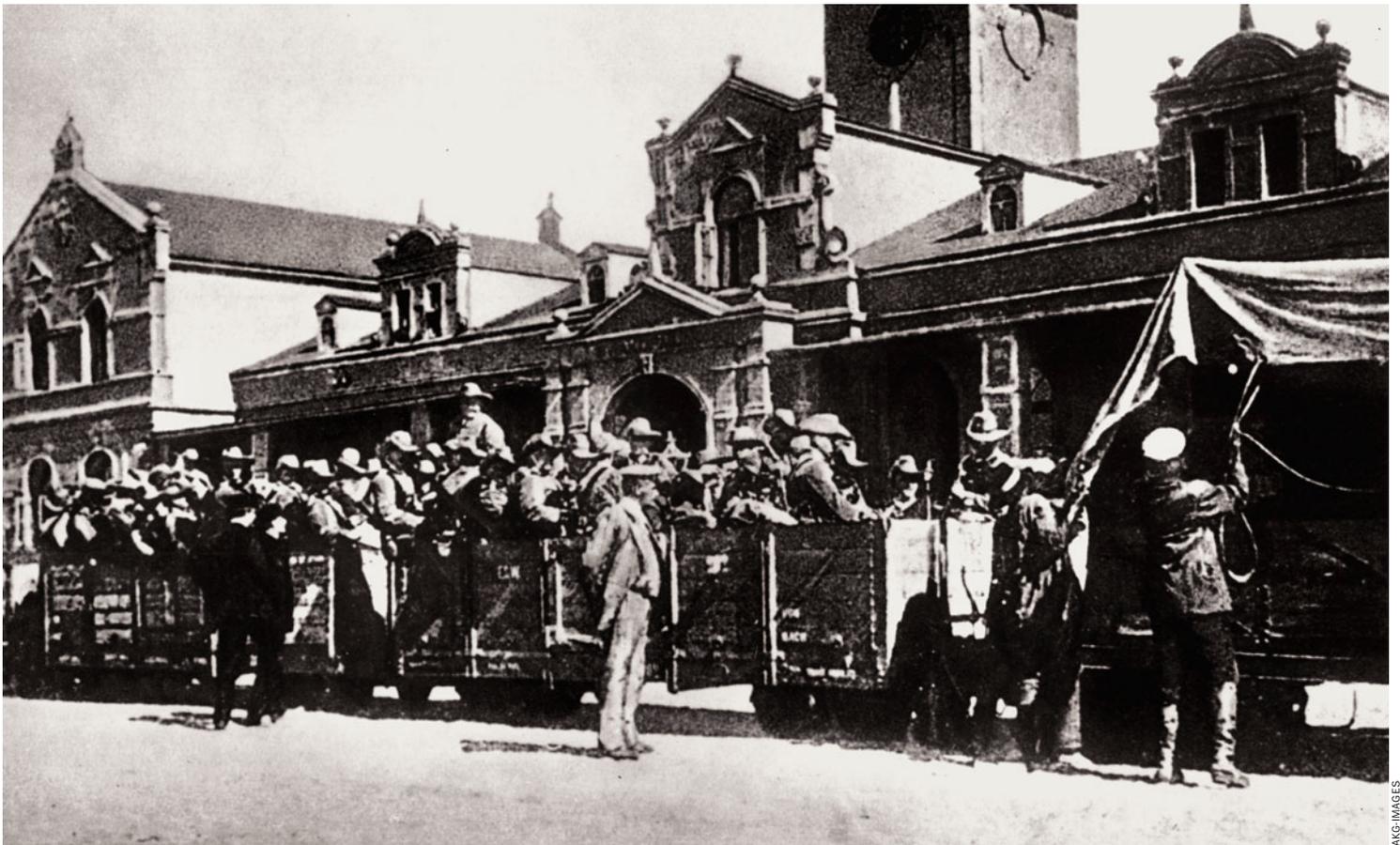
Fünf Tage später kablet General Trotha nach Berlin: „Feind nach Gefecht am 11. in voller panikartiger Flucht zurückgegangen ... Unsere Truppen haben ... mit höchster Bravour gekämpft.“ Eine Siegesmeldung. Tatsächlich ging die große Entscheidungsschlacht bestenfalls unentschieden aus.

Es war eine Abfolge einzelner Gefechte, Scharmützel, Attacken und Gegenattacken. Das kann man nachlesen in den Kriegsberichten der „Deutsch-Südwestafrikanischen Zeitung“, deren vergilbte Originalausgaben in der Sam Cohen Bibliothek in Swakopmund aufbewahrt werden.

Die Sonne taucht den Busch in bernsteingelbes Licht, Abendstimmung liegt über der Viehtränke Onguera. Hier sollen die am 11. August nach Einbruch der Dämmerung versammelten Häuptlinge der Herero beschlossen haben, mit ihren Kämpfern, Frauen, Kindern und den Viehherden abzuziehen. Die Hauptmasse des Feindes sei „zersprengt und im Rückmarsch nach allen Seiten begriffen“, teilt Trotha dem Generalstab mit. Der Gegner, den er am Waterberg umzingeln und vernichten wollte, war entkommen.



Hobbyforscher Schneider-Waterberg
„Wo sind die sterblichen Überreste?“



Verladung deutscher Truppen in Swakopmund 1904: Durch Krankheiten wie Typhus oder Ruhr außer Gefecht gesetzt

Hermann von der Heyde, Kommandeur der überrannten Abteilung, hatte Trotha schon am Vortag vor dem Durchbruch des Feindes gewarnt. Horst Drechsler, der DDR-Historiker, konstruierte daraus eine perfide Strategie: Trotha habe den Durchbruch der Herero „verbrecherisch geplant“, um sie anschließend in die Omaheke zu jagen und das wüstenartige Gebiet durch einen 250 Kilometer langen Sperrgürtel abzuriegeln. „Ein solches Verbrechen kann man nur als Völkermord bezeichnen.“

Aber wie hätte eine ziemlich erschöpfte, durch Krankheiten dezimierte und zahlenmäßig viel zu schwache Truppe, die erst nach zwei Wochen die Verfolgung aufnahm, eine undurchdringliche Postenkette errichten können?

In seinem Buch „Sturm über Südwest“ analysiert Walter Nuhn den beklagenswerten Zustand der deutschen Bataillone, die von arroganten Offizieren ohne Afrikaerfahrung angeführt wurden. Viele Soldaten stammten aus dem Expeditionskorps der Marine, manche waren nicht tropentauglich und wurden durch Krankheiten wie Typhus oder Ruhr außer Gefecht gesetzt. Hinzu kam eine Reihe militärischer Unzulänglichkeiten: schlechte Ausrüstung, lückenhafte Nachschublinien, knappe Munition, ungenaues Kartenmaterial, unzuverlässige einheimische Führer, die oft gestörte Kommunikation per Heliograf oder Funkballon. Der Hafer für die Reit- und Zugtiere ging aus, die deutschen Armeepferde hatten sich in der vegetationsarmen Steppe ohnehin als unbrauchbar erwiesen.

Wie konnte dieser desolote Haufen von weniger als 2000 Mann zu einer Mordmaschine mutieren, die einen Genozid exekutierte? Das fragte sich auch die Nationalarchivarin Brigitte Lau nach der Auswertung des rund 4000-seitigen „Sanitätsberichts über die kaiserliche Schutztruppe für Südwestafrika“. Dieser minutiös zusammengestellte Regierungsreport ergebe „ein umfassendes, wenn auch verdecktes Bild des Elends, der Unfähigkeit, des Leidens und der Schwäche“.

Nichtsdestotrotz habe General Trotha immer nur prahlerische Erfolgsmeldungen nach Berlin telegraphiert, um als ruhmreicher Sieger dazustehen, das sei auch ganz im Sinne des Generalstabs gewesen, sagt Schneider-Waterberg. „Aber in seinem Tagebuch steht drin, wie es tatsächlich war.“

Die persönlichen Aufzeichnungen des Oberbefehlshabers sind bislang unveröffentlicht, Schneider-Waterberg gehört zu den wenigen Zeitgenossen, denen die Nachfahren Trothas Einblick gewährten. „Das Tagebuch liest sich stellenweise wie ein Protokoll des Versagens.“

Eintrag vom 11. August, am Tag der Schlacht: „Schwierigkeiten der Kolonne Heyde ... Eine Zeit lang war ich in dem Glauben, dass die Abteilung und das Hauptquartier verloren sei.“

Eintrag vom 27. August: „Hoffentlich stellt er (Offizier Deimling und seine Einheit –Red.) noch die Bande ... ehe sie ganz ausbimsen.“

Ein Stabsarzt der Truppe berichtet, dass es zwar gelungen sei, den Feind „um eini-

ges Menschenmaterial zu vermindern“, aber es hätten kaum noch Kämpfe stattgefunden. Seine Sprache dokumentiert den Vernichtungswillen der deutschen Truppe und zugleich den begrenzten Erfolg ihres Handelns. Die Mehrheit der flüchtenden Herero konnte den Treck in die Omaheke offensichtlich ungehindert fortsetzen.

Eintrag vom 6. September: „Stänkereien im Stab.“ Hunger und Durst plagen die Soldaten, sie sind demoralisiert durch die strapaziösen und weitgehend misslungenen Verfolgungsversuche.

Am 19. September fragt sich Trotha in seinem Tagebuch: „Wo sind die Hereros geblieben?“ Und am 30. September schreibt er: „Verfolgen tue ich nicht mehr. Basta! ... Alle unsere Vorräte sind am Ende.“

Zwei Tage später gibt der General den berühmten Vernichtungsbefehl aus, der als Hauptbeweis für den vorsätzlichen Völkermord angeführt wird: auf alle schießen, Frauen und Kinder inklusive! Ein wichtiger Nachsatz wird in den historischen Rückblicken gern weggelassen. Trotha verkündete, sein Befehl zum Schießen auf Weiber und Kinder sei so zu verstehen, „dass über sie hinweggeschossen wird, um sie zum Laufen zu zwingen“.

Diese Anweisung lässt sich auch anders interpretieren: als Eingeständnis des Scheiterns einer militärischen Mission, das Trotha durch eine mörderische Drohung kaschiert. Seine Tagebuchnotiz vom 1. Oktober deutet darauf hin: „Nachmittags Proklamation an die Herero fabriziert.“ Trotha nennt seinen Schießbefehl eine Fabrikation



Soldaten der Kolonialtruppe während des Hereraufstands 1905: Unbestreitbar schwerste Kriegsverbrechen verübt

– ein Machwerk. Es scheint, als hätte er selbst an seiner Wirksamkeit gezweifelt.

Der Erlass des Generals war nur neun Wochen lang gültig und wurde auf Betreiben Bernhard von Bülow aufgehoben. In seinen Erinnerungen schilderte der damalige Reichskanzler, wie er dem Kaiser auseinandergesetzt habe, dass man dem Vorschlag Trothas keinesfalls entsprechen dürfe. Dessen Pläne, so Bülow, seien militärisch nicht durchführbar und widersprächen den Prinzipien des Christentums und der Menschlichkeit. Seine Majestät sei zunächst aufgebraust, habe aber nach einigem Zögern zugestimmt. Am 8. Dezember 1904 wies Wilhelm II. den General an, seinen Befehl zurückzunehmen und den sich ergebenden Herero Gnade zu gewähren.

Es war ein Kurswechsel der Kriegspolitik in Südwest. Der Reichskanzler akzeptierte sogar deutsche Missionare als Vermittler, um die Vernichtung des Hererovolks zu verhindern. Trotha soll getobt haben.

Der Mann war der Prototyp eines preussischen Militärs, im Offizierskorps galt er als machthungrig, unversöhnlich und kaltherzig. Drechsler nennt ihn einen „Schlächter in Generalsuniform“. Im November 1905 wurde Trotha seines Kommandos enthoben, nachdem er selbst um seine Entlassung gebeten hatte – das unrühmliche Ende einer soldatischen Laufbahn. Der blutrünstige Heerführer war von der Wahnidee eines Rassenkriegs gegen die „Neger“ besessen; er hegte eindeutig genozidale Absichten.

Doch der Vorwurf eines unter seiner Regie durchgeführten Völkermordplans der Reichsregierung lässt sich ebenso wenig erhärten wie die These, dass Deutschland damals einen Sonderweg eingeschlagen habe, der in den Faschismus mündete und im Holocaust gipfelte.

Alle Kolonialmächte überzogen die eroberten Territorien mit Mord und Terror: die Spanier auf Kuba, die Belgier im Kongo, die Briten im Sudan, in Südafrika oder Tasmanien. In Zeitalter der kolonialen Gewaltexzesse sei die Vernichtung von Zivilisten „Teil von Unterwerfung und Herrschaft“ gewesen, es habe keinen deutschen „Tabubruch“ gegeben, befindet der Militärhistoriker Robert Gerwarth.

Unbestreitbar aber ist, dass die deutsche Schutztruppe schwerste Kriegsverbrechen verübt hat. Schon während der Niederwerfung der Aufstände wurden in Swakopmund und auf der Haifischinsel vor Lüderitz gefangen genommene oder sich freiwillig stellende Herero, Nama und Angehörige anderer Volksgruppen in Lager gepfercht – in Konzentrationslager. Diese Bezeichnung hatten die Deutschen von den Engländern übernommen, die während des Burenkriegs von 1899 bis 1902 in Südafrika erstmals „concentration camps“ errichtet hatten. Auch die in Deutsch-Südwestafrika inhaftierten Einheimischen hausten in menschenunwürdigen Unterkünften, litten Hunger, wurden ausgepeitscht und schwer misshandelt, mussten Zwangsarbeit leisten. Viele starben an Entkräftung und Krankheiten.

Major Ludwig von Estorff, ein frommer, für damalige Verhältnisse liberaler Offizier, hatte schon während des Feldzugs die „ebenso grausame wie törichte Politik“ Trothas kritisiert. Er ließ das Konzentrationslager auf der Haifischinsel auflösen. 7682 der rund 17 000 Gefangenen überlebten die inhumane Haft in den Lagern nicht – die Statistik der reichsdeutschen Bürokraten war da sehr genau.

Wie viele Menschen insgesamt getötet wurden, weiß man bis heute nicht. Tausende Herero verdursteten in der Omaheke – und Tausenden gelang die Flucht. Missionare berichten von großen Gruppen, die sich in den Westen und Norden des Landes durchschlugen, ins Kaokoveld, nach Kavango oder ins Ovamboland. 1800 Flüchtlinge hatten nach Angaben der englischen Regierung bis Ende November 1904 die angeblich unpassierbare Wüste durchquert und die Grenze zum britischen Protektorat Betschuanaland überschritten.

Schneider-Waterberg entdeckte bei Recherchen im britischen Staatsarchiv in London ein Schreiben Samuel Mahareros, datiert vom 28. September 1904. Darin beantragt der Führer des Aufstands Asyl in Betschuanaland. Er habe mit seiner Gruppe den beschwerlichen Weg durch die Omaheke in acht Tagen hinter sich gebracht, berichtet Hija Usino, ein Teilnehmer des Marsches später in einem Gespräch. Schneider-Waterberg verwahrt die maschinenschriftliche Transkription dieses Interviews mit ihm. Es zeige, dass die Randzone der Kalahari gar nicht so lebens-

feindlich sei, wie sie durchgängig beschrieben werde, erläutert er. Die Herero würden alle Wasserstellen in den Trockenflussbetten kennen und hätten die Omaheke seit Generationen durchwandert.

Im Jahr 1936 sollen nach Schätzungen der Ethnografin Katesa Schlosser rund 5000 Herero in Betschuanaland gelebt haben. Horst Drechsler warf ihr vor, die Ausrottung dieses Volkes „bagatellisieren“ zu wollen. Er geht davon aus, dass nur „ein verschwindend geringer Teil der 80000 Herero“ die Vertreibung in die Ödnis überlebt hat, erwähnt aber an anderer Stelle 15000 in den Konzentrationslagern internierte Herero. Seine ohne jeden Beleg hochgerechnete Bevölkerungszahl steht in krassem Gegensatz zu den Schätzungen eines deutschen Hereromissionars: Vor dem Krieg habe ihre Zahl „nicht viel mehr als 35000 betragen“, 1906 seien „23000 bis 25000 vorhanden“ gewesen. „Danach wären 10000 bis 12000 infolge des Aufstandes zugrunde gegangen“, sagt der Missionar Friedrich Bernsmann.

All diese Rechnungen müssten Spekulationen bleiben, denn verlässliche demografische Daten habe es kaum gegeben, schrieb die Historikerin Brigitte Lau nach der Analyse aller verfügbaren Quellen im namibischen Nationalarchiv. Sie bestritt nicht, dass Tausende Herero in der Omaheke entsetzlich umgekommen seien, sprach aber von einem „nationalen Exodus“, den die Führer dieses stolzen Volkes beschlossen hätten, um der kolonialen Unterdrückung zu entfliehen. Lau stellt sämtliche Statistiken infrage: die Gesamtzahl der Herero vor dem Krieg, die Schätzungen der Überlebenden, die Stärke der deutschen Truppe. Sie nennt das Bestreben, aus all den „ungewissen Gewissheiten“ einen Genozid abzuleiten, „geschichtlichen Unsinn“.

„Wo sind die sterblichen Überreste der Opfer?“, wundert sich Schneider-Waterberg. „Man hätte doch im Lauf der Jahrzehnte zahllose Gebeine entdecken müssen. Warum wurden sie bis heute nicht gefunden?“ 2003 seien die Nachforschungen einer Gruppe Herero erfolglos geblieben, eine systematische Suche habe es nie gegeben. „Und keiner der Völkermord-Theoretiker hat Zeitzeugen der Herero befragt, keiner versteht ihre Sprache.“

Schneider-Waterberg spricht leidlich Otjherero. Er hat sich oft mit angesehenen Großmännern über die Vergangenheit unterhalten. Mit David Kambazembi zum Beispiel, dem 2006 verstorbenen Chef eines königlichen Hauses, bei dessen Beerdigung er eine Grabrede halten durfte – eine hohe Ehre für einen Weißen. Kambazembi habe von alten „Orogleuten“ erzählt, von Veteranen des Befreiungskampfes, die sich rühmten, die Schlacht am Waterberg gewonnen zu haben.

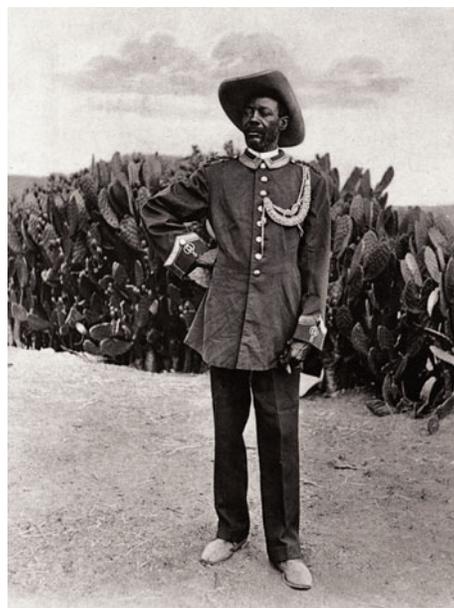
„Es stimmt einfach nicht, dass die Herero nur hilflose Opfer waren. Sie waren auch Täter“, sagt Schneider-Waterberg. Er legt seine Hand auf einen verwitterten Grabstein, der in einer abgelegenen Ecke seiner Farm steht. Acht Soldaten der Kolonialtruppe ruhen hier, „gefallen für Kaiser und Reich“. Die Patrouille des Leutnants Hans Bodo von Bodenhausen war am 6. August 1904 in einen Hinterhalt der Herero geraten und massakriert worden.

In seiner Studie würdigte der DDR-Historiker Drechsler die „ausgesprochen humane Kriegsführung“ der Herero, die deutsche Schutztruppe erscheint hingegen als entmenslichte Soldateska.

Eine „rein eurozentrische Perspektive“, sagt Schneider-Waterberg. „Hier die edlen Afrikaner, dort die barbarischen Deutschen. In Wahrheit wurde der Krieg von beiden Seiten mit äußerster Brutalität geführt.“

In einem Gespräch, das der Autor dieses Artikels 2004 mit dem greisen David Kambazembi führte, ging es um die Schandtaten der deutschen Kolonialherren, das Wort Völkermord aber gebrauchte der Hereroführer nicht. „Wir wollen Wiedergutmachung, dann können wir uns endlich versöhnen.“

Seit der Unabhängigkeit Namibias anno 1990 verlangen Vertreter seines Volkes von Deutschland ein Schuldbekenntnis und Reparationen in Milliardenhöhe. Die Bundesregierung lehnt bis heute beide Forderungen ab, manchmal mit peinlichen Ausflüchten. Die Vorkommnisse damals seien „nicht in Ordnung gewesen“, aber sie lägen schon allzu lange zurück, erklärte etwa Bundespräsident Roman Herzog 1998 bei einem Staatsbesuch in Windhuk. Auch der rot-grüne Außenminister Joschka Fischer vertrat 2003 die amtliche Abwehrlinie. Er



Großmann Maharero um 1907
„Tötet alle Deutschen!“

werde „keine Äußerung vornehmen, die entschädigungsrelevant wäre“. Entschädigungsrelevant – ein Wort wie aus deutscher Eiche geschnitzt.

Nur Heidemarie Wiczorek-Zeul, ehemalige Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, bat im August 2004 bei einer Gedenkfeier am Waterberg „im Sinn des gemeinsamen Vaterunsers um Vergebung unserer Schuld“. Entschädigungsforderungen aber wehrte auch sie ab, dafür versprach sie mehr Entwicklungshilfe. Es klang wie die Ankündigung einer Ablasszahlung.

Vor fünf Jahren wurden aus Berlin und Freiburg einige Hereroschädel, die für rasenbiologische Studien geraubt worden waren, an Namibia zurückgegeben. Im Juli 2015 rang sich das Auswärtige Amt durch, die Gräueltaten zwischen 1904 und 1908 als „Kriegsverbrechen und Völkermord“ zu bezeichnen. Seit vorigen November bemühen sich Sonderbeauftragte der namibischen und der deutschen Regierung, dieses finstere Kapitel der deutschen Kolonialgeschichte einvernehmlich „aufzuarbeiten“. „Wir wollen uns mit der namibischen Regierung bis Ende des Jahres auf einen gemeinsamen Text einigen“, sagt der von Außenminister Frank-Walter Steinmeier ernannte Sonderbeauftragte Ruprecht Polenz. Außerdem soll eine zweistellige Millionensumme in eine deutsch-namibische Zukunftsstiftung fließen. Auch von einer Historikerkommission ist die Rede.

Die Fachleute werden sich wohl nicht einigen können, sie sind in zwei unversöhnliche Lager gespalten. Hinrich Schneider-Waterberg hofft dennoch, „dass endlich die Fiktionen durch Fakten ersetzt werden“. Was er als Autodidakt herausgefunden hat, ist beachtenswert: Er untermauert durch zuvor unzureichend erschlossene Quellen die Zweifel an Horst Drechslers antiimperialistischem Konstrukt eines Völkermords.

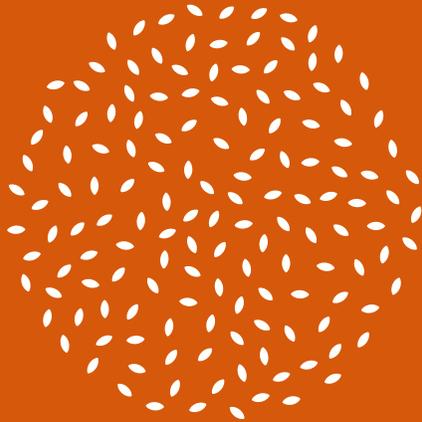
Schneider-Waterbergs Argumente wären allerdings überzeugender, wenn er sich nicht immer wieder ideologisch verrennen würde. Er wittert ein „Meinungskartell“ politisch korrekter Historiker und „Genozidversessener“, gar eine Verschwörung der 68er, die einen deutschen „Schuldkult“ pflegen würden. Diese Ressentiments lassen ihn bisweilen als einen unbelehrbaren alten Mann erscheinen, der immer noch die Grabenkämpfe des Kalten Krieges ausficht.

Vermutlich ist das auch der Grund, warum manche Historiker seine unbezweifelbaren Forschungsergebnisse ignorieren und das Gespräch mit ihm meiden. Und so sitzt er jeden Tag allein in seiner Bibliothek und schaut hinüber auf die Felsen des Waterbergs. Aber diese Zeugen der Vergangenheit bleiben für immer stumm.

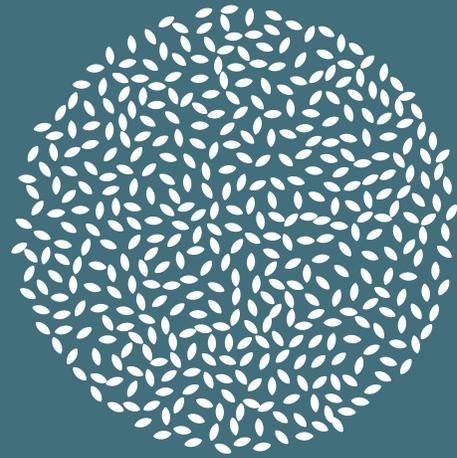
Wissenschaftliche Beratung: Prof. Gustav Obermair.

Früher war alles schlechter

Nº 24: Ackerbau



1961 wurden für 3,1 Milliarden **Menschen** 877 Millionen Tonnen **Getreide** geerntet. 12,8 Millionen Quadratkilometer **Ackerfläche** standen zur Verfügung.



2012 wurden für 7,1 Milliarden **Menschen** 2566 Millionen Tonnen **Getreide** geerntet. 14 Millionen Quadratkilometer **Ackerfläche** standen zur Verfügung.

QUELLE: FAO

Einmal ganz Südamerika gespart. In einer Rangliste der grandiosen Irrtümer der Menschheit dürfte der Malthusianismus nicht fehlen. Der englische Ökonom Thomas Robert Malthus postulierte 1798, dass das Wachstum der Weltbevölkerung notwendig das der Nahrungsmittelproduktion übersteigen werde und die Menschheit deswegen dem Untergang geweiht sei. Nun, Malthus unterschätzte die Erfindungsgabe seiner Nachgeborenen. Heute darf die radikal verbesserte Effizienz der Landwirtschaft als eine der erstaunlichsten Erfolgsgeschichten des Menschen gelten. In den vergangenen 50 Jahren hat sich die globale Population mehr als verdoppelt, die Ackerflächen aber, die nötig sind, um diese Menschen zu ernähren, wuchsen nur um zehn Prozent. Man kann sich diesen

gewaltigen Fortschritt so vorstellen: Wenn sich die Ernteerträge pro Fläche des Jahres 1961 nie verbessert hätten, wären im Jahr 2012 rund 30 Millionen Quadratkilometer Ackerfläche nötig gewesen, um die auf 7,1 Milliarden angestiegene Weltbevölkerung zu ernähren – tatsächlich waren es aber nur 14 Millionen Quadratkilometer. Dank der industrialisierten Landwirtschaft wurde beinahe eine Fläche von der Größe Südamerikas eingespart, die Getreideerträge wurden verdreifacht. Natürlich gibt es auch Fehlentwicklungen. Auf die Liste der maximal dummen Ideen gehört sicher das aberwitzig platzraubende Konzept des Biotreibstoffs, bei dem man Benzin auf Feldern anpflanzt, statt es aus Ölfeldern zu pumpen. Damit müssen wir schleunigst wieder aufhören.

Mail: guido.mingels@spiegel.de

Verkehr

Sind wir zu blöd zum Autofahren, Herr Hoeglauer?

Andreas Hoeglauer, 38, arbeitet seit acht Jahren als Fahrlehrer in Planegg bei München.

SPIEGEL: Seit zehn Jahren steigt die Quote der erfolglosen Führerscheinprüfungen. 2015 waren 35 Prozent der Tests im theoretischen Teil eine Pleite, im praktischen Teil 30 Prozent. Ist Autofahren so schwierig?

Hoeglauer: Nein. Aber ich sag's mal so: Das Niveau der Schüler steigt nicht gerade. Es ist nicht mehr unüblich,

dass jemand zwölf Monate braucht, bis er den Schein kriegt. Ich hatte schon einen Schüler mit 200 Fahrstunden.

SPIEGEL: Was läuft schief?

Hoeglauer: Die Kids können nicht mehr mit der Kupplung, der Bremse, dem Lenkrad umgehen. Wenn ich sagen würde: Ihr müsst mit dem Finger von links nach rechts wischen, um den Wagen zu lenken, das würden sie hinkriegen. Bei der Generation Smartphone ist haptisch viel verloren gegangen. Es mangelt auch an der gebotenen Ernsthaftigkeit. Ich kann zehnmal sagen, in einer 30er-Zone wird 30 km/h gefahren, nicht 32 und nicht 40. Interessiert die nicht wirklich.

SPIEGEL: Was sind die häufigsten Fehler in den Prüfungen?

Hoeglauer: In der Theorie liegen überraschend viele bei Fragen zum Einfluss von Alkohol und anderen Drogen falsch. Fragen zum Reifenprofil? Bitte nicht! Ich hatte Prüffahrten, die gingen nur Zentimeter weit. Der Schüler fuhr nicht im ersten Gang los,



Fahrschüler in England 1938

sondern im Rückwärtsgang. Ein anderer schoss aus der Parklücke, ohne Schulterblick. Es fahren immer noch welche bei Rot über die Ampel und wundern sich, dass sie keine zweite Chance kriegen.

SPIEGEL: Sind die Prüfer strenger geworden?

Hoeglauer: Nein. In der Großstadt lassen sie es sogar mal durchgehen, wenn einer den Motor abwürgt.

SPIEGEL: Würde jemand, der seit 15 Jahren Auto fährt, die Prüfung auf Antrieb schaffen?

Hoeglauer: Neun von zehn Kandidaten würden durchfallen, weil sie zu wenig Abstand zum Wagen vor ihnen halten oder ständig vergessen zu blinken. mag

Platzprobleme

Eine Meldung und ihre Geschichte Ein Dorf im Allgäu hat ein neues Fußballfeld für 180 000 Euro, aber keine Mannschaft.

Wenn der Bürgermeister von Trunkelsberg im Unterallgäu wissen will, in welche Richtung sich die Gesellschaft entwickelt, muss er nur sein Bürgermeisterbüro verlassen, in seinen Wagen steigen, der draußen parkt, und am Ende der Straße links abbiegen. Hinter den Gehwegen erstreckt sich das frei stehende Einfamilienhausglück. Kurz vor dem Ende des Dorfs hält er auf Höhe der Mehrzweckhalle. Am Horizont führt die Autobahn nach Memmingen, in den Wiesen hinter einer Baustelle blüht Hahnenfuß, und der Bürgermeister blickt direkt auf den neuen Trunkelsberger Fußballplatz.

Es ist ein sehr schöner Fußballplatz, das vorweg. Er war auch sehr teuer, 180 000 Euro insgesamt. Allein der Ballfangzaun hat 60 000 Euro gekostet. Die Tür im Zaun: 1200 Euro. Falls es zu nass wird, gibt es eine Drainage. Falls es zu trocken wird, einen Beregnungswagen. Eigentlich gibt es hier alles, was sich ein Fußballer wünschen kann.

Nur eine Fußballmannschaft gibt es nicht.

Deswegen, so kann man das wohl sagen, hat der Bürgermeister von Trunkelsberg ein Platzproblem. Seit zwei Jahren ist Roman Albrecht im Amt. Albrecht, 57 Jahre alt, trägt Wanderschuhe, eine Baskenmütze und einen Räuber-Hotzenplotz-Bart. Er hat einmal Sozialpädagogik studiert, dann als Hausmann die beiden Töchter betreut. Als die in den Kindergarten kamen, hat Albrecht begonnen, sich für Lokalpolitik zu interessieren. So wurde er zum Volksvertreter. 18 Jahre saß er im Gemeinderat, in dem sie über Wiesenurnengräber entschieden haben und über Bauanträge für Einfamilienhäuser mit Garage. Und in dem sie jahrelang über den Fußballplatz diskutiert haben. Eigentlich seit Albrecht sich erinnern kann.

Als die Idee für den neuen Platz aufkam, da waren noch bis zu 80 Spieler im Sportverein. Da gab es nicht nur eine Herrenmannschaft, sondern gleich mehrere Jugendmannschaften, die sich auf dem alten Platz abwechselten. Und wenn eine ein Heimspiel hatte, konnten die anderen nicht trainieren. Trunkelsberg, so schien es damals, brauchte dringend einen schönen, neuen Fußballplatz. Und so schrieb die Vorsitzende nach jahrelangen Vorgesprächen ein Fax an den Gemeinderat: „Deshalb stellen wir hiermit einen Antrag“, stand in dem Fax, „für einen Sportplatz, auf dem aber auf jeden Fall ein offizieller Spielbetrieb möglich sein muss.“

Das war im Jahr 2010. In Südafrika war gerade Weltmeisterschaft. Die Trunkelsberger saßen, wie alle im Land,

vor dem Fernseher und hatten nichts als Fußball im Kopf. Der Gemeinderat stimmte dem Antrag zu.

Also wurde ein Bodengutachten erstellt. Ein Landwirt hatte zugestimmt, die gewünschte Fläche gegen eine Ersatzfläche zu tauschen. Es wurden Kostenvoranschläge eingeholt. Es verging Sitzung um Sitzung, und als die Bauarbeiten endlich losgingen, gingen die Spielerzahlen zurück. Es begann mit Einzelschicksalen, die kein Gutachten hätte voraussehen können. Ein Trainer zog nach einer Scheidung fort. Ein anderer verließ den Ort im Streit und nahm die besten Spieler mit. Bürgermeister Albrecht glaubt, dass dazu noch etwas anderes kam, etwas, das er eine „grundlegende Änderung der Gedankenstruktur“ nennt.

Die Gedanken gehen weg von Trunkelsberg. Die Mütter, sagt er, kämen ihm vor wie die Taxifahrer ihrer Kinder, sie fahren den Nachwuchs zur Musikschule in die Stadt, zu Sprachkursen, ins Fitnessstudio. Das sind die überbeschäftigten Kinder. Und dann gibt es noch die Kinder, die den ganzen Tag in ihrem Zimmer sitzen und Fußball lieber am Computer spielen als auf dem Rasen. Bürgermeister Albrecht sagt: „Früher war man im Verein, und damit war man im Dorf integriert.“

Und ausgerechnet als der neue Fußballplatz fertig geworden war, verkündete der Vorsitzende der Fußballabteilung im „Gasthaus zum Ochsen“, dass seine Sparte geschlossen werde. Der Bürgermeister war ratlos. Ein Fußballplatz ohne Fußballer ist nicht mehr als ein Platz.

Das war 2015.

In Syrien lernte da gerade der Krieg ganze Dörfer. In Österreich wurden 71 Flüchtlinge tot in einem Laster gefunden. Im Mittelmeer kenterten Boote. Die Trunkelsberger saßen jetzt, wie alle im

Land, vor dem Fernseher und verfolgten die Flüchtlingskrise in den Nachrichten. Auch Bürgermeister Albrecht sah die Bilder der überfüllten Erstaufnahmestellen.

Und plötzlich kam ihm der Gedanke, dass sein Fußballplatzproblem vielleicht gar keines war, sondern womöglich sogar eine Lösung für ein größeres Platzproblem.

Um diese Lösung zu betrachten, muss Bürgermeister Albrecht nur den Parkplatz der Mehrzweckhalle überqueren. Auf seinen Wanderschuhenschuhen läuft er dann zu der Baustelle vor den gelb getupften Wiesen hinüber, gleich neben dem neuen Fußballplatz. Noch liegen Paletten vor den Türen, und Kabel ragen aus den Wänden. Aber bald sollen die zwei Häuserblocks fertig sein, dazwischen ein Platz mit einem Brunnen und drei kleinen Bäumchen.

Hier entsteht, wie Bürgermeister Albrecht das nennt, „das einzige Flüchtlingswohnheim in ganz Deutschland mit einem eigenen Fußballplatz“. In zehn Jahren dann sollen die Häuser zu Sozialwohnungen umfunktioniert werden.

Im Juli werden die ersten Flüchtlinge einziehen. Bürgermeister Albrecht ist sich sicher, dass einige von ihnen gern Fußball spielen.

Maren Keller



Albrecht

Fußballplatz da, Mannschaften weg

Für 180000 Euro ließ sich der Fußballverein TSV Trunkelsberg von der 1700-Einwohner-Gemeinde im Allgäu einen

Aus dem „Berliner Kurier“

A man with dark hair, wearing a blue and white baseball cap, a dark quilted vest over a brown and white striped long-sleeved shirt, and blue jeans, is sitting on a metal railing. He is looking directly at the camera with a serious expression. A large, shaggy, light-colored dog is sitting next to him, and he has his hand on its head. The background shows a blurred city street with a large, ornate building featuring a dome and arches. The overall tone is somber and documentary.

PETER, 32: „Ich brauche Geld für Essen und für Hundefutter. Meinen Hund, Bonni, habe ich von einem Bekannten, der zu viel getrunken hat und verrückt geworden ist. Er hat Bonni geschlagen. Jetzt gehört er zu mir, wir sind Freunde. Wir schlafen im Parkhaus eines Hotels, die kennen uns schon. Ich habe keinen Pass, ursprünglich komme ich aus der Slowakei. Sie lassen mich bleiben, weil ich keinen Ärger mache. Ich habe aufgehört zu trinken, kaufe nur noch wenig Alkohol. Manchmal leiste ich mir ein bisschen Marihuana.“

Gib

Ethik Sie stehen in Fußgängerzonen, knien auf Bürgersteigen, gehen durch die S-Bahn: Bettler, Obdachlose, Habenichtse. Sie stellen uns jeden Tag vor moralische Fragen: Wem soll man geben? Und wie viel? Vier Experten geben Rat. *Von Dialika Neufeld*

Das Dilemma beginnt auf dem ansteigenden Teil einer Hamburger Fußgängerbrücke. Dort kniet oft ein älterer Mann mit weichem Gesicht und Rauschebart. Stundenlang, wie festgenagelt, verharrt er in seiner Pose, vor ihm ein weißer Pappbecher. Man könnte ihm etwas geben, 50 Cent, einen Euro, ihm ein Brötchen kaufen, einen Kaffee. Oder man könnte ihn für ein Mitglied einer Bettlerbande halten und sich für den nächsten entscheiden. Ein paar Meter weiter steht, an jedem regenfreien Tag, ein Mann mit Saxofon und spielt seine Lieder. Er sagt, das Geld im Instrumentenkoffer sei für seine kranke Frau. Braucht er die Spende nicht am dringendsten? Oder doch der junge Mann mit Hund, schließlich muss er Futter kaufen? Oder wird er das Geld in Tütenwein versenken?

Am Ende der Brücke stellen sich in blauer Jacke die Sammler vom Uno-Flüchtlingshilfswerk auf und bieten Spendenverträge an. Manchmal lehnt sich ein Verkäufer vom Straßenmagazin „Hinz & Kunzt“ ans Geländer. Und gegen elf Uhr vormittags strömen die Vertreter der „Klemmbrett-Mafia“ aus: gut gekleidete junge Menschen verschiedener Herkunft, die, ein Klemmbrett mit Zetteln in der Hand, angeblich für eine Gehörlosenschule sammeln. Sie kommunizieren in Zeichensprache, bitten um Unterschriften und Scheine und bekommen sie auch. Drehen sie sich aber um, können sie auf wunderbare Weise miteinander reden.

Es eröffnen sich also für den Passanten verwirrend viele Möglichkeiten, die Not von Mitmenschen zu lindern. Eine moralisch kaum lösbare Aufgabe. Denn Leid lässt sich schwer gegen Leid aufwiegen, Mitleid sich nicht teilen. Und manchmal ist die Not nur vorgetäuscht. Wie trifft man die richtige Entscheidung?

Man könnte jetzt den Blick senken, als gäbe es am Boden etwas zu suchen, die Münzen stecken lassen und mit schlechtem Gewissen zusehen, dass man von der Brücke kommt. Man könnte dem abgerissenen unter den Obdachlosen etwas geben und trotzdem ein schlechtes Gewissen haben – den anderen gegenüber.

Oder man hört sich erst einmal an, was Experten dazu sagen.

Soll man einem Trinker Geld geben, Herr Puhl?

Dieter Puhl, 59, ist Leiter der Evangelischen Bahnhofsmission Berlin Zoologischer Garten.

Puhl: Wenn Sie zehn alkoholkrankte Menschen drei Tage lang in einen Raum sperren und ihnen drei Tage lang nichts zu trinken geben, sind am Ende drei von ihnen tot. Wenn Menschen alkoholkrank sind, brauchen sie Alkohol. Das klingt komisch, ist aber einfach so. Am besten spenden Sie 50 Cent für den Menschen, damit er sich sein Bier kaufen kann, und 50 Cent für die Einrichtung, die daran arbeitet, dass er mit dem Trinken aufhört.

SPIEGEL: Könnte man ein Brötchen kaufen?

Puhl: Was hat ein Obdachloser davon, wenn ihm 50 Menschen am Tag ein Brötchen schenken? Außerdem ist er trotz allem ja erwachsen, und man sollte ihm selbst überlassen, was er mit dem Geld macht. Das hat auch mit Würde zu tun. Das Einfachste wäre zu fragen: Was brauchen Sie? Überhaupt wünsche ich mir, dass die Leute mehr kommunizieren. Gehen Sie in die Knie, auf Augenhöhe. Wenn jemand drei Jahre vor Ihrem Supermarkt sitzt, ist es ja nicht schädlich, wenn Sie irgendwann mal seinen Namen erfahren, sich vorstellen und in Zukunft grüßen.

SPIEGEL: Wie entscheiden Sie, wem Sie Ihr Geld geben?

Puhl: Wenn ich zur Arbeit gehe – und der Weg ist wirklich nicht lang –, dann begegne ich 30 bis 40 Menschen, die hilfebedürftig sind. Die Zahlen haben sich hier in Berlin in den letzten Jahren verfünffacht, vor allem durch Menschen aus Osteuropa. Ich muss mich also entscheiden. Mein Tipp: Nehmen Sie den, der besonders angeschlagen aussieht. Wenn Sie zwei nebeneinander sehen, der eine ist toll, dynamisch, macht Musik. Der andere ist unrasiert, müffelt, hat sich vollgepinkelt und geht Ihnen eigentlich auf den Geist, und Sie möchten einen Bogen um ihn machen: Geben Sie Ihr Geld dem Unrasierten, dem Müffelnden. Denn der Dynamische hat am Abend 60 Euro in seinem Hut. Der Müffelnde hat 20 Cent.

Soll man demjenigen geben, der am schlimmsten dran ist, Herr Erzbischof Heße?

Stefan Heße, 49, ist Erzbischof von Hamburg.

Heße: Man kann nicht von oben herab beurteilen, welcher von den Bettelnden schlimmer dran ist als der andere. Da täte ich mich sehr schwer, die Leute auf einer Skala anzusiedeln und irgendwie zu vergleichen. Hinter jedem Betteln steht ja eine Lebensgeschichte, eine Erfahrung, und die ist nicht austauschbar. Wenn man die Brücke verlängert und durch ganz Hamburg geht, findet man ja an jeder Ecke jemanden, der Hilfe braucht. Vergleichen kann man da nicht, sonst kommt man in ethisches Grenzgebiet.

SPIEGEL: Wie entscheiden Sie, wem Sie eine Spende geben?

Heße: Ich habe mal einen Bischof gekannt, der jedem Obdachlosen, den er traf, zwei Euro gab. So kann man es machen. Man gibt jedem das Gleiche. Oder man kann sagen: Ich gebe heute mal hier, morgen mal da. Und die Frage, was der Einzelne jetzt mit dem Geld macht, ist keine Frage des Spenders, sondern des Empfängers. Ich muss mir jetzt auch nicht alle Sorgen anziehen.

SPIEGEL: Wenn die Spende aber die größtmögliche Wirkung erzielen soll, muss man auswählen.

Heße: Solange Sie mit Geld rechnen, wollen Sie immer, dass es bestmöglich angelegt ist. Wenn Sie aber stattdessen von der Nächstenliebe reden, dann ist das was anderes. Dann geht es nicht darum: Wo kommt am meisten bei rum? Sondern darum: Wem kann ich am meisten Liebe erweisen? Die Liebe kann sich dann in einem Obolus niederschlagen. Muss sie aber nicht. Sondern vielleicht lieber in einem Gespräch, in Zuwendung, in der Frage: Was ist das Beste für dich?

SPIEGEL: Ist Nächstenliebe denn teilbar?

Heße: Natürlich nicht. Ich fände es komisch zu sagen: So, ich habe jetzt zehn Minuten Zeit, und da sind fünf Bedürftige, und jeder kriegt zwei Minuten. Das ist ein Rechenmodell. Aber so ist ja nicht das Leben. Nächstenliebe heißt ja eigentlich, dass ich versuche, meinem Nächsten Liebe

zu geben. Und da kann der Bettler, der als Erstes auf der Brücke sitzt, mir der tatsächlich Nächste sein. Und weil ich da jetzt langgehe, werde ich im wahrsten Sinne des Wortes zu seinem Nächsten. Es kann also sein, dass ich heute beim Ersten stehen bleibe, und der kriegt meine volle Aufmerksamkeit, die anderen grüße ich nur. Und morgen ist der Übernächste dran. Man muss nicht alle gleich behandeln.

Sollte man lieber an eine Hilfsorganisation spenden, Herr Wilke?

Burkhard Wilke, 51, ist Geschäftsführer des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen, das die Seriosität von Hilfsorganisationen prüft.

Wilke: Ich denke, ja. Allein aufgrund des höheren Betrages hat die Dauerspende an eine Organisation wie etwa die Uno-Flüchtlingshilfe die größere Wirksamkeit.

Wenn man bereit ist, darüber nachzudenken, im Monat 50 Euro zu spenden, ist das schon eine andere Hausnummer, als wenn man ab und zu ein paar Münzen an Obdachlose spendet.

SPIEGEL: Und wenn ich die 50 Euro einfach einem einzelnen Bettler gebe?

Wilke: Das Risiko, dass das Geld verloren ist, wenn ich es einem Obdachlosen gebe, den ich rein zufällig treffe, ist groß. Den müsste ich erst näher kennenlernen. Erst wenn ich mit ihm vielleicht einen Abend verbringe, und er erzählt mir seine Geschichte, kann die Vertrauensbasis entstehen, bei der ich sage: Gut, dieser Mensch wird meine 50 Euro sinnvoll verwenden. Deshalb würde ich empfehlen, an Unbekannte nur Bagatellbeträge zu geben.

SPIEGEL: Was halten Sie davon, das Geld gerecht aufzuteilen?

Wilke: Wenig. Man kann es nicht jedem recht machen. Das gilt für Einzelbettler wie auch für Spendenorganisationen. Es macht keinen Sinn, das Geld an fünf Organisationen oder Personen aufzuteilen.

Ich sollte mich lieber für einen entscheiden, das macht die Entscheidung auch qualitativ besser. Dann achte ich etwa auf ein Spendensiegel bei der Organisation oder sehe mir auf der Internetseite den Jahresbericht an oder versuche eben, den Bettler besser kennenzulernen. Man sollte das Geld konzentrieren. Das ist wirksamer und auch wirtschaftlicher.

SPIEGEL: Aber wie entscheiden Sie sich spontan, auf der Straße?

Wilke: Ich würde mich wohl für den Straßenmusiker entscheiden oder für den Kauf der Straßenzeitung. Wenn jemand sympathisch Musik macht, ist das ja auch ein Stück Straßenkultur, das vielen Passanten in ihrem Alltag Freude stiftet. Das verdient Wertschätzung. Und bei der Straßenzeitung hat man einen Mehrwert, weil man Themen wahrnimmt, die sonst an einem vorbeigehen. Am meisten stört mich das Zurschaustellen von Wunden und Verstümmelungen, weil das häufig organisierte Bettelei ist, und da weiß man nie, was bei dem einzelnen Bettler überhaupt ankommt.



COSTEL, 54: „Meine Frau braucht eine teure Operation an der Wirbelsäule, 2000 Euro soll das kosten. Und wir haben fünf Kinder zu versorgen. Früher, in Rumänien, habe ich als Maler gearbeitet. Mit 30 Tagen Arbeit habe ich 250 Euro verdient. Hier schaffe ich in den schönen Monaten bis zu 500 Euro im Monat. Ich will nicht betteln. Ich biete den Leuten meine Musik an, auf dem Saxofon oder dem Akkordeon. Das ist meine Arbeit. Ich schicke so viel Geld wie möglich nach Hause.“



JAKOB BOERNER / DER SPIEGEL

JAKOB BOERNER / DER SPIEGEL

Kann Moral effizient sein, Herr Fehige?

Christoph Fehige, 53, ist Ethiker und Professor für praktische Philosophie an der Universität des Saarlandes.

Fehige: Wir sollten viel geben, aber selbst dann sind unsere Mittel beschränkt. Daher ist es wichtig, jeden Euro für die Moral so einzusetzen, dass er den größten moralischen Erwartungswert hat. Vereinfacht gesagt: Es sollte wahrscheinlich sein, dass der Euro da, wo wir ihn einsetzen, die Welt am meisten verbessert.

SPIEGEL: Das bedeutet aber, dass man das Leid der Bettler gegeneinander aufwiegen muss, um eine Entscheidung zu fällen. Geht das?

Fehige: Präzision ist schwierig in diesem Bereich, aber Zustände wie Schmerzen, Ängste oder Hunger können stärker oder schwächer sein, sie können kürzer oder länger dauern. Deswegen ist es manchmal plausibel, dass es einer Person deutlich schlechter geht als einer anderen.

Es liegt nahe, solche Unterschiede zu berücksichtigen, wenn wir helfen wollen.

SPIEGEL: Viele Menschen haben ein schlechtes Gewissen, wenn sie sich für einen Bettler und damit gegen viele andere entscheiden.

Fehige: Das ist unvermeidlich. Denn auch wenn Sie viel geben und nach bestem Wissen effizient geben, bleibt natürlich immer noch viel Leid übrig. Das ist traurig, aber nicht Ihr Fehler und daher kein Anlass für ein schlechtes Gewissen. Räuspert sich das Gewissen, prüft man am besten als Erstes die Gesamthöhe seiner Spenden. Und passt sie gegebenenfalls an.

SPIEGEL: Naheliegender wäre auch der Gedanke, demjenigen etwas zu geben, der versucht, sich das Geld zu verdienen – etwa durch das Spielen eines Musikinstruments oder den Verkauf eines Straßemagazins. Was halten Sie von diesem Argument?

Fehige: Nicht wirklich viel. Denn letztlich wiegen die Interessen eines Untätigen moralisch ebenso schwer wie die eines Täti-

gen. In dem Sinne ist „Verdienen“ kein eigenständiger moralischer Faktor, und man sollte sich auf jeden Fall gut überlegen, ob man sich vom Musizieren bewegen lässt. Fragen Sie sich, was Sie mit Ihrer Spende wollen: Leiden lindern oder die Beschallung von Fußgängerzonen fördern? Andererseits könnte es durchaus indirekte Effekte geben. Vielleicht verbessern Sie die Welt zusätzlich, indem Sie durch Ihr Spendenverhalten auch Anreize zum tätigen Leben schaffen.

SPIEGEL: Wie würden Sie sich entscheiden?

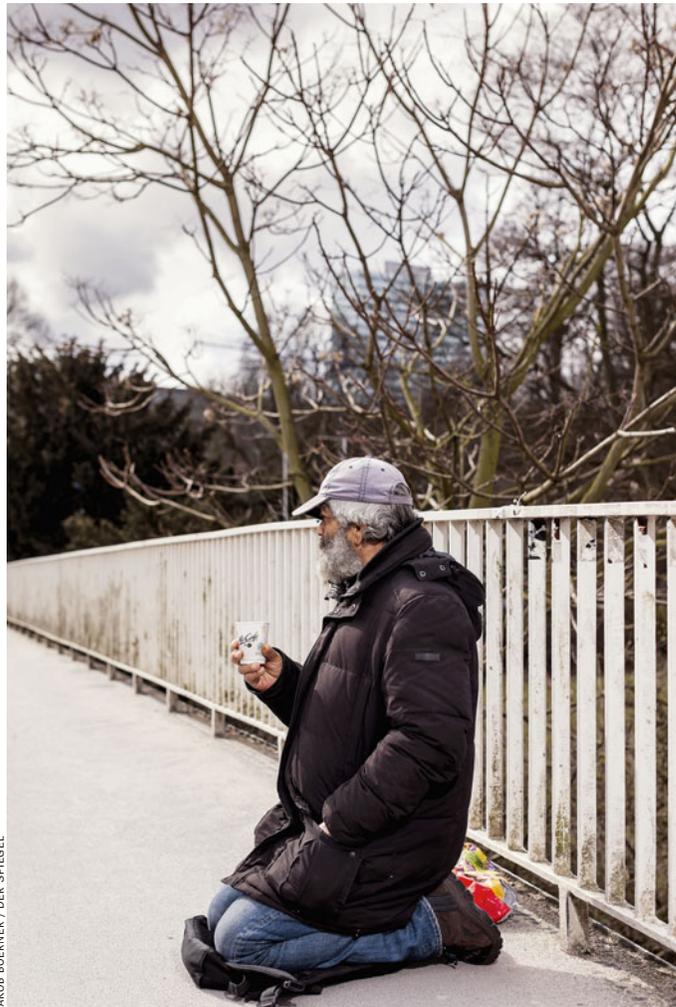
Fehige: Vieles spricht dafür, dass Programme zur Malariabekämpfung und zur Entwurmung in Entwicklungsländern moralisch am effizientesten sind, auch langfristig. Entsprechend lautet meine Empfehlung: Gib viel, gib moralisch effizient, und gib daher eher an solche Programme statt auf den Brücken von Hamburg.



Videoreportage: Ein Tag bei der Berliner Bahnhofsmision

spiegel.de/sp242016bettler
oder in der App DER SPIEGEL

SOPHIA, 19: „Ich bitte die Leute um Spenden für die Uno-Flüchtlingshilfe. Dabei geht es um langfristige Hilfe auf der ganzen Welt. Am liebsten sollen sie gleich jährlich bezahlen, das spart der Organisation Verwaltungskosten. Ich versuche, in den Gesprächen möglichst transparent zu machen, wofür ihr Geld verwendet wird: Von jedem Euro gehen 90 Cent in konkrete Projekte. Der Rest wird für Verwaltungs- und Werbekosten gebraucht.“



JAKOB BOERNER / DER SPIEGEL

JOSEF, 53: „Ich bin herzkrank und kann nicht arbeiten. Und ohne Arbeit kann ich in meiner Heimat, der Slowakei, nicht überleben. Ich habe fünf Kinder, drei Söhne und zwei Töchter. Wie soll ich sie ernähren? Ich frage die Leute nicht laut nach Geld, ich will sie nicht bedrängen, ich knie mich einfach vor sie auf den Boden und halte meinen Becher hin. Ich schlafe unter einer Brücke. Seit 15 Jahren geht das so. Alle paar Monate fahre ich mit dem Regionalexpress nach Hause zu meiner Familie. Es ist schwer ohne sie.“

Schutz vor den Verbrauchern

Institutionen Die Stiftung Warentest, ein Symbol deutscher Korrektheit, überrascht mit einer neuen Form der Aufklärung im Netz: Sie geht gegen aggressive Konsumenten vor.

Manchmal müsste Verbraucherschutz bedeuten: Schutz vor den Verbrauchern. Vor manchen jedenfalls. „Ihr seid ein verlogenes und gekauftes Pack von der Industrie geworden“, randaliert jemand auf der Facebook-Seite der Stiftung Warentest. „Verarscht von mir aus weiter die dummen Bürger, aber lasst unsere Kinder aus dem Spiel.“

Dabei ging es nur ums Impfen.

Die Stiftung rufe „zur Blockwartmentalität im Internet auf“, schreibt ein anderer.

Dabei ging es nur um die Rechtsankunft, dass Beleidigung und Volksverhetzung verboten und strafbar sind.

Stiftung Warentest: Das ist – oder war – immer eine staatlich geförderte Verbraucherschutzorganisation, die Staubsauger, Hundefutter oder Reiserücktrittsversicherungen testet und darüber in ihren Zeitschriften „test“ und „Finanztest“ sowie online auf Test.de informiert. Und die nun Wellen der Empörung und der Begeisterung ausgelöst hat: mit einer Rechtsinformation darüber, dass ein Hasskommentar strafbar sein und Geld kosten kann.

Die Folge: 2,5 Millionen Menschen, die diese Nachricht auf ihrer Facebook-Seite finden konnten. 400 000, die darauf reagierten. Große Aufregung bei denen, die sich in einem gefühlten Grundrecht auf Hetze angegriffen sehen.

Der Verbraucher als solcher ist nicht immer rational, man weiß das als Social Media Manager der Stiftung Warentest. Sebastian Hirsch, 37, kennt die Abgründe von Impfgegnern, Fluoridfeinden, Milchkritikern, aber die Vehemenz der Erregung in diesen Tagen ist neu.

Sebastian Hirsch ist ein Herr in dunklem Sweatshirt, zu finden in einem Konferenzraum der Stiftung am Lützowplatz in Berlin. Er hat seinen Rechner mitgebracht, es gibt schöne Beispiele für das Irrationale darauf zu sehen.

Hirsch überlegt, ob das ein Mentalitätswandel ist, was gerade in der Stiftung geschieht. „Eigentlich“, sagt er und schaut einen Herrn im Hemd an, der mit am Tisch sitzt, „haben wir nur getan, was wir schon immer tun: über ein Rechtsthema von öffentlichem Interesse informiert.“ „Stimmt“, sagt der Herr im Hemd, es ist Andreas Gebauer, 57, der Chefredakteur des Magazins Test.de.

„Eigentlich. Ja.“ Sebastian Hirsch hat eine Art des Zurücklehns und In-sich-Hineingrinsens, die vermutlich nützlich

ist, wenn man dem Irrationalen begegnet.

Was sie also taten, war dies: Finanztest hatte in der Rubrik „Gewusst wie“ sogenannte Onlinewachen vorgestellt: Mailadressen, unter denen Anzeige erstatten kann, wer etwas möglicherweise Illegales erlebt. Hirsch übernahm die Information auf die Facebook-Seite und schrieb im Namen der Stiftung Warentest ein paar Sätze dazu: „Der Ton im Internet ist in den letzten Jahren zunehmend rauer geworden: Beleidigung und Volksverhetzung sind fast schon Normalität in vielen öffentlichen Kommentarspalten. Doch die Opfer von Internethass stehen dem nicht hilflos gegenüber.“

Dazu der Link zu den Onlinewachen.

Dazu, von einem Kollegen Hirschs liebevoll zusammengestellt: Berichte über Urteile, in denen es um Hasskommentare geht.

„Ich bin dafür, dass wir die Gaskammern wieder öffnen und die ganze Brut da reinstecken“: 4800 Euro Strafe.

„Also haben die Juden am Holocaust des Zweiten Weltkriegs auch selber schuld“: 5000 Euro Strafe.

„Merkel muss öffentlich gesteinigt werden“: 2000 Euro Strafe.

Die Reaktionen: Begeisterung und Hass. Und auch zweifelnde Bemerkungen wie diese: „Schon komisch, dass sich die Stiftung Warentest plötzlich für solche Dinge zuständig fühlt.“

Das ist die Frage: Dürfen die das? Sollen sie? Und wenn ja: Was bringt's?

1964 wurde die Stiftung in der alten Bundesrepublik gegründet, um Aufklärung zu geben angesichts des unüberschaubaren Meeres der Dinge, die gekauft werden wollen. Der Verbraucher steht ihnen gegenüber, und der Verbraucher will Rat.

Er sucht eine neue Waschmaschine. Er zweifelt an seinem Orangensaft. Er denkt über seine Sonnencreme nach.

Er will geklärt haben, wie viel Zucker die Cola und wie viel Schadstoffe die Babynahrung enthält. Er will, dass jemand untersucht hat, ob das Trocknen im Geschirrspüler auch im Sparprogramm als ausreichend betrachtet werden kann und ob ein Elektrorasenmäher einen Füllstandsanzeiger am Fangkorb braucht.

Die Stiftung finanziert sich heute, nach eigenen Angaben, zu 90 Prozent durch die Vermarktung ihrer Testergebnisse und zu 10 Prozent vom Staat. Sie hat sich einen Ruf erarbeitet, den der Verlässlichkeit, der knochenharten Sachlichkeit. Und wenn eine Bewertung nicht ausreichend belegt ist und sie deswegen vor Gericht unterliegt – wie es vor zwei Jahren bei einem „mangelhaft“ für die Schokolade Ritter Sport der Fall war –, dann muss sie sich schämen und tut es dem Eindruck nach auch.

Die Geschichte der Warentester spiegelt den Beratungsbedarf der Deutschen, spiegelt die Geschichte der Republik. Ob Bio besser ist, das spielt seit den Siebzigerjahren eine Rolle. Was zu beachten ist, wenn man Gastfamilie für einen minderjährigen Flüchtling werden will, untersucht eine „Finanztest“-Ausgabe in diesem Jahr.

Irgendwann kam die Moralfrage in den Markt, die Frage nach der Entstehung der Dinge: „Corporate Social Responsibility“ heißt das Kriterium und bedeutet, dass bei manchen Produkten untersucht wurde, ob sie auf ethisch einwandfreie Weise produziert worden sind. Jetzt folgt offenbar die nächste Entwicklungsstufe. Die Stiftung Warentest kümmert sich nicht mehr nur um

Please stay



DARREN STAPLES / REUTERS

... weil das Pferderennen von Ascot die einzige Gelegenheit im Jahr ist, sich über das sonst vernachlässigte Thema „Hüte“ zu unterhalten.

... because the annual Royal Ascot horse-racing meet is the only opportunity of the year to discuss the otherwise neglected topic of hats.





Rasenmäherprüfung der Stiftung Warentest: Fakten gegen den Wahnsinn

die Verfassung von Produkten, sondern auch um jene der Verbraucher.

Die Leserreaktionen waren über die Jahrzehnte hinweg eher höflich und sachorientiert. Auf Test.de, sagt Andreas Gebauer, sei das „in den allermeisten Fällen immer noch so“. Facebook, sagt Sebastian Hirsch, sei „emotionaler“. Er merkt das bei Themen wie Fluorid in der Zahnpasta, was manche für giftig halten, was in Wahrheit aber eine der wirksamsten Maßnahmen gegen Karies ist. Nicht alle Themen lösen solche Debatten aus. Eine Waschmaschine müsste Kätzchen fressen, um ähnliche Emotionen wachzurufen.

Hirsch gehört zu der Generation der frühen Onliner, die, im Rückblick auf jene Tage, einen Verlust empfinden – dieses Ausmaß an Hass im Netz erlebten sie anfangs nicht.

Nun also der Strafkatalog. Hirsch sagt, er wolle nicht, dass jetzt jeder gleich Anzeige erstattet, aber jeder solle wissen, dass er Rechte habe und Hetzern gegenüber nicht hilflos sei.

Hirsch sagt, er sei kein großer Freund davon, Hasskommentare zu löschen. Er hat einen anderen Weg gewählt. Sachlich bis zur Schmerzgrenze schreibt er zurück.

Er wisse, sagt er auch, dass Verschwörungstheoretiker, Ideologen und Überzeugungspöbler nicht von ihren Pöbeleien, Ideologien und Verschwörungstheorien abzubringen seien. Aber es gibt Mitleser, und um die geht es.

Um die junge Mutter, sagt Hirsch, die sich im Netz die Storys und Bilder der Marnimpfgegner anschaut und nicht mehr sicher ist, ob ihr Kind vielleicht doch im Auftrag der Pharmaindustrie mit Quecksilber vergiftet werden soll. Für Leute wie sie schreibt er: „Wir können es nur wieder und wieder wiederholen: In Impfstoffen war noch nie elementares Quecksilber. Das ist eine Legende von Verschwörungstheoretikern.“ Dazu der Hinweis, dass manche Impfstoffe früher eine Quecksilberverbindung enthielten. Dazu der Hinweis, dass eine Verbindung mehrerer Elemente „grundlegend andere Eigenschaften hat“ als die Elemente selbst. Dazu ein einprägsames Beispiel: „Chlor ist ein tödliches Kampfgas. Natriumchlorid ist lebenswichtiges Kochsalz.“

„Debunking“ nennt er den Vorgang, Hirsch hält von Zeit zu Zeit Vorträge darüber. Sein Credo: dem Wahnsinn mit Fak-

ten begegnen, mit Studien aus der Wissenschaft. Und von denen, die den Wahnsinn verbreiten, Quellen verlangen. Das ist dann oft irgendein obskures Video aus einer abgelegenen Ecke des Internet.

Debunking ist keine Methode, dem Internet flächendeckend Vernunft und gute Umgangsformen beizubringen, aber Hirsch gönnt sich doch die Hoffnung, dass sich die fehlende Logik hier selbst entlarvt.

Es gibt einen kleinen, hübschen Dialog auf der Facebook-Seite der Stiftung Warentest, wo jemand nach einer erschöpfenden Auseinandersetzung schreibt: „Ist ja schon arg, was Sie hier veranstalten. Man könnte ja fast meinen, Sie haben nichts Besseres zu tun, als auf jeden post zu antworten. Das hab ich so noch nie auf FB erlebt – egal, zu welchem Thema.“

Die Antwort der Stiftung Warentest: „Ja, das ist ja auch wirklich ärgerlich. Da geht man auf eine fremde Facebook-Seite, schreibt falsche Behauptungen, und dann antworten die Seitenbetreiber auch noch und korrigieren einen.“

Man kann sich das Grinsen dazu denken, als Hirsch diese Sätze schreibt. Es hat sich gelohnt.

Barbara Supp



Tot oder legend

Homestory Was passieren kann, wenn man mit einem Huhn zum Tierarzt geht

Ich saß im Wartezimmer der Tierarztpraxis, mein Huhn auf dem Schoß. Irgendwas stimmte nicht mit Gollum, meiner Legehennen. Sie wankte, pickte neben die Körner, ihr braunes Federkleid war zerzaust, eine milchige Flüssigkeit lief ihr aus der Nase. Und sie roch.

Nachdem ich ein paar Tage zuvor gemerkt hatte, dass der Vogel krank ist, hatte ich meine Tierärztin angerufen. Sie ist sehr fürsorglich, wenn es um meinen altersschwachen Retriever oder Fräulein Meigel, die Katze, geht. Aber diesmal winkte sie ab: „Ein Huhn? Bleib mir weg. Da hab ich keine Ahnung von.“ Ich habe fünf Veterinärpraxen abtelefoniert. Alle reagierten ähnlich. „Mit einem Huhn wollen Sie kommen? Ist das hier ‚Versteckte Kamera‘?“

Wohlgemerkt: Ich wohne auf dem Land, hier wimmelt es von Vorgarten- und Hinterhofhühnern. Deren hausärztliche Versorgung aber, wie ich nun weiß, Lücken aufweist. Eine Arzthelferin gab mir schließlich einen Tipp: 30 Kilometer weiter gebe es eine Tierärztin, die Papageien und Ziervögel behandle. Die könne bestimmt auch Hühner.

Dort saß ich also einen Tag später im Wartezimmer mit Gollum, die sich apathisch in ihr braungesprenkeltes Gefieder verkrochen hatte, den Hals eingezogen, die Augen voller Schleim. Die Henne reagierte nicht auf den nervigen Jack-Russell-Terrier, der ihr gegenüber bellte, um die Katze einer Frau einzuschüchtern. Die Katze wiederum interessierte sich mehr für die zwei Hamster eines Jungen, die in einem Käfig herumsausten. Neben dem Fenster saß ein Herr mit Dackel. Die Tierhalter beäugten mich, mit einer Mischung aus Neugierde, Belustigung und Ungläubigkeit.

Schließlich hielt es die Katzendame nicht mehr aus.

„Ist das ein Huhn auf Ihrem Schoß?“

„Ja, richtig.“

Schweigen. Dann: „Das muss ja wertvoll sein. Sicherlich ein seltenes Zuchttier?“

„Nicht wirklich“, sagte ich, „sie ist eine Legehennen.“

Langes Schweigen, skeptische Blicke. Die Blicke sagten: Warum drehen Sie der nicht den Hals um und ab in die Suppe? Warum verschwenden Sie Geld für einen Tierarzt?

Ich ging in die Offensive. Gollum, so erklärte ich, sei kein gewöhnliches Huhn. Es ist ein Araucana, eine Rasse, die grünliche Eier legt. Diese Hühner sind klein und wegen des fehlenden Schwanzes ein wenig hässlich. Die blau-

grünen Eier aber machen sich toll auf dem Frühstückstisch. Der Dackelmann fragte, wie viel Gollum denn so lege. „Ehrlich gesagt“, räumte ich ein, „sie hat noch nicht gelegt. Ist wohl eine Spätentwicklerin.“

Die Leute lachten, die Hundebesitzer, die Katzenfrau, am lautesten der Hamsterknabe. All jene, die selbstverständlich mit ihren nutzlosen Viechern beim Tierarzt Hunderte von Euro ausgeben, johlten über das Nutztier Huhn als Patient. Obwohl es Eier legt, dem Menschen Fleisch und Daunen gibt, zählt es weniger als jede Zierratte. Hamster, Kaninchen, Mäuse bekommt man meist für weniger als die 15 Euro, die ich für Gollum bezahlt habe. Doch keiner sagt: Dreh dem Hamster den Hals um, hau dem Hasen den Kopf ab, wirf die Maus dem Kater zum Fraß vor, wenn die Tiere krank werden.

Nur dem Huhn droht sofort das Ende. Einer Legehennen sind hierzulande bloß zwei Aggregatzustände erlaubt: tot oder legend. Wir lassen sie in qualvoller Enge leben und Eier produzieren, bis der Tod im Schlachthof wie eine Erlösung kommt.

Ich wurde aufgerufen und betrat die Tür in eine andere, bessere Welt. Vorsichtig nahm die Tierärztin Gollum aus der Transportkiste und schimpfte mich aus, weil ich nicht genügend eingestreut hatte. Sie untersuchte die Augen, drückte der Henne auf die Wangen, bis der Eiter aus der Nase lief, nahm einen Abstrich. Dann stand fest: Gollum hat Hühnerschnupfen. Im fortgeschrittenen Stadium. Sehr ansteckend.

Ich fragte angstvoll, ob ich den gesamten Bestand keulen müsse. Wie viele es seien, fragte sie. Sieben, sagte ich. Die Tierärztin räusperte sich. Ich aber wusste, um wen ich fürchtete: um Persephone, die Unsterbliche, sagenhafte sechs Jahre alt. Um die schwarze Maybrit Illner, die dunkelbraune Eier legt. Um Hoover, vornehme Vertreterin der Vorwerk-Rasse, die einst für einen Hamburger Villengarten gezüchtet wurde. Um Elisabeth, eine königlich-britische Sussex-Henne. Um Wilsumine, die Geräusche macht wie die Saurier aus „Jurassic Park“. Und um Bassa Selim, meinen Prachthahn, der süchtig ist nach Kellogg's Honey Pops.

„Warten Sie ab, ob sie sich angesteckt haben“, riet die Ärztin. Für Gollum gab es Quarantäne, Augentropfen und eine Rechnung über 67 Euro. Ihre Überlebenschancen, sagte die Ärztin, stünden 50:50.

Dreimal täglich hielt nun mein Mann das Huhn fest, ich träufelte und wusch ihr das verklebte Gesicht. Nach zwei Wochen war Gollum wieder fit. Mehr noch: Sie hat inzwischen angefangen, kleine, grüne Eier zu legen. Noch tut sie sich ein wenig schwer, doch ich habe sie im Auge, falls ein Ei in ihr stecken bleibt. Legenot nennt man das, hat mir die Ärztin erklärt, und das bedarf sofortiger Hilfe: erst einen Einlauf mit Öl, dann das Ei vorsichtig und vor allem am Stück aus dem Huhn herausmassieren.

Zum Glück ist der Notfall bislang noch nicht eingetreten. Doch das Klistier liegt bereit. Ich bin entschlossen. Gollum soll leben.

Michaela Schießl



THILO ROTHANKER FÜR DEN SPIEGEL

€ 120,- Belohnung!

SICHERN SIE SICH IHREN GUTSCHEIN FÜR EINEN NEUEN SPIEGEL-LESER.



€ 120,- DriversChoice-Tankgutschein

Der universelle DriversChoice-Gutschein ist deutschlandweit bei über 8000 Tankstellen einlösbar.



€ 120,- BestChoice-Universalgutschein

Machen Sie sich eine Freude! Über 200 Händler mit über 25000 Filialen oder Online-Shops stehen zur Auswahl.



Rosenzweig & Schwarz, Hamburg

Ja, ich habe geworben und wähle meine Prämie!

Ich bin der neue SPIEGEL-Leser.

Tipp: den SPIEGEL + digitalen SPIEGEL testen!



Wunschprämie € 120,- Tankgutschein (3810) € 120,- Universalgutschein (3811)

Anschrift des Werbers:

Frau Herr
Name/Vorname
Straße/Hausnr.
PLZ Ort

Anschrift des neuen Lesers:

Frau Herr
Name/Vorname
Straße/Hausnr. Geburtsdatum 19
PLZ Ort
Telefon (für eventuelle Rückfragen) E-Mail (für eventuelle Rückfragen)
 Gleich mitbestellen! Ja, ich möchte zusätzlich den digitalen SPIEGEL für nur € 0,50 pro Ausgabe beziehen statt für € 3,99 im Einzelkauf. SD16-019
 Ja, ich wünsche unverbindliche Angebote des SPIEGEL-Verlags und der manager magazin Verlagsgesellschaft (zu Zeitschriften, Büchern, Abonnements, Online-Produkten und Veranstaltungen) per Telefon und/oder E-Mail. Mein Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen.
Der neue Abonnent liest den SPIEGEL für mindestens zwei Jahre für zurzeit € 4,40 pro Ausgabe statt € 4,60 im Einzelkauf, den digitalen SPIEGEL zusätzlich für € 0,50 pro Ausgabe. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraums gekündigt wird.
Ich zahle bequem per SEPA-Lastschrift* vierteljährlich € 57,20, digitale Ausgabe halbjährlich € 13,-
DE IBAN SP16-104
Datum Unterschrift des neuen Lesers

Coupon ausfüllen und senden an: DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg **040 3007-2700** **040 3007-857085** **www.spiegel.de/120**

Der Werber erhält die Prämie ca. vier Wochen nach Zahlungseingang des Abonnementbetrags. Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Im Preis des digitalen SPIEGEL enthalten sind € 0,48 für das E-Paper. Bei Sachprämien mit Zuzahlung zzgl. € 2,- Nachnahmegebühr. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Hinweise zu den AGB und dem Widerrufsrecht finden Sie unter www.spiegel.de/agb. SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon: 040 3007-2700, E-Mail: aboservice@spiegel.de
* **SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den Verlag, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verlag auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Gläubiger-Identifikationsnummer DE502000000030206

Infrastruktur

Die 4,5-Billionen-Euro-Lücke

Deutschland müsste bis zum Jahr 2030 rund 160 Milliarden Euro mehr in seine Infrastruktur investieren als geplant. Das geht aus einer bislang unveröffentlichten Studie des McKinsey Global Institute hervor. Nur mit diesen zusätzlichen Mitteln für Verkehrs-, Telekommunikations-, Energie- und Wassernetze könne die Bundesrepublik ihr volles Wachstumspotential ausnutzen. Weltweit beträgt die Lücke zwischen den notwendigen und tatsächlich geplanten Investitionen bis Ende des nächsten Jahrzehnts sogar rund 4,5 Billionen Euro. Aus der Studie geht zudem hervor, wie dynamisch der Aufholprozess Chinas ist. Bereits heute investiert das Land pro Jahr mehr in seine Infrastruktur als die USA und Westeuropa zusammen. Diese Summe entspricht knapp neun Prozent des Bruttoinlandsprodukts – und damit deutlich so viel wie eigentlich erforderlich. Deutschland dagegen investiert jedes Jahr nur zwei Prozent der Wirtschaftsleistung in seine Infrastruktur. Notwendig wären 0,4 Prozentpunkte mehr – also derzeit rund zwölf Milliarden Euro zusätzlich. *bö*



Ducati-Fahrer beim Grand-Prix im spanischen Montmeló

JOSEF LAGO / AFP

Volkswagen

Aus dem Rennen

Die Motorradmarke Ducati gilt im Konzern als verzichtbar.

Im Volkswagen-Konzern wird heftig über die „Strategie 2025“ gestritten, mit der VW-Chef Matthias Müller die künftige Entwicklung festlegen will. Es geht vor allem um die Frage, was noch zum „Kerngeschäft“ des Autoherstellers gehört – und was nicht. Nach den Vorstellungen des Managements ist die Motorradmarke Ducati ebenso verzichtbar wie MAN Diesel & Turbo, der weltweit führende Hersteller von Schiffsmotoren. Beide Firmen könnten verkauft werden, weil sie keine oder nur wenig

Verbindungen zum Autogeschäft haben. Für MAN Diesel & Turbo könnten nach Einschätzung eines Finanzexperten vier bis fünf Milliarden Euro Erlöse erzielt werden. Doch in beiden Fällen droht Widerstand. Ducati ist ein Lieblingsprojekt des früheren Aufsichtsratschefs Ferdinand Piëch, der noch immer über beträchtlichen Einfluss verfügt. Und bei der Übernahme von MAN hatte VW der Belegschaft versprochen, dass der Lastwagenhersteller nicht zerschlagen werde. *haw*

Kasinos

Griff in die Sozialkasse

Um Personalkosten zu sparen, hat der Duisburger Spielkasinobetreiber Westspiel seinen Mitarbeitern ein fragwürdiges Vorruhestandsprogramm angeboten, das demnächst auch den NRW-Landtag beschäftigen könnte. Älteren Mitarbeitern wurde dabei „85 Prozent ihres Nettoentgeltes“ in Aussicht gestellt, wenn sie das Unternehmen vorzeitig verlassen. Voraussetzung für den Erhalt der vollen Summe: Sie unterschreiben einen Aufhebungsvertrag, melden sich arbeitslos und beantragen bei

der Bundesagentur Arbeitslosengeld. So steht es in einer 49-seitigen Präsentation, mit der eine von Westspiel angeheuerte Unternehmensberatung bei Mitarbeitern für das Modell geworben hat. Danach bezahlt Westspiel seinen Exmitarbeitern bis zum frühestmöglichen Renteneintritt nämlich nicht die Gesamtsumme, sondern die Differenz zwischen öffentlichen Leistungen, wie dem Arbeitslosengeld, und den in Aussicht gestellten 85 Prozent des Nettolohns in Form einer Abfindung. Den zweiten Teil soll die Bundesagentur bezahlen – also der Beitragszahler. Viele andere Betriebe finan-

zieren ihre Vorruhestandsprogramme komplett aus Rücklagen oder aus laufenden Gewinnen. Damit das Modell funktioniert und das Arbeitslosengeld tatsächlich in voller Höhe gezahlt wird, sollen die ausscheidenden Westspiel-Mitarbeiter während des Vorruhestands von der Unternehmensberatung gecoacht werden. So soll offenbar auch sichergestellt werden, dass „Vorruheständler“ gegen ihren Willen auf den Arbeitsmarkt vermittelt werden. Der FDP-Landtagsabgeordnete Ralf Witzel (FDP) sagt, bei dem Modell handele es sich um „einen missbräuchlichen Griff in die

Sozialkasse“. Zum Wohle des Unternehmens werde die Allgemeinheit mit Kosten belastet, die sie nicht zu tragen habe. Bei einem landeseigenen Unternehmen, das zudem noch unter Aufsicht des NRW-Finanzministers stünde, sei das ein „Skandal“. Bei Westspiel sieht man kein Problem. Man halte sich streng an die „einschlägigen gesetzlichen Regelungen“. Das Programm sei von einer darauf spezialisierten Unternehmensberatung entwickelt worden. Sie übernehme aus „Fürsorgepflicht“ auch die Beratung und Betreuung der ausscheidenden Mitarbeiter. *fdo, msc*

Flüchtlingskosten Länder begnügen sich

Im Streit um die Finanzierung der Flüchtlingskosten gehen Bund und Länder aufeinander zu. Die Länder rücken von ihrer Forderung ab, dass der Bund ihnen die Hälfte der Kosten für Flüchtlinge, also rund zehn Milliarden Euro, erstattet. Die Chefs der Staatskanzleien signalisierten bei einem Treffen mit Kanzleramtsminister Peter Altmaier und Haushaltsstaatssekretär Werner Gatzler am vergangenen Mittwoch, dass sie sich mit vier Milliarden Euro begnügen. Im Gegenzug will der Bund den Ländern bei einigen Forderungen entgegenkommen. So sollen die

Kosten für die Unterbringung von anerkannten Asylbewerbern künftig komplett aus dem Bundeshaushalt bezahlt werden. Dafür sind dieses Jahr 400 Millionen Euro notwendig, nächstes Jahr 900 Millionen, 2018 dann 1,3 Milliarden Euro. Zudem zeigte sich Gatzler bereit, für minderjährige Flüchtlinge ohne Begleitung statt 350 Millionen Euro rund eine Milliarde Euro zur Verfügung zu stellen. Außerdem will er den Ländern schon 2016 eine Milliarde Euro an Flüchtlingskosten erstatten, die eigentlich erst nächstes Jahr fällig würde. In der kommenden Woche wollen Kanzlerin Angela Merkel und die Ministerpräsidenten der Länder den Streit endgültig beilegen. rei



Flüchtlingskinder bei Schwimmkurs in Böblingen



BERND HARTUNG / AGENTUR FOCUS

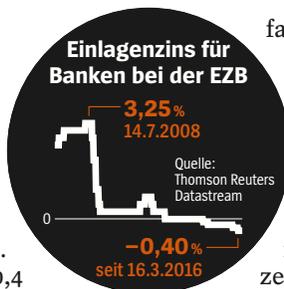
Lufthansa Druck auf die Mitarbeiter

Lufthansa-Chef Carsten Spohr drängt in allen Teilen des Konzerns auf Einsparungen. Die Arbeitnehmervertreter von rund 2000 Mitarbeitern des Triebwerksbereichs von Lufthansa Technik in Hamburg sind dabei unter besonderen Druck geraten: Wenn sie nicht einwilligen, die Lohnkosten um 25 Prozent zu senken, will das Management einen großen Überholungsauftrag an einen Ableger im Ausland vergeben. „Das Vorgehen des Lufthansa-Konzerns bei LH Technik ist beispiellos“, kritisiert Ver.di-

Verhandlungsführer Frank Hartstein. Ein Konzernsprecher entgegnet, der Auftrag könne sonst nicht kostendeckend abgewickelt werden. Deutlich weiter gediehen sind Pläne zur Streichung von mehreren Hundert Jobs in der Frachtsparte. Nach einem Beschluss des Aufsichtsrats vom Donnerstag sollen in den kommenden Jahren in der Verwaltung und Bodenabfertigung von Lufthansa Cargo mehr als 500 Arbeitsplätze wegfallen. Ein Großteil davon wird wohl über Abfindungsangebote oder Altersteilzeitverträge abgebaut, da langjährige Mitarbeiter dort weitgehend Kündigungsschutz genießen. did, gt

Die Samstagsfrage Werden die Banken Bargeld horten?

Sind die Banken jetzt völlig übergeschnappt? Das könnte man meinen, wenn man hört, dass die Commerzbank und andere Institute erwägen, große Mengen Bargeld in Tresoren zu horten. Normalerweise erhalten Banken Kundeneinlagen und reichen auf der anderen Seite Kredite aus. Überschüssige Mittel parken die Kreditinstitute über Nacht bei der Europäischen Zentralbank (EZB) und erhalten dort ebenfalls eine Verzinsung. Doch diesen Einlagenzins hat die EZB auf minus 0,4 Prozent gesenkt, die Banken müssen für die Verwahrung draufzahlen. Die EZB will sie dadurch bewegen, mehr Kredite zu vergeben. Die Geschäftsbank hat zwei Möglichkeiten, den Negativzins zu umgehen: Entweder sie verleiht tatsächlich mehr Geld – zu noch geringeren Zinsen als bisher –, oder sie hortet überschüssige Liquidität im Tresor. Mehr Kredite zu vergeben ist riskant, wenn man von einer negativen Wirtschaftsentwicklung ausgeht und das Risiko eines Kreditaus-



falls nur mit Minizinsen vergolten wird. Doch die Alternative „Tresor“ ist teuer: Für die Milliardenbeträge, um die es bei großen Instituten geht, müssten sie erhebliche Mittel für Tresore und Räume aufbringen, erst recht, weil der größte Geldschein, die 500-Euro-Note, von der EZB aus dem Verkehr gezogen wird. Hinzu kommen Ausgaben für Sicherheit, Transport und Versicherungsprämien. Bei einem Negativzins von 0,4 Prozent scheint sich der Aufwand nicht zu lohnen. In der Schweiz, wo der Einlagenzins bei minus 0,7 Prozent steht, ist es bislang nicht zu deutlich erhöhter Bargeldhaltung durch die Kreditinstitute gekommen. Banken könnten die Verluste ausgleichen, indem sie ihrerseits von ihren Kunden Zinsen auf Einlagen verlangen. Doch sie fürchten, Kunden zu verlieren. Folglich schrumpfen die Erträge der Banken aus dem Einlagengeschäft dramatisch. Das laute Nachdenken über Geldhortung ist wohl vor allem ein Notruf Richtung EZB. mhs



HARRY WEBER / DER SPIEGEL

Ein Zug nach nirgendwo

Verkehr Die Deutsche Bahn steht so schlecht da wie lange nicht. Selbst ein Wechsel an der Konzernspitze würde an der desolaten Lage kaum etwas ändern. Dafür reichen die Probleme zu tief. Die Politik müsste dem Unternehmen endlich klare Ziele setzen.

Rüdiger Grube kann das Jahr 2016 abhaken. Er hat das Wettrennen gegen die Zeit verloren – so wie im vergangenen Jahr, im vorvergangenen und eigentlich in allen Jahren seit 2009, als er Chef der Deutschen Bahn wurde.

Damals war fast jeder fünfte Fernzug verspätet – exakt waren es 17,6 Prozent. Und weil Unpünktlichkeit seit je das größte Ärgernis der Kunden ist, erklärte er den Sieg über die Uhr zu einer seiner wichtigsten Aufgaben. Heute liegt die Quote bei 21,5 Prozent.

Noch eklatanter ist das Plus bei der Verspätungszeit aller Züge. In Grubes erstem Jahr waren es 121 Millionen Minuten, im vergangenen Jahr 174 Millionen. Fast 8000 Stunden pro Tag, ein Desaster. Zumal die Bahn diesen Rückstand in den nächsten Monaten nicht aufholen kann. Im Sommer gibt es so viele Baustellen wie noch nie.

Und wie reagiert Grube? Er erklärt die Pünktlichkeit zu einer seiner wichtigsten Aufgaben und kündigt Besserung an.

Die Deutsche Bahn ist im achten Jahr von Grubes Amtszeit nicht weiter als zu

deren Beginn. Viele glauben, ihr Zustand sei heute nicht einmal besser als zu Zeiten der Bahnreform Mitte der Neunzigerjahre. „Das Unternehmen ist ein Sanierungsfall“, heißt es auf den Fluren der Bundesministerien. Weil Grube und seinem Vorstandsteam die Ausreden ausgingen, könnten sie ausnahmsweise einfach mal die Probleme anpacken, lästert ein Aufsichtsrat.

Es geht nicht nur um mangelnde Pünktlichkeit, es geht auch um einen siechenden Gütertransport, einen kaputtgesparten Personenverkehr, ein marodes Schienennetz – und um einen Konzern, der sich international verzettelt hat.

Die einstige Beamtenbahn ist heute ein global agierender Konzern, der Fahrräder in Bamberg verleiht, Busse in Serbien betreibt, Container von Los Angeles nach Shanghai schickt, eine Eisenbahnlinie in Katar baut, eine Tram im australischen Canberra plant – es aber nicht schafft, halbwegs verlässlich einen Zug zwischen zwei deutschen Städten fahren zu lassen.

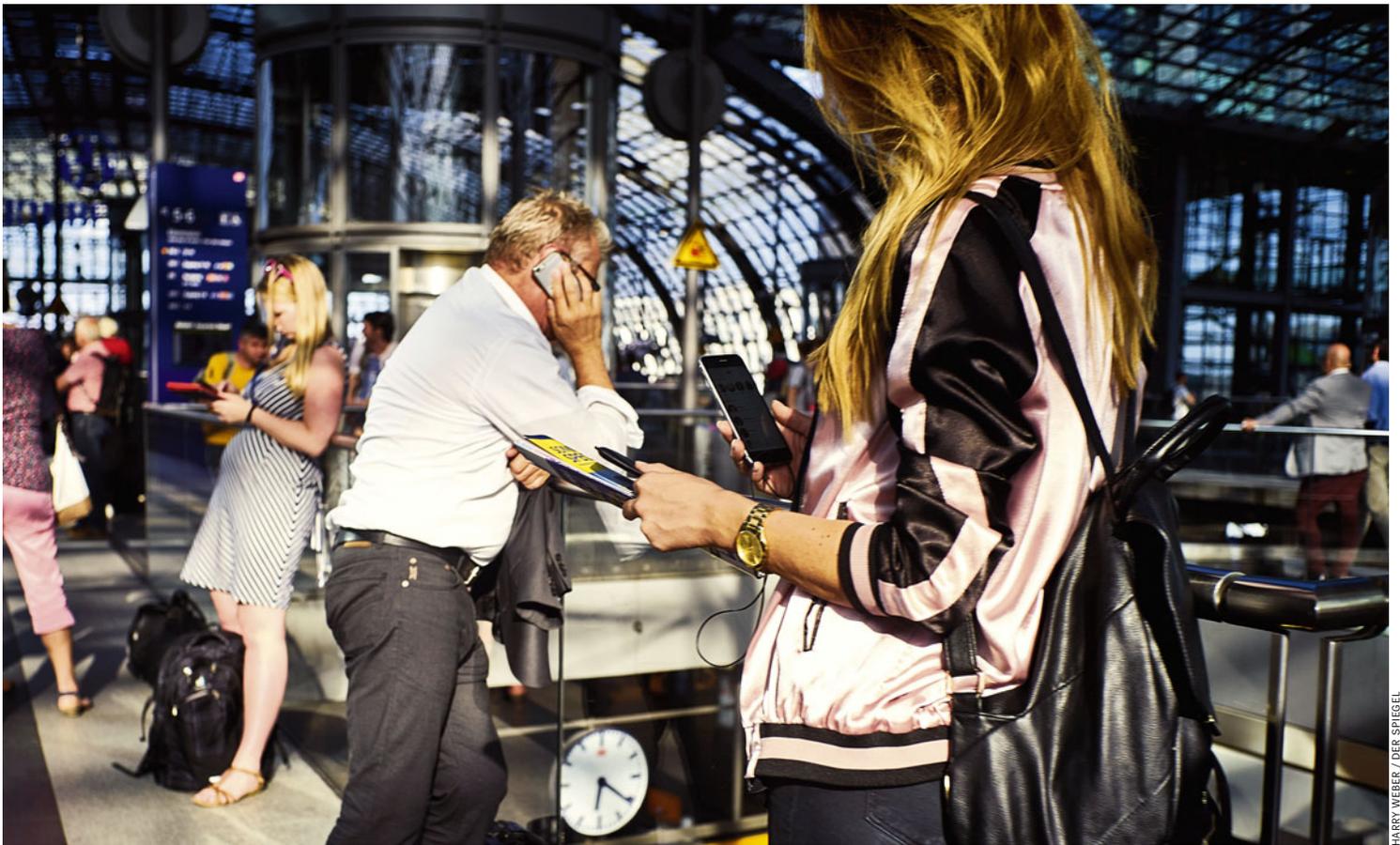
Das Chaos verdankt sich nicht purem Managerunvermögen. Es ist auch die Folge

politischen Versagens. Seit der Absage des Börsengangs im Jahr 2008 weiß niemand in Berlin mehr, was er mit der Bahn anfangen soll. Das fängt im Grundsätzlichen an: Soll sie Geld verdienen? Oder darf sie etwas kosten – und wenn ja, worin besteht ihre einzigartige Dienstleistung?

Es fehlen auch strategische Entscheidungen: In welchen Bereichen kann die Bahn ihre Vorteile in Zukunft noch ausspielen? Welchen Marktanteil im Personen- und Güterverkehr soll die Schiene haben? Und wie kann dieses Ziel erreicht werden?

Aber es gibt keine Antworten auf diese Fragen. Stattdessen wurde die Bahn totoptimiert. Kurzfristig sparte das Ausgaben, was schön für das Zahlenwerk war. Langfristig ist es fatal.

Früher gab es ausreichend Waggons, sodass kein Zug, der nicht sauber und intakt war, morgens das Depot verließ. Herumstehende Züge kosten allerdings Geld. Deshalb fährt heute fast alles durch die Gegend, was in der Bilanz steht – unabhängig davon, ob die Putztrupps nachts fertig geworden sind.



HARRY WEBER / DER SPIEGEL

Wartende am Berliner Hauptbahnhof: Ausfallende Züge, spontane Gleiswechsel, umgekehrte Wagenreihung

Früher gab es auf wichtigen Strecken Techniker in den Zügen. Trat ein Problem auf, wurde es sofort behoben. Aber es gab natürlich nicht ständig etwas zu tun. Deshalb haben die Techniker nun feste Standorte. Und es dauert oft eine ganze Weile, bis sie an einem defekten Zug eintreffen.

Früher fuhr ein Team im Speisewagen oft von Anfang bis Ende mit. Die Mitarbeiter hielten alles in Schuss. Aber die Dienstpläne waren kompliziert. Deshalb steigen die Teams heute irgendwo ein und irgendwo aus. Verantwortlich fühlen sie sich vielfach nicht mehr, wenn das Bier warm und die Kaffeemaschine kaputt ist.

Es wäre zu einfach, nur Grube für die Misere verantwortlich zu machen. Wer nach den Ursachen sucht, muss bei der Politik beginnen. Es ist Mitte April, die Sonne scheint, wenn man aus dem 21. Stockwerk des Bahntowers blickt, reicht Berlin bis zum Horizont. Die Hauptversammlung der Deutschen Bahn ist gerade zu Ende gegangen, und Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) ist übellaunig. Der Bund ist der alleinige Eigentümer des Konzerns. Angesichts eines Milliardenverlustes und des schlechtesten Ergebnisses seit 2003 versucht Dobrindt nun, sich als Aufräumer zu inszenieren.

„Es hat ein Jahresergebnis gegeben, das einen nicht zufriedenstellen kann“, sagt er. Das Ausmaß des Verlustes dürfe keine Fortsetzung finden. „Es wurden Planzahlen verfehlt, wichtige Marktentwicklungen nicht rechtzeitig erkannt und auch nicht

bearbeitet.“ Das entspreche „eindeutig nicht den Erwartungen“.

Grube, der neben Dobrindt steht und eigentlich immer, wirklich immer gut gelaunt ist, sieht für einen Moment aus wie ein Schüler, dem der Lehrer mit Sitzbleiben droht. Der logische nächste Satz wäre: „Und deshalb entbinden wir den Bahn-Chef von seinen Aufgaben.“ Doch Dobrindt sagt: „Vor dem Hintergrund dieses Ergebnisses hat Herr Dr. Grube reagiert.“ Er habe den Vorstand umgebaut und allerlei Projekte ins Leben gerufen. Der Minister sagt: „Wir wünschen ausdrücklich Erfolg.“

Dobrindts konsequenzlose Kritik folgt jenem inoffiziellen Pakt, den Politik und Konzern einst geschlossen haben. Die Politik lässt den Bahn-Chef machen. Der sorgt im Gegenzug dafür, dass sie von all dem Ärger, den die Bahn verursacht, möglichst wenig abbekommt. Diese Abmachung, die Weiterwurschteln zum wichtigsten Managementprinzip erhebt, könnte nur die Kanzlerin aufkündigen. Doch Angela Merkel hat genug andere Probleme – und interessiert sich nicht besonders für die Bahn.

Ein Staatskonzern, dessen Chef im Kanzleramt unter Artenschutz steht, kann allerdings nicht wirksam kontrolliert werden. „Wenn wir frei über Grube abstimmen dürften, wäre er seinen Job wohl los“, sagt ein Mitglied des Aufsichtsrats. „Doch die Personalie wird eben im Kanzleramt entschieden.“ Falls mal Druck abgelassen werden muss, wird jemand geopfert. Als Nächstes könnte Vizevorstandschef Volker

Kefer dran sein, der für das immer teurer werdende Milliardenprojekt Stuttgart 21 verantwortlich gemacht wird. Der Aufsichtsrat steht noch hinter ihm, doch im Unternehmen heißt es, er könnte binnen Wochen rausfliegen.

In der Regel aber führt die Bahn-Omer-tä, jene selbst auferlegte Schweigepflicht aller Beteiligten, dazu, dass niemand wirklich leiden muss, selbst dann nicht, wenn die Zahlen schlecht sind. Sie sorgt auch dafür, dass die sechs Vorstände trotz aller Probleme und eines miserablen Jahresergebnisses zuletzt rund sechs Millionen Euro kassierten. Und dass sie bei keinem Thema so hart verhandeln können wie bei ihren eigenen Bezügen – ohne einen allgemeinen Aufschrei fürchten zu müssen.

Im Aufsichtsrat herrscht heute noch die Überzeugung vor, der damalige Personenverkehrsvorstand Ulrich Homburg habe einst die Probe-Bahncard nur erfunden, weil seine variable Vergütung auch an der Zahl der verkauften Plastikkarten hing. Homburg kann das egal sein, er wurde im vergangenen Jahr mit fast 3,4 Millionen Euro abgefunden. Ein langjähriger Beobachter urteilt: „Die Bahn ist eigentlich nur ein riesiger Subventionsempfänger, aber alle machen sich die Taschen voll, als wären sie internationale Topmanager.“

Dass die Politik kein Interesse hat, an diesem Zustand etwas zu ändern, zeigt sich vor allem im Verkehrsministerium. Dort gab es früher eine Abteilung „Eisenbahnen“, in der versierte Beamte saßen. Heute geht die Bahn im Organigramm in der Ab-

teilung „Landverkehr“ unter. Selbst Ministeriale gestehen, sie würden das Unternehmen bestenfalls als Fahrgäste kennen.

Wer wissen will, wie eine Trendwende gelingen kann, muss bis nach Bern reisen. Peter Füglistaler ist im komplizierten Schweizer System so etwas wie der Verkehrsminister. Er hat ein Büro in einem Gebäude, das wie ein moderner Uni-Campus wirkt – viel Holz, viel Glas, viel Grün.

Zwanglos referiert Füglistaler über die Renaissance der Eisenbahn in seiner Heimat. Es ist noch keine Ewigkeit her, da war die Lage der staatlichen SBB genauso trostlos wie jene der damaligen Bundesbahn. Heute ist das Verkehrsmittel in kaum einem Land so beliebt. Füglistaler sagt, es sei ganz einfach: „Bei uns hatte die Politik ein schlüssiges Konzept für die Bahn, und die Bevölkerung war bereit, genügend Geld dafür lockerzumachen.“ Seit Ende der Achtzigerjahre wurde das Schweizer Schienennetz für rund 25 Milliarden Euro ausgebaut – auf Deutschland übertragen entspräche dies über 150 Milliarden Euro. Tatsächlich ist nur ein Bruchteil in den Aus- und Neubau von Strecken geflossen.

Die Schweiz hat nicht nur deutlich mehr Geld ausgegeben, sondern die Mittel auch gezielter investiert. Am Anfang stand die Frage: Welches Angebot soll es bei der Bahn geben? So entstand der Taktfahrplan, nach dem die Züge in wichtigen Knoten wie Zürich und Bern jede Stunde zur gleichen Minute ankommen oder losfahren.

Im Umkehrschluss bedeutete dies, dass ein Zug zwischen Zürich und Bern auch knapp 60 Minuten brauchen durfte. Deshalb wurde eine ursprünglich geplante, sehr teure Hochgeschwindigkeitsstrecke, mit der die Fahrtzeit auf etwa 40 Minuten geschrumpft wäre, zusammengestutzt. Es reichte, dass der Zug die Strecke in knapp unter einer Stunde schafft. „Das Geld, das wir dort gespart haben, konnten wir sinnvoller ausgeben“, sagt Füglistaler.

Inzwischen baut die Schweiz das Netz aus, um 2030 einen Viertelstundentakt zwischen den größten Städten zu ermöglichen. Und die Politik legt regelmäßig mit der SBB konkrete Ziele fest. Pünktlich, sauber, sicher soll die Schweizer Bahn sein. Und wenn das Geld kostet, kostet es eben Geld.

Der Bundesverkehrswegeplan 2030 wäre eine Chance gewesen, einen Hauch von Schweiz nach Deutschland zu holen. Rund alle 15 Jahre legt der Bund darin fest, welche Verkehrsprojekte realisiert werden. Was in diesem Masterplan nicht ganz oben steht, wird nicht umgesetzt. Ursprünglich sollte der Verkehrswegeplan ein Schritt zum Deutschland-Takt 2030 sein. Doch von gezielten Investitionen für ein möglichst attraktives Angebot ist kaum etwas übrig. Vielmehr ist der Plan eine uninspirierte Fortschreibung der Flickschusterei. An der Überlastung des Netzes wird er wenig ändern.

Noch immer dominieren in Deutschland Prestigeprojekte wie Stuttgart 21, die bestenfalls eine regionale Bedeutung haben. Für die in Stuttgart verbuddelten Milliarden ließen sich uralte Stellwerke erneuern und wichtige Bahnknoten wie Hamburg, München und Köln ausbauen – also jene Stellen, in denen viele Verspätungen entstehen. Seit rund 20 Jahren wird in München über eine sogenannte zweite Stammstrecke diskutiert – ohne konkretes Ergebnis. Seit Langem ist bekannt, dass am Kölner Hauptbahnhof viele Züge verspätet abfahren, weil Gleise fehlen – ohne Folgen.

Nicht nur der Ausbau der Engstellen scheitert am vermeintlich fehlenden Geld. Das gilt auch für jene minimalinvasiven Eingriffe, mit denen die Bahn wettbewerbsfähiger werden könnte. Viele Zugverbindungen sind vor allem deshalb unattraktiv, weil kaum ein Land der Welt so viel Mischverkehr hat: Fern-, Regional- und Güterverkehr nutzen dieselben Gleise – und manchmal kreuzt sogar noch die S-Bahn.

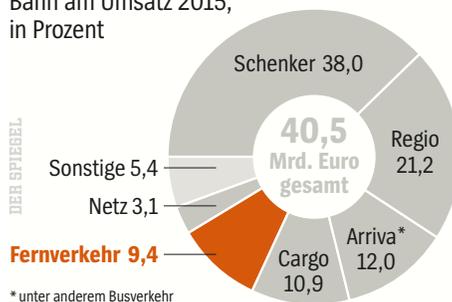
ICEs sind auf vielen Strecken mit angezogener Bremse unterwegs, um nicht ständig auf den langsameren Regionalverkehr aufzufahren. Gäbe es ausreichend Überholmöglichkeiten, könnte ein ICE zwischen Berlin und Köln locker eine halbe Stunde schneller sein. Mit gut dreieinhalb Stunden wäre er eine attraktivere Alternative zu Flugzeug und Fernbus. Heute ist er weder das eine noch das andere: Er ist deutlich langsamer als der oft sogar billigere Flieger, aber nur unwesentlich schneller als der fast immer günstigere Bus.

Diesen Mangel versucht die Bahn mit Aktionismus zu beheben. Um den Rückgang bei den Fahrgästen zu stoppen, wirft sie mehr Billigtickets auf den Markt denn je. In den ersten Monaten des Jahres stieg die Zahl der Passagiere in den ICEs und ICs dadurch um fast zehn Prozent. Es ist absehbar, dass es 2016 einen Passagierrekord im Fernverkehr geben wird.

Der Superlativ ist teuer erkaufte. Die Erfahrung lehrt, dass sich hohe Preise nicht mehr durchsetzen lassen, wenn die Kunden erst einmal an niedrige gewöhnt sind. So kehrt sich der Boom von heute in den Fluch von morgen um.

Das bisschen Fernverkehr

Anteil der Geschäftsfelder der Deutschen Bahn am Umsatz 2015, in Prozent



Selbst das, was die Bahn als zukunftsweisenden Plan verkauft, offenbart Hilflosigkeit. Glaubt man der offiziellen Darstellung, soll das Fernverkehrskonzept 2030 für die langfristige Wiederaufrechterhaltung von ICEs und ICs sorgen. Von der „größten Kundenoffensive“ in der Geschichte des Konzerns spricht Grube.

Künftig soll wieder an jeder zweiten Milchkanne ein ICE oder IC halten – eine Wende um 180 Grad. Seit der Bahnreform hatte sich das Unternehmen aus kleinen Städten zurückgezogen oder Verbindungen gekappt. Weniger, um die Menschen dort zu peinigen, sondern weil die schlecht ausgelasteten Strecken Geld kosteten. Der Konzern muss den Fernverkehr in der Regel so betreiben, dass er sich selbst trägt. Das bedeutet, er kann nur in begrenztem Umfang defizitäre Strecken bedienen.

Allerdings lässt sich das Problem, dass Verbindungen unwirtschaftlich sind, nicht wegzaubern. „Eine Strecke, die wir dichtgemacht haben, weil sie uns Geld gekostet hat, wird auch künftig keine schwarzen Zahlen schreiben“, sagt ein Bahner.

Ein ehrliches Konzept hätte offengelegt, dass im Zweifel der Steuerzahler die Ausweitung des Angebots bezahlen soll. Allerdings hätte sich Grube dafür von seinem Wunsch lossagen müssen, es immer allen recht zu machen und keinen Ärger zu riskieren. Und Konzern und Politik hätten sich vom größten Mythos der Privatisierung verabschieden müssen: dass sich Schienenverkehr so profitabel betreiben lässt wie das Abfüllen von Coladosen.

In Wahrheit ist die Branche von jeher einer der größten Subventionsempfänger des Landes. Weit über drei Milliarden Euro pro Jahr kostet allein der Unterhalt des Schienennetzes. Und mit weiteren acht Milliarden Euro jährlich wird der Regionalverkehr gepöppelt. Diese Summen sind an sich kein Problem, schließlich ist der Schienenverkehr in fast allen Staaten defizitär. Problematisch ist vielmehr, dass die Geldströme stets verschleiert werden.

Ein bisschen das Geld hin und her schieben, wird schon niemand merken – so hatte sich die Bahn ursprünglich wohl auch die Zukunft des Fernverkehrs vorgestellt. Weil es den Controllern des Konzerns für viele neue Strecken nicht gelang, ein tragfähiges Geschäftsmodell zu berechnen, hätte die Deutsche Bahn gern Mittel für den Fernverkehr abgeknipst, die eigentlich für den Regionalverkehr vorgesehen sind. Dass der Konzern davon erst einmal Abstand genommen hat, liegt auch daran, dass subventionierte Strecken wohl ausgeschrieben werden müssten. Dann könnten sich auch andere Anbieter bewerben.

Trotzdem ist bislang völlig unklar, wie die Bahn die Ausweitung des Fernverkehrs finanzieren will. Angesichts der zahlreichen Unwägbarkeiten gleicht Grubes Kon-



zept einem Wolkenkuckucksheim. Ein Beteiligter sagt: „Jeder, der sich ein bisschen auskennt, weiß, dass der Plan so nie Realität wird.“ Doch niemand spricht das laut aus. Weil niemand etwas davon hätte.

Es gibt Probleme, die Bahnkunden kennen: ausfallende Züge, spontane Gleiswechsel, umgekehrte Wagenreihung. Es gibt aber auch unzählige Probleme, die nicht im Licht der Öffentlichkeit stehen, die aber genauso bedeutend sind. Etwa der Güterverkehr auf der Schiene.

Dass bald Lkw-Kolonnen über Autobahnen fahren, die weitgehend autonom gesteuert sind, ist längst keine Utopie mehr. Es gäbe dann noch Güterzüge, sie würden aber auf der Straße fahren. Auch ohne diese Bedrohung kämpft die Branche schon jetzt um ihre Existenz.

Ein Besuch bei Christian Kuhn wirkt zunächst wie eine Reise in die alte Bundesrepublik. Der Chef der Neusser Rheincargo serviert Filterkaffee, auf der Toilettentür klebt ein Warnhinweis „Maximale Aufenthaltsdauer: eine Tageszeitung“, und wenn draußen ein Güterzug vorfährt, zittert das ganze Gebäude. „In einer normalen Branche kann man seinen Job gut oder schlecht machen“, sagt Kuhn. „Wer ihn schlecht macht, verschwindet vom Markt.“ Im Schienengüterverkehr hänge der Erfolg nicht nur von der eigenen Leistung ab. „Die meisten Anbieter kämpfen mit Problemen, weil sich die Rahmenbedingungen in den vergangenen fünf Jahren deutlich verschlechtert haben.“

Der größte Konkurrent der Bahn, der Lkw, ist wettbewerbsfähig wie lange nicht. Das liegt vor allem am niedrigen Dieselpreis und einer Maut, die zuletzt sogar gesunken ist. Zudem nutzt die Deutsche Bahn gnadenlos aus, dass ihr die Infrastruktur gehört: Jahr für Jahr erhöht sie die Gebühren für die Benutzung des gut 33 000 Kilometer langen Netzes um zwei bis drei Prozent – ohne dass es leistungsfähiger würde. Für den Staatskonzern und seine Güterverkehrstochter DB Cargo ist das ein „Linke Tasche, rechte Tasche“-Geschäft. Für andere Anbieter wie Rheincargo sind es zusätzliche Kosten, die sie meist nicht weitergeben können. „99,8 Prozent des Schienengüterverkehrs machen im Moment Verlust“, schätzt ein Insider.

Seit Jahren geht die Menge der auf der Schiene bewegten Güter zurück. 2015 waren es so wenige wie Ende der Sechzigerjahre. Im gleichen Zeitraum hat sich das Volumen der auf der Straße transportierten Güter vervielfacht. Angesichts der trüben Rahmenbedingungen ist von der einst gepriesenen Privatisierung des Güterverkehrs auf der Schiene nicht viel übrig geblieben. Zwar haben die sogenannten privaten Anbieter einen Marktanteil von rund einem Drittel – die meisten sind aber inzwischen in der Hand ausländischer Staatsbahnen. Zumal der Platzhirsch DB



Fahrgast in Berlin, ICE-Speisewagen: Warmes Bier und kaputte Kaffeemaschinen

Cargo laut Konkurrenten den Markt mit Dumpingpreisen kaputtmacht. Als Bahntochter kann das Unternehmen nicht pleitegehen, die Verluste werden vom Steuerzahler getragen. DB Cargo selbst leidet darunter, dass unklar ist, welchen Auftrag die Firma eigentlich hat. Sie ist zwischen zwei Polen hin- und hergerissen. Mal soll sie privatwirtschaftlich operieren und möglichst hohe Gewinne machen, mal als Staatsbetrieb alle Unternehmen der Republik beglücken. Beides zu erreichen ist genauso unmöglich, wie ein teures Smartphone zu produzieren, das sich jeder leisten kann.

„Wer bin ich? Und wenn ja, wie viele?“ – diese Identitätskrise durchzieht den gesamten Konzern. Ob der Fernverkehr möglichst profitabel sein soll oder als öffentliche Daseinsvorsorge gilt, ist genauso unklar wie die Antwort auf die Frage, ob das Schienennetz dazu da ist, den Gewinn zu maximieren oder durch niedrigere Trassenpreise für viel Wettbewerb zu sorgen.

Deshalb gehen Sanierungsgeschichten bei der Bahn meistens so aus wie bei DB Cargo: Als das vorige Geschäftsjahr mal wieder im Desaster endete, sollte ursprünglich ein Drittel der 1500 Güterverkehrsstellen auf den Prüfstand gestellt werden. Das klang nach harter Sanierung. Doch die Arbeitnehmervertreter jaulten, und viele Politiker krakeelten. Nun sollen nur rund 200 Stationen schließen. Zu wenige, da sind sich intern die meisten einig, um langfristig schwarze Zahlen zu schreiben.

So werden Probleme nicht gelöst, sondern verschleppt. Diese Managementmethode hat beim Traditionsunternehmen Deutsche Bahn eine lange Tradition. Kein Wunder, dass die Fortschritte zumeist mickrig sind – und oft nicht einmal erkennbar. So wie beim Thema Pünktlichkeit.

Es war ein gewisser Heinz Dürr, erster Chef der Deutschen Bahn AG, der vor genau 20 Jahren einen „Generalbevollmächtigten für Qualität und Fahrbetrieb“ installierte. Seine wichtigste Aufgabe: Verspätungen reduzieren. Dürrs Nachfolger, der Beamte Johannes Ludewig, wollte sich ebenfalls als kundenfreundlicher Manager profilieren. Ende der Neunzigerjahre ließ er Pünktlichkeitsanzeiger an den Bahnhöfen installieren – verbunden mit dem Hinweis, der Konzern meine es „sehr ernst mit dem Thema“. Die Pünktlichkeitsanzeiger verschwanden genauso wie der brave Ludewig. Auf ihn folgte Hartmut Mehdorn, dessen Berufsleben ein ewiger Kampf war. Also ließ er die Öffentlichkeit wissen: „Wir kämpfen gegen jede Verspätung.“

Diesen Kampf hat Mehdorn klar verloren. Dafür schuf er ein Bahnreich von Santiago de Chile bis Shanghai, in dem die Sonne niemals untergeht – und damit das Problem, unter dem die Deutsche Bahn noch heute leidet: ihrem globalen Größenwahn. Im Konzern erzählt man sich gern

die Anekdote, wie Mehdorn einst an der Skyline von Hongkong entlangschipperte, die Logos diverser Weltkonzerne bestaunte und voller Neid sagte: „Das Einzige, was hier noch fehlt, ist das DB-Logo.“

Heute erzielt die Bahn fast die Hälfte ihrer rund 40 Milliarden Euro Umsatz im Ausland. Gerade einmal jeder zweite der über 300 000 Mitarbeiter hat noch etwas mit dem eigentlichen Kerngeschäft, der Eisenbahn in Deutschland, zu tun. Wenn ein Unternehmen in einem zukunftsträchtigen Markt agiert und sein Kerngeschäft beherrscht, kann es auch in andere Bereiche expandieren. Schwierig wird es, wenn die Erweiterung des Portfolios erfolgt, obwohl es im Kerngeschäft nicht rundläuft. Dann ist das Neue eine Flucht vor dem Alten – mit verheerenden Folgen. „Wenn man als Bahnchef mental in der Weltliga spielt, ist man weit weg von all den kleinen Problemen des Alltags“, sagt der frühere Chef der Schweizerischen Bundesbahn, Benedikt Weibel.

Deshalb ist die Geschichte von den Problemen der Deutschen Bahn auch eine Geschichte von Hybris. Altgediente Bahner haben all die Oberchefs und anderen Vorstände, die kamen, stets gewarnt, die Komplexität der Aufgabe nicht zu unterschätzen.

Schließlich wissen sie aus Erfahrung, dass die Bahn operativ wahrscheinlich das anspruchsvollste Verkehrsmittel ist. Jeden Tag gibt es unzählige Störungen. Bleibt irgendwo ein Zug liegen, sind die Auswir-

kungen oft noch Hunderte Kilometer entfernt zu spüren. Außerdem wird die Infrastruktur rund um die Uhr genutzt, was das System noch anfälliger macht.

Die Komplexität der Bahn hat auch Grube lange nicht wahrhaben wollen. Da war es nur folgerichtig, dass er zunächst versprach, das Unternehmen werde den „besten Service der Welt“ erbringen, und ihm später eine Strategie verordnete, die so allgemein war, dass sie auch für die Deutsche Bank oder das Maggi Kochstudio gepasst hätte: Bis 2020 soll die Bahn profitabler Marktführer werden, zu den zehn besten Arbeitgebern gehören und sich zum Umweltvorreiter mausern. Von spezifischen Anforderungen war nirgends die Rede.

All die Fehler der Vergangenheit, ob von Grube oder seinen Vorgängern, sollen nun durch zwei Projekte behoben werden: einen langfristigen Konzernumbau und die kurzfristige Teilprivatisierung der beiden Töchter DB Arriva und DB Schenker.

Bis zu 45 Prozent des Busbetreibers und des Logistikers will der Konzern an die Börse bringen. Grube hofft auf 4,5 Milliarden Euro, um die dramatisch steigende Verschuldung begrenzen zu können. Eine Strategie steckt nicht dahinter, vielmehr ist es eine Notoperation. Ursprünglich, so ist in Finanzkreisen zu hören, suchte die Bahn Großinvestoren für Arriva und Schenker. Doch die Begeisterung der potenziellen Käufer hielt sich in Grenzen.

Möglichst schnell Geld zu besorgen ist das eine. Grubes anderes Projekt heißt „Zukunft Bahn“. Der Chef feiert es bereits als „den größten Konzernumbau in der Geschichte der Deutschen Bahn“. Dabei ist der Gedanke hinter „Zukunft Bahn“ so simpel, dass sich vor allem die Frage stellt, warum erst jetzt jemand darauf gekommen ist. Bislang getrennte und oftmals konkurrierende Bereiche wie der Personenverkehr und das Schienennetz sollen im Interesse der Kunden zusammenarbeiten. Auch das ist bislang nur ein Versprechen.

Ende März machte die Nachricht die Runde, die Bahn wolle die Strecke zwischen Hannover und Kassel für zwei Wochen sperren. Der Aufschrei war groß. Die ICE-Trasse ist eine der wichtigsten im Land. Doch der Konzern reagierte auf die öffentliche Unruhe mit innerer Gelassenheit: Es gab weder eine Bestätigung noch ein Dementi. Nicht eine, nicht zwei, nicht drei, sondern über 24 Stunden lang passierte nichts. Dann hieß es lapidar: Ja, stimmt.

Das war selbst für Bahnverhältnisse eine außerordentliche Verspätung. Sven Böll

Mail: sven.boell@spiegel.de, Twitter: @SvenBoell

Please go



... weil Rosamunde Pilcher den ganzen Landstrich Cornwall ohnehin unbesuchbar gemacht hat.

... because Rosamunde Pilcher has made entire swaths of the Cornish countryside unvisitable anyway.



Video-Analyse:
Das größte Problem der Bahn



spiegel.de/sp242016bahn
 oder in der App DER SPIEGEL

Elf Zeilen Verrat

Freihandel Die EU-Länder wollten das Abkommen mit Kanada gegen den Willen der EU von ihren Parlamenten ratifizieren lassen. Nun bröckelt die Einheit.

Für Minister Sigmar Gabriel und sein Bundeswirtschaftsministerium ist die Sache schon seit zwei Jahren zweifelsfrei: Ceta, das kurz vor der Verabschiedung stehende Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada, wird den Parlamenten der 28 Mitgliedstaaten zur Abstimmung vorgelegt. Das versprach Gabriel immer wieder, damit hielt er die Freihandelsgegner in Schach, die fürchten, dass die Europäische Kommission den Vertrag ohne Mitsprache der Länderparlamente in Kraft setzen will.

Gabriel hatte Grund, daran zu glauben. Mehrere Rechtsgutachten bestätigten die Einschätzung, dass Ceta ein sogenanntes gemischtes Abkommen sei. Damit müssten alle Teile, die nicht in die alleinige Kompetenz der EU fallen, automatisch nicht nur vom EU-Parlament, sondern auch von den Parlamenten der Mitgliedstaaten ratifiziert werden.

Auch das letzte Treffen der EU-Handelsminister am 13. Mai in Brüssel wiegte den Bundeswirtschaftsminister in Sicherheit. 18 Mitgliedstaaten sprachen sich dafür aus, Ceta als gemischt zu deklarieren. Kein Land war dagegen. Unterstützt wurden sie vom juristischen Dienst des Rates, der daran erinnerte, dass das Verhandlungsmandat von Anfang an ein gemischtes Abkommen vorsah. Das geht aus dem Sitzungsprotokoll hervor.

Die EU-Kommission hatte eine andere Rechtsauffassung. Sie sieht die Zuständigkeiten der Länder kaum tangiert und möchte Ceta als „EU-only“ abschließen. Dadurch müsste sie nur das EU-Parlament darüber abstimmen lassen, nicht aber den risikoreichen und langwierigen Weg über die Länderparlamente gehen.

Die Handelsminister ließ das kalt. Sie wussten: Selbst wenn die Kommission einen EU-only-Entwurf einbringt, können die Minister im Schulterschluss ein gemischtes Abkommen durchsetzen – solange sie einstimmig dafür votieren.

An dieser Einstimmigkeit gab es zumindest in Deutschland keinen Zweifel. „Alle EU-Mitgliedstaaten haben sich mehrfach dafür ausgesprochen, dass sie Ceta als gemischtes Abkommen sehen“, teilt das Bun-



Wirtschaftsminister Gabriel: Kampfansage an die Mitgliedsländer

deswirtschaftsministerium mit. „Der Rat hat es also in der Hand zu bestimmen, dass es sich um ein gemischtes Abkommen handelt und somit letztlich auch der deutsche Bundestag zustimmen muss.“ Doch nun könnte alles anders kommen.

Am 27. Mai schrieb der italienische Wirtschaftsminister Carlo Calenda einen Brief an EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und dessen Handelskommissarin Cecilia Malmström. Elf Zeilen, die das Potenzial haben, die EU in eine weitere Krise zu stürzen.

In dem Schreiben, das der SPIEGEL einsehen konnte, kündigt Italien an, die Kommission zu unterstützen, falls sie Ceta als EU-only einbringen will. Was bedeutet: Es gibt im Rat keine Einstimmigkeit mehr, um ein gemischtes Abkommen durchzusetzen. Den Handelsministern bliebe nur, dem EU-Vorschlag die notwendige qualifizierte Mehrheit zu verweigern. Kommt es zu keiner Einigung, gibt es keinen Beschluss – und kein Freihandelsabkommen.

Zieht die Kommission ihre EU-only-Vorhaben durch, gleicht das einer Kampfansage an die Mitgliedsländer. Doch möglicherweise setzt Brüssel alles auf eine Karte, um Ceta zu retten, das als Blaupause für das noch umstrittenere TTIP, das Freihandelsabkommen mit den USA, gilt.

Die Kommission fürchtet die Abstimmung durch die Länder, denn wenn nur eines nicht mitspielt, ist der Vertrag gescheitert. Und sie fürchtet sich zu Recht: Am Dienstag hat das erste nationale Parlament, die luxemburgische Kammer, ihre Regierung fast einstimmig aufgefordert, Ceta erst einmal nicht zuzustimmen.

Andererseits erhielt die Kommission auf der letzten Handelsministerrunde breite Unterstützung für das in Ceta erreichte Verhandlungsergebnis. Acht Mitgliedstaaten

forderten, dass es so rasch wie möglich in Kraft tritt und praktiziert werden kann. Ob die Länder der vorläufigen Anwendung zustimmen müssen, ist noch strittig, doch die allgemeine Zustimmung zu Ceta ist breit. Auch Gabriel ist spürbar stolz, dass es ihm gelungen ist, eine Änderung des Investitionsschutzkapitels durchzusetzen.

Möglicherweise wird die EU dieses Momentum nutzen, um die Länder zu disziplinieren: Entweder sie stimmen zu, auch wenn die heimischen Parlamente nicht gefragt werden, oder Ceta scheitert. Und dann wohl auch TTIP.

Man sollte meinen, dass sich die Länder diesem Entmündigungsversuch gelassen entziehen. Doch es ist genau diese Angst, die Italien treibt: Fällt Ceta durch, würde das die EU-Handelspolitik und die Glaubwürdigkeit der EU schwer beschädigen, heißt es sinngemäß in dem Schreiben an Juncker und Malmström.

Brüssel will sich weder zu dem Brief noch zum geplanten Vorgehen äußern. Der karge Kommentar: „Die Kommission wird dem Rat noch vor der Sommerpause einen Vorschlag zur Unterzeichnung und zur Ratifizierung von Ceta machen.“ Geplant ist derzeit der 4. Juli.

Bis dahin ist Powerplay angesagt. Die Länder dürften versuchen, Italien einzufangen; die EU wird versuchen, Länder, die Ceta unbedingt wollen, zu gewinnen.

In der letzten Ministerrunde warnte Deutschland vor einem dramatischen Akzeptanzverlust für die Handelspolitik, falls die nationalen Parlamente nicht mitentscheiden dürften. Für Minister Gabriel wäre das persönlich fatal. Er stünde bestenfalls als eine schwache Figur da, die sich von Brüssel über den Tisch ziehen lässt. Nicht gut, im Jahr vor der nächsten Wahl.

Michaela Schießl



Gift für die Marke

Chemie Bayers damaliger Chef Marijn Dekkers ging vorzeitig, weil er die Übernahme des US-Konzerns Monsanto nicht wollte. Sein Nachfolger führt das Unternehmen in ein Abenteuer.

IMAGEROKER / STIERMANN

Kurz bevor Werner Baumann am 1. Mai die Macht beim Chemie- und Pharmakonzern Bayer übernahm, teilte er den Aktionären und Journalisten mit, womit man bei ihm zu rechnen habe: mit Kontinuität. „Bayer wird sich nicht radikal ändern, es bleibt bei Evolution statt Revolution.“ Er strebe keinen fundamentalen Kurswechsel an.

Die Investoren waren erleichtert. Der Neue würde nicht rütteln an der Erfolgsstrategie seines Vorgängers Marijn Dekkers, der Bayer auf den Feldern Gesundheit, Pharma und Agrochemie neu positioniert und zum vorübergehend wertvollsten Unternehmen Deutschlands gemacht hatte.

Zehn Tage nach Baumanns Amtsantritt begann die Revolution. Der neue Bayer-Chef gab ein Milliardenangebot ausgerechnet für einen Konzern ab, der weltweit als Symbol für das Böse im Kapitalismus gilt: den US-Gentechnik- und Pestizidgiganten Monsanto.

Das Unternehmen aus St. Louis ist berüchtigt für sein Geschäftsgebaren, das Bauern rund um den Globus in Abhängigkeit von dessen Saatgut und den dazugehörigen Pestiziden treibt. Monsanto ist Entwickler von Glyphosat, dem am weitesten verbreiteten und umstrittensten Unkrautvernichtungsmittel der Welt, das unter Verdacht steht, Krebs auszulösen. Monsanto lud jahrzehntlang die Nebenprodukte der Chemikalie PCB auf der Müllhalde seiner Fabrik in Anniston, Alabama, ab und vergiftete die Bevölkerung. Monsanto war auch an der Produktion des chemischen Entlaubungsmittels Agent Orange für die US-Armee beteiligt.

Monsanto ist, kurz, der Lord Voldemort der Weltwirtschaft. Und ausgerechnet die-

sen dunklen Magier will sich Bayer nun für mindestens 55 Milliarden Euro und notfalls durch eine feindliche Übernahme einverleiben, um zum weltgrößten Hersteller von gentechnisch verändertem Saatgut und Pflanzenschutzmitteln aufzusteigen.

„Wir lindern mit Monsanto den Hunger“, verteidigt Baumann den Deal, der, wenn er klappt, eine der teuersten Übernahmen der deutschen Wirtschaftsgeschichte sein wird. Und der, wenn alles glattläuft, für Bayer sehr lukrativ sein kann und für Baumann der Beweis wäre, dass er kann, woran so viele vor ihm gescheitert sind: eine globale Fusion nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis gut aussehen zu lassen.

Doch erst einmal hat Baumann den Traditionskonzern aus Leverkusen in ein halbrecherisches Abenteuer gestürzt. Eines, das nicht nur das Image gefährdet, sondern möglicherweise sogar die Unabhängigkeit der Bayer AG mit ihren über 100 000 Mitarbeitern bedroht.

In den Planungsstaben der Konzernzentrale analysieren Berater und angeheuerte Investmentbanker die unterschiedlichen Szenarien. Sie fürchten, dass ein internationaler Pharmariese wie Pfizer sich mit Monsanto verbünden und zum Gegenschlag ausholen könnte. Gemeinsam wären sie in der Lage, Bayer zu übernehmen und in seine Einzelteile zu zerlegen.

Das Spiel steht auf der Kippe. Seit dem Bekanntwerden der Übernahmepläne verlor Bayer zeitweise bis zu zwölf Milliarden Euro an Börsenwert. Die Schwäche könnte Monsanto ausnutzen. Hugh Grant, der selbstbewusste Chef des Gentechnikriesen aus Missouri, will sich nur ungern über-

Getreidefeld in Niedersachsen

„Wir lindern den Hunger“

nehmen lassen und wenn überhaupt, seine Haut teuer verkaufen. Seine erste Attacke: Er nutzte gleich die erste Gelegenheit, die vertraulichen Gespräche mit dem Bayer-Management per Mitteilung an die Aktionäre öffentlich zu machen, moniert ein Bayer-Aufsichtsrat.

Baumann, der Revoluzzer, befindet sich in Erklärungsnot. Er argumentiert, dass Bayer angesichts zahlreicher Fusionen und Aufkäufe im Pharma- und Saatgutgeschäft zum Handeln gezwungen worden sei, um nicht selbst Opfer einer Übernahme zu werden.

Nach dem ersten Übernahmegetöse werden im Konzern und bei den Aktionären nun viele nachdenklich. Sie fragen, ob der Plan bei Bayer tatsächlich so einhellig befürwortet wurde, wie das Unternehmen behauptet. Und daran gibt es Zweifel.

Der vorzeitige Abgang von Baumann-Vorgänger Marijn Dekkers wirkt jetzt verdächtig. Hatte er Kenntnis von der strategischen 180-Grad-Wende und wollte sie nicht mittragen? War seine Demission ein stiller Protest?

Tatsächlich wusste der gebürtige Niederländer mit US-Pass von den Plänen seines Strategievorstands, Monsanto kaufen zu wollen, um damit die Agrarsparte zu stärken. Doch Dekkers fand den Monsanto-Deal zu riskant. Er warnte den Aufsichtsratsvorsitzenden Werner Wenning. Der wiegelte jedoch ab und schlug sich auf die Seite seines Protegés und ehemaligen Assistenten Baumann.

Im Konzern werden die beiden, die sich aus kleinen Verhältnissen bei Bayer hochgearbeitet haben, nur noch der „große und der kleine Werner“ genannt. Eine enge Verbindung, gegen die selbst Erfolgsmann Dekkers offenbar machtlos war.

Zwischen Dekkers und Baumann hingegen kam es immer öfter zu Konflikten. Manchmal ging es dabei um Kleinigkeiten wie die Imagebroschüre, mit der Dekkers sein Konzept vom Life-Science-Konzern der Öffentlichkeit vorstellen wollte. Die Monsanto-Idee führte dann zur Eskalation. Dekkers wollte sich von der Baumann-Truppe nicht für einen Deal vereinnahmen lassen, von dem er selbst nicht viel hält. Er sah die großen Schwierigkeiten einer Übernahme und glaubte, dass ein Gebot bei den eigenen Aktionären nicht gut ankommen würde.

Und so schied Dekkers Ende April vorzeitig aus dem Unternehmen aus. Immerhin war es ihm gelungen, das Thema Monsanto bis dahin aus den Beschlussvorlagen des Vorstands herauszuhalten.

Noch ist nicht entschieden, ob Baumann am Ende mit seiner hoch riskanten Strategie erfolgreich sein wird. Doch derzeit spricht einiges dafür, dass Dekkers mit seiner Prognose richtigliegt.

Punkt eins: Die Aktionäre fühlen sich betrogen. Sie haben in den Konzern investiert, weil sie Bayer unter Dekkers' Leitung eine vielversprechende Zukunft in der Pharmabranche zutrauten. Mit Produkten wie dem Blutermedikament Kogenate, dem Krebsmittel Nexavar oder dem Blutverdünner Xarelto gelangen dem Unternehmen milliardenschwere Umsätze. Die Agrarsparte, die durch den Zukauf massiv aufgebaut wurde, ist zwar risikoloser, aber weit weniger ertragreich.

Punkt zwei: die Finanzierung. Schon jetzt ist absehbar, dass die 122 Dollar, mit denen Baumann den Monsanto-Aktionären einen Verkauf ihrer Aktien schmackhaft machen wollte, nicht ausreichen werden. Die US-Anleger reagieren kaum auf die Offerte. Sie rechnen mit einem Scheitern des Deals.

Damit müsste Baumann das Angebot erhöhen. Doch viel Spielraum bleibt ihm nicht. Das von der Hauptversammlung genehmigte Kapital reicht nach Berechnungen der Gegenseite bei gegenwärtigen Kursen für eine Offerte von vielleicht 140 Dollar. Will der neue Bayer-Chef darüber hinaus gehen, muss er mehr Schulden machen oder seine Aktionäre auf einer außerordentlichen Hauptversammlung

um Erlaubnis fragen. Ob die mehr Geld lockermachen, ist fraglich. Viele, die auf Dekkers' Pharmastrategie gesetzt haben, fürchten, dass sich Bayer nach dem Monsanto-Kauf die kostspieligen Tests für die Weiterentwicklung neuer Medikamente nicht mehr leisten wird. Das Management beteuert das Gegenteil. Doch deren Versprechungen wiegen dieser Tage nicht viel.

Punkt drei: Bayers Offerte fällt mitten in eine leidenschaftlich geführte Debatte um die Wiederezulassung des weltweit meistgenutzten Herbizids Glyphosat in der EU. Die Kommission wollte den von Monsanto entwickelten Unkrautvernichter für weitere 18 Monate zulassen, bis ein endgültiges Gutachten vorliegt. Vergangenen Montag gab es von den Mitgliedstaaten dafür kein grünes Licht. Jetzt ist die Kommission wieder am Zug. Für Monsanto wird das Verfahren zur Zitterpartie.

Punkt vier: Die Übernahmeschlacht platzt mitten in den US-Präsidentenwahlkampf. Die Frage, ob der größte einheimische Saatguthersteller verkauft wird und man sich in puncto Nahrung ausländischen Firmen ausliefert, könnte zum Politikum werden. Zudem ist es möglich, dass die US-Kartellbehörde einschreitet wegen

Überlappungen im Saatgutgeschäft der beiden Firmen.

Der wahrscheinlich größte Managementfehler von Bayer ist allerdings, die Reaktion der Öffentlichkeit zu unterschätzen. Besonders in den kaufkräftigen westlichen Industrieländern lehnen viele Verbraucher genmanipulierte Nahrungsmittel und Patente auf Pflanzen kategorisch ab. Wie aufgeheizt die Stimmung bereits ist, sieht man auf der Internetseite der Bürgerbewegung Campact. Sie verzeichnet bereits über 221 000 Unterschriften gegen einen „Megakonern, der ein Monopol auf unsere Nahrung hat und die Industrialisierung der Landwirtschaft vorantreibt“.

Wer eine derart verhasste Firma wie Monsanto kauft, sollte besser eine überzeugende Kommunikationsstrategie in der Tasche haben. Doch davon ist bislang nichts zu sehen.

Stattdessen lässt Baumann durchblicken, man könne die ungeliebte Tochter im Fall eines Falles ja umbenennen. Und, schwups, ist der schlechte Ruf hinweggefegt? Wahrscheinlicher ist, dass die weltweite Abneigung gegen Monsanto abfärben würde. Die Marke Bayer wäre vergiftet.

Frank Dohmen, Christoph Pauly,
Michaela Schießl

Lifta Treppenlifte – Mobilität genießen

Bis zu
€ 4.000,-
ZUSCHUSS
möglich!*



„Danke Lifta, dass ich hier weiter leben und arbeiten kann.“

R. Berger, Designer und Lifta Kunde

- Passt praktisch auf jede Treppe
- Saubere, schnelle Montage vom Fachmann
- Mehr als 120.000 installierte Liftas
- Lifta Kundendienst, 365 Tage im Jahr
- Über 200 Experten in Ihrer Nähe

Gebührenfrei anrufen und **Prospekt anfordern** – kostenlos und unverbindlich.

0800-20 33 110

Auch Samstag und Sonntag!

Lifta



Jetzt preiswert mieten!

Lifta GmbH Horbeller Straße 33, 50858 Köln

www.lifta.de/unsere-kunden

Ikone von der Insel

Autoindustrie BMW hat die britische Kultmarke Mini gerettet. Der drohende Brexit stellt den Konzern nun vor heikle Fragen – und könnte die Erfolgsgeschichte gefährden.

Die Fabrik versprüht bestenfalls Industrieromantik. Roboter schweißen Bleche zusammen, alle 68 Sekunden rollt ein fertiges Auto vom Band. Doch für viele Briten wird in diesen Werkshallen nicht einfach ein Kleinwagen zusammengebaut, sondern ein Mythos. Jährlich pilgern rund 15 000 Besucher nach Cowley – ein Industrieviertel am Stadtrand Oxfords, das selbst ernannte „Herz des Mini“.

Sie sind nicht bloß Autofahrer. Sie sind Fans. So wie die elegante Engländerin, die Mitte Mai durch die Werkstore schritt. Sie war über 90 Jahre alt, fahrtauglich und Mini-begeistert. Kürzlich hatte sie einen neuen Mini erworben, in der sportlichen Variante „John Cooper Works“. Nun besuchte sie die Geburtsstätte des Wagens stilvollendet mit bunt lackierten Fingernägeln in Rot, Silber und Schwarz, passend zu den Farben ihres Gefährts. Einem besonders markenaffinen Besucher schmückten die Gästebetreuer das Auto gar mit Blumen und Schleifen. Er wollte seiner Freundin darin einen Heiratsantrag machen.

Der Mini, 1959 erstmals produziert, steht für ein Lebensgefühl. Die Beatles haben ihn gefahren, Mr. Bean und angeblich sogar die Queen. Eine britische Ikone, die Jahrzehnte des Missmanagements ihrer früheren Eigentümer überlebt hat. Nicht einmal die Übernahme durch einen Konzern aus Deutschland schadete ihrer Popularität. Im Gegenteil. BMW investierte mehr als zwei Milliarden Euro in Oxford, in die älteste bestehende Autofabrik Europas, und die britischen Zulieferwerke in Hams Hall und Swindon.

2001 entstand ein komplett überarbeitetes Modell des Mini, das sich an eine junge, zahlungskräftige Zielgruppe richtete. 50 000 Minis wollte BMW ursprünglich pro Jahr verkaufen. Inzwischen sind es mehr als sechsmal so viele.

Alles sah nach einem gelungenen deutsch-britischen Gemeinschaftsprojekt aus. Doch nun droht ein Brexit das wichtigste Erfolgskriterium zu gefährden: den grenzüberschreitenden Austausch von Waren und Personen.

Vor jedem Start eines neuen Mini-Modells pendeln Hundert-schaften von Fachingenieuren zwischen Oxford und München oder Dingolfing. Die Bauteile, mit denen sie arbeiten, stammen meist von nicht britischen Zulieferern. Jeder Mini hat einen Auslandsanteil von 60 Prozent. Jegliche Verzögerung könnte den fein austarierten Produktionsplan kippen.

Am 23. Juni, dem Tag des Referendums, wird somit auch über die Zukunft des Mini entschieden. Die Abstimmung stellt BMW vor heikle Fragen: Wie stark darf sich ein deutscher Konzern in die britische Politik einmischen? Und wie soll er reagieren, wenn sich die Briten tatsächlich für einen Ausstieg entscheiden? Weiter investieren, als wäre nichts geschehen, oder stattdessen andere Standorte stärken?

Jedes falsche Statement könnte die Stimmung weiter aufheizen, den EU-Gegnern neue Munition liefern. Entsprechend behutsam formulierte BMW eine E-Mail, die der Konzern im Februar an seine Mitarbeiter in Großbritannien schickte.

Die Entscheidung über Verbleib oder Ausstieg Großbritanniens, hieß es darin, liege allein bei den Wählern. BMW habe ►

A truly British icon

Auto industry German car manufacturer BMW saved the British cult brand Mini. The threat of Brexit now raises thorny questions – and could jeopardise the success story.

At best, the factory exudes industrial romanticism. Robots weld together sheets of metal, and a new vehicle rolls off the assembly line every 68 seconds. For many Brits, though, the significance of these factory halls goes far beyond the compact cars produced here – it's about a brand that is intrinsically linked to their national identity. Around 15,000 visitors a year flock to Cowley, an industrial district on the outskirts of Oxford, the self-proclaimed “heart of the Mini”.

They aren't just motorists either – they're fans, people like the elegant English woman who stepped onto the shop floor in mid-May. She was over 90 years old, could still drive and was a Mini enthusiast. She had recently purchased a Mini, the sporty John Cooper Works model, and now she had come to visit the car's birthplace, with her fingernails painted red, silver and black to match the colours of her new vehicle. For one particularly brand-loyal visitor, guest attendants at the plant even decorated a car with flowers and ribbons. He wanted to propose to his girlfriend inside.

First produced in 1959, the Mini has developed a certain aura over the years. The Beatles, Mr Bean and allegedly even the Queen have driven one. It is a British icon that survived decades of mismanagement by former owners. Not even the takeover by a German company could diminish its popularity – on the contrary. BMW invested more than €2bn in the Oxford plant, the oldest existing car factory in Europe, and the British supplier plants in Hams Hall and Swindon.

In 2001, engineers created a completely revamped Mini model, designed to appeal to a young and affluent demographic. BMW originally planned to sell 50,000 of them a year, but sales are now more than six times that.

It looked like a successful joint German-British venture. But now, the possibility of Brexit is threatening the most important criterion for the Mini's continued success: the cross-border exchange of goods and people.

Before the launch of each new Mini model, hundreds of specialised engineers commute between Oxford and production sites in Germany, such as Munich and Dingolfing. Not only that, most of the components come from non-British suppliers, with roughly 60% of every Mini being assembled using parts made abroad. Any delay could upset the finely tuned production plan.

As such, on June 23, the day of the referendum, voters will also be deciding on the future of the Mini.

The vote presents BMW with some awkward questions: to what extent should a German company meddle in British politics? And how should it respond if the British actually do decide to leave? Should it continue to invest as if nothing has happened, or should it turn its attention to other production sites?

Any ill-considered statement could stir up the mood even further and give more ammunition to EU opponents. So it was a very carefully worded email that BMW sent to the company's UK workforce in February.

The firm wrote that it was entirely up to voters to decide whether the UK should stay or leave, but BMW had “a view on the topic”. ►





GETTY IMAGES / AFP / GETTY IMAGES?

Premier Cameron in London 2011, Englische Bulldogge bei Mini-Präsentation in Oxford: Beide Seiten haben voneinander profitiert
Prime Minister Cameron in London in 2011, English bulldog during a Mini launch event in Oxford: Both sides have benefited



GETTY IMAGES / GETTY IMAGES NEWS/GETTY IMAGES?

► jedoch „eine Meinung zu dem Thema“. Nach dieser Vorrede warnte der Konzern vor den Risiken eines Brexit. Zollschränken würden „höhere Kosten und höhere Preise verursachen“. Man könne nicht davon ausgehen, dass Großbritannien außerhalb der EU die gleichen Vorzüge genosse wie innerhalb.

Trotz aller Vorsicht sorgte die Aktion für Irritationen. Konservative Politiker warfen dem Autobauer eine „beschämende Panikmache“ vor. Befürworter eines Brexit, die in der EU eine Lobbytruppe der Großkonzerne sehen, kritisierten eine Einflussnahme auf das freie Wahlrecht der britischen Bürger.

Die Mitarbeiter in Oxford beurteilen das Thema differenzierter. Viele betrachten die EU kritisch, halten aber nichts von der Abschottungsrhetorik der Gegner. Im Mini-Werk arbeiten Menschen aus 66 Nationen zusammen, sie sind es gewohnt, Personal und Know-how über Grenzen hinweg auszutauschen.

Ohne Fachkräfte, Geld und Ideen aus dem Ausland würde es den Mini vermutlich gar nicht mehr geben.

Als Chris Bond vor 42 Jahren den Dienst in der Fabrikhalle antrat, war Großbritannien gerade Mitglied der Europäischen Gemeinschaft geworden, des Vorläufers der EU. Bis heute ist er kein Fan der Brüsseler Behörden, sie erscheinen ihm schlicht als zu bürokratisch. „Aber wie wollen wir die Dinge verändern“, fragt er, „wenn wir selbst nicht mehr dazugehören?“

Bond ist es gewohnt, für eine Sache zu kämpfen. Er erlebte die britische Autoindustrie zu einer Zeit, in der sich Arbeiter und Fabrikbosse gegenseitig schikanierten. Der damalige Eigentümer British Leyland steckte wenig Geld in neue Anlagen, entsprechend zermürbend war die körperliche Arbeit. Bond schleppte stapelweise Kotflügel und Kühlerhauben durch die Hallen, was man seinem stämmigen Körper noch heute ansieht.

Um bessere Bedingungen, mehr Rechte und höhere Löhne durchzukämpfen, legten er und seine Kollegen die Produktion immer wieder komplett lahm. Sie streikten mehrere Tage pro Woche, manchmal über ein ganzes Jahr hinweg.

Heute ist Bond, 63, ruhiger geworden. „Von den Fabriken, wie sie heute aussehen, hätten wir damals nur träumen können“, sagt der Gewerkschafter. Dass die Belegschaft im Zuge der Automatisierung von einst 28000 auf heute 4500 Mitarbeiter geschrumpft ist, betrachtet er als notwendiges Übel.

Die Besitzer wechselten mehrfach, aus British Leyland wurde die Rover Group. Doch der Mini blieb fast unverändert, die Ausstattung der Fabriken altertümlich. Um trotzdem konkurrenzfähig zu sein, hielten die Eigentümer den Preis des Mini künstlich niedrig. Die Folge: Bis in die Neunzigerjahre häufte der Mini nur Verluste an.

Als BMW die Rover-Gruppe samt Mini übernahm, reagierte die Belegschaft zunächst verhalten. Ihre Jobs schienen vorerst gesichert, aber niemand wusste, wie lange die Deutschen durchhalten würden. Zumal der Konzern gleich zu Beginn unangenehme Überraschungen erlebte.

Legendär ist in Oxford ein Auftritt des damaligen BMW-Chefs Bernd Pischetsrieder, der den Rover-Kauf eingefädelt hatte. Stolz präsentierten ihm die Mitarbeiter ihre Lackiererei, die sie für besonders modern hielten. Die Anlage, berichteten sie ihm, sei erst 16 Jahre alt. Kopfschüttelnd antwortete Pischetsrieder: „Und warum baut ihr dann keine neue?“

Heute verfügt die Mini-Fabrik über eine Lackiererei, die Vorbild für die gesamte Gruppe ist. Ein in Oxford erstmals ange-

► After this introduction, the company warned of the risks of Brexit, noting that trade barriers would “mean higher costs and higher prices”. The firm went on to say that one could not assume the UK would enjoy the same advantages outside the EU as it did inside.

Despite all precautions, the letter rubbed many people the wrong way. Conservative politicians accused the carmaker of “disgraceful scaremongering”. Brexit supporters, who see the EU as a lobbying network for big corporations, criticised what they saw as an attempt to impinge on the rights of British citizens to cast their ballots freely.

The workers in Oxford have a more nuanced take on the issue. Many have a critical view of the EU, but have a low opinion of the isolationist rhetoric of the Brexiteers. The Mini plant provides a workplace for people from 66 different countries and the workforce is accustomed to exchanging personnel and expertise across borders.

Indeed, without skilled labour, money and ideas from abroad, the Mini would probably no longer exist today at all.

When Chris Bond started working in the production hall 42 years ago, the UK had just become a member of the European Community, the forerunner of the EU. Even today he remains sceptical of institutions in Brussels, which seem too bureaucratic to him. “But how do you want to change something,” he asks, “if you don’t belong to it any more?”

Bond is a union leader who is used to fighting for a cause. He remembers when the British automotive industry was embroiled in endless battles between workers and factory bosses.

The owner at the time, British Leyland, invested little in new plants and equipment and consequently the physical labour was gruelling. Bond hauled stacks of fenders and bonnets through the halls, which explains his stocky build today.

To fight for better conditions, more rights and higher wages, he and his fellow workers downed tools several times, bringing production to a standstill. They went on strike for a number of days each week, sometimes for over a year.

Today Bond, 63, has mellowed. “Back then we could only dream of the working conditions we have today,” says the trade unionist, who sees the shrinking of the workforce from 28,000 to 4,500 in the wake of automation as a necessary evil.

The plant changed owners a number of times, and British Leyland became the Rover Group, but the Mini itself, including its antiquated production equipment, always remained virtually the same. In a bid to stay competitive, the owners kept the price of the Mini artificially low, and as a result the Mini posted only losses into the 1990s.

When BMW acquired the Rover Group in 1994, the workforce initially reacted with caution. Their jobs appeared to be safe, for the time being, but no one knew how long the Germans would hang on, especially as the company had a number of unpleasant surprises at the outset.

A legendary example was a personal appearance at the plant by then BMW CEO Bernd Pischetsrieder, who had orchestrated the Rover purchase. The workers proudly presented their paint shop, which they considered quite modern, and told him the facility was only 16 years old. Pischetsrieder merely shook his head before answering: “Why don’t you build a new one?”

Today, the Mini plant has a paint shop that has become a model for the entire group.

Please stay



... weil die Engländer gegen uns immer ins Elfmeterschießen kommen.

... because the English always end up in a penalty shoot-out with us.





GERANT LEWIS / DER SPIEGEL

Gewerkschafter Bond: „Von den Fabriken, wie sie heute aussehen, hätten wir damals nur träumen können“
 Trade unionist Bond: “Back then, we could only dream of the working conditions we have today”

wandter Lackierprozess, der Platz, Zeit und Energie spart, wird nun weltweit in BMW-Fabriken eingesetzt. Aus Sicht der britischen Mitarbeiter ist das der Beweis: Beide Seiten haben voneinander profitiert.

BMW musste auch von den Briten lernen. Noch 2012 kamen die Deutschen auf die Idee, die traditionelle Teepause für die Belegschaft zu verkürzen, unter Verweis auf „versteckte Kosten“. Die drohende Revolution blieb aus, weil Bonds Gewerkschaft Unite mit Streik drohte. Rasch beendete BMW seinen Angriff auf die britische Hochkultur.

„Die ganze Belegschaft findet, dass die Führung unter BMW besser geworden ist“, sagt Bond. Beispielsweise müssen die Werksarbeiter in Oxford heute keine Überkopfarbeiten mehr erledigen. Die Karosserien werden von Robotern so gedreht, dass die Mechaniker sich nicht mehr verrenken müssen.

Den aktuellen Werksleiter Frank Bachmann spricht Bond mit Vornamen an, Konflikte werden am Kaffeetisch geklärt. Vor Kurzem erst hat der Gewerkschafter seinem Gegenüber eine Erhöhung der Mitarbeiterlöhne um zehn Prozent abgetrotzt – ganz ohne Streik und Produktionsstopp. Bond verwies auf den Verkaufserfolg des neuen Mini-Modells Clubman.

Es ist, bislang, eine deutsch-britische Erfolgsgeschichte. In München, im 22. Stock der BMW-Zentrale, sitzt Ian Robertson, Vorstand Vertrieb. Ein Mann, der um die Zukunft dieser Partnerschaft bangt. Robertson sieht Probleme, selbst wenn er aus dem Büfenster blickt. Die Sonne taucht Olympiastadion, Frauenkirche und Alpen in ein frühsummerliches Licht. Doch Robertson klagt über die Windkraftanlagen am Horizont, die seiner Ansicht nach die Ästhetik stören.

Seit ein möglicher Brexit droht, schlägt der gebürtige Brite Alarm. „Wir bewegen Komponenten, Motoren und Autos quer durch Europa“, sagt Robertson, „und dafür brauchen wir Planungssicherheit.“ Außer dem Mini produziert BMW in Großbritannien Rolls-Royce-Limousinen. Der Konzern will alle Segmente des Premiummarktes abdecken, vom Kleinwagen bis zur Luxuskarosse. Die beiden britischen Marken sind zentraler Bestandteil der BMW-Strategie.

Mitunter treffen jedoch unterschiedliche Kulturen aufeinander, selbst wenn ein Brite auf den anderen trifft.

Anfang Januar führte Robertson seinen Landsmann, den britischen Premierminister David Cameron, durch die Werkshallen in München. Am Rande betonte der Manager, BMW beschäf-

The painting process pioneered in Oxford saves space, time and energy and is now used in BMW plants around the world. As far as the British autoworkers are concerned, this is proof that both sides have benefited from the cooperation.

BMW learned other things from the British too. In 2012, the Germans came up with the idea of shortening the traditional tea break for the workforce, citing “hidden costs”. A looming revolution was averted when Bond’s union, Unite, threatened to go on strike, and BMW quickly abandoned its attack on British civilisation.

“Everyone here thinks the management under BMW is better,” says Bond. Workers at the Oxford plant no longer have to perform tasks involving overhead work, and car bodies are rotated by robots so mechanics don’t have to contort themselves any more as they work.

Bond is on first name terms with the plant’s current managing director, Frank Bachmann, and most conflicts are resolved at informal meetings. Recently the union activist managed to wrest a 10% wage increase from the company, entirely without strikes or production stops, after Bond pointed to the high sales of the new Mini Clubman.

The Mini, in short, has been a German-British success story. But Ian Robertson, the company’s sales and marketing chief, fears for the partnership’s future.

Robertson, who sits on the 22nd floor of BMW headquarters in Munich, can see problems on the horizon even as he looks out of his office window. The sun casts an early summer light over the city’s Olympic Stadium across the way, the Frauenkirche cathedral in the city centre and the Alps to the south. Robertson complains about the wind turbines on the horizon, which offend his sense of aesthetics.

Ever since the threat of Brexit first arose, Robertson, who hails from the UK, has been sounding the alarm. “We’re moving components, engines and cars right across Europe,” he says, “and we need to be able to plan that with certainty.”

As well as the Mini, BMW also produces Rolls-Royce sedans in the UK. The company aims to cover all segments of the premium market, from compact cars to luxury town cars, and these two British brands are at the very core of BMW’s plans.

But sometimes cultures clash, even when one Briton meets another.

In early January, Robertson gave the British prime minister, David Cameron, a tour of the manufacturing halls in Munich. The

► tige in Großbritannien gemeinsam mit den Händlern 24 000 Mitarbeiter. Ein Verbleib in der EU sei unter diesen Umständen „vorteilhaft für das Vereinigte Königreich“. Es war die nüchterne Analyse des britischen BMW-Managers. Englische Medien begriffen seine Aussagen jedoch als kaum versteckte Drohung.

In Wahrheit hält Robertson sich einfach alle Optionen offen. Über mögliche Reaktionen auf einen Brexit will er nicht sprechen: „Für uns gibt es keinen Plan B im Moment“, beteuert er.

Das Werk in Oxford wird BMW sicher nicht schließen, dafür hat der Konzern dort zu viel investiert. Sollte ein Brexit die Standortqualität jedoch senken, könnte BMW seine Ressourcen umverteilen. Etwa auf die Partnerfabrik in den Niederlanden, wo der Konzern schon heute Minis produzieren lässt.

Premier Cameron kann es sich jedenfalls nicht leisten, Konzerne wie BMW zu vergrätzen. Schon in seiner ersten Amtszeit hatte er versprochen, der heimischen Autoindustrie zu einem Comeback zu verhelfen. Doch die bekanntesten britischen Marken sind heute allesamt in ausländischer Hand. Im alten Rover-Werk in Longbridge, wo früher Minis hergestellt wurden, lässt der chinesische Besitzer SAIC heute Autos der Marke MG produzieren. Jaguar und Land Rover gehören zur indischen Tata-Gruppe, Bentley zu Volkswagen. Rover, von BMW später wieder abgestoßen, ist vom Markt verschwunden. Ein Verbleib Großbritanniens in der EU, heißt es in einer Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, wäre sogar „lebensnotwendig“ für die gesamte britische Autoindustrie. Die Branche brauche die EU nicht nur als wichtigsten Absatzmarkt, sondern auch als Verhandlungsmacht, etwa wenn neue Freihandelsabkommen anstehen.

Bisher ist der Brexit lediglich ein theoretisches Szenario. Doch was passiert, wenn er tatsächlich eintritt?

► executive casually commented that BMW, together with its dealer network, employs 24,000 workers in the UK, adding that remaining in the EU, under these circumstances, is “advantageous for the United Kingdom”.

It was a sober analysis by the English BMW executive, yet the British media seized on his comments as a thinly veiled threat.

In reality Robertson is keeping all options open, though he is unwilling to speak about possible reactions to Brexit. “We have no plan B right now,” he insists.

BMW surely wouldn’t close the plant in Oxford, because the firm has invested too much in it. But if Brexit were to reduce the location’s attractiveness, BMW might redistribute its resources – to a partner plant in the Netherlands that is already producing Minis, for instance.

Either way, Cameron cannot afford to antagonise companies like BMW. In his first term in office, he promised to help the domestic auto industry make a comeback, but the most famous British brands had by then already fallen into foreign hands, so that would mean supporting non-UK companies.

At the old Rover plant in Longbridge, where Minis used to be produced, Chinese owner SAIC is now manufacturing cars under the MG brand name. Jaguar and Land Rover belong to India’s Tata Group, and Bentley has gone to Volkswagen. Rover, later sold again by BMW, has disappeared from the market altogether.

According to a study by the auditing firm KPMG, remaining in the EU is “vital” to the “long-term prosperity” of the entire British automotive industry. The sector needs the EU not only as its most important sales market, but also as a negotiating power, for example, when new free trade agreements are on the table.

1954



Die wahrscheinlich schönste Schlammschlacht vor Erfindung der Promi-Scheidungen: Beim „Wunder von Bern“ helfen Kampfgeist, Fritz-Walter-Wetter und leichtere Fußballschuhe mit den ersten **Schraubstollen aus Polyamid**.

1998



Wer auf Fußball steht, muss dies fortan im Sitzen tun: Einzelsitze werden bei europäischen Begegnungen Pflicht. Dank der Chemie sind die **Kunststoffsitze** farbig und robust.

In Frankreich schon sicher im

1996



Für alle, die lieber im Applaus baden als im Schweiß: In Trikots aus **atmungsaktiven Chemiefasern** kickt sich die deutsche Elf zum dritten EM-Titel.

2006



Deutschland wird Weltmeister – im Public Viewing: Allein in Frankfurt verfolgen rund 2 Mio. Zuschauer „Deutschlands Sommermärchen“ auf riesigen lichtstarken LED-Videowänden. **Halbleitern** aus der Chemie sei Dank!

Mit dieser Frage hat sich Andrew Smith beschäftigt. Das Wahlkreisbüro des Parlamentariers versteckt sich in einem Backsteinreihenhaus im Industriegebiet, nur wenige Hundert Meter von den Mini-Werkshallen entfernt. In einem engen Büro stapeln sich Pro-EU-Plakate und Flugblätter. „Großbritannien ist in Europa besser aufgehoben“ ist darauf zu lesen. Zwischen all dem Papierkram sitzt Andrew Smith, Abgeordneter der Labour-Partei, und trinkt Kaffee aus einer Gewerkschaftstasse.

Als BMW entschied, den neuen Mini in Oxford zu bauen, war Smith gerade Finanzstaatssekretär im Kabinett Tony Blairs. Er setzte sich in sein Auto, fuhr zum Werksgelände, hupte und riss die Arme hoch. Die Mitarbeiter vor den Toren jubelten, als hätte England gerade die Weltmeisterschaft gewonnen. In seinem Wahlkreis fällt es Smith seither leicht, für die EU zu werben. Er muss nur auf das Vorzeigeprojekt Mini verweisen. Die Wirtschaft in der Region prosperiert, die Arbeitslosenrate tendiert gegen null. Smith warnt vor wirtschaftlichen Unwägbarkeiten im Brexit-Fall, von Horrorszenarien hält er nichts. „Selbst wenn wir die EU verlassen, wollen wir Teil des Binnenmarkts bleiben.“

Für den Fall, dass die Wähler am 23. Juni für den Ausstieg votieren, hat Smith einen Notfallplan parat. Er würde sofort Kontakt zum BMW-Vorstand aufnehmen – und eine dringende Bitte formulieren: Das Werk in Oxford möge bestehen bleiben.

Auch die Mitarbeiter setzen darauf, dass der Erfolg nicht abbricht. Der neue Clubman ist kaum auf dem Markt, da beginnen schon die Vorbereitungen für die nächste Mini-Generation. Seit Kurzem arbeiten zwölf Projektmanager an einem Zukunftskonzept: Sie wollen die Produktion der neuen Modelle wieder nach Oxford holen.

Simon Hage

Mail: simon.hage@spiegel.de

Up till now, Brexit has remained a theoretical scenario. But what if it actually happens?

Andrew Smith has grappled with this question. The Oxford MP's constituency office is tucked away in a terraced house in the industrial district, only a few hundred metres from the Mini plant.

The cramped room is brimming with stacks of pro-EU posters and flyers. "Britain is better off in Europe," one of them reads. Smith, the Labour Party representative for Oxford East, sits among the paperwork drinking coffee from a trade union cup.

When BMW decided to try the new Mini in Oxford, Smith was chief secretary to the treasury under Tony Blair. He jumped into his car, drove to the plant grounds, sounded his horn and raised his arms in the air. The workers in front of the gates cheered as if England had just won the World Cup. It has been easy ever since for Smith to campaign in favour of the EU. All he has to do is point to the Mini, a model project. The economy in the region is flourishing and unemployment is almost non-existent. Smith warns of the possible economic repercussions of Brexit, but he doesn't believe in horror scenarios. "Even if Britain voted to leave the EU we want to stay in the single market," he says.

If the voters decide to leave the EU, Smith has a contingency plan. He would immediately contact the BMW board of directors with an urgent request: please keep the Oxford plant open.

The workers are also counting on the Mini's success to continue. The new Clubman has only just been introduced to the market and preparations are already underway for the next generation of Minis. Recently, a 12-member project team began developing a concept for the future, and they hope to produce the new models in Oxford.

Simon Hage

2016



Ganz schön hell: **Hightechkunststoffe** im Dach von Lyons neugebautem „Stadion der Lichter“ sorgen für UV-Licht-Durchlässigkeit und verhelfen dem EM-Rasen so zu rasendem Wachstum.

2026

2020

Ob auf Hartplatz, Kunstrasen oder auf der großen Bühne bei internationalen Meisterschaften – die Chemie ist ein wichtiger Spielmacher des Rasensports: mit Polyamid für Stollen, mit atmungsaktiven Fasern für Trikots oder mit Hightechkunststoffen für Stadionsdächer. Mehr Informationen gibt es in der Verlängerung: www.ihre-chemie.de.

Ihre Chemie.

Freuen Sie sich auf die Zukunft.

Endspiel dabei: die Chemie.

Das Netzwerk des Ministers

Lobbyismus EU-Ermittler gehen einem Korruptionsverdacht in Tschechien nach. Das Verfahren zeigt, wie schlecht Brüssel seine Fördermilliarden kontrolliert.

Das Storchennest ist ein Traum für gestresste Großstädter. Die Kinder können Reitstunden nehmen oder im See baden, für die Erwachsenen wartet eine großzügige Wellnesslandschaft in herrlicher Natur – 50 Kilometer von der tschechischen Hauptstadt Prag entfernt.

Auch die EU sah in dem Kongress- und Hotelzentrum offenbar ein förderungswürdiges Projekt und bezuschusste den Bau mit 1,85 Millionen Euro. So berichteten es jedenfalls tschechische Medien. Wenn jedoch heute in Brüssel von der Edelherberge die Rede ist, geht es nicht um Entspannung und Urlaub, sondern um einen vermutlich millionenschweren Korruptionsfall.

Eigentlich war das Geld für kleinere Unternehmen gedacht, doch nun steht der Verdacht im Raum, dass der Hotelkomplex zeitweise unter dem Einfluss von Agrofert stand, dem größten Chemie- und Nahrungsmittelkonzern der Tschechischen Republik. Besonders pikant: Alleiniger Eigentümer des Konglomerats war und ist Tschechiens Finanzminister Andrej Babiš. Vor dem Parlament räumte Babiš jüngst ein, seine Söhne seien Eigentümer der Edelimobilie gewesen.

Jetzt ermittelt sogar die EU-Antikorruptionsbehörde Olaf wegen des Missbrauchs von EU-Fördergeldern. Betroffen sei „eine Firma aus dem Agrofert-Konzern“, bestätigt eine Behördensprecherin. Von 2009 bis 2015 soll der Agrarkonzern („Lieken Urkorn“, „Golden Toast“) mindestens 190 Millionen Euro bekommen haben, wie EU-Haushälter errechneten. Selbst für Brüsseler Verhältnisse ist das eine neue Qualität von Interessenkonflikt: Der Finanzminister ist Eigentümer eines Unternehmens, das von EU-Fördergeldern profitiert, über deren Vergabe er gleichzeitig wachen soll.

Der Fall ist keine regionale Angelegenheit, er legt vielmehr exemplarisch die Schwächen bei der Vergabe europäischer Strukturmittel und Agrarbeihilfen offen, die einen Großteil des EU-Haushalts ausmachen. Von den 141 Milliarden Euro gingen im Jahr 2015 etwa 122 Milliarden, verteilt auf Hunderte Programme, in die Landwirtschaft, in strukturschwache Gebiete oder in die Förderung kleinerer und



Tschechischer Finanzminister Babiš: Neue Qualität von Interessenkonflikt

mittlerer Unternehmen. Für so manches osteuropäische Land war die Aussicht auf Zugang zu diesen Fördertöpfen beim Wunsch der EU beizutreten genauso wichtig wie der Traum vom grenzenlosen Reisen bei seinen Bürgern.

Doch die Kontrolle dieser Gelder ist seit je äußerst lückenhaft. Knapp 80 Prozent werden von den Mitgliedstaaten selbst verwaltet, und viele haben wenig Interesse

daran, die Förderprojekte genauer unter die Lupe zu nehmen. Sie sind froh, dass das Geld im Land ist.

Die Folge können Mitglieder im Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments regelmäßig bei ihren Visiten vor Ort besichtigen: Brücken, die im Nirgendwo enden; Luxushotels und Golfplätze, die vom europäischen Steuerzahler üppig bezuschusst wurden; Radwege, die oft unter Wasser stehen.

Der Fall Babiš jedoch hat noch eine zusätzliche politische Dimension. Den Olaf-Ermittlern liegen offenbar Berichte vor, wonach Vertreter des Unternehmens die staatliche Verwaltung beeinflusst haben sollen, Vergaberichtlinien für EU-Gelder zugunsten Agroferts zu verändern.

Babiš ist eine schillernde Persönlichkeit. Der Mann ist zweieinhalbfacher Euro-Milliardär, zweitreichster Tscheche, Finanzminister und Vizepremier. Mit einer Art Wutbürgerbündnis eroberte er 2011 einen Platz im Parlament, heute stellt seine Partei die zweitgrößte Fraktion. Weil er zwei der auflagenstärksten Zeitungen des Landes kontrolliert, beschreiben ihn seine Kritiker gern als tschechischen Silvio Berlusconi.

Trotz des Aufstiegs in höchste Regierungsämter blieb Babiš Eigentümer von Agrofert, einem Unternehmen mit über 30 000 Angestellten, darunter knapp 4400 in Deutschland. In der Doppelrolle sieht Babiš kein Problem. Das Management der Firma habe er bereits im Januar 2014 verlassen, und er übe keinen Einfluss auf das Alltagsgeschäft seines Unternehmens aus.

Doch genau daran gibt es jetzt Zweifel. Ein Vorwurf zielt auf ein Treffen, das am 25. Mai 2015 im Besprechungsraum von Babiš' Partei im tschechischen Parlament stattgefunden haben soll. Thema war das neue Förderprogramm OP PIK, es ging um 4,4 Milliarden Euro, von denen kleinere und mittlere Unternehmen bis 2020 profitieren sollten. Das Dumme war nur: Wenn Agrofert eines nicht ist, dann ein kleines Unternehmen.

Mit dabei waren unter anderen Petr Cingr, Vizepräsident von Agrofert und Vertreter der tschechischen Chemieindustrie, sowie Vizeindustrieminister Tomáš

Please go



JENNY MATTHEWS / FORMAT

... weil man an den Schuluniformen erkennen kann, ob aus einem Kind später einmal etwas wird oder nicht. Nach einer Studie der OECD zur sozialen Durchlässigkeit liegt Großbritannien hinter allen anderen westeuropäischen Ländern.

... because you can see from a child's school uniform alone if they will amount to anything or not. According to an OECD study on social mobility, the UK lags far behind the rest of western Europe in this respect.



Novotný, der praktischerweise für die Vergabe von EU-Fördermitteln zuständig war. Dies geht aus einer anonymen E-Mail hervor, die Olaf und dem SPIEGEL vorliegen.

Ziel des Treffens, so der Vorwurf, war es, die Ausschreibebedingungen für das neue EU-Förderprogramm im Sinne Agroferts zu verändern. Nach den EU-Statuten haben die Mitgliedstaaten hierbei einen Spielraum. Die schwammige Regelung kam Agrofert nun offenbar zugute. Wie die tschechische Regierung einräumt, wurde die ursprüngliche Zuteilungsgrenze bei Fördermitteln für große Firmen von 20 auf 40 Prozent erhöht, dies sei im Einklang mit europäischen Regeln geschehen.

Agrofert bestreitet jede Einflussnahme. Agrofert-Mann Cingr habe als Verbandschef der Chemieindustrie für eine Änderung der Vergaberichtlinien plädiert und nicht als Vertreter Agroferts. Olaf wollte sich wegen der laufenden Untersuchungen nicht zu Details äußern. Agrofert betont, dem Unternehmen seien keine Ermittlungen bekannt. Die Vorwürfe seien Teil einer „Schmutzkampagne“ politischer Gegner.

In Brüssel hinterlassen Fälle wie dieser dennoch Spuren. Im Europäischen Parlament wächst der Druck, die Vergabe von Fördermitteln in den EU-Mitgliedsländern strenger zu überwachen. „Die EU-Kommission hat viel zu lange weggeschaut“, sagt Inge Grässle (CDU), Chefin des Haushaltskontrollausschusses. Anfang der Woche stehen die Probleme mit der Kontrolle von EU-Geldern in Tschechien auf der Tagesordnung des Haushaltsgremiums.

Was die Arbeit der Aufklärer zusätzlich erschwert: Die großen Empfänger von EU-Hilfen sind in den europäischen Beamtenstuben bestens vernetzt. Das tschechische Netzwerk reicht gleich in mehrere Schlüsselstellen. Tomáš Nejdrl beispielsweise ist im Kabinett von Regionalhilfekommis-sarin Corina Crețu ausgerechnet für sein Heimatland Tschechien zuständig. Mehrere Europaparlamentarier rügten die Personalie unlängst „wegen möglicher Interessenkonflikte“, doch für eine Erwähnung im Haushaltskontrollbericht fehlte die Mehrheit. Eng mit Babiš verhandelt ist Daniel Braun, stellvertretender Kabinettschef bei der ebenfalls aus Tschechien stammenden Justiz- und Verbraucherkommissarin Věra Jourová. Dem SPIEGEL liegen E-Mails vor, in denen sich Babiš' Getreue darüber austauschen, wie bestimmte Fördermittel für Tschechien gesichert werden können.

Selbst im Europäischen Rechnungshof hat Babiš Vertraute. Seit Mai wird Tschechien in dem obersten EU-Kontrollgremium von Jan Gregor vertreten. Was EU-Fördergeldern angeht, ist der Mann vom Fach. Er war Stellvertreter von Babiš als tschechischer Finanzminister – und damit auch für die EU-Programme verantwortlich. Peter Müller, Andreas Wassermann



www.spiegel-geschichte.de

**Jetzt im
Handel**

► Auch als App für iPad, Android sowie für PC/Mac. Hier testen: spiegel-geschichte.de/digital

Kaiser *Das goldene Prag von Karl IV.*
Zünfte *Die Herrschaft der Handwerker*
Identität *Das späte deutsche Wir-Gefühl*

Ausland

USA

Alle gegen TTIP

In einer Sache immerhin sind sich die Konkurrenten im bizarren Präsidentschaftswahlkampf einig: Keiner will das – in Europa umstrittene – Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP. Der Republikaner Donald Trump sieht die USA durch den freien Handel bedroht, und nun vollzieht auch die Demokratin Hillary Clinton eine

Kehrtwende in ihrer Handelspolitik. Über Jahre galt sie als Verfechterin internationaler Regelungen; die Transpazifische Partnerschaft TPP hat sie mitverhandelt. Jetzt aber heißt es aus ihrer Wahlkampfzentrale, Clinton werde sich auch nach einer möglichen Wahl zur Präsidentin nicht als Unterstützerin des Freihandelsabkommens mit der Europäischen Union positionieren. Handelsabkommen hätten auch in den USA

einen schlechten Ruf. Die Öffnung der Märkte werde insbesondere in der für Clinton wichtigen Mittelschicht für Job- und Wohlstandsverluste verantwortlich gemacht. Die Kandidatin reagiert damit auch auf die enormen Erfolge, die ihre Rivalen Bernie Sanders und Donald Trump im Laufe der Vorwahlen mit ihrer Ablehnung von Handelsabkommen bei Wählern erzielt haben. gor

Venezuela

„Das Land ist eine Bombe“

Der Oppositionsführer **Henrique Capriles**, 43, über die Eskalation der Krise und die entscheidende Rolle des Militärs

SPIEGEL: Die Opposition hat genügend Unterschriften für ein Referendum über die Absetzung von Präsident Nicolás Maduro gesammelt. Glauben Sie, dass es noch 2016 zur Abstimmung kommt?

Capriles: Es gibt keinen legalen oder technischen Grund, warum das Referendum nicht noch 2016 stattfinden könnte. Volksentscheide sind in der Verfassung verankert, und diese Abstimmung wäre der einzige Ausweg aus der

Krise. Ein Putsch oder ein Aufstand wäre das Schlimmste, was geschehen könnte. Wir stehen vor der historischen Herausforderung, auf demokratischem Weg eine Regierung abzulösen, die nicht demokratisch ist.

SPIEGEL: Wenn das Referendum in diesem Jahr stattfindet, kommt es zu Neuwahlen. Wird erst im nächsten Jahr abgestimmt, übernimmt der Vizepräsident, und die Regierungspartei bleibt an der Macht. Maduro will das Referendum daher verzögern.

Capriles: Es ist offensichtlich, dass Maduro keine Neuwahlen will. Aber die Entwicklung in Venezuela hängt nicht nur vom Willen der Regierung ab. 70 Prozent der Venezolaner, so die letzte Umfra-

ge, wollen das Referendum, 80 Prozent wollen einen Wandel. Maduro wird nichts anderes übrig bleiben, als sich dem Referendum zu stellen.

SPIEGEL: Warum versuchen Sie nicht Gespräche mit dem Regierungslager?

Capriles: Mit der Regierungsspitze ist das unmöglich, sie redet ja nicht mal mit ihrer eigenen Basis. Wer anders denkt als sie, der landet im Gefängnis. Der Kern der Regierung besteht aus acht oder neun Leuten, die Venezuela ausgeplündert haben. In den vergangenen zwei Jahren hat sich die Krise zugespitzt, das Land ist zerstört, es liegt in Agonie.

SPIEGEL: Was ist dran an den Spekulationen über eine Intervention des Militärs?

Capriles: Wir wollen keinen Putsch, es geht um etwas anderes. Maduro hat per Dekret den Ausnahmezustand verordnet, das verstößt gegen die Verfassung. Seine Entscheidung wurde vom Parlament abgelehnt. Ich bin daher als Venezolaner nicht verpflichtet, ihr Folge zu leisten. Was wird Maduro machen, wenn die Leute nicht gehorchen? Er wird die Streitkräfte in den Kampf gegen das Volk schicken. Das Militär muss sich jetzt für die Verfassung entscheiden oder für Maduro. Das Land ist eine Bombe, die jeden Moment explodieren kann. In den kommenden Wochen wird sich die Versorgungslage noch verschlimmern, weil den Firmen die Lagerbestände ausgehen. jgl



Capriles

FERNANDO LLANO / AP / DPA

Besinnung

In einer Moschee im indonesischen Jakarta liest eine Gläubige im Koran, eine andere betet. Für die rund 1,6 Milliarden Muslime weltweit begann an diesem Montag der Fastenmonat Ramadan, eine Zeit der spirituellen Besinnung. In Tel Aviv aber töteten zwei Terroristen vier Israelis, die islamistische Hamas verkündete, dies sei nur eine erste „Überraschung“ zum Auftakt des Ramadan.

Fußnote

1100 Euro

pro Sekunde – so schnell wuchsen zuletzt Italiens Staatsschulden an. Inzwischen beträgt die Schuldenquote knapp 133 Prozent des Bruttoinlandsprodukts; noch desolater sind EU-weit nur Griechenlands Zahlen. Insgesamt belaufen sich die Außenstände Italiens auf rund 2 171 671 000 000 Euro. Das sind etwa 35 000 Euro pro Bürger. Auch unter Premier Matteo Renzi rutscht das Land immer tiefer in die roten Zahlen.



BEAUMARTIN / REUTERS

Kommentar

Die Bullys

Chinas Politikern steigt ihre Kraft zu Kopf.

„Die Starken und die Reichen“, sagte Chinas Präsident Xi Jinping kürzlich, „sollten die Schwachen und die Armen nicht tyrannisieren.“ Die Formulierung, die Xi gebrauchte, wird im Land derzeit viel diskutiert. Chinas Pädagogen benutzen auch gern den englischen Begriff „Bullying“ für das brutale Verhalten gegenüber Unterlegenen. An den Schulen nehmen die Probleme mit den „Bullies“, den starken Rabauken, überhand. Eltern, Lehrer und Juristen bemühen sich, es in den Griff zu kriegen.

In der Außenpolitik dagegen steigen die „Bullies“ zu einem neuen Leitbild auf. Als eine kanadische Journalistin vergangene Woche auf einer Pressekonferenz in Ottawa nach einem in China inhaftierten Landsmann fragte, fuhr Pekings Außenminister Wang Yi sie wütend an: „Ihre Frage ist voller Vorurteile gegen China und arrogant. Das ist völlig inakzeptabel. Waren Sie in China?“ Der kanadische Außenminister, an den die Frage eigentlich gerichtet war, stand schockiert daneben.

Genauso grob kommandieren Chinas Diplomaten inzwischen die kleineren Nachbarstaaten herum. Pekings umstrittene Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer stünden „nicht zur Debatte“, so belehrt die Regierung Länder wie Vietnam oder die Philippinen im Inselstreit. Manilas Eingabe gegen Peking vor dem Ständigen Schiedshof in Den Haag sei „sofort einzustellen“ – als wären die Philippinen eine chinesische Provinz, die nur auf einen Befehl der Chinesen wartet.

Stärke und Reichtum können helfen, Interessen durchzudrücken. Doch in der internationalen Politik sind sie mit Vorsicht einzusetzen. Gerade die Deutschen wissen das; ihnen wird immer wieder Arroganz vorgeworfen. Am Wochenende bricht Bundeskanzlerin Angela Merkel zu ihrem neunten Besuch nach China auf. Vielleicht erinnert sie Xi Jinping an die Erfahrungen der Deutschen. Oder an seine eigenen Worte.

Bernhard Zand



„Wir werden zurückkommen“

Terrorismus Der „Islamische Staat“ verliert seit Monaten eroberte Territorien in Syrien und im Irak. Militärisch ist die Gruppe auf dem Rückzug – sie hat aber schon einen Plan für ihre Wiederkehr. *Von Christoph Reuter*

Der Tod ist immer nur drei Wasserflaschen entfernt. Es sind die kleinen 0,5-Liter-Flaschen, von denen manche halb leer, andere unangebrochen vor Türen, Hoftoren und Mauerdurchbrüchen aufgereiht stehen. Stille Warnungen vor Minen, aufgestellt von schiitischen Milizionären. „Keinen Schritt weiter“, sagen die ansonsten ruhigen Kämpfer, die einen keine Sekunde aus den Augen lassen: „Dahinter lauert die Hölle!“

Dabei stehen die Flaschen inmitten verwüsteter Straßenzüge vor den wenigen heil gebliebenen Häusern. Die aber sind gefährlicher als alles andere in der Kleinstadt Baschir, die bereits Anfang Mai von ihren Besatzern, Kämpfern des „Islamischen Staates“ (IS), befreit wurde.

„Da ist alles vermint, jedes Haus, der Garten, Türklinken, Schalter“, sagt der Sprecher der schiitischen Milizionäre, die auch Wochen nach der Eroberung nur auf

gesicherten Pfaden durch den Ort gehen: „Beim letzten Sturmangriff haben wir nicht einen Mann verloren. Aber vier direkt danach, als sie die Häuser kontrollieren wollten, ob noch Kämpfer von Daisch (der arabischen Bezeichnung für den IS – Red.) irgendwo versteckt sind.“

Als die Sturmtruppen des IS am 17. Juni 2014 in Baschir einrollten, waren fast alle der – schiitischen – 5000 Einwohner Stunden zuvor geflohen. Beinahe zwei Jahre

Irakische Regierungskräfte nahe Falludscha

Heraufziehendes Inferno



ALAA AL-MARJANI / REUTERS

lang hausten nur IS-Kämpfer hier und verwandelten den Ort in eine Festung, gruben Tunnel und verminten die Häuser der Stadt bis auf jene zwei Dutzend, die sie selbst nutzten. Die Rückeroberung dauerte über ein Jahr und gelang vor allem, weil US-Jets die IS-Stellungen bombardierten.

Dennoch: Im Vergleich zum heraufziehenden Inferno westlich von Bagdad verlief sie glimpflich. Denn bei der anstehenden Befreiung Falludschas droht nicht allein die Vernichtung der Häuser. Seit zwei Wochen rennen die Verbände der irakischen Armee und mehrerer schiitischer Milizen gegen die sunnitische Hochburg des IS an. Noch immer sind etwa 50.000 Zivilisten in Falludscha, als Geiseln festgehalten vom IS und überdies in berechtigter Angst vor der Rache der Eroberer.

Rein militärisch ist der IS überall auf dem Rückzug, im Irak, in Teilen Syriens und selbst in Libyen, wo die Brigaden der Stadt Misurata mit diskreter US-Unterstüt-

zung in einer raschen Offensive die Bastion des IS in Sirt angegriffen haben. Die Luftangriffe der Koalition nehmen ihm seine Bewegungsfähigkeit und das Gros der Einkünfte aus erbeuteten Ölquellen. Mit der Abriegelung der türkischen Grenze ist auch die Nachschubroute für ausländische Kämpfer blockiert. Hinzu kommen die mit westlicher und iranischer Militärhilfe vorrückenden Truppen – im Irak habe der IS etwa 45 Prozent seines Gebiets verloren, schätzt das US-Verteidigungsministerium, in Syrien bis zu 20 Prozent.

Auf den Landkarten schrumpft das Territorium des „Kalifats“. Doch am Boden wächst die Gefahr, dass Falludscha und andere sunnitische Städte, einmal befreit, zu Geiseln schiitischer Rache werden. Washington verweigert zwar Luftangriffe, sofern schiitische Milizen am Vormarsch auf die Städte beteiligt sind. Aber die schicken die irakische Armee oder Kurdeneinheiten vor und rollen anschließend ein.

Auch der Sturm auf Falludscha hat längst Züge eines Glaubenskriegs angenommen: Schiitische Milizionäre schreiben den Namen des in Saudi-Arabien hingerichteten Schiitenpredigers Nimr al-Nimr auf die Mörsergranaten, die sie anschließend abfeuern. Und in einer Videoansprache ermutigte der Führer der Miliz Abu al-Fadl al-Abbas seine Kämpfer, „das Krebsgeschwür von Falludscha auszurotten, um den Irak zu säubern. Dort gibt es keine Patrioten, keine Gläubigen“.

Die Stadt ist abgeschnitten, weder Nahrungsmittel noch Trinkwasser oder Medikamente kommen hinein. „Ein Kilo Reis kostet jetzt 48 Dollar“, beschreibt einer der Eingeschlossenen in einem raren Telefonat die Lage: „Daisch hat überall Kontrollposten und Hinterhalte angelegt, um die Menschen am Weglaufen zu hindern.“

Einigen Tausend gelang trotzdem die Flucht, nachts, zu Fuß, durch Bewässerungskanäle. Ohnehin dürfen nur Frauen und Kinder die Linien der angreifenden Armee und Milizen passieren. Männer und Jungen über zwölf Jahre werden interniert zum Verhör. In Falludscha selbst machen die IS-Prediger angesichts des Vormarschs auf die Stadt allen klar: „Wir werden bleiben, und ihr werdet bleiben! Wenn wir angegriffen werden, sterben wir gemeinsam!“

Selbst wenn den verbliebenen Zehntausenden die Flucht gelingen sollte, wird wohl auch Falludscha das Schicksal jener Städte teilen, die dem IS seit 2014 wieder entrissen worden sind. Ob die kurdische Enklave Kobane in Syrien, die Jesiden-Hochburg Sindschar, Tikrit, Ramadi und Baidtschi oder kleinere Städte wie Baschir im Irak – fast überall sind nur Ruinen geblieben.

Seine Verteidigung hat der IS nach immer gleichem Muster organisiert: Er un-

tertunnelt die Orte. Selbst in Baschir fanden Befreier unterirdische Gänge, die meisten zur Verbindung von Gefechtspositionen, aber auch einen Hunderte Meter langen Richtung Mossul. „Der war groß genug für ein Auto“, sagt ein Milizsprecher. Ebenfalls schon lange vor einem bevorstehenden Angriff werden Straßen, Brücken, Häuser vermint. Rücken Bodentruppen an, bleiben in den Stadtzentren oft nur IS-Scharfschützen zurück, die auf die Angreifer zielen, ohne selbst sichtbar zu werden. Gleichzeitig rasen dann mit Stahlplatten ummantelte und mit mehreren Tonnen Sprengstoff beladene Selbstmordattentäter-Lkw zu Entlastungsangriffen in gegnerische Stellungen.

In der Raffineriestadt Baidtschi klagten schon letzten Sommer schiitische Milizionäre, über Wochen immer wieder Männer verloren zu haben, ohne dass sie je IS-Scharfschützen gesehen hätten. Unter kurdischen Kämpfern kursiert die Geschichte zweier Bombenentschärfer, die nach stundenlangem Suchen dachten, alle Sprengsätze hinter Türen, im Fernseher, an den Fenstern, in Schränken entdeckt zu haben, und sich erschöpft auf ein paar Schaumstoffpolster setzten – die dann explodierten.

Auch mit der Minenherstellung begann der IS früh und im industriellen Maßstab. Über Mittelsmänner importierte er kilometerweise Zündkabel, zig Tonnen Sprengstoff aus Indien und anderen Ländern in die Türkei, brachte die Materialien über die Grenze und baute ein dezentrales Netz zur Herstellung von Sprengfallen in Nähe der Frontlinien auf, um die Transportwege kurz zu halten.

Die Vermingung ist auch ein Gradmesser, wie der IS Orte sieht, welche er verschont und welche er preisgibt: In Baschir oder Sindschar, „ungläubigen Städten“, wurde fast jedes Haus in eine tödliche Falle verwandelt. In Mossul wurden nach Aussagen von Augenzeugen mannshohe Sauerstoffflaschen, gefüllt mit Sprengstoff, an den Einfallstraßen vergraben. Heimortorte des obersten IS-Führungspersonals aber wie



SPIEGEL TV WISSEN

SAMSTAG, 11. 6., 18.35 – 19.20 UHR | PAY-TV
BEI ALLEN FÜHRENDEN KABELNETZBETREIBERN

24h@ Berlin Alexanderplatz

Der Alexanderplatz ist ein Ort der Superlative: Das höchste Bauwerk der Republik, die älteste Kirche, die kleinste Bar der Hauptstadt und das größte Kunstwerk Europas befinden sich in der Mitte Berlins.

SPIEGEL TV MAGAZIN

SONNTAG, 12. 6., 22.15 – 23.00 UHR | RTL

Ein Exodus in drei Phasen:
Menschenunwürdig – Überleben und Sterben an der libyschen Küste;



Inhaftierte Flüchtlinge in Libyen

Gerettet – Die Massenflucht übers Mittelmeer; **Angekommen** – Flüchtlinge bei Porsche.

SPIEGEL GESCHICHTE

DIENSTAG, 14. 6., 20.15 – 21.10 UHR | SKY

Delizia – Eine kulinarische Zeitreise

Der Historiker John Dickie begibt sich auf eine kulinarische Zeitreise durch Italiens Geschichte: Was nahmen Gladiatoren vor dem Kampf zu sich? Welche Gewürze trafen den Geschmack der Oberschicht? Und was kam in das Pesto, das beim G-8-Gipfel im Jahr 2001 in Genua serviert wurde?

SPIEGEL TV REPORTAGE

MITTWOCH, 15. 6., 22.50 – 23.50 UHR | SAT.1

Allein unter Fremden – Jugendliche Flüchtlinge in Deutschland

2574 minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge wurden im vergangenen Jahr allein in Hamburg aufgenommen. SPIEGEL-TV-Autorin Sonja Hardinghaus hat drei von ihnen in ihrem ersten halben Jahr begleitet.

Hawidscha südwestlich von Kirkuk und Tall Afar westlich von Mossul seien bislang überhaupt nicht vermint worden.

Dass der IS trotz allem immer weiter Terrain verliert, hat im Inneren seines geschrumpften Reichs Paranoia aufkommen lassen. Es ist schwierig, Details von dort zu erfahren, jeder Informant schwebt in Lebensgefahr. Meist läuft die Verbindung nicht per Mail oder telefonisch, sondern über Boten, und es dauert Tage, bis auf eine Frage eine Antwort kommt. „Jeden, den die Daischis mit einem Telefon erwischen, beschuldigen sie der Spionage“, schreibt ein Informant. Penibel listet er die Todesstrafen für Männer wie ihn auf: „Vom höchsten Dach stürzen, erschießen, in einen Säurebottich werfen.“

„Es geschehen seltsame Dinge hier“, beschreibt er die sich verschärfende Geldknappheit des IS. Die Monatsgehälter, die die Terrorgruppe ihren Kämpfern zahlt, fielen von anfangs umgerechnet 400 Dollar

Insgeheim geben IS-Männer zu, dass sich seit sechs Monaten keine neuen Kämpfer melden.

erst auf 150, nun auf 10 Dollar: „Für fast alle Strafen bis auf Spionage kann man nun Geld bezahlen, um freizukommen. Wer zu arm ist, wird zum Tunnelgraben an die Front abkommandiert. Vor allem Raucher können sich freikaufen, dreieinhalb Dollar pro Zigarette. Zigaretten sind 16-mal teurer geworden, und den Schmuggel wiederum kontrolliert Daisch.“

„Die Stimmung ist gespenstisch“, sagt ein anderer über Mossul: „Jeden Tag sind Daisch-Predigten aus den Lautsprechern zu hören, da sagen die ganz offen: ‚Wir wissen, dass ihr uns alle hasst! Dass wir so viele Städte verlieren, ist eure Schuld! Ihr habt uns verraten, denn obwohl wir kamen, um euch gegen die Schiiten zu unterstützen, wollt ihr nicht mit uns kämpfen.‘ Insgeheim geben manche IS-Männer zu, dass sich seit sechs Monaten weder in Syrien noch im Irak neue Kämpfer freiwillig melden. Das verwirrt sie“, so der Informant.

In den Freitagspredigten sei die Rede davon gewesen, dass die IS-Führung damit rechne, auch das noch bestehende Gebiet zu verlieren. „Aber dann“, so der Informant, „kommt immer ihr wichtigster Punkt: ‚Wir werden zurückkommen, stärker denn je! Und wir haben bereits einen Plan dafür!‘ Nur den erklären sie nicht.“

Mit Niederlagen und triumphaler Rückkehr hat der IS Erfahrung. Ende des vergangenen Jahrzehnts wurde er schon einmal geschlagen und überwinterte unauffällig in Mossul, bis er 2012 die anar-

chische Lage in Nordsyrien nutzte, um sich wieder auszubreiten. So lautet sogar sein offizielles Motto: „Überstehen und expandieren“.

Die Strategie der IS-Führer lässt sich ebenso klar benennen: Gezielt schüren sie den Hass ihrer Feinde. Mit verheerenden Anschlägen, vor allem auf schiitische Viertel in Bagdad Mitte Mai, haben die IS-Kommandeure den Sturm auf Falludscha provoziert, obwohl sie die von ihrem Kerngebiet abgeschnittene Stadt nicht werden halten können. Ihre eigene Klientel lassen sie nicht aus der Stadt fliehen.

Ihr Kalkül ist nicht die Apokalypse, sondern der absolute Glaubenskrieg: Sunniten sollen gehasst, verfolgt, ermordet werden, damit ihnen nichts anderes übrig bleibt, als sich der Schutzmacht IS anzuvertrauen.

Der Hass ihrer schiitischen Feinde ist schon heute im Irak nicht zu übersehen: Die zurückeroberten sunnitischen Städte und Landstriche sind weitgehend menschenleer, ihre Bewohner vertrieben, Tausende verschleppt und verschwunden. Auf Satellitenaufnahmen ist erkennbar, dass allein in und um Tikrit Hunderte Häuser gesprengt wurden nach der Vertreibung des IS im April 2015.

Auch die Raffinerie von Baidischi, einst die größte des Landes, hatte zwar die Kämpfe weitgehend unbeschadet überstanden – wurde aber von den Milizen über Wochen demontiert. Kleinteile und Generatoren landeten auf dem Schwarzmarkt, anderes wurde nach Iran verbracht. Eine Delegation des Ölministeriums, die aus Bagdad zur Bestandsaufnahme nach Baidischi gekommen war, wurde mit vorgehaltenen Waffen zum Umkehren gezwungen.

In Baschir erzählen die schiitischen Milizionäre derweil von Gottes schützender Hand, die sie vor den Granaten des IS bewahre, dessen Stellungen nur wenige Kilometer entfernt liegen. Ein Geistlicher wandert durch die Ruinenstadt und sagt: „Die Befreiung von Baschir hat die Seiten des Koran aufgeschlagen ... der Duft des Paradieses ist hier“, während der einzig wahrnehmbare Geruch der Verwesungsgestank jener Leichen ist, die bisher niemand aus dem Schutt geborgen hat.

Nur der Kommandeur, ein Schiit aus Baschir, schaut müde auf das, was von seiner Stadt geblieben ist. „Wir haben sie zurück, aber als was? Einen tödlichen Schutthaufen, in dem keiner leben kann“, sagt er mit heiserer Stimme. „Ich habe ja schon viel erlebt, verminte Kühlschränke, Korane, Türen, Sofas, aber eine Sache war neu diesmal: Sie hatten sogar die Wasserhähne vermint.“



Videoreportage:
Die verminte Geisterstadt

spiegel.de/sp242016irak
oder in der App DER SPIEGEL

Die verdeckte Kandidatin

Analyse Hillary Clinton muss einen Wahlkampf führen, in dem sie nicht im Mittelpunkt steht. *Von Holger Stark*

Ihren bislang stärksten Moment in diesem Wahlkampf hatte Hillary Clinton, als sie sich unkenntlich machte. In ihrem neuesten Wahlspot, den Clinton diese Woche in Brooklyn präsentierte, erscheint sie nur als Silhouette und am Ende kurz im Halbprofil. Der knapp dreiminütige Film ist das Werk smarter Wahlstrategen, er rief in diesem an Gefühlen nicht reichen Clinton-Wahlkampf erstaunlich viel Emotionen hervor, indem er eine historische Brücke von der Frauenbewegung über die Bürgerrechtsbewegung bis zur Präsidentschaftswahl im November baut. Er ist eine Werbung für die Sache, nicht für die Person.

Clintons Leute um ihren Kampagnenchef John Podesta haben lange an dem Film gearbeitet, sie haben versucht, die Schwächen der Kandidatin mit der vor ihr liegenden Aufgabe zu versöhnen, die seit ihrem Vorwahlsieg in Kalifornien so gut wie feststeht: Clinton muss nun die Auseinandersetzung mit Donald Trump gelingen, dem noch zu krönenden Kandidaten der Republikaner; sie muss ihn endlich in eine inhaltliche Auseinandersetzung zwingen; sie ist die Einzige, die ihn noch stoppen kann.

Der Film mit der nahezu unsichtbaren Kandidatin ist auch das Eingeständnis, dass Hillary Clinton in diesem Vorwahlkampf keine Hoffnungsträgerin geworden ist. Trotz Dutzender Auftritte und Millionen Dollar Werbegelder zählt sie noch immer zu den unbeliebtesten Figuren der amerikanischen Politik, gilt vielen als Inbegriff des verhassten Washingtoner Establishments und eines verfilzten Politbetriebs. Vor Kurzem konnte Trump sie erstmals in einer nationalen Umfrage überholen.

Clintons Aufgabe für die kommenden Monate lautet, sich selbst so weit wie möglich zurückzunehmen, um Trump zu verhindern. Denn sie braucht jene Amerikaner, die ihr skeptisch bis feindlich gegenüberstehen. Jene, die eher zurückschrecken, wenn sie sie sehen – vor allem braucht sie die Anhänger des Sozialisten Bernie Sanders.

Bislang führt Clinton einen Patchwork-Wahlkampf: Ihre Strategie ist darauf ausgerichtet, die einzelnen Milieus der fragmentierten Gesellschaft hinter sich zu versammeln. Frauen, Schwarze, Latinos, Schwule und Lesben sollen der ersten Frau in der Geschichte der USA zur Präsidentschaft verhelfen – jene Koalition also, die Obama 2008 und 2012 zum Wahlsieg trug und die Ausdruck eines tiefen gesellschaftlichen Wandels ist. Seit Donnerstagabend ist klar, dass Obama sie in diesem Kampf unterstützt. In den Milieus, in denen Hillary Clinton als kaum wählbar gilt, soll Ehemann Bill helfen, vor allem in ländlichen Regionen, in denen die weiße Mittel- und die Arbeiterklasse dominieren.

Trump hingegen setzt auf die Mobilisierung der noch immer stärksten Gruppe von Weißen, die rund zwei Drit-

tel der Bevölkerung ausmachen. Er will Nichtwähler und Protestwähler aufrütteln, dafür setzt er seine brutale Rhetorik gezielt ein. Er hat zudem damit begonnen, Sanders' Anhänger zu umgarnen, die von einer linken Revolution träumen und eine ähnlich große Wut auf das Establishment empfinden wie Trumps Gefolgsleute. Erstaunlicherweise scheint diese Strategie zumindest teilweise aufzugehen: Rund 20 Prozent der mehr als zehn Millionen Wähler, die Sanders in den Vorwahlen ihre Stimme gaben, können sich laut Umfragen vorstellen, Trump zu wählen. Die Wut scheint größer zu sein als die Bindungskräfte der traditionellen politischen Lager. Wenn das im Herbst so bleibt, hat Trump gute Chancen auf das Weiße Haus.

Immer offensichtlicher wird, dass Trump nicht daran denkt, sich zu ändern. Er ist nicht präsidialer geworden,

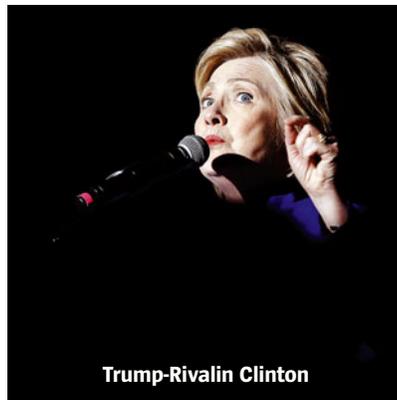
wie viele Beobachter erwartet hatten, und auch nicht milder, wie viele moderate Republikaner gehofft hatten. Im Gegenteil: Er pöbelt herum, bedroht Journalisten, redet unkontrolliert und zuweilen auch unverständlich daher. Vor zehn Tagen erwies er sich wieder einmal als Rassist, als er einen im US-Bundesstaat Indiana geborenen Richter beschimpfte, der über eine Klage gegen die Trump-Universität zu entscheiden hat und dessen Vorfahren aus Mexiko stammen. Der „mexikanische“ Richter sei voreingenommen und nicht unabhängig, weil er, Trump, ja den Bau einer Mauer an der Grenze zu Mexiko gefordert habe. Republikaner wie der Fraktionschef im Repräsentanten-

haus, Paul Ryan, bezeichneten die Sätze als „Auszug aus dem Lehrbuch des Rassismus“.

Nach der Forderung, ein zeitweiliges Einreiseverbot für Muslime zu verhängen, und seinen andauernden Attacken auf Reporter, die negativ über ihn berichten, hat Trump nun also die Justiz angegriffen. Wer aber die Religionsfreiheit, die Pressefreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz infrage stellt, stellt auch die Demokratie an sich infrage.

Es mag paradox klingen, aber für Clinton wird die Kunst in den kommenden fünf Monaten darin liegen, dieses Moment zu nutzen und zugleich die Menschen nicht gegen sich aufzubringen. Sie muss dem Patchwork-Wahlkampf eine größere Botschaft hinzufügen: das Land gegen Trump zu einen. Sie muss als das kleinere Übel erscheinen. Viele Amerikaner würden sie nicht wegen, sondern trotz des Namens Clinton unterstützen. Wenn dies dazu führt, dass Trump nicht Präsident wird, dann hätte Hillary Clinton nicht nur Geschichte als erste Präsidentin der USA geschrieben – sie hätte dem Land schon vor Amtsantritt einen großen Dienst erwiesen.

Mail: holger.stark@spiegel.de, Twitter: @holger_stark



Trump-Rivalin Clinton

JOHN LOCHER / AP

Vom Kampf um Identität

Essay Großbritannien erging es stets am besten, wenn es Europa nicht vergaß.
Von Christopher Clark

Die Philosophin Edna Ullmann-Margalit unterscheidet zwischen drei wesentlichen Arten von Entscheidungen: auswählen (picking), wählen (choosing) und Grundsatzentscheidungen treffen (opting).

Die ersten sind die kleinen Entscheidungen, die wir jeden Tag treffen: was wir zu Mittag essen, welche Zahnpasta wir kaufen. Wahlentscheidungen sind Entscheidungen mittlerer Größe, die das Abwägen von Vor- und Nachteilen erfordern: Kaufe ich dieses Auto oder jenes? Grundsatzentscheidungen sind die größten Entscheidungen, sie markieren eine persönliche Veränderung. Die Person, die aus einer Grundsatzentscheidung hervorgeht, ist danach nicht mehr dieselbe. Im Falle eines ganzen Landes zeigt sie einen Moment an, in dem die Geschichte einen neuen Kurs nimmt. Beispiele hierfür sind: die Entscheidung, ob man Kinder bekommt (im Falle von Einzelpersonen), ob man das Vereinigte Königreich verlässt (im Falle der Schotten), ob man aus der Europäischen Union austritt (im Falle Großbritanniens).

Ullmann-Margalit macht eine weitere interessante Beobachtung: Die Annahmen der klassischen Entscheidungstheorie gelten in Wirklichkeit nur für Entscheidungen mittlerer Größe. In Situationen von Auswahl- und Grundsatzentscheidungen, bei denen fast nichts oder fast alles auf dem Spiel steht, sind sie deutlich weniger hilfreich. Der Entscheidungsprozess in großen Dingen ist rationalen Argumenten offensichtlich weniger zugänglich als in kleineren. Denn wirklich bedeutende Entscheidungen manifestieren sich eher als Ausdruck der eigenen Identität oder als „nackte Willenshandlung“. Die Abwägung der Risiken gegen den möglichen Nutzen spielt eine untergeordnete Rolle. Es geht weniger darum, was wir unserer Meinung nach wollen, sondern wer wir unserer Meinung nach sind.

Auf beiden Seiten des Grabens zwischen Brexit/Bremain geht es um Identität, doch ist auch eine deutliche Asymmetrie erkennbar. Die Entscheidung zum Ausstieg aus der EU erfordert eine weitaus größere Willenshandlung als die Entscheidung zum Verbleib. Dies könnte erklären, warum die Befürworter des Brexit besonders bemüht sind, die Debatte emotional aufzuladen, gemäß dem Leitsatz „Wir gegen sie“. Ich denke hier an zwei Schlagzeilen der Pro-Brexit-Presse: „Der IS erhält Waffen dank Schlupflöchern der EU“ und „EU schickt Mörder ins Vereinigte Königreich“.

Das Problem des Bremain-Lagers ist nicht, dass es ihm an guten Argumenten fehlt. In den vergangenen Monaten waren Hunderte überzeugende Gründe für den Verbleib in der EU zu hören. Es ging vor allem um die Zukunft der City of London und die strategischen Vorteile bei der britischen Position – außerhalb der Eurozone, jedoch innerhalb der EU. Es ging um die wahrscheinlich negativen

Conflicted identity

Essay Britain has always done best when it doesn't turn its back on Europe.
By Christopher Clark

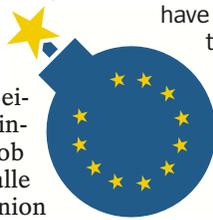
The choice theorist Edna Ullmann-Margalit posits that there are essentially three kinds of decisions: picking, choosing and opting. Picking decisions are the little ones we make every day: what to have for lunch; which toothpaste to buy. Choosing decisions are the middle-sized ones that involve the marshalling of reasons for and against: to buy this car or that. Opting decisions are the biggest; they mark a personal transformation because the person that comes out of them is different from the one that goes in. In the case of a country, they are moments where history itself pivots. Examples might be the decision whether to have children (for a person); whether to leave the UK (for the Scots); whether to exit the EU (for Britain).

Ullmann-Margalit goes on to make an interesting observation: the assumptions of classical decision theory really only work for middle-sized decisions. In picking and opting scenarios, where almost nothing or almost everything is at stake, they have much less purchase. The process by which we arrive at our biggest decisions tends to be less susceptible to rational argument than in lesser cases, because really momentous decisions are more likely to manifest themselves as an expression of identity or as a “naked act of will”, in which the calculus of risk and gain play a subordinate role. They are less about what we think we want than about who we think we are.

Identity is in play on both sides of the Brexit/Bremain divide, but there is also a marked asymmetry. The decision to leave the EU requires a far greater act of will than the decision to remain. That may explain why the discourse of the Brexit campaign has been especially marked by the effort to mobilise emotion, to galvanise a “we” against a “them”. I’m thinking here of two headlines from the pro-Brexit press: “ISIS owes weapons to EU Loophole” and “EU sends killers to UK”.

The problem for the Bremain camp is not the shortage of good arguments. Over the past months, we have heard hundreds of powerful statements in support of the Bremain case. They have primarily focused on the future of the City of London and the unique strategic advantages conferred by its position outside the eurozone but inside the EU, the likely impact of Brexit on Britain’s economic growth, unemployment, the capacity to negotiate advantageous terms of trade, the security and crime-fighting advantages of EU membership, and so on.

Against the formidable edifice of the Bremain coalition, the Brexiteers have deployed the siege machines of national emotion and identity. Immigration tops the list. According to a poll conducted on May 14, 57% of British adults believe that the country could control its borders better if Britain left the EU. But this is odd, because whereas the total number of immigrants from EU states in the UK is currently more





STANISBIBLIOTHEK ZU BERLIN / BPK

Schlacht bei Waterloo 1815*: Der absurde Beweis, dass das Land allein erfolgreich sein könne
1815 Battle of Waterloo*: The absurd proof that the country can be successful on its own

Auswirkungen eines Brexit auf das Wirtschaftswachstum, den Arbeitsmarkt und die Verhandlungsposition gegenüber Handelspartnern sowie die Vorteile bei Sicherheit und Verbrechensbekämpfung und so weiter.

Dem eindrucksvollen Vernunftgebäude der Bremain-Koalition setzen die Brexiteers die Belagerungsmaschinerie der nationalen Gefühle und der nationalen Identität entgegen. Ganz oben auf der Liste steht die Einwanderung. Laut einer Umfrage vom 14. Mai sind 57 Prozent der erwachsenen Briten der Meinung, dass Großbritannien seine Grenzen besser kontrollieren kann, wenn es aus der EU austritt. Merkwürdig daran ist nur: Während die Gesamtzahl der Einwanderer aus EU-Staaten aktuell bei über zwei Millionen liegt, beträgt die Zahl der Einwanderer aus Nicht-EU-Ländern knapp fünf Millionen. Die meisten dieser Menschen kommen aus Staaten, gegenüber denen Großbritannien seine Grenzen alleinverantwortlich kontrolliert. Es gibt somit auch keinerlei Zusammenhang zur EU-Mitgliedschaft.

Eine herausragende Rolle spielen im Alltag der Brexit-Kampagne historische Analogien. Es war schon komisch, wenn Brexiteers in den letzten Wochen Großbritanniens Sieg über Napoleon zum Beweis nahmen, dass das Land allein erfolgreich sein könne. In Wirklichkeit hat Großbritannien Napoleon natürlich nicht allein bekämpft oder besiegt. Ich meine damit nicht nur die sieben Koalitionen, die sich im Verlauf der Revolutions- und der Napoleonischen Kriege gegen Frankreich gebildet hatten, sondern auch die Tatsache, dass an der Schlacht bei Waterloo neben den 25.000 britischen Soldaten auch Männer aus der deutschen Legion des Königs teilnahmen – Niederländer, Hannoveraner, Braunschweiger und Nassauer. Ganz zu schweigen von den Preußen – und insbesondere Generalleutnant Zieten und seinem 1. Korps, dessen Erscheinen auf dem Schlachtfeld just im richtigen Moment dem Duke of Wellington möglicherweise die Haut rettete. Der Rückblick darauf, wie das moderne Großbritannien in der Vergan- ▶

than 2 million, the number of those born outside the EU and living in Britain is nearly 5 million. And most of these non-EU settlers hail from countries in respect of which Britain exercises full sovereign control over its borders. Their numbers are thus completely independent of Britain's membership of the EU.

Historical analogies play a prominent role in the daily traffic of the Brexit campaign. It has been curious to hear Brexiteers in recent weeks proposing that Britain's victory in the Napoleonic wars is an argument for the country's ability to go it alone. In truth, of course, Britain did not fight or defeat Napoleon alone. And I am not referring here just to the seven coalitions mustered against France over the course of the revolutionary and Napoleonic wars, but also to the fact that alongside the 25,000 British troops at the Battle of Waterloo, there were men of the King's German Legion – Netherlanders, Hanoverians, Brunswickers and Nassauers. Not to mention the Prussians – and especially Lieutenant-General Zieten and his 1st Corps – whose timely appearance on the battlefield may have saved the Duke of Wellington's bacon.

The history of how modern Britain managed the relationship between its European and imperial interests – between its “blue-water” and its continental commitments – suggests that the country tended to do best when it successfully balanced both imperatives, rather than pursuing one to the exclusion of the other. Between 1688 and 1763, British statesmen worked hard to prevent a single continental power from dominating Europe, while at the same time laying the foundations of the British empire's future global pre-eminence.

* Treffen des Fürsten Blücher und des Herzogs Wellington auf dem Schlachtfeld von Waterloo am 18. Juni 1815. Radierung von Gottfried Arnold Lehmann.

* Meeting of Prince Blücher and the Duke of Wellington at the Battle of Waterloo on June 18, 1815. Etching by Gottfried Arnold Lehmann. ▶

► genheit seine europäischen und imperialen Interessen gewichtet hat, seine überseeischen und kontinentalen Verpflichtungen, zeigt, dass es dem Land am besten erging, wenn es erfolgreich beide Seiten ausbalancierte und nicht ausschließlich einen Weg verfolgte. Zwischen 1688 und 1763 arbeiteten die britischen Staatsmänner hart daran zu verhindern, dass eine einzelne Kontinentalmacht Europa dominierte, und legten gleichzeitig den Grundstein für die zukünftige globale Vormachtstellung des Britischen Empire.

Der Spanische Erbfolgekrieg (1701 bis 1714), der Österreichische Erbfolgekrieg (1740 bis 1748) und der Siebenjährige Krieg (1756 bis 1763) waren alle auch britische Siege. Zur Katastrophe kam es erst, wie der Historiker Brendan Simms gezeigt hat, als London Europa den Rücken zuwandte und ganz darauf setzte, seine Flotte zur Machtausübung zu benutzen. Die Franzosen und Spanier konnten, ohne britisches Gegengewicht auf dem Kontinent, ihre Kriegsmarine aufbauen und in Amerika dabei helfen, die Briten zu besiegen. Amerika wurde am Rhein verloren.

Es ist höchst fraglich, ob solche Argumente bei einer zum Brexit neigenden Wählerschaft verfangen. Jüngste Meinungsumfragen scheinen zu belegen, dass Ullmann-Margalit wohl recht hat. Die Brexit-Befürworter unter den Wählern scheinen relativ unempfänglich für diese Art wohl begründeter Diagnose des Remain-Lagers zu sein. Sie glauben viel bereitwilliger den manchmal unwahren, manchmal aufwieglischen und identitären Behauptungen medienerfahrener Brexit-Politiker wie Boris Johnson, der britischen Version von Donald Trump. Johnson wurde kürzlich für seinen Vergleich der EU mit Hitlers Großraum Europa heftig kritisiert. Er hat wiederholt (und fälschlicherweise) behauptet, dass Kinder unter acht Jahren unter EU-Recht keinen Luftballon aufblasen dürfen. Dennoch ist die Zahl der Briten, die Johnsons Aussagen über Europa vertrauen, laut einer Umfrage aus dem Mai mehr als doppelt so hoch wie die Zahl der Skeptiker.

Was das Lager der Brexiteers umtreibt, ist die Angst vor einem radikalen Verlust von Autonomie, die gern als „Souveränität“ bezeichnet wird. In der Zukunft, vor der die Brexiteers sich fürchten, ist Großbritannien nicht mehr frei und unabhängig, sondern den Anweisungen nicht gewählter Bosse im weit entfernten Brüssel ausgeliefert. Doch obwohl sie von Großbritannien reden, sprechen sie in Wirklichkeit nur für England. Der starke Drang zum Brexit ist ein fast rein englisches Phänomen. Von den zehn europafreundlichsten Regionen Großbritanniens liegen fünf in Schottland und Wales. Es gibt in ganz Schottland keine Hochburg der Euroskeptiker und in Wales nur eine einzige.

Hieran wird erkennbar, warum die Argumente für den Brexit auf fruchtbaren Boden fallen. Im Verlauf der vergangenen zwei Jahrzehnte haben die schottischen und walisischen Se-

► The war of the Spanish succession (1701-1714), the war of the Austrian succession (1740-1748) and the seven years' war (1756-1763) were all, among other things, British victories. Disaster, as the historian Brendan Simms has shown, only struck when London turned its back on Europe and focused on projected power through its navy alone. No longer checked by Britain on the continent, the French and Spanish were able to build up their navies and help defeat the British in America. America was lost on the Rhine.

Whether such arguments will carry much weight with the Brexit-inclined electorate is highly questionable. Recent evidence from opinion polls suggests that Ullmann-Margalit may be right. Pro-Brexit voters appear to be relatively impervious to the kind of authoritative diagnosis on offer from the remain camp. They respond more readily to the sometimes untrue, sometimes incendiary, identitarian claims of media-savvy Brexiteer politicians like Boris Johnson, Britain's version of Donald Trump. Johnson was recently widely criticised for comparing the EU to Hitler's "Grossraum Europa". He has repeatedly (and falsely) claimed that under EU law it is illegal for a child under eight to blow up a balloon. Yet according to a poll conducted in May, Britons are more than twice as likely to trust Johnson to tell the truth about Europe as they are to be sceptical of his claims.

At the heart of the Brexit camp is the fear of a radical loss of autonomy, often captured with the word "sovereignty". In the future feared by the Brexiteers, Britain will no longer be free and independent, but forced to follow the orders of unelected bosses in far-off Brussels. But though they speak of Britain, they really only speak for England. Intense pro-Brexit sentiment is almost exclusively an English phenomenon. Of the 10 most Europhile regions on the British mainland, five are in Scotland and Wales. There is not a single hotspot of Eurosceptic feeling in Scotland and only one in Wales.

Herein lies a deep clue to the appeal of the Brexit argument. The last two decades have seen a marked advance in Scottish and Welsh particularist sentiment and the devolution in 1998 of regional powers to Welsh, Scottish and Northern Irish legislatures. But no such devolution has taken place in England itself, despite signs that nationalist sentiment has been on the rise here, too. The result has been a marked asymmetry: England remains the only country in the UK lacking a devolved parliament or assembly of its own. This may help to explain the receptiveness of English voters to the claim (whatever its truth value) that continued membership of the EU will bring the further erosion of "sovereignty", the neuralgic word in the Europe debate.

The English focus on much Eurosceptic sentiment may also explain the otherwise puzzling readiness of the Brexit camp to risk the integrity of the UK in order to escape from the EU. The Scottish National Party's warning that a departure from the

Please stay



DAN KITWOOD / AP

... weil Prinz Harry zuverlässig immer dann in einer Naziuniform auftaucht, wenn einem der souveräne Perfektionismus von Prinz William und Kate schlechte Laune macht.

... because Prince Harry can always be counted on to pop up in a Nazi uniform just when the confident perfection of Prince William and Kate becomes depressing.



paratistenbewegungen starken Aufwind bekommen. Wales, Schottland und Nordirland wurden im Jahr 1998 weitreichende gesetzgeberische Kompetenzen übertragen. Einzig in England selbst hat keine solche Übertragung stattgefunden, obwohl auch hier nationalistische Strömungen Zulauf bekommen haben. Daraus ist eine ausgeprägte Asymmetrie entstanden: England blieb als einziges Land im Vereinigten Königreich ohne Regionalparlament oder eigene Versammlung. Dies erklärt möglicherweise, warum die englischen Wähler so empfänglich für die Behauptung sind (unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt), durch eine fortgesetzte Mitgliedschaft in der EU werde jene „Souveränität“ weiter erodieren, die in der Debatte zum neuralgischen Begriff geworden ist.

Dass sich der Euroskeptizismus so stark auf England konzentriert, dürfte auch erklären, warum das Lager der Brexit-Anhänger so verblüffend bereit scheint, die Einheit des Vereinigten Königreichs zugunsten des Ausstiegs aus der EU zu riskieren. Sie bleiben ungerührt, wenn die Schottische Nationalpartei (SNP) warnt, ein Austritt aus der EU würde die Frage der schottischen Unabhängigkeit erneut aufwerfen (vermutlich denken viele von ihnen: gut, wenn wir die los sind!).

Das „England“, dem das Phänomen des Brexit entspringt, ist selbst natürlich auch tief gespalten. London ist eine Insel der europafreundlichen Stimmung in einem Meer aus euroskeptischen Verwaltungsbezirken. Zudem hat die Kampagne in England alte, fast vergessene Klüfte zwischen Bildungsschichten, sozialen Gruppierungen und Generationen wieder sichtbar gemacht. Unter den Alten und wenig Gebildeten gibt es weitaus mehr Austrittswillige als unter den jungen, wohlhabenden Briten mit Universitätsabschluss. Die Bewohner der Universitätsstädte (Leeds,

Manchester, Leicester, Oxford, Cambridge, Sheffield) dürften vorwiegend für den Verbleib stimmen. Dies legt nahe, dass sich in die identitäre Logik der Brexit-Sache auch die Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg und dem schwindenden Zugang zu Sozialleistungen mischt. Das erklärt möglicherweise auch, warum die Befürworter des Brexit die klugen, wohlformulierten Argumente des Remain-Lagers an

sich abperlen lassen: Sie wirken von oben herab und haben einen starken Beigeschmack von elitärer Herablassung.

Großbritannien gehört zu den erfolgreichsten Staaten der Neuzeit. Und die EU ist ein beispielloses welthistorisches Experiment – ein Bund freiwillig beigetretener Staaten, der sich, wie das Vereinigte Königreich, gemeinschaftlich zur Wahrung von Grundfreiheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und zur Förderung der Menschenrechte verpflichtet. Natürlich lässt sich nicht behaupten, dass die EU in ihrer jetzigen Gestalt als Verfassungswirklichkeit oder als Regierungsform ideal ist. Die EU ist eine Baustelle. Die Entscheidung zu bleiben bedeutet nicht, die bestehenden Verhältnisse bedingungslos anzuerkennen. Sie wäre ein Votum dafür, Teil des komplexen und zeitweise konfliktreichen Prozesses zu bleiben, mit dem die Union ihre Angelegenheiten regelt und ihre Zukunft gestaltet.

Sir Christopher Munro Clark, 56, ist Australier und lehrt Geschichte im britischen Cambridge. Sein Buch „Die Schlafwandler“ über den Ersten Weltkrieg wurde ein Bestseller.



JÖRG MÜLLER / AGENTUR FOCUS

Historiker Clark: Angst vor einem radikalen Verlust
Historian Clark: Fear of a radical loss

EU will re-open the question of Scottish independence leaves them unmoved (presumably, many of them are thinking: good riddance!). Particularly striking is the indifference of the leavers to the effects of a Brexit on Northern Ireland.

The “England” at the heart of the Brexit phenomenon is of course itself deeply divided. London is an island of strong Europhile sentiment in a sea of Eurosceptic counties. And the referendum campaign in England has seen the re-emergence of old educational, social and generational cleavages whose salience was thought to be in decline. The old and those with limited education are much more likely to vote for exit than young, well-off Britons with a university degree. People in university cities (Leeds, Manchester, Leicester, Oxford, Cambridge, Sheffield) are likely to vote to remain. At the very least, this suggests that anxieties about déclasserment and declining access to public social goods are mixed in with the identitarian logic of the Brexit case. It may also explain why the smart, articulate arguments of the Remain camp bounce off Brexit-minded voters like rain off a barrel: they feel as if they come from above, with a strong aftertaste of elite condescension.

Britain is one of the most successful states in modern history. And the EU is an unprecedented world-historical experiment, a commonwealth of states freely entered into, embodying, like the UK, a shared commitment to fundamental freedoms, democracy, the rule of law and the promotion of human rights. Of course, no one would claim that the EU as a constitutional reality or as a form of governance is ideal in its current form. The EU is a work in progress. The decision to remain within does not imply an unconditional endorsement of the status quo – rather it represents a commitment to remain part of the complex and intermittently conflictual process by which the EU manages its affairs and steers its historical course.

Sir Christopher Munro Clark, 56, is from Australia and teaches history at Cambridge University. His book *The Sleepwalkers*, about the first world war, became a bestseller.

Obwohl die Brexiteers von Großbritannien reden, sprechen sie in Wirklichkeit nur für England.

Though the Brexiteers talk about Britain, they really only speak for England.

„Richtet euch doch selbst“

Uganda Dauerpräsident Yoweri Museveni wirft Europa Arroganz vor und kündigt den Rückzug der Afrikaner vom Internationalen Strafgerichtshof an.



Museveni, 71, ist seit 1986 Staatschef Ugandas. Er hat einst als Rebellenkommandeur geholfen, die Schreckensherrschaft Idi Amins zu beenden. Internationale Anerkennung brachten ihm seine wirkungsvolle Aids-Politik und die wirtschaftlichen Fortschritte seines Landes ein.

SPIEGEL: Herr Präsident, einst geißelten Sie Afrikas Langzeitherrscher als Diktatoren. Dann änderten Sie selbst die Verfassung Ihres Landes, um länger im Amt bleiben zu können. Inzwischen regieren Sie seit 30 Jahren. Wann gehen Sie?

Museveni: Meine Kritiker vergessen immer zu erwähnen, dass ich demokratisch gewählt wurde, die anderen nicht. Jeder in Uganda kann gegen mich antreten, jeder darf wählen, die Wahlen sind geheim. Und nicht viele Länder haben geschafft, was wir geschafft haben. Ein Drittel der Sitze im Parlament sind für Frauen reserviert, fünf Sitze für die Jugend, fünf für Arbeiter, fünf für Behinderte und zehn für die Armee. Haben das andere Demokratien?

SPIEGEL: Uganda hat bis heute kein verwurzeltes Parteiensystem. Internationale Beobachter haben die letzten Wahlen im Februar als nicht fair eingestuft. Ihr einziger ernst zu nehmender Herausforderer, Kizza Besigye, wird regelmäßig verhaftet. Sieht so Demokratie aus?

Museveni: Unsere Gesetze und Institutionen sind ausgezeichnet. Aber die Bevölkerung ist noch nicht so weit. Sie muss ihre Ansichten über verschiedene Dinge noch entwickeln und braucht die richtigen Informationen.

SPIEGEL: Müssen Sie nicht eine afrikanische Rebellion fürchten, ähnlich dem Arabischen Frühling? Ugandas junge, schnell wachsende Bevölkerung ist global vernetzt, und ihr größtes Problem ist der Mangel an Jobs, verbunden mit dem Gefühl, nicht gegen die alten Führungsstrukturen anzukommen.

Museveni: Unsere Bevölkerung wächst so schnell wegen unserer guten Gesundheitspolitik. Als ich ins Amt kam, gab es 15 Millionen Ugander, heute sind es 38 Millionen. Die Ugander wissen das genau, vor allem die älteren. Deshalb ist es sehr unwahrscheinlich, dass bei uns solche Zustände ausbrechen. Übrigens: Ärzte, Wissenschaftler, Ingenieure, Krankenschwestern bekommen bei uns sofort einen Job.

SPIEGEL: Die Deutschen nahmen vergangenes Jahr gut eine Million Flüchtlinge auf,

AXEL MARTENS / DER SPIEGEL

auch aus Afrika – ist das der Anfang eines großen Exodus nach Europa?

Museveni: Es wurden Fehler gemacht, aber darüber würde ich lieber direkt mit Ihren politischen Führern reden.

SPIEGEL: Sprechen Sie über die Aufstände in Libyen und Tunesien?

Museveni: Als das Problem in Libyen begann, rieten wir den Europäern dringend davon ab, dort einzugreifen. Sie haben es trotzdem getan. Jetzt herrscht Chaos.

SPIEGEL: Was sollten die Europäer nun tun, um die Flüchtlingskrise zu lösen? Die Europäische Union plant Migrationspartnerschaften mit afrikanischen Ländern wie Mali oder Niger. Das heißt, diese bekämen Geld, um Flüchtlinge zu stoppen und zurückzunehmen.

Museveni: Flüchtlingsprobleme können immer nur in der jeweiligen Region gelöst werden – vielleicht mit ein wenig Unterstützung von der Uno oder Geld von der Europäischen Union. Die Regierungen in Afrika müssen den Menschen etwas bieten, um sie zu halten.

SPIEGEL: Viele fliehen nicht vor Armut, sondern vor dem Terror muslimischer Fanatiker. Ihr Land schickte Tausende Soldaten nach Somalia in den Kampf gegen die Schabab-Miliz. Ist Afrika das Schlachtfeld der Zukunft für die Dschihadisten?

Museveni: Wir helfen unseren somalischen Brüdern, das Joch dieser engstirnigen Truppe abzuschütteln. Die somalische Bevölkerung will die Islamisten nicht, sie ist auf der Seite unserer Soldaten.

SPIEGEL: Manche sprechen bereits von einer Achse des Terrors, die von Mauretanien im Westen über Mali, Nigeria, Niger, Sudan bis nach Somalia ganz im Osten reicht. Wie bedrohlich sind Afrikas Extremisten?

Museveni: Durch das Chaos in Libyen ist eine neue Gefahr entstanden. Libyen ist jetzt die Brücke, die Dschihadisten in Afrika mit denen im Nahen Osten und in Afghanistan verbindet. Das hätte vermieden werden können.

SPIEGEL: Die EU hat gerade ihre Finanzhilfe für den Einsatz der afrikanischen Truppen in Somalia um 20 Prozent gekürzt. Nimmt Europa die Bedrohung nicht ernst genug?

Museveni: Wir können Hilfe gut gebrauchen, aber nicht Besserwisserei und Arroganz. Wenn die Europäer glauben, sie könnten es sich leisten, sich weniger in Somalia zu engagieren, bitte – wir werden mit den Dingen schon fertig. Die Islamisten hatten dort ein Territorium unter Kontrolle, das gut halb so groß wie die Bundesrepublik war. Wir halten seit Jahren unsere Köpfe hin, wir haben große Verluste, und die Europäer kürzen das Budget? Wenn Geld wichtiger ist als das Leben unserer Kinder, was ist das sonst als arrogant und oberflächlich? Und woher kommt das al-

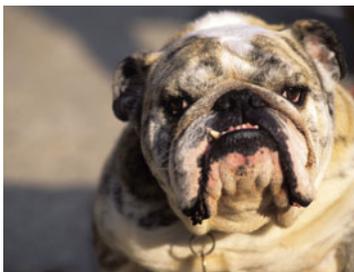
les? Die Fehler, die der Westen in den Achtzigerjahren in Pakistan und Afghanistan begangen hat, haben bis heute Auswirkungen. Damals wurden dort islamistische Rebellen aufgerüstet. Der heutige Extremismus in Somalia ist ursächlich verbunden mit diesen Ereignissen.

SPIEGEL: Als arrogante Institution des Westens gilt Ihnen auch der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag. Sie unterstützten zunächst den Haftbefehl gegen den sudanesischen Präsidenten Omar al-Bashir wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, nun wurde er in Kampala von Ihnen mit allen Ehren begrüßt. Woher der Sinneswandel?

Museveni: Ich war unter den Ersten, die das Rom-Statut zur Gründung des Internationalen Strafgerichtshofs unterschrieben haben. Ich war gegen die Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen. Aber viele afrikanische Staaten wollen vom Rom-Statut jetzt so schnell wie möglich zurücktreten wegen dieser westlichen Arroganz.

SPIEGEL: Der afrikanische Widerstand gegen den Strafgerichtshof hat sich verstärkt, seit auch der kenianische Präsident Uhuru Kenyatta angeklagt wurde.

Please go



ANDERS BLOMQUIST / FOTOFINDER.COM

... weil es im Englischen für die freiwillige Bündnislosigkeit mit „splendid isolation“ sogar einen eigenen Ausdruck gibt, den wir weder genau übersetzen noch nachvollziehen können.

... because the British even have their own term for standing wilfully aloof: “splendid isolation”, which is not only difficult to translate into German, but also to understand.



Museveni: Als wir die Vereinten Nationen um Aufschub für diese Anklage baten – was das Statut erlaubt, damit in Kenia Wahlen durchgeführt werden konnten –, wurde das abgelehnt und das Verfahren weitergeführt. Ich habe meine Meinung geändert, auch gegenüber Omar al-Bashir. Ob er angeklagt werden muss oder nicht, sollen die Sudanesen entscheiden oder die Afrikaner. Das ist unser Kontinent, nicht eurer. Wer seid ihr, dass ihr die Stimme der versammelten Afrikaner ignoriert?

SPIEGEL: Kenyatta soll nach der Präsidentschaftswahl 2007 Stammeskongflikte geschürt haben, mehr als 1100 Menschen starben. Soll das ungeahndet bleiben?

Museveni: Die Probleme von Stammeskongflikten in Kenia sind viel älter, wurden verursacht von der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien. Und der einstige amerikanische Botschafter dort hat beschrieben, wie die CIA dazu beigetragen hat, die Kenianer auseinanderzudividieren. Man erntet, was man sät.

SPIEGEL: Aber der Internationale Strafgerichtshof wird scheitern, wenn die 34 afrikanischen Staaten das Rom-Statut tatsächlich aufkündigen.

Museveni: Na und? Richtet euch doch selbst, aber nicht uns.

SPIEGEL: In anderen Fällen kam Ihnen die internationale Justiz durchaus gelegen, etwa als es um Joseph Kony ging, den christlichen Terrorboss, der jahrelang Uganda terrorisiert hat und heute per internationalem Haftbefehl gesucht wird.

Museveni: Kony versteckt sich in der Zentralafrikanischen Republik. Er ist keine Gefahr mehr. Wir haben ihn bereits geschlagen, sorgen also selbst für unsere Sicherheit. Wir sind nicht von euch abhängig.

SPIEGEL: Uganda arbeitet aber gleichzeitig militärisch eng mit den Vereinigten Staaten zusammen.

Museveni: Natürlich gibt es Kooperationen. Aber bei Treffen mit westlichen Diplomaten, den USA und der Europäischen Union werden die wichtigen Fragen unserer Beziehungen so gut wie nie besprochen. Es geht dann um den Klimawandel oder irgendwelche Fragen, zu denen westliche Politiker unsere Stimmen einsammeln wollen. Aber nie wird diskutiert, wie wir zu einem gleichberechtigten Verhältnis kommen können. Sie sollen aufhören mit diesen pompös orchestrierten Gipfeltreffen, bei denen ohnehin nichts herauskommt. Beginnen wir einen ernsthaften Dialog mit Treffen im kleinen Kreis.

SPIEGEL: Sie regieren nun bis 2021. Wenn Sie noch einmal antreten wollen, müsste erneut die Verfassung geändert werden, um die Altersgrenze von 75 Jahren für Präsidenten aufzuheben. Museveni forever?

Museveni: Das sollen die Ugander selbst entscheiden, niemand sonst.

Interview: Susanne Koelbl, Jan Puhl

10 x digital lesen + Prämie!



Testen Sie **10 x den digitalen SPIEGEL** mit vielen multimedialen Inhalten auf Tablet, Smartphone und PC/Mac – auch offline und schon ab freitags 18 Uhr. Alle SPIEGEL-E-Books und der digitale LITERATUR SPIEGEL sind inklusive!

10 € Amazon.de Gutschein

- ✓ 10 Wochen lesen, 50% sparen
- ✓ SPIEGEL-E-Books inklusive
- ✓ digitaler LITERATUR SPIEGEL inklusive
- ✓ 10 € Amazon.de Gutschein gratis



Prämie
zur Wahl

USB-PowerBank

- ✓ 10 Wochen lesen, 50% sparen
- ✓ SPIEGEL-E-Books inklusive
- ✓ digitaler LITERATUR SPIEGEL inklusive
- ✓ Mit Universalakku fürs Smartphone, Zzgl. € 1,-



(Lieferung ohne Smartphone)

Jetzt **10 x den digitalen SPIEGEL** für nur **€ 19,90 + Prämie** sichern!



abo.spiegel.de/digital10

Fernsehen

„Nicht rumzappeln“



Exprofi **Simon Rolfes**, 34, wird bei der Fußball-EM als Experte für das ZDF auftreten.

SPIEGEL: Sie haben im vorigen Jahr Ihre Karriere bei Bayer Leverkusen beendet. Wie fanden Sie es, wenn ehemalige Fußballstars über Ihre Auftritte urteilten?

Rolfes: Im Grunde finde ich es gut, wenn sich einer auskennt und seine Kritik fundiert ist. Exprofis können in eine Berichterstattung, die gern schwarz-weiß malt, interessante Grautöne einbringen. Dazu muss man sich aber auch vorbereiten, gut Bescheid wissen. Das ist mein Anspruch.

SPIEGEL: Was haben Sie bei Ihren ersten Einsätzen gelernt?

Rolfes: Dass man vor der Kamera nicht rumzappeln sollte. Und dass nicht jedes Detailwissen für den Zuschauer interessant ist. Fernsehreporter denken konsumentengetrieben, und ob ich für Sky oder fürs ZDF kommentiere ist auch ein Unterschied.

SPIEGEL: Wollen Sie der neue Jürgen Klopp des ZDF werden?

Rolfes: Jürgen und ich sind vom Typ her sehr unterschiedlich. Sollten die Zuschauer aber sagen, der Rolfes macht das genauso gut wie der Klopp, dann hätte ich nichts dagegen. Wenn Sie mich nach meinem Lieblingsexperten fragen, dann antworte ich: Günter Netzer. Der hatte seine eigene Art, viel Fußballverstand und war absolut authentisch.

SPIEGEL: Empfinden Sie Wehmut, wenn Sie von der Tribüne aus Ihre ehemaligen Kollegen auf dem Rasen sehen?

Rolfes: Beim Pokalfinale oder bei einem Champions-League-Spiel gibt es schon mal so kurze Momente. Aber ich weiß, wie groß der Aufwand in diesem Beruf ist, das Training, die körperliche Belastung. Ich bin Partner in einer Karriereberatungsfirma – und jetzt für mehrere Wochen bei der EM. Alles gut so. wei



Issinbajewa

KAY NIETELD / DPA

Olympia

„Wir sind betrogen worden“

Der Präsident des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV), Clemens Prokop, hat einen offenen Brief an den Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Thomas Bach, geschrieben. Darin fordert er, Russlands Leichtathleten nicht bei den Olympischen Spielen in Rio de Janeiro antreten zu lassen. Prokop hat das Schreiben „auf Bitten“ von Sportlern des DLV verfasst, die schockiert sind von den Enthüllungen über ein staatliches Dopingssystem in Russland. In dem Brief heißt es: „Sehr geehrter Herr Präsident. Die Erkenntnisse der jüngeren Vergangenheit haben gezeigt, dass die Chancengleichheit ganz offensichtlich nicht durchgängig gegeben war. Damit sind nicht nur Athletinnen und Athleten betrogen worden, auch das IOC und die olympische Idee sind hintergangen worden. Ich bitte

Sie daher, die Sorge der Athleten ernst zu nehmen und alle Möglichkeiten für glaubwürdige und chancengleiche Wettkämpfe in Rio auszuschöpfen.“ Für Prokop muss das IOC nach den Skandalen Konsequenzen ziehen. „Das Ergebnis kann nur lauten: Die Russen bleiben draußen“, sagt er. Am 17. Juni wird zunächst das Council des Internationalen Leichtathletik-Verbandes IAAF darüber entscheiden, ob die wegen der Dopinganschuldigungen bereits von allen Wettkämpfen suspendierten russischen Leichtathleten auch bei Olympia ausgesperrt werden. Sollte es dazu kommen, erwarten Experten, dass das IOC prominenten Athleten wie etwa der Stabhochspringerin Jelena Issinbajewa die Chance einräumt, durch den Nachweis eines negativen Dopingtests doch noch nach Rio zu gelangen. gp

„Ich bin ein Weiterentwickler“

SPIEGEL-Gespräch Bundestrainer Joachim Löw über die Siegermentalität des deutschen Teams und die schwierige Suche nach der perfekten Taktik



UEFA
EURO2016
FRANCE

SPIEGEL: Herr Löw, hat die deutsche Nationalmannschaft nach dem Gewinn des WM-Titels 2014 Fortschritte gemacht?

Löw: Die Europameisterschaft fängt ja jetzt erst an. Ein Turnier ist der Gradmesser, das ist die Königsdisziplin für mich als Bundestrainer.

SPIEGEL: Nach der Weltmeisterschaft sagten Sie, das Team müsse sich gewissermaßen neu erfinden, wenn es den Erfolg bestätigen wolle. Sie stellten Analysen wie in einer Forschungsabteilung in Aussicht. Was ist daraus geworden?

Löw: Wegen der Rücktritte von Philipp Lahm, Miroslav Klose, Per Mertesacker mussten wir zunächst personelle Veränderungen vornehmen. Wir haben einige Korrekturen angebracht, aber nach der WM habe ich auch gemerkt, dass die Spieler nicht mehr mit jeder Faser voll da waren. Ich meine das nicht nur körperlich. Die WM hatte Spuren hinterlassen. Es war nicht so einfach, mit taktischen Ideen an die Spieler heranzukommen.

SPIEGEL: Es gab holprige Partien in der EM-Qualifikation.

Löw: An einzelnen Spielen in der Qualifikationsrunde ist eine Entwicklung nicht festzumachen. Die Gegner sind auf einem anderen Niveau als bei einem Turnier. Wir haben aber durchaus manche Themen gesetzt, Veränderungen im Denken und bei den Inhalten vorbereitet. Zum Beispiel taktisch, um mehr Variabilität zu bekommen.

SPIEGEL: Sie meinen das Spielsystem mit einer Dreierkette in der Abwehr?

Löw: Ja, unter anderem. Wir haben es früher schon ab und zu mal gespielt. Aber jetzt ist es eine ernste Alternative. Wir haben darin mehr Sicherheit als vorher.

SPIEGEL: Sie sprechen von Veränderungen auch im Denken. Was soll das sein?

Löw: Das Wissen, dass man den WM-Titel gewonnen hat, sorgte für große Zufriedenheit, ein Glücksgefühl. Es erfordert harte Arbeit, damit richtig umzugehen. Wir müssen zurück zu unseren Wurzeln kommen. Uns muss klar sein, dass wir uns alles wieder hart erarbeiten müssen. Wir starten gewissermaßen bei null.

SPIEGEL: Die Spieler hatten nicht mehr diesen Erfolgshunger?

Löw: Das vielleicht auch. Aber das hatte ich erwartet. Vor der WM in Brasilien konnte man den Hunger unserer Mannschaft, die über Jahre immer kurz vor einem Titelgewinn gestanden hatte, förmlich spüren. Nach dem Triumph erkennt man in dieser Hinsicht einen gewissen Spannungsabfall. Das hat jeder bei sich feststellen müssen. Auch ich.

SPIEGEL: Und wie ist es jetzt?

Löw: Wir mussten erst wieder detailversessen werden. Unsere Ambition besteht darin, den Erfolg zu bestätigen. Und das ist ein großes Ziel. Es hat noch keine deutsche Mannschaft geschafft, nach einem WM-Titel das nächste Turnier auch erfolgreich zu gestalten. Das wollen wir ändern.

SPIEGEL: Ist die Mannschaft stärker als 2014?

Löw: Wir haben taktisch mehr Möglichkeiten, das Potenzial, die Technik, die spielerischen Fähigkeiten sind groß. Wir haben aber erkannt, dass wir wieder lernen müssen, was wir bei der WM hatten: nämlich den Willen und die Leidenschaft, unsere Kampfkraft in die Waagschale zu werfen. In der Qualifikation waren wir oft den Gegnern überlegen, die Mannschaft wusste und weiß um ihre spielerischen Fähigkeiten. Das ist im Grunde positiv.

SPIEGEL: Aber?

Löw: Aber manchmal haben wir uns zu sehr darauf verlassen. Das meine ich mit dem Schritt zurück zu den Wurzeln. Wir müssen wieder hart im Zweikampf sein, hart in der Verteidigung. In dieser Hinsicht hatten wir zuletzt ein paar Defizite. Das ist eine Frage der Mentalität.

SPIEGEL: In einem Werbespot für einen DFB-Sponsor sprechen Sie über die Herausforderung, gestiegene Erwartungen der Menschen zu erfüllen. Erfolge zu bestätigen, sich ständig zu verbessern – ist das tatsächlich ein persönlicher Antrieb für Sie?

Löw: Ja. Ich möchte die Mannschaft entwickeln. Das reizt mich, das spornt mich an. Ich sehe mich als Weiterentwickler.

SPIEGEL: Sie machen seit zehn Jahren den gleichen Job.

Löw: Aber ich gebe mich nicht damit zufrieden, den Status quo beizubehalten. Als Trainer sucht man nach perfekten Spielzügen, nach einer perfekten Taktik.

SPIEGEL: Hatten Sie schon mal ein perfektes Spiel?

Löw: Nein, weil der Mensch nicht perfekt ist. Man versucht, der Perfektion nahezukommen. Die erste Halbzeit beim 7:1-Sieg im WM-Halbfinale gegen Brasilien war nahe dran. Oder: das Spiel 2012 in Berlin

gegen Schweden – bis zum 4:0 haben wir gespielt, wie ich mir das vorgestellt hatte.

SPIEGEL: Es ging 4:4 aus.

Löw: Perfektion ist brüchig. Jeder macht Fehler, auch ein Trainer macht Fehler.

SPIEGEL: Ihr Trainerkollege Pep Guardiola, der Bayern München Richtung Manchester City verlassen hat, sucht die Herausforderung darin, alle paar Jahre die Liga und das Land zu wechseln. Ist das der schwierigere Weg?

Löw: Es ist ein anderer Weg. Wie gesagt: Meine Königsdisziplin sind die Turniere. Und Erfolg macht Spaß. Auch ich kann nicht genug davon bekommen. Wenn man das Gefühl 2014 erlebt hat, will man es wieder haben. Ein Antrieb ist auch, dass ein ganzes Land mitfiebert und mitlebt. Und aus Spielern, die aus unterschiedlichen Kulturen kommen, eine verschworene Einheit zu formen, aus Individualisten eine Mannschaft zu bilden, die harmoniert – all das lässt mich weiter motiviert sein.

SPIEGEL: Bilden Sie sich fort?

Löw: Zwischen den Turnieren nutze ich die Zeit, mich im Ausland in anderen Fußballkulturen umzuschauen. Wohin geht die Entwicklung, was können wir bei uns einfließen lassen? Bei der Copa América, dem Afrika-Cup – es hilft immer, emotionsneutral Spiele anzuschauen. Und auch, im Rahmen von Spielen der Champions League oder der Europa League Gespräche mit ausländischen Trainern zu führen.

SPIEGEL: Topspieler sagen heutzutage oft, sie dürften sich über Erfolge nicht lange freuen. Sie dürften nie zufrieden sein, müssten das Erreichte gleich wieder bestätigen. Ist das der Sinn des Sportlerlebens?

Löw: Weiß ich nicht.

SPIEGEL: Macht das glücklich?

Löw: Erfolge machen jedes Sportlerleben glücklich.

SPIEGEL: Und wenn man den Erfolg nie genießen darf?

Löw: Darf man ja. Wir alle haben den Erfolg von Brasilien genossen. Aber es ist schwierig, sich nach einem großen Erfolg wieder für den nächsten zu motivieren. Wichtig ist, dass man die richtige Mischung zwischen Konzentration und Entspannung findet. Wenn es keine Entspannung gibt, kann es keine Anspannung geben. Wenn ich Spieler über vier oder fünf Wochen permanent auf einem hohen Spannungsniveau halten wollte, das würde nicht funktionieren. Jeder benötigt seinen Freiraum zwischen den Spielen. Körperlich, aber auch zur emotionalen Regeneration.





Deutsche EM-Spieler*: „Wenn es keine Entspannung gibt, kann es keine Anspannung geben“

SPIEGEL: Wollten Sie, als Sie Spieler waren, auch ständig eine nächste Stufe erreichen?

Löw: Ich war ein guter Zweitligaspieler, hatte also keine internationalen Begegnungen, keine sogenannten englischen Wochen. Also konnte ich mich nach einem Sieg so richtig zwei Tage lang ausfreuen, entsprechend leben – und dann so langsam wieder in die Woche starten.

SPIEGEL: Sie schoben eine ruhige Kugel?

Löw: Ich hatte unterschiedliche Phasen. Es gab Spielzeiten, da war ich sehr ehrgeizig, und andere Jahre, in denen ich den Rhythmus nicht fand. Da geriet ich in eine Negativspirale, hatte nicht permanent die richtige Motivation. Und es gab diesen Bruch in meiner Karriere.

SPIEGEL: Schien- und Wadenbein.

Löw: Ja, mit 20 Jahren. Zuvor war ich in der zweiten Liga sehr ehrgeizig gewesen, war gerade vom SC Freiburg zum VfB Stuttgart in die Bundesliga gewechselt. Dann zog ich mir in einem Saisonvorbereitungsspiel den Schien- und Wadenbeinbruch zu, und ich war ein komplettes Jahr weg vom Fenster. Mich hat das aber gleich zwei, drei Jahre zurückgeworfen. Ich tat mich schwer, die Schnelligkeit war nicht mehr vorhanden. Ich merkte, dass ich nicht mehr das Niveau wie mit 18 oder 19 hatte. Ich musste zurück in die zweite Liga.

SPIEGEL: War das kein Antrieb?

Löw: Für mich war es ein Motivationseinbruch. Ich hatte doch immer in die erste Liga gewollt, und ich hatte das nach zwei Jahren geschafft. Und ich war richtig gut drauf. Der Rückschlag sorgte bei mir für eine Frustration.

SPIEGEL: Worin genau haben Sie sich in den letzten Jahren verbessert – als Trainer, als Mensch?

Löw: Über die Jahre hinweg habe ich mich sicher in der Kommunikation entwickelt. Ich höre mir vermehrt die Meinungen der Spieler an, tausche mich mit ihnen aus.

SPIEGEL: War das früher nicht so?

Löw: Am Anfang meiner Trainerkarriere hatte ich oft das Gefühl, alles vorgeben zu müssen. Nach dem Motto: Ich bin der Trainer, die Autorität. Andere Meinungen waren für mich nicht einfach zu verdauen. Ich fasste sie als Kritik auf. Inzwischen bin ich da völlig unempfindlich. Selbst wenn wirklich Kritikpunkte aus der Mannschaft kommen – das kann ich einordnen. Ich weiß, es ist wichtig, dass man auf einen gemeinsamen Nenner kommt. Und diese Fähigkeit kann ich auch für den anderen Teil meines Lebens gut gebrauchen.

SPIEGEL: Sie haben auch gelernt, dass es eine Wunschelf oder eine Stammformation bei einem Turnier nicht gibt, richtig?

Löw: Auch so eine Erfahrungssache. Wichtige Spieler können verletzt ausfallen. Und seit 2006 weiß ich, dass überraschend einer gesperrt sein kann ...

SPIEGEL: ... wie Torsten Frings im WM-Halbfinale gegen Italien, weil er einem argentinischen Spieler im Getümmel nach dem Viertelfinale eine gelangt hatte.

Löw: Man muss auf alles vorbereitet sein. Mittlerweile habe ich auch das Auge, um zu erkennen, dass manche Spieler nach einer harten Saison nicht sieben Turnierspiele in kurzer Zeit auf höchstem Level bestreiten können. Es gibt Typen, die fünf Topspiele abliefern können, aber mehr nicht. Das hängt mit vielen Faktoren zusammen, mit dem Alter und der Regene-

rationsfähigkeit, mit der Verletzungsgeschichte. Ich weiß, dass ich im Laufe des Turniers mal den einen oder anderen rausnehmen muss, um ihn später wieder im Vollbesitz seiner Kräfte zu haben.

SPIEGEL: Wird Bastian Schweinsteiger für die wichtigen Momente geschont?

Löw: Es gibt Spieler, die in entscheidenden Momenten, wenn es eng wird, Wichtiges leisten können. So wie es Entscheider und Vorbereiter gibt. In Brasilien brauchten wir Spieler, die eine Situation vorbereiten. Und dann Spieler, die reinkommen, wenn der Gegner müde ist. André Schürrle zum Beispiel. Wenn er kam, passierte etwas. Ich weiß, dass er und Schweinsteiger in diesen Wochen Thema in den Medien sind: Haben sie die nötige Form für die EM oder nicht? Doch während eines Turniers interessieren mich solche Diskussionen in den Medien nicht mal mehr am Rande.

SPIEGEL: Hat Schweinsteiger die nötige Form?

Löw: Schweinsteiger war auch 2014 lange verletzt und hat sich herangekämpft. Und er hätte nie diese Leistung im Finale über 120 Minuten abrufen können, hätte er vorher alle sechs WM-Spiele mitgemacht. Grundsätzlich gilt: Wenn ein Spieler, der lange verletzt war, wieder in zwei, drei Spielen über seine Grenze gegangen ist, kommt oft ein natürlicher Leistungsabfall. Also muss ich sehen, wann kann ich den Bastian einsetzen, wann muss ich ihn wieder herausnehmen? Das gilt auch fürs Training. Man kann nicht immer nur powern.

SPIEGEL: Das haben Sie gelernt?

Löw: Das muss man steuern. Das kann ich inzwischen viel besser als früher.

SPIEGEL: Herr Löw, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Nach der Verletzung des Abwehrspielers Antonio Rüdiger am Dienstag.



Stade de France bei Paris: 32 000 Tonnen sinnlos verbauter Stahl

MYR MURATET / DER SPIEGEL

Draußen vor der Tür

Frankreich Das Stade de France ist das Energiezentrum der EM, es liegt in der Pariser Vorstadt Saint-Denis, verschrien für Armut, Gewalt, Islamisten. Stimmt diese Karikatur? *Von Ulrich Fichtner*



UEFA
EURO2016
FRANCE

Ein zierlicher Turm bekrönt das Rathaus von Saint-Denis, Luc Fauchois besorgt die Schlüssel zu einer schmalen Wendeltreppe, die ganz hinaufführt, er ist ein sportlicher Stadthistoriker mit ansteckend guter Laune, der böse Schlagzeilen über seine Heimatstadt einfach weglacht. „Molenbeek an der Seine“, ruft er, „also das war nun wirklich der Gipfel!“ Begeistert steigt er durch den Dachstuhl, tritt hinaus auf einen gefährlich schmalen Balkon und beginnt, unbeirrt von der schwindelnden Höhe, über die Etappen der Altstadtsanierung seit 1970 zu dozieren. Es ist nur völlig unmöglich, ihm zu folgen. Der Ausblick ist zu überwältigend.

Fein und doch wuchtig steht die Kathedrale von Saint-Denis in direkter Nachbarschaft, ein Stück Weltkulturerbe mit tiefen Wurzeln in der Zeit, Geburtsstätte der Gotik, Grabeskirche der Könige Frankreichs. Hinter dem Prachtbau streckt sich, Richtung Paris, der obszön große Park der Ehrenlegion, von Napoleon angelegt, für die Öffentlichkeit größtenteils noch immer gesperrt, und dahinter liegt groß, fremd, störend: das Stade de France. Nicht gotisch, aber auch geheiligt seit dem 12. Juli 1998, als sich hier das Wunder eines Weltmeis-

tertitels an Frankreich vollzog. 3:0 gegen Brasilien. Zwei Tore durch Zinédine Zidane. Ein Spiel für die Ewigkeit.

Luc Fauchois zeichnet mit schnellen Händen die Stadtgrenzen von Saint-Denis ins Panorama. „Da, der Hochhausriegel, das ist schon Aubervilliers, und hier – nein, warten Sie! Der Riegel gehört noch zu Saint-Denis, und bei den dunklen Gebäuden, weiter links, sehen Sie, da beginnt Paris.“ Die Wahrheit ist, dass hier draußen alle Grenzen längst verschwommen sind. Paris und seine Peripherie, das ganze Konglomerat aus Metropole und dem „Banlieue“ genannten Rand, ist für den Fremden ein unlesbarer Raum, bewohnt von sieben, acht Millionen Menschen.

Vom Turm aus malt sich nach Südwesten hin der Pariser Hochhaus-Cluster von La Défense in den Dunst, weiter östlich steckt der weißgraue Tempel von Sacré-Cœur wie eine Süßigkeit auf dem Gipfel des Montmartre. Insgesamt liegt in der Luft hier draußen eine beglückende Ahnung von Paris im Großen und Ganzen, von „Grand Paris“ mitsamt seinem Kranz aus vorgelagerten Städten.

„Jetzt schauen wir doch mal“, sagt Luc Fauchois geschäftig, „ob der gute Didier heute da ist.“ Es geht die Wendeltreppe wieder hinab, dann im Aufzug hinunter auf die Beletage, dort drückt Fauchois, als

wäre er bei sich zu Hause, zwei schwere Polstertüren auf, hinter denen sich eine große Amtsstube öffnet, tapeziert mit Kulturplakaten bis unter die hohe Stuckdecke. Darunter, am Telefon, Didier, Nachname Paillard, er ist der Bürgermeister hier, ein großer, fleischiger Mann in festlich schwarzem Dienstanzug, ein alter Kommunist.

Es ist kurz nach elf am vorletzten Freitag vor der Europameisterschaft. Paillard schüttelt routiniert die Hände, tauscht ein paar codierte Scherze mit seinem Freund Fauchois, macht dann lustige Augen und fragt: „Also, wollt ihr einen Kaffee oder einen Weißwein?“

Weißwein. Paillard verschwindet durch eine Polstertür in ein Nebenzimmer und kehrt mit Flasche und Gläsern zurück, beim Tun und Reden unablässig unterbrochen von seinem Mobiltelefon. Ehe er vor zwölf Jahren Bürgermeister wurde, war er schon 21 Jahre lang geschäftsführender Vizebürgermeister, er ist der gelernte Chef dieser Stadt, ursprünglich ein Chemiestarbeiter, Jahrgang 1954, niemand macht ihm in Sachen Saint-Denis etwas vor.

Seine Mutter, eine Bretonin, floh nach dem Krieg vor der Armut auf dem Land nach Paris und landete in Saint-Denis wie so viele vor und nach ihr. „Porte de Paris“ heißt der am nächsten gelegene Knoten, der zur Pariser Ringautobahn führt, genau

das war diese Vorstadt zu allen Zeiten für alle Zuwanderer: das Tor zur Stadt oder wenigstens ein Fuß in der Tür nach Paris.

Nach den Bretonen kamen Spanier, dann Italiener, dann Araber, die Nordafrikaner, viele Algerier, viele aus der Kabylei, dann Schwarzafrikaner von südlich der Sahara, zuletzt wieder Osteuropäer. „Hier kann jeder sein Leben in die Hand nehmen“, sagt Paillard, „deshalb kommen die Leute. Und sie sind willkommen.“

Natürlich kann man sein Leben hier auch gewaltig verpfuschen, auch dafür ist Saint-Denis berüchtigt. Der Name und die Departement-Nummer 93 stehen in Frankreich noch immer, immer wieder synonym für Armut, für Verbrechen, für schlechte Nachrichten, alte Versäumnisse, neuen Ärger. Heute ist es der Islamismus, gestern waren es die wochenlangen Unruhen, der Jugendaufstand, der 2005 in den Ausnahmezustand führte. Es war Paillards erstes Jahr im Amt, und wenn er es damals nicht längst gewusst hat, so musste er lernen, dass es zu seinen Hauptaufgaben gehören würde, gegen festsitzende Stereotype, Vorurteile, gegen falsche Etiketten anzukämpfen. In den Tagen vor der EM hat er wieder so ein Problem auf dem Tisch.

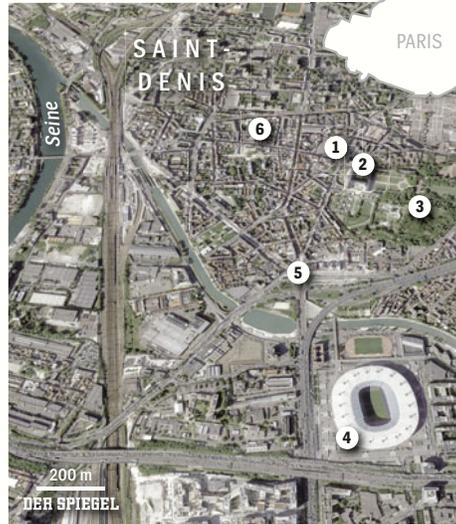
Das Wochenendmagazin der Zeitung „Le Figaro“ hat Saint-Denis auf den Titel gehoben, das Heft zeigt ein Foto mit der Fassade der Kathedrale, davor die gepixelten Gesichter schwarz verhüllter Frauen, dazu die Textzeile „Molenbeek-sur-Seine“, Molenbeek an der Seine. „Ich hab gedacht, ich spinne“, sagt Paillard. „Ich auch“, sagt Fauchois. Aber so stand es da.

Im Text wurde von Hasspredigern in Moscheen berichtet, von fortschreitender Radikalisierung der Muslime in Saint-Denis, von immer neuen Läden im Stadtbild, wo die fromme Muslimin ihre Schleier, Tschadors, Burkas finden könne. Bürgermeister Paillard und sein Freund Fauchois wollen an eine bestellte Hinrichtung glauben, jedenfalls an einen billigen Versuch, mit steilen Thesen Auflage zu machen.

Der Bürgermeister wischt auf seinem Telefon E-Mails des Präfekten herbei, die bestätigen, dass es in der Stadt auch nicht mehr Gefährder gebe als anderswo. Aber natürlich ist Saint-Denis, Paillard weiß es am besten, kein idyllischer Flecken Erde.

Wenn Frankreich nervös ist wegen dieses Fußballturniers, dann gehört Saint-Denis zweifellos zu seinen größten Sorgen. Hier draußen begann die Terrornacht des 13. November, hier sprengte sich der erste Selbstmordattentäter in die Luft, direkt am Stade de France. Und fünf Tage später stand wieder Saint-Denis im weltweiten Fokus, als nur 300 Meter Luftlinie vom Rathaus entfernt der Drahtzieher des Massenmords, Abdelhamid Abaoud, in einer Wohnung an der Rue du Corbillon aufgestöbert und getötet wurde.

SAINT-DENIS  Kartenausschnitt



- | | |
|---------------------------|--------------------|
| 1 Rathaus von Saint-Denis | 4 Stade de France |
| 2 Kathedrale | 5 Porte de Paris |
| 3 Park der Ehrenlegion | 6 Rue du Corbillon |

Spaziergänge durch das weithin verkehrsberuhigte Zentrum lassen einen schnell in einen berausenden Karneval der Kulturen geraten. Afrikanische Frisuren, arabische Schlachter, asiatische Masseuse haben ihre Läden hier, auch Schleiermoden gibt es reichlich, es heißt, dass in Saint-Denis Menschen aus 135 Nationen lebten. Unter ihnen zweifellos auch Gestalten, denen die Buntheit nicht passt oder die sich am Rahmen westlicher Ordnung stören. Es gehen charismatische alte Männer herum, mitten in der Stadt wie Beduinen bekleidet. Auch junge Männer zeigen sich in Aufmachungen, die in eine

Wüste gehören und nicht in eine Stadt. Nicht wenige Frauen sind, bis auf das Gesicht, verhüllt, und es sind mehr, als es der tapfere Lokalpatriot Luc Fauchois wahrhaben will. Und doch, ein Molenbeek wird nicht daraus, das Etikett ist Unsinn. Wer Molenbeek sagt, meint eine Staatsmacht, die die Kontrolle verloren hat, die sich im Wirrwarr der Zuständigkeiten verzettelt und rechtsfreie Räume hilflos zulässt. Davon kann in Saint-Denis, und auch anderswo in Frankreich, nicht die Rede sein.

Das Rathaus muss sich trotzdem mit den Molenbeek-Thesen herumschlagen, die verschütten, was es an Gutem gibt. Dass Saint-Denis eine große Universität hat, dass der Regisseur Luc Besson in alten Fabrikhallen ein Kulturzentrum rund um den Film gegründet hat. Dass Saint-Denis die Heimat vieler Konzerne ist, dass der Telefonriese SFR hier sitzt, die Zentrale der Bahn, die Forschungsabteilung des Energiekonzerns Engie, all das ist unbekannt, weil es nicht ins lange eingebaute, finstere Bild der Banlieue passt.

Wenn aber im Stadion drüben Frankreich gegen Algerien oder Tunesien antritt und ein paar Rabauken sich einen Spaß daraus machen, die Marseillaise auszupfeifen, dann wird schnell eine nationale Debatte daraus. Dann gehört das Stadion gefühlt wieder nicht mehr zu Paris, sondern ganz zu Saint-Denis, zu einer als fremd und feindlich empfundenen Banlieue, zu einer Gesellschaft draußen vor der Tür.

So saugt Paris immer alle Energie, alle Aufmerksamkeit, alle Liebe, alles Geld ins eigene Zentrum ab. Selbst die Kathedrale von Saint-Denis, ein Kirchenbau, mindestens so beeindruckend wie Notre-Dame, historisch womöglich bedeutender, zieht jährlich gerade 155 000 Besucher an, während Notre-Dame, 25 Minuten mit der Metro entfernt, mehr als 13 Millionen zählt.

Und das Stadion? „Ist die größte Niederlage meines Lebens“, sagt Yves Lion, ein wacher 70-Jähriger mit schöner Stimme, geboren in Casablanca, ein bedeutender Stadtplaner und Architekt, nicht immer unumstritten, vielfach preisgekrönt, ein Neuerer. Lion war Gastprofessor in Wien, als ihn zu Beginn der Neunzigerjahre der Ruf erreichte, an einem Masterplan für ein neues Nationalstadion Frankreichs und die umgebende Stadtlandschaft mitzuarbeiten. Danach lief im Wesentlichen alles schief.

„Für die Kommunalpolitiker war das Stadion das Ziel“, sagt Lion, „für uns war es nur ein Anfang.“ Lion erzählt von seinen Erfahrungen in einem Büro seiner Firma am entgegengesetzten Ende von Paris, Montparnasse. Er und seine Kollegen sahen im Stadion nur die Keimzelle eines neuen, lebendigen Stadtviertels, eine

Please go



... weil die Briten (im Norden jedenfalls) mit Herz gefüllten Schafsmagen essen.

... because, haggis.





Bürgermeister Paillard, Jugendliche aus Saint-Denis: „Hier kann jeder sein Leben in die Hand nehmen“

Sportarena als Fixpunkt städtischen Lebens, wie in Barcelona, wie in Madrid, wie in manchen englischen Städten. Sie träumten von einem Stadion, das die Grenze zwischen Paris und Saint-Denis völlig zum Verschwinden brächte.

Dazu kam es nicht. Die lokalen Politiker, nicht nur aus Saint-Denis, auch aus den anderen Randgemeinden, reisten zwar leutselig zu Ortsterminen nach Barcelona, zogen aus den Erfahrungen dort aber keine oder nur falsche Schlüsse. Und auch an Paris selbst scheiterten die schönen Pläne, weil die Hauptstadt ihre Selbstverliebtheit nicht hinterfragen wollte und es bis heute nicht will. Es herrscht eine Logik des Innen und Außen, ein Denken in Hierarchien, und so, sagt Yves Lion, „ist das Stade de France im Niemandsland einfach vergessen worden“.

Dort steht es herum seit nunmehr 19 Jahren, ein Ort, der an mehr als 300 Tagen im Jahr praktisch ungenutzt dahindämmert. Kleine Besuchergruppen verlieren sich in den gewaltigen Anlagen, Kindergeburtstage mit Besichtigung der Umkleidekabinen finden statt, viel mehr Leben ist nicht.

Die Massen kommen an den 10, 15 Tagen im Jahr, wenn sich Beyoncé oder Céline Dion oder der in Frankreich noch immer weltberühmte Johnny Hallyday die Ehre geben. Wenn die Rugby- und Fußballteams hier ihre Meister und Pokalsieger ausmachen oder wenn „Ben Hur“ gegeben wird, mit viel Musik und noch mehr Pferd.

An allen anderen Tagen ziehen einsame Jogger ihre Runden auf der öden Stadionplatte, um die herum ansonsten kaum Stadt aufgeführt wird. Es gibt einen Heimwerkermarkt, ein Kino, ein Hotel und ein paar Großrestaurants, die sich zur Zeit der

Mittagspausen mit Büromenschen von jenseits der Autobahn füllen.

Das Stadion liegt in einem großen Irgendwo-Irgendwie, aus stadtplanerischer Sicht sind es 32 000 Tonnen sinnlos verbauter Beton, verteilt auf 17 Hektar Brachfläche. Beeindruckend nur, wie schnell das Bauwerk damals stand. Gerade zweieinhalb Jahre dauerten die Arbeiten, bis die Arena im November 1997 pünktlich fertig war, man fragt sich aus heutiger Sicht, ob Frankreich zu einer solchen Anstrengung noch instande wäre.

Aber es hilft nichts, wer auf den Autobahnen unterwegs ist, nimmt die Arena nur wie ein in räumiger Stadtlandschaft variiertes Raumschiff wahr. Wer sich dem Stade de France von Westen nähert, erlebt die Gegend als steriles Büroviertel, in dem zu den Stoßzeiten geputzte Angestellte zwischen ihren Schreibtischen und den Stationen der S-Bahn hin- und hereilen.

Wer aus Südosten kommt, von der Porte de la Villette, nimmt den kilometerlangen Boulevard Félix Faure, wo sich gewaltige Depots für Baumaterialien an immense Schrotthalden reihen. Es ist ein uferloses Gewerbegebiet entlang des Canal Saint-Denis, wo in großer Zahl ständig die Hilfsarbeiter hungern in der Hoffnung, als Tagelöhner unterzukommen.

Die Gegend hier draußen, es ist noch zu spüren, gehörte einst zu den größten Industrieballungen Europas. Das Stade de France steht auf der Fläche einer alten Kokerei, die in einer von Fabriken zersiedelten Landschaft lag, vollgestellt mit Gasometern, umringt noch in den Sechzigerjahren von Hüttendörfern, die als Slums korrekt bezeichnet waren. An ihrer Stelle entstanden bald die anonymen Wohnstäd-

te mit ihren Mietskasernen, die heute als Problem gelten. Aber damals waren sie der Fortschritt selbst.

Didier Paillard erzählt davon, er ist der letzte Kommunist, der in Frankreich noch eine größere Stadt regieren darf, 110 000 Einwohner hat Saint-Denis. Dass Paillard über die heilige Kathedrale und die Gebeine von 74 katholischen Königen und Königinnen wacht, dass die jährlichen Gedenkfeiern der übrig gebliebenen Bourbonen und sonstiger Hochadelsfamilien zu seinen Pflichtterminen gehören, wirkt wie das Drehbuch für einen satirischen Film. „Widersprüche gehören zum Leben“, sagt Paillard, „jedenfalls zu meinem.“

Die Europameisterschaft hat in seinem Rathaus viel Kraft gebunden. Ein Sonderstab arbeitet schon seit Jahren an dieser EM, in den Wochen vor dem Eröffnungsspiel hagelte es Sitzungen mit dem Präfekten, mit Polizeibehörden, Verkehrsbetrieben, Katastrophenschutz, Gesundheitsdiensten. Man ärgerte sich mit Abgesandten der Uefa herum, die wie immer einen zweiten Zaun um die ohnehin umzäunten Stadien haben wollten. Das Labyrinth aus Parkhäusern unter dem Stade de France war ein Problem, sicherheitstechnisch. Aber am Ende fühlten sich alle gut gerüstet, trotz „Molenbeek an der Seine“, trotz Streiks, trotz Hochwasser, trotz allem.

Und nun wird Fußball gespielt, im Stade de France, siebenmal in den kommenden vier Wochen, das Finale ist für den 10. Juli angesetzt, in Saint-Denis. Wenn die Franzosen das Endspiel erreichten, täte das allen hier gut. Es würde vor allem bedeuten, dass vier Wochen lang alles gut gegangen wäre, in Saint-Denis, in Paris, in Frankreich, wo das Leben gerade nicht so leicht ist, wie es eigentlich sein sollte. ■

Muhammad Ali

1942 – 2016



Kämpfer Muhammad Ali 1965: Sein Vertrauen, dass die Welt besser sein könnte, als sie ist, war größer als sein Ego

Es war am Rand eines Pressetermins in Los Angeles im Jahr 2003, als ich Muhammad Ali zum letzten Mal traf. Er konnte nur noch schwer sprechen, seine Bewegungen waren langsam. Parkinson war dabei, ihm all das zu rauben, was ihn groß gemacht hatte: seine Athletik, seine Sprache. Den Tanz eines Schmetterlings in einem Sport, bei dem sich Menschen für Geld prügeln und die Knochen brechen.

Ali winkte, komm mit. Es ging um ein paar Ecken, schließlich landeten wir im Beverly Wilshire Hotel. Es ist ein teurer Laden, „Pretty Woman“ wurde hier gedreht. Ein Ort des weißen amerikanischen Establishments, immer noch. Zu sagen, sie

wären froh gewesen, ihn dort begrüßen zu können, wäre eine Übertreibung. Aber sie schimpften auch nicht wie früher. Sie ließen es geschehen.

Ali setzte sich in das Restaurant, bestellte einen Tee. Er wollte nicht sprechen, nur sitzen. Dann schlief er kurz ein. Als er wieder aufwachte, zog er eine Stoffserviette aus dem Brotkorb. Er begann zu zeichnen. Nicht Michelangelo, Parkinson-Zeichnen.

Mit einem schwarzen Filzstift malte er drei Seile eines Boxrings auf die Serviette. Dann zwei Männer. Frazier schrieb er unter den einen, Ali unter den anderen.

Die Kämpfe mit Joe Frazier gehörten zum Härtesten, was der Boxsport kennt. Es waren Auseinandersetzungen, bei de-

nen Frazier plante, „den verdammten Schmetterling zurück zu Jesus zu schicken“, wie er mir einmal in seinem Gym in Philadelphia erzählte. Ali gab später zu, den Tod gespürt zu haben.

Nur ging es an diesem Nachmittag im Beverly Wilshire nicht um den Tod, es ging nicht um den Ring, es ging nicht um die beiden Männer.

Ali zeichnete weiter. 10, 15 Minuten lang drückte er mit seinem Filzstift schwarze Punkte in die sandfarbene Serviette, Hunderte schwarze Punkte.

Die Punkte, das waren die Zuschauer, die Menschen. Der eigentliche Grund, warum Muhammad Ali zum „Greatest Of All Time“ wurde.

Sicher, Beckenbauer oder Messi, es gab und gibt andere Sportler, die zaubern können, Künstler ihres Fachs, aber sie bleiben meist Fachidioten. Sie räumen aberwitzige Summen ab und bunkern sie, als könnten sie das ewige Leben dafür kaufen. Am Ende kostet sie das ihre Größe, jene Momente auf dem Feld, als es kurz so aussah, als könnten sie einen Unterschied machen, der mehr ist als nur ein Sportergebnis, als könnten sie der Schwerkraft des Lebens wirklich trotzen.

Ali ging es um mehr. Ausgerechnet Boxen, die brutalste aller Sportarten, verwandelte er in ein Schauspiel von Schönheit und Hoffnung. In Kunst.

Das hatte auch damit zu tun, dass die meisten, die ihm zusahen, das Gefühl hatten, er kämpfe für sie. Nicht für eine Ideologie, nicht für ein Land, nicht für eine Nation, nicht für eine Flagge.

Für die da unten. Die da draußen. Jene Unterlegenen, von denen die Mächtigen nichts wissen wollten. Alis Kunst bestand auch darin, die Benachteiligten nicht als anonymes Kollektiv oder als ökonomische Größe anzusprechen. Sondern persönlich, und kaum etwas ist persönlicher als die Farbe der Haut.

Auch Ali hatte an dieser größten Ungerechtigkeit seines Landes, dem brutalen Rassismus, zu leiden. 1960 nach dem Gewinn der Goldmedaille bei den Olympischen Spielen in Rom hatte ihn seine Heimatstadt Louisville, Kentucky, mit einer Kolonne von 25 Fahrzeugen empfangen. Aber als er, die Medaille immer noch um den Hals, ein Restaurant betrat und ein Glas Saft bestellte, hörte er:

„Nur für Weiße.“

„Aber er ist Olympiasieger“, murmelte ein Kellner beschwichtigend.

„Mir ist verdammt noch mal egal, was er ist“, sagte der Besitzer. „Raus mit ihm!“

Ali verweigerte sich der Unsichtbarkeit. Er nahm das Versprechen auf Glück, das in der amerikanischen Verfassung formuliert ist, ernst und das Versprechen auf Selbstbestimmung gleich dazu. „The freedom to be, who I want to be.“ Die Freiheit, der sein zu können, der ich sein möchte, war seine Losung. Diese Forderung gab Millionen Menschen Hoffnung: weniger Ungerechtigkeit, mehr Fairness. In Amerika und in anderen Teilen der Welt.

Wenn er den Ring betrat, verteidigte einer mit seinen Fäusten den Idealismus der Sechzigerjahre, da kämpfte einer gegen den Rassismus und den erbarmungslosen Krieg in Vietnam. Wenn Ali die Boxhandschuhe anzog, dann kämpfte jemand gegen die alte Ordnung. Es kämpfte Arm gegen Reich, die Dritte Welt gegen die Erste, Gut gegen Böse, David gegen Goliath.

„Muhammad Ali hat die Welt aufgerüttelt. Und die Welt ist deshalb besser. Wir sind alle besser dank ihm“, hat Barack

Obama gesagt, als er von Alis Tod erfuhr. „Muhammad Ali war der Größte. Punkt.“

Nelson Mandela sagte über Ali: „Er hat viele Menschen auf der ganzen Welt dazu gebracht, Erfolg danach zu beurteilen, ob es einem gelingt, die Unfairness des Lebens herauszufordern. Ich danke Muhammad Ali für die Kraft seines Charakters und die Kraft seiner Taten. Ich danke ihm für den Mut, den er mir gegeben hat.“

Dass sich in Deutschland heute viele Bürger wünschen, jemand wie Jérôme Boateng möge neben ihnen einziehen – auch das hat am Ende Ali mit auf den Weg gebracht.

Mehr als jeder Ideologie hat Ali von Anfang an den Menschen vertraut, egal welcher Hautfarbe und Herkunft. Darunter waren an entscheidenden Positionen auch Weiße: Männer wie Angelo Dundee, sein Trainer, Ferdie Pacheco, sein Ringarzt, Gene Kilroy, einer seiner Manager.

„Die Freiheit, der zu sein, der ich sein möchte.“

Alis Leben war ein großes Drama, ein epischer Kampf voller Risiken und Mut. Ein Schauspiel von Sieg und Niederlagen, von Hoffnung und Demütigung, von Widerstand und Triumph. Von Veränderung

Als er an Parkinson erkrankte, zeigte Ali, wie man verliert. Auch hier war er ein Champion.

zum Besseren für viele und von Rückschlägen für ihn selbst. Sein härtester Kampf, der gegen Parkinson schließlich, dauerte 32 Jahre.

Warum hat Ali weitergeboxt, damals nach dem Sieg gegen George Foreman im Kampf des Jahrhunderts in Zaire? Warum ist er damals, auf dem Höhepunkt, nicht ausgestiegen, hat sich ein schönes Haus an einem Strand gekauft, seinen Reichtum genossen? Die Antwort ist: Geld war nichts Besonderes für ihn, die Menschen schon. Er wollte sie spüren, ihnen nah sein, und wo konnte er ihnen näher sein als auf seiner Bühne, zwischen den Seilen?

In der ersten Phase seiner Laufbahn, bis zum Jahr 1964, stand Ali durchschnittlich 5,5 Runden im Ring. In der zweiten Phase, bis zur Zeit des Foreman-Kampfes in Zaire, waren es schon 9,9 Runden. In der dritten Phase von 1975 bis 1981 schließlich musste er 12,6 Runden pro Kampf durchstehen. Runden, in denen er schwere Schläge kassierte, das vor allem.

Als er an Parkinson erkrankte, zeigte Ali, wie man verliert. Auch hier war er ein Champion.

Parkinson macht Menschen einsam und stumm. Es gab nun schlechte Tage für ihn und noch schlechtere, aber wenn man Ali

fragte, wie es ihm gehe, sagte er: „Gut, keine Schmerzen, nur Parkinson.“

Seine Grundbewegung hat er sich auch durch Parkinson nicht nehmen lassen. Raus aus den eigenen vier Wänden. Dort hin, wo er gebraucht wurde. Ob die Eröffnung einer Mädchenschule in Kabul oder die Olympischen Spiele in Atlanta, ob der Besuch von Kinderkrankenhäusern oder Obdachlosenheimen, wenn er es einrichten konnte, kam er gern.

Meist wurde Ali bei diesen Reisen begleitet von seinem ältesten Freund, dem Fotografen Howard Bingham. Die beiden kannten sich lange, seit den frühen Tagen in Louisville. Bingham hatte gut ausgesehen damals, die beiden kamen bei den Mädchen an, trotz der Tatsache, dass Bingham furchtbar stotterte.

Jetzt saßen die beiden Freunde im Flugzeug und im Auto oft zusammen, und manchmal, wenn Parkinson Alis Ausdrucksweise wieder lähmte, sagte Ali: „Himmel, Howard, nun spreche ich fast schon wie du.“ Dann lachten beide. Nur richtige Freunde dürfen solche Sachen sagen. Es sind große Momente der Verträutheit.

Was bleibt nach all dem Ringen, nach seinen Schlachten für die Gleichberechtigung der Schwarzen, nach seiner Weigerung, nach Vietnam geschickt zu werden, nach seinen Kämpfen gegen Amerika, jenes Land, dessen Ungerechtigkeit, Monstrosität, Energie und Optimismus auch dazu beitrugen, dass er diese überlebensgroße Gestalt werden konnte?

Die Punkte. Die Zuschauer. Die Menschen.

Wir.

Man braucht eine gute Portion Größenwahn, wenn man sich den Kräften entgegenstellt, die er zurückdrängen wollte. Aber sein Vertrauen, dass die Welt besser sein könnte, als sie ist, und seine Großzügigkeit, seinen Teil dafür zu tun, war meist größer als sein Ego.

Die Punkte haben das gespürt, und sie spüren es noch heute.

Ali war der Beweis für die Hoffnung, dass es auch in einer komplexen und komplizierten Welt wenig gibt, was es mit der Herausforderung aufnehmen kann, das Richtige zu tun. Nicht das Realistische, nein, das Richtige. Und hinterher kein großes Pathos darum zu wickeln, sondern einen Witz fallen zu lassen, weil Humor uns ebenso menschlich macht wie unser Ringen nach Sinn und Richtigkeit.

Ali war so schön und mutig, wie wir gern wären, und in den letzten drei Jahrzehnten seines Lebens so schutzlos und zäh, wie es viele von uns sind.

„Keine Schmerzen, nur Parkinson.“

Er stach nicht mehr wie eine Biene. Ein Schmetterling. Fast stumm, noch immer schwebend.

Thomas Hüetlin

Alles ohne Zuzahlung!

JETZT EINEN NEUEN SPIEGEL-LESER WERBEN UND PRÄMIE SICHERN.



KitchenAid-Toaster in 2 Farben

Toasten, warmhalten, auftauen! Mit siebenstufigem Bräunungsregler und breiten Schlitzten. Ohne Zuzahlung.



Gartenliege Ipanema

Aus Eukalyptusholz, FSC-zertifiziert. Mit Wendeauflage in Rot/Beige. Ohne Zuzahlung.



Teasi One³ Freizeit-Navi

Für Rad, Wandern, Ski und Boot. Mit 8,8-cm-Display, Routing, Gratiskarten. Ohne Zuzahlung.

**Prämie
zur Wahl**



DENVER Tablet 10,6" 16 GB – ohne Vertrag

Mit 26,9-cm-Display, 1,3 GHz Quad-Core-Prozessor, Bluetooth 4.0 und WLAN. Ohne Zuzahlung.

90 € Amazon.de Gutschein*

Für Bücher, CDs, DVDs, Spiele, Technik und vieles mehr. Ohne Zuzahlung

Ja, ich habe geworben und wähle meine Prämie! **Ich bin der neue SPIEGEL-Leser.**

SPIEGEL-Vorteile

- Wertvolle **Wunschprämie** für den Werber.
- Der Werber muss selbst kein SPIEGEL-Leser sein.
- Zum Vorzugspreis: statt ~~€ 4,60~~ nur € 4,40 je Ausgabe inkl. Lieferung.
- Auf Wunsch den digitalen SPIEGEL für nur € 0,50 je Ausgabe inkl. SPIEGEL-E-Books.

Wunschprämie

- KitchenAid-Toaster, beige (5352)
- KitchenAid-Toaster, rot (5353)
- Gartenliege Ipanema (5351)
- Teasi One³ Freizeit-Navigationsgerät (5369)
- DENVER-Tablet 16 GB (5303)
- 90 € Amazon.de Gutschein (5073)

Anschrift des Werbers:

Frau Herr Name, Vorname

Straße/Hausnr.

PLZ Ort

Anschrift des neuen Lesers:

Frau Herr Name, Vorname

Straße/Hausnr. Geburtsdatum **19**

PLZ Ort

Telefon (für eventuelle Rückfragen) E-Mail (für eventuelle Rückfragen)

Gleich mitbestellen! Ja, ich möchte zusätzlich den digitalen SPIEGEL für nur € 0,50 pro Ausgabe beziehen statt für ~~€ 3,99~~ im Einzelkauf. SD16-015

Ja, ich wünsche unverbindliche Angebote des SPIEGEL-Verlags und der manager magazin Verlagsgesellschaft (zu Zeitschriften, Büchern, Abonnements, Online-Produkten und Veranstaltungen) per Telefon und/oder E-Mail. Mein Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen.

Der neue Abonnent liest den SPIEGEL für mindestens ein Jahr für zurzeit € 4,40 pro Ausgabe statt € 4,60 im Einzelkauf, den digitalen SPIEGEL zusätzlich für € 0,50 pro Ausgabe. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraums gekündigt wird.

Ich zahle bequem per SEPA-Lastschrift* vierteljährlich € 57,20, digitale Ausgabe halbjährlich € 13,-

DE IBAN Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Datum Unterschrift des neuen Lesers SP16-128

Coupon ausfüllen und senden an: **DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg** **040 3007-2700** **www.spiegel.de/p2416**

Der Werber erhält die Prämie ca. vier Wochen nach Zahlungseingang des Abonnementbetrags. Der Vorzugspreis von € 0,50 für den digitalen SPIEGEL gilt nur in Verbindung mit einem laufenden Bezug der Printausgabe, enthalten sind € 0,48 für das E-Paper. Bei Sachprämien mit Zuzahlung zzgl. € 2,- Nachnahmegebühr. Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Hinweise zu den AGB und dem Widerrufsrecht finden Sie unter www.spiegel.de/agn. SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon: 040 3007-2700, E-Mail: aboservice@spiegel.de

* **SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den Verlag, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verlag auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Gläubiger-Identifikationsnummer DE50ZZ000003030206

Klimaforschung Gas zu Stein

Ein Pilotprojekt auf Island verwandelt das Treibhausgas Kohlendioxid tonnenweise zu Stein – so trägt es nicht mehr zur Erwärmung des Planeten bei. Klimaschützer verfolgen derlei kühne Ideen schon länger. Das leidige Gas wird in den fossilen Kraftwerken abgefangen und beispielsweise in aufgegebenen Salzbergwerke verfrachtet. Solche Versuche hatten aber bislang wenig Erfolg. Das isländische CarbFix-Projekt geht einen anderen Weg; das Geothermiekraftwerk Hellisheidi hat sich dafür mit internationalen Uni-



CarbFix-Probebohrung auf Island

versitäten zusammengetan. Die Forscher vermischen das CO₂ mit Wasser und pumpen die Lösung in das poröse Basaltgestein des Untergrunds. Dessen spezielle Chemie bewirkt eine alchemistisch anmutende Verwandlung: Das

CO₂ verfestigt sich zu einem weißlichen, kalkigen Mineral. Schon nach zwei Jahren – viel früher als erhofft – waren 95 Prozent des Gases zu Stein geworden. Kein Grund zur Sorge, versichern die Forscher, dass es eines Tages wieder ausgast. Das Kraftwerk Hellisheidi wird bereits 5000 Tonnen CO₂ im Jahr auf diese Weise los; bald soll die Menge verdoppelt werden. Freilich ist zum Verflüssigen das 25-fache Volumen an Wasser nötig. Die Betreiber glauben dennoch, dass ihr Verfahren auch anderswo und im Großmaßstab funktionieren könnte: Basalt kommt reichlich in der Erdkruste vor. mdw

Medizin „Das ist wie eine Nahtoderfahrung“

Ingo Kleiter, 43, Neurologe am St.-Josef-Hospital der Bochumer Uniklinik, über die oftmals rätselhaften Beschwerden von Menschen, die einen Blitzschlag überlebt haben

SPIEGEL: Was geschieht, wenn ein Blitz einen Menschen trifft?

Kleiter: Bei einem direkten Einschlag fließt der Strom großteils außen über die Haut ab, weil er sie nur schlecht durchdringen kann. Manchmal kommt es zu oberflächlichen Verbrennungen. Aber die Hautfeuchtigkeit erhitzt sich in diesen Millisekunden so stark, dass sie explosionsartig verdampft. Dabei kann die Kleidung zerfetzen, Schuhe werden abgesprengt.

SPIEGEL: Wie stehen die Überlebenschancen?

Kleiter: Nicht schlecht. Nur etwa einer von zehn Getroffenen stirbt. Die Ursache ist meist ein vom Strom ausgelöster Herzstillstand. Innere Organe werden in der Regel kaum verletzt. Trotzdem wäre es leichtfertig zu sagen, die Überlebenden hätten Glück gehabt. Viele Blitzopfer leiden noch lange unter den Folgen.

SPIEGEL: Was richtet ein Blitz im Körper an?

Kleiter: Der Teil des Stroms, der ins Innere dringt, fließt vor allem über die gut leitenden Blutgefäße und Nervenbahnen in den Boden ab. Unterwegs kann er vielfältige Schäden hinterlassen, häufig im Nervensystem. Manche Patienten leiden danach unter chronischen Schmerzen, Kribbelgefühlen oder hohem Blutdruck; andere können Hitze und Kälte nicht mehr richtig wahrnehmen. Auch Gedächtnisstörungen kommen vor, die Leute werden

leicht ablenkbar, nervös oder depressiv.

SPIEGEL: Kann die Medizin den Blitzopfern helfen?

Kleiter: Oft ist ja schon die Diagnose schwierig. Psychische Probleme können hinzukommen; die Leute haben ja ein Trauma hinter sich – das ist wie eine Nahtoderfahrung. Und nicht jeder Arzt kommt bei so unklaren Befunden auf den Blitzschlag als Ursache. Das Unverständnis ihrer Umwelt ist es, was manche Überlebende zusätzlich zerrüttet. Etwa 20 Prozent werden arbeitsunfähig.

SPIEGEL: Beim Festival „Rock am Ring“ wurden am 3. Juni Dutzende Menschen durch Blitzschläge verletzt. Hätte man die Veranstaltung früher beenden müssen?

Kleiter: Schwer zu sagen. Man sollte wohl besser an die Einsicht der Einzelnen appellieren: Wirklich sicher ist man bei Gewittern nur in Gebäuden und in Autos. mdw



Fußnote

33 Prozent

der Kinder in Entwicklungs- und Schwellenländern haben mit drei oder vier Jahren noch nicht die grundlegenden Entwicklungsziele ihrer Altersstufe erreicht. Sie können sich kaum konzentrieren, verstehen einfache Anweisungen nur mit Mühe und bringen ihre Aggressionen schlecht unter Kontrolle. Das ergab eine neue Erhebung an der Harvard University. Weitere 17 Prozent der Kinder sind körperlich zurückgeblieben.



Blitzeinschlag beim Festival „Rock am Ring“



Licht an!

Viele Tiefseebewohner sind mit Leuchtorganen ausgerüstet – wie dieser Schwarze Drachenfisch. In der Finsternis der Ozeane ist die Biolumineszenz überaus nützlich; oft dient sie dem Anlocken von Beutetieren, mitunter dem Ausleuchten der Umgebung. Einer neuen Studie zufolge hat die Evolution die Gabe des Funkelns bei Meeresfischen gleich 27-mal unabhängig voneinander hervorgebracht.

Analyse

Gorillas auf der Straße

Telefonieren am Steuer macht blind – auch mit Freisprechanlage.

Angenommen, Sie sehen ein Video. Ein paar Leute spielen Basketball. Es ist Ihre Aufgabe, alle Ballwechsel zu zählen. Mittendrin spaziert eine Gestalt im Gorillakostüm durchs Bild. Würden Sie das bemerken? Bei einem Experiment bekam fast jeder zweite Proband von dem schwarzen Zottel nichts mit – offenbar blind vor Eifer. Lass die Leute Ballwechsel zählen, und du kannst ihnen unbemerkt die Wohnung ausräumen. Auch beim Telefonieren ist der Gesichtssinn mitunter nahezu ausgeschaltet – fatal, wenn man gerade ein Auto lenkt. Britische Psychologen fanden unlängst heraus, wie sich während eines Telefonats das Gesichtsfeld des Fahrers verengt: Er übersieht, was sich an den Rändern bewegt – und manchmal sogar, was er direkt im Blick hat. Ein Telefonat, so schlossen die Forscher, kapert in erstaunlichem Maße das Vorstellungsvermögen: Den fernen Gesprächspartner, die blaue Akte, nach der er gefragt hat – dies alles ruft sich der Mensch am Steuer automatisch vor Augen. Doch ebenda, vor den Augen, rollt auch

der Verkehr. Zwei Geschehen konkurrieren um die Hoheit in der Sehrinde des Gehirns. Hoffentlich kommt jetzt nicht ein kleiner Gorilla seinem Ball hinterher auf die Straße gehüpft. Schon früher zeigten Experimente in einem Fahrsimulator, wie ein Telefonat die Fahrer verhexen kann – auch wenn sie gesetzestreu eine Freisprecheinrichtung nutzen. Sie reagieren langsamer als mit 0,8 Promille Alkohol im Blut. Wenn nur die Radionachrichten laufen, stört das weit weniger. Der Fahrer schuldet dem Sprecher keine Aufmerksamkeit und kann jederzeit weghören. Auch ein Geplauder mit dem Beifahrer ist, im Vergleich, ein kognitives Kinderspiel, er sieht ja selbst, wenn es brenzlich wird, und ist eben still, bis der Verkehr wieder ruhig fließt. Der Mensch am anderen Ende des Telefonats dagegen hat keine Ahnung, wovon er gerade ablenkt. Der Gesetzgeber sollte nicht länger erlauben, dass wir am Steuer Ballwechsel zählen.

Manfred Dworschak

Mail: manfred.dworschak@spiegel.de

Die Douglas-Babys

Epidemiologie Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg begann ein Arzt, das Leben von über 5000 britischen Kindern zu vermessen. Die Ergebnisse veränderten die Politik. Heute sind die Probanden 70 Jahre alt – und die bestuntersuchten Menschen der Welt.

Sie waren dabei, als Margaret und Ken geboren wurden, und nun warten sie darauf, dass Margaret und Ken sterben.

Seit deren Geburt haben Ärzte das Leben beider vermessen. Die Mediziner haben den Tag aufgezeichnet, an dem die beiden ihre ersten Schritte taten, ebenso wie jenen, an dem ihr Gang an Sicherheit verlor. Der Gedanke an die Kurve, die sich dem Ende zuneigt, grämt Margaret und Ken nicht – er erfüllt sie mit Stolz: Dann wird enden, was 1946 begann.

Margaret Allan und Ken Ashton kommen in einer kalten Frühjahrswoche zur Welt. Er am 3. März in Manchester, sie vier Tage später, 300 Kilometer weiter nördlich, in einem Geburtshaus in Glasgow – ein mehr als dreieinhalb Kilo schweres, schreiendes Bündel.

Acht Wochen nach der Entbindung klopfen Krankenschwestern und Hebammen an die Tür. Sie erklären den Müttern, dass alle Kinder, die zwischen dem 3. und dem 9. März geboren wurden, Teil einer riesigen Studie würden. Dass sie die Chance erhielten, die Art und Weise zu verändern, wie Kinder in Großbritannien zur Welt kommen. Wie viel das Kind wiege, fragen sie, und wie groß es sei. Sie zählen die Räume im Haus und notieren, wie viel die Familie verdient.

Fortan untersuchen Forscher 5362 (der ursprünglich 13 687) Kinder im Durchschnitt alle drei Jahre; sie ermitteln IQ, Gewicht, die emotionale Verfassung. Das Leben der Douglas-Babys, die benannt wurden nach James Douglas, dem Arzt, der die Studie begründete, wird mehr als 700 wissenschaftliche Aufsätze nach sich ziehen und fast ein Dutzend Bücher. Es wird britische und internationale Politik verändern.

Als beispielsweise London am Smog erstickt, beweisen Forscher anhand der Douglas-Babys, dass Luftverschmutzung Asthma und Bronchitis auslöst. Sie zeigen, dass schon im Mutterleib die Voraussetzungen für einen Herzinfarkt gelegt werden und dass die Frage, ob wir gesund altern, statistisch viel damit zu tun hat, wie schwer wir als Baby waren.

Der National Survey of Health and Development ist die gründlichste und längste Kartierung menschlicher Entwicklung, die es je gab. „Diese Studie“, schreibt die britische Journalistin Helen Pearson in ihrem Buch, „hält unserer Gesellschaft den Spiegel vor, und was wir dort erkennen, gefällt uns nicht immer.“* Zwar mag es faszinieren, das Leben als Versuchsaufbau zu sehen, doch das Experiment offenbart auch hässliche Wahrheiten.

Schon bald zeigt die Studie, wie Ungleichheit das Land bestimmt; dass Kinder wie Margaret und Ken zur gleichen Zeit im selben Land geboren werden und doch in unterschiedliche Welten.

Ken wächst in einer Sozialwohnung in der Stadt auf, Margaret in einem stattlichen Haus auf dem Dorf. Sein Vater arbeitet ►

The Douglas Babies

Epidemiology Soon after the second world war, a doctor began tracking the lives of over 5,000 British children. The results changed public policy. Today, those girls and boys are 70 years old – and the most studied people in the world.

They were there for the birth of Margaret and Ken, and now they are waiting for them to die. Since their birth, doctors have been tracking their lives. Physicians made note of the day the two took their first steps – and of the day when their steps began to become unsteady. But Margaret and Ken aren't troubled by the thought that their lives are slowly drawing to a close. Rather, it fills them with pride. It will mark the end of what began in 1946.

Margaret Allan and Ken Ashton were born during a cold week in spring – he on March 3 in Manchester, she four days later, 300km (185 miles) to the north, in a birth centre in Glasgow. A screaming bundle of joy weighing over 3.5kg (8 pounds).

Eight weeks after their delivery, nurses and midwives knocked on their doors. They told the mothers that all children born between March 3 and 9 were to be part of an enormous study. They went on to explain that the new parents had an opportunity to change the way children were born in Britain. They asked how much the child weighed and how large it was. They counted the number of rooms in the parents' homes and made a note of how much the families earned.

Afterwards, they examined 5,362 of the original 13,687 children once every three years on average, including their IQ, their weight and their emotional state. Over the next 70 years, the lives of the Douglas babies – named after James Douglas, the physician who launched the study – would come to inspire more than 700 scientific articles and nearly a dozen books. They were to transform policies in Britain and abroad.

For instance, as London was choking in smog, the Douglas babies proved that air pollution caused asthma and bronchitis. They showed that the conditions for a heart attack are already established in the mother's womb, and that the question of whether we remain healthy as we grow older is closely linked to how heavy we were as babies.

The National Survey of Health and Development is the most thorough and longest mapping of human development in history. The cohorts in the study, writes British journalist Helen Pearson in her book, “hold a mirror to Britain – and sometimes we don't like what we see”.* It may be fascinating to see life as a controlled experiment, but such an exercise also reveals ugly truths.

The study soon demonstrated how inequality determines people's lives in Britain. It showed that children like Margaret and Ken, who were born at the same time and in the same country, nevertheless live in different worlds.

Ken grew up in a council house in a city; Margaret lived in a big house in a small town. His father worked as a telephone technician; her father inherited his own father's draper's shop. Sometimes, Margaret's mother would drive the children to the seaside, ►

* Helen Pearson: „The Life Project: The Extraordinary Story of Our Ordinary Lives“. Allen Lane, London; 412 Seiten; 23,90 Euro.

* Helen Pearson: The Life Project: The Extraordinary Story of Our Ordinary Lives; Allen Lane, London; 412 pages; 20 £.



ANDREW FOX / DER SPIEGEL

Studienteilnehmer Ashton: „Die Überzeugung, dass Intelligenz und Herkunft zusammenhängen, hat die Studie ein für alle Mal gesprengt“
Study participant Ashton: “This study has disproven once and for all the notion that intelligence depends on your origins”



ANDREW FOX / DER SPIEGEL

Studienteilnehmerin Allan: „So alt bin ich nun auch wieder nicht“
Study participant Allan: “Well, I guess I’m not that old after all”

► als Telefontechniker, ihrer erbt den Stoffladen des Großvaters. Manchmal kutschiert Margarets Mutter die Kinder im Auto ans Meer, wo sie am Strand Stullen essen und in die Wellen springen. Die einzigen Autos, die in Kens Straße fahren, sind das des Milchmanns und das des Hausarztes.

Ken entwickelt sich zu einem großen, kräftigen Jungen, der nicht gern liest, aber gern beobachtet: die Züge, die auf den Gleisen hinterm Haus vorbeirattern; die Arbeiter, die aus den Ziegeln der zerbombten Häuser die Straße vor dem Haus aufschütten. Er mag die Maschinen, die Dampf ausstoßen. Mit seinem Kumpel James buddelt er Löcher im Garten. Sie stellen sich vor, dass sie Elefanten jagen – bis Nachbarskind Rosaline in die Falle stürzt.

Margaret bleibt zart und klein, ihr Leben lang. Im Winter sieht sie zu, wie sich eine Schicht Eis von innen auf das Fensterglas legt. Im Sommer klettert sie auf Bäume, bastelt Pfeil und Bogen.

Ken und Margaret sind noch jung, als Großbritannien von der Kohortenstudie erfährt. Zum ersten Mal veröffentlicht Douglas, wie seine Schützlinge heranwachsen – und die Ergebnisse erschüttern: In armen Familien sterben bei der Geburt doppelt so viele Babys wie in reichen.

Der gerade gegründete Gesundheitsdienst wird daraufhin reformiert. Was heute zumindest in der westlichen Welt als selbstverständlich gilt, wird damals zum Gesetz: Mütter müssen für die medizinische Versorgung bei der Geburt ihrer Kinder nicht zahlen. Sie erhalten Muttergeld, damals noch 13 Wochen lang.

Die Douglas-Kinder gehen bereits zur Schule, als sie erneut Empörung auslösen. Wie alle britischen Elfjährigen legen sie eine Prüfung ab, deren Ausgang darüber entscheidet, wer es aufs Gymnasium schafft. Der Test soll für alle, egal welcher Herkunft, die gleichen Chancen schaffen. Doch er bewirkt das Gegenteil: Die Kinder der Arbeiterklasse sind klug, das zeigen IQ-Tests. Aber die Prüfung versemeln sie.

Die Zeitungen prangern die „Vergeudung von Talent“ an. Kinder müssten gefördert werden, fordert Douglas. Gerade jene, deren Eltern sich nicht kümmerten. Bei denen die Lehrer allzu oft dachten: Repariert der Vater Telefone, kann auch der Sohn nicht allzu gescheit sein.

Wie Ken eben. Der rasselt durch.

60 Jahre später macht er sich nicht mehr viel daraus. Ken Ashton, ein Mann wie ein Fass, sitzt am Esstisch und stapelt Putenbrustscheiben, Lachs und Oliven auf seinem Teller. Er hat herausgefunden, „dass man so viel essen kann, wie man will, solange es das Richtige ist“. Fünf Kilo habe er auf diese Weise abgespeckt.

Seine Jugend war die eines Arbeiterkindes, sagt er, und wunderschön. An Geld mangelte es nicht, aber am Monatsende war auch nie etwas übrig. Niemand erwartete, dass „einer wie ich“ es auf die Uni schafft. Warum auch?

Die Wirtschaft blüht 1962, und der technisch begabte Ken kann zwischen drei Jobs wählen. Er beginnt für eine Firma zu arbeiten, die Turbinen und Kraftwerke baut. Mit 19 Jahren heiratet er ein Mädchen aus dem Viertel.

Ein Jahr zuvor ist Margaret an die University of Glasgow gewechselt, um Latein, Englisch, Deutsch und Französisch zu studieren. Mit 21 Jahren arbeitet sie für British European Airways beim Bodenpersonal. Die ersten Jumbojets starten vom Flughafen Heathrow. Sie und ihr Mann, ein Flugbegleiter, fliegen nach New York. Vier Tage im Lexington, acht Pfund pro Person, und so wie Margaret nun lächelt, weiß man: Acht Pfund galten auch damals schon als Schnäppchen.

Margaret sitzt auf ihrem Sofa. Manchmal schlüpft sie aus ihren Schuhen, dann kommen die orange lackierten Fußnägel zum Vorschein. Ihre Familie war nie reich, und sie ist es auch heute nicht. „Aber unser Name hatte im Ort einen bestimmten Klang.“ Für sie, ein Kind der Mittelschicht, stand fest, „dass ich studieren würde“.



Vierjähriger Ashton: Er stellt sich vor, dass sie Elefanten jagen
Four-year-old Ashton: He imagined that he was hunting elephants

► where they ate sandwiches on the beach and frolicked in the waves. The only cars in Ken's street were those that belonged to the milkman and the general practitioner making house visits.

Ken grew up to be a big strong boy who didn't like to read, but was a careful observer, watching things like the trains that rattled along the tracks behind the house and the workers who used bricks from bombed-out houses to fill in the street out front. He liked the machines that belched steam. He and his mate James dug holes in the garden. They imagined that they were hunting elephants, at least until the neighbour's daughter Rosaline fell into one of the traps.

Margaret remained small and delicate her entire life. During the winter, she watched as a layer of ice formed on the inside of the window panes. During the summer, she climbed trees and made toy bows and arrows.

Ken and Margaret were still young when Britain learned about the cohort study. For the first time, Douglas published information on how his protégés were faring, and the results were devastating: among poor families, twice as many babies died at birth as among rich families.

The newly established National Health Service was reformed, putting into law what is now taken for granted, at least in most of the western world: namely that mothers do not have to pay for medical care at their children's birth. They receive statutory maternity pay; at the time the law was introduced, this lasted 13 weeks.

The Douglas children were in school by the time they sparked the next outrage. Like every other British 11-year-old, they took an exam that determined who would make it into grammar school. The test was supposed to give everyone an equal opportunity, regardless of their origins. But it had the opposite effect. The children of working class parents were clever, as proven by the IQ tests, yet they failed the exam.

Newspapers deplored this "waste of talent". Children had to be supported, Douglas urged, especially those who were neglected by their parents and those whose teachers all too often thought that if the father repaired telephones, the son must not be too bright either.



Sechsjährige Allan: Sie klettert auf Bäume, bastelt Pfeil und Bogen
Six-year-old Allan: She climbed trees and made toy bows and arrows

Im März 1982 feiern Margaret Allan und die anderen Douglas-Babys ihren 36. Geburtstag. Margaret ist mittlerweile Mutter zweier Töchter. Auch Ken Ashton hat Kinder, lässt sich aber nach 19 Jahren scheiden. Sie müssen den Forschern nun Fragen beantworten wie: „Husten Sie am Morgen Schleim? Hat Sie in den vergangenen vier Tagen irgendetwas zum Transpirieren angeregt? Haben Sie jemals erwogen, Ihr Leben zu beenden?“ Krankenschwestern messen Blutdruck und Lungenfunktion. Die Teilnehmer werden gebeten aufzuschreiben, was sie innerhalb der nächsten sieben Tage essen und trinken. Mit 43 und mit 53 Jahren werden sie erneut untersucht.

Die Forscher beobachten, wie sich die Bäuche der Nachkriegskinder, die immer schlank waren, jenseits des 40. Geburtstags runden, weil sie zu viel im Auto sitzen und Süßes essen. Die Forscher sehen zudem eine Entwicklung, die sich von den jungen Jahren bis in die Gegenwart zieht: Jene Männer und Frauen, die schwächling zur Welt kamen oder in ärmlichen Verhältnissen aufwuchsen, leiden mittlerweile eher an Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Viele von ihnen wachsen zu dicken Erwachsenen mit hohem Blutdruck heran. Ihr Gedächtnis arbeitet schlechter, sie altern schneller und sind häufiger krank.

Jahrzehnte nach Beginn der Studie zeigt sich: Ein Mensch trägt am Erbe einer armen Kindheit ein Leben lang. Sie beeinflusst nicht nur die Schullaufbahn, sondern auch, wer mit Anfang fünfzig einen Herzinfarkt erleidet oder an Diabetes erkrankt. Es ist, als hätte der Architekt des Lebens bei ihnen gefuscht. Wie ein Haus aus Billigbeton: Beim ersten Schubs fällt es zusammen.

„Der Gedanke, dass Ereignisse in jungen Jahren unsere Gesundheit Jahrzehnte später prägen, existiert seit 150 Jahren. Aber zum ersten Mal liefert uns eine Kohortenstudie einen empirischen Beweis“, sagt Diana Kuh.

Wenn Douglas so etwas wie der Vater der Douglas-Kinder ist, dann ist Kuh die Tante, die sie nach Papas Tod zu sich nimmt. Sie stößt 1987 zu der Forschungsgruppe, 2007 übernimmt sie die Kohorte.

Da sind die Douglas-Babys 61. Mittlerweile leiden 85 Prozent von ihnen an Erkrankungen wie Niereninsuffizienz, Blut- ►

Like Ken. He failed the test.

Sixty years later, it doesn't bother him much any more. Ken Ashton, a man built like a barrel, is sitting at his dining room table and piling sliced turkey, salmon and olives onto his plate. He has discovered that “you can eat as much as you want as long as you eat the right things”. He says he has managed to lose 11 pounds this way.

He had a working class childhood, he says, and it was wonderful. There was no lack of money, but there was nothing left over at the end of the month either. No one expected that “someone like me” would go to university, he says. Why should he?

The economy was flourishing in 1962 and Ken, who was technically inclined, had three job offers to choose from. He started working at a firm that built turbines and power stations. At the age of 19, he married a local girl.

One year earlier, Margaret had begun to study Latin, English, German and French at the University of Glasgow. At the age of 21, she was a member of the ground staff of British European Airways. The first jumbo jets were taking off from Heathrow, and she and her husband, a flight attendant, flew to New York and spent four days at the Lexington Hotel. The trip cost them £8 per person, and Margaret's smile when she relates the story makes it clear: even then, the airfare was quite a bargain.

She is sitting on her sofa, occasionally slipping out of her shoes to reveal orange-painted toenails. Her family has never been wealthy and nor is she well-to-do today, “but our name had a certain ring to it in town,” she says. As a child of the middle class, it was always clear “that I would go to university”.

In March 1982, Margaret Allan and the other Douglas babies celebrated their 36th birthdays. Margaret was the mother of two daughters by then and Ken Ashton also had children, but he was divorced after 19 years of marriage. Now they had to answer questions from the researchers like: “Do you usually bring up any phlegm first thing in the morning?”, “Have you done anything that made you perspire in the last four weeks?” and “Did you ever feel like ending it all?” Nurses measured blood pressure and lung capacity. Participants were asked to keep a written record of what they ate and drank over a seven-day period. They were surveyed once again at age 43 and at 53.

The researchers observed how the waistlines of the postwar children, who had always been slim, began to expand from the age of 40 because they spent too much time in their cars and ate too much sugar. Researchers also observed a development that extends from the subjects' childhoods to the present day: men and women who came into the world as delicate babies or came from a poor background are now more likely to suffer from cardiovascular disease. Many of them become overweight adults with high blood pressure. Their memories are poorer, they age faster and fall ill more frequently.

Decades after the beginning of the study, it became clear that individuals carry the legacy of a poor childhood throughout their lives. This influences not only their educational path, but also who suffers a heart attack in their early 50s or develops diabetes. If life has an architect, he'd skimped on materials, and the cheap concrete house collapsed at the slightest tremor.

“The notion that events in younger years impact our health decades later has been around for 150 years. But for the first time, a birth cohort study delivered us empirical evidence,” says Diana Kuh.

If Douglas is something akin to the father of the children in the project, then Kuh is the aunt who steps in after dad's death. She joined the research group in 1987 and assumed responsibility for the cohort in 2007, when the Douglas babies turned 61.

By then, 85% of them suffered from diseases like renal insufficiency, high blood pressure and hyperthyroidism. Nearly half complained of frequent fatigue, somewhat fewer were incon- ►

► hochdruck oder Schilddrüsenüberfunktion. Fast die Hälfte klagt über häufige Müdigkeit, etwas weniger sind inkontinent, ebenso viele klagen über chronische Schmerzen. Ein Viertel schluckt mindestens fünf Medikamente. Aus einer Untersuchung über den Beginn des Lebens ist eine über das Altern geworden.

Kuh sitzt in ihrem Büro. Sie ist die Hüterin über die Daten Tausender Leben, darin versteckt in der Statistik die Geheimnisse eines gesunden Alterns. Hat sie die eigenen Erkenntnisse beherzigt?

Wenn alle Briten so gesund wären wie britische Akademiker, stürben 200 000 Menschen weniger im Jahr.

machen in 17 Jahren die über 65-Jährigen fast ein Viertel der Bevölkerung aus.

Ein paar einfache Tests, hofft Kuh, könnten eines Tages zum Beispiel solche Männer und Frauen identifizieren, denen mehr Sport helfen würde, den körperlichen Verfall zu bremsen.

Ab dem Alter von 50 Jahren wurde bei den Probanden gemessen, wie sehr die Kraft ihres Händedrucks nachlässt. Ob sie eine halbe Minute auf einem Bein balancieren können, wie schnell sie von einem Stuhl aufstehen und sich wieder setzen können. Wer sich in mittleren Jahren schwertat mit diesen Aufgaben, hatte ein höheres Risiko, in den darauffolgenden 13 Jahren zu sterben.

Eine Langzeitstudie kann offenbaren, wie Menschen sich entwickeln. Aber sie liefert nur erste Hinweise darauf, welche Prozesse dabei stattfinden. Ob ein Phänomen die Ursache ist für ein anderes – das müssen andere Experimente beweisen.

So haben Douglas und seine Erben herausgefunden, dass es die zarten, kleinen Babys sind, die später mit 60 einen eher schlaffen Händedruck haben. Dass das Alter des Kindes, in dem es zu laufen beginnt, und seine geistigen Fähigkeiten etwas darüber aussagen, ob es als Rentner noch auf einem Bein balancieren kann. Aber warum ist das so?

Die Forscher spekulieren, dass Erwachsene mit schwachen Muskeln bereits mit weniger Muskelzellen geboren werden. Und dass die Frage, ob sie im hohen Alter noch balancieren können, mit der Entwicklung ihres Gehirns zusammenhängt.

„Aber“, sagt Kuh, „man muss auch nicht die ganze Biologie verstehen, um zu erkennen, dass Menschen ein Leben lang an den Folgen sozialer Ungleichheit in der Kindheit tragen. Und dass es sich auszahlen dürfte, in die Jugend zu investieren.“

Mediziner am Londoner University College haben ausgerechnet, wie es sich auswirken würde, wenn alle Briten so gesund wären wie die britischen Akademiker: Es stürben 200 000 Menschen weniger im Jahr. Die Produktivität läge bis zu 33 Milliarden Pfund höher.

Für Großbritannien sind das schlechte Nachrichten. Als die Kohorte zur Welt

„Ha“, sagt sie, „schön wär’s.“ In ihren Knien zwickt das Rheuma, und Kuh, nur sechs Jahre jünger als ihre Probanden, klagt, dass sie sich nicht genug bewege.

Industrieländer interessieren sich für Kuhs Ergebnisse, weil die Menschen überall dort, wo es ihnen gut geht, älter werden als jemals zuvor. In Großbritannien zum Beispiel

► tinent und just as many were suffering from chronic pain. One-quarter took at least five medications.

A study on the beginning of life had now become one focused on ageing.

Kuh is sitting in her office. She is the guardian of reams of data pertaining to thousands of lives – and hidden among the statistics are the secrets of remaining healthy into old age. Has she taken her own findings to heart?

“Ha,” she says. “I wish I had.”

Kuh feels the occasional twinge of arthritis in her knees and, only six years younger than her subjects, is also struggling to get enough exercise.

Industrialised countries are interested in Kuh’s results because people in these parts of the world are living longer than ever before. In the UK, for example, people over the age of 65 will make up one-quarter of the population in just 17 years.

Kuh hopes that a few simple tests could one day help identify those men and women for whom, for example, sport could be beneficial in slowing their physical decline.

Since the subjects reached their 50s, research nurses have been measuring how the strength of their hand grips has diminished. They have tested whether they can balance for half a minute on one leg and how quickly they can stand up from a chair and sit back down. It has emerged that those who have a difficult time accomplishing these tasks in middle age have a higher risk of dying in the 13 years that follow.

A longitudinal study may show how people develop. But it only provides initial clues as to the causes that lie behind individual changes. Whether one phenomenon causes another is something additional experiments must clarify.

Douglas and his heirs have found, for instance, that it is once again the delicate, small babies who later, at the age of 60, tend to have a weak grip – and that a child’s cognitive abilities and the age at which it learns to walk tell you something about

whether that person will be able to balance on one leg as a pensioner. But why is that?

They speculate that adults with weak muscles may have been born with fewer muscle cells. And that the question as to whether they still have good balance in old age could be related to brain development.

“But,” says Kuh, “you don’t have to understand the entirety of biology to recognise that children carry the consequences of social inequality throughout their lives and that investments in child health and well-being are likely to pay dividends for later-life health.”

Physicians at University College London have calculated what the effects would be if all Britons were as healthy as British academics. The result? Some 200,000 fewer people would die every year and productivity could be £33bn higher.

This is bad news for the UK. When the cohorts were born, the government was hopeful and optimistic. The war had ended half a year earlier and, although food and coal were rationed, people were led to believe that things were looking up.

Now, the country is mostly struggling to hold its ground. The welfare state that formed the 1946 generation has been subjected to cuts for years. Since 2014, universities have been able to charge annual tuition fees of up to £9,000.

Please stay



STEFFEN JAHN / BROODOM.COM

... weil die Briten mit jedem Jaguar, den sie bauen, beweisen: Die besten Autos kommen aus Deutschland.

... because with every Jaguar built, the British prove that the best cars come from Germany.



kam, verbreitete die Regierung Optimismus. Der Krieg war ein halbes Jahr zuvor zu Ende gegangen, Essen und Kohlen waren rationiert, aber die Menschen sollten glauben, es ginge aufwärts.

Heute will das Land vor allem verharren. Den Sozialstaat, den die Generation der 1946 Geborenen mitformte, kürzt die Regierung seit Jahren zusammen. Seit 2014 können Universitäten bis zu 9000 Pfund Studiengebühren pro Jahr verlangen, 11 500 Euro.

Kuh war selbst eines der Kinder, denen die britische Klasesengesellschaft keine große Zukunft einräumte. Ihr Vater arbeitete im Krieg als Matrose und starb mit 48 Jahren. Sie schaffte es dank eines Stipendiums nach Cambridge und machte ihren Abschluss in Wirtschaftswissenschaften.

Manchmal schaut sie in die Daten und sieht sich selbst. Es sind Männer und Frauen wie sie, die zu den spannendsten Probanden gehören. Jene, die das Schicksal wendeten. Es sind solche, deren Eltern sich kümmerten und die ein hohes Maß an Willen zeigten.

Doch das Schicksal, das zeigt Kuhs Studie ebenfalls, liegt auch in jedermanns eigener Hand – unabhängig vom Alter. Wer Sport treibt, Neues lernt, der kann sein Gedächtnis verbessern, seinen Wortschatz, seine Beweglichkeit. So ist Kuhs Botschaft am Ende eine hoffnungsvolle: „Die Herausforderungen des Lebens mögen uns auf eine bestimmte Bahn setzen, aber es obliegt uns, die Richtung zu ändern.“

So wie Ken Ashton, der mit 38 Jahren abbog. Er gab seine Baufirma auf, die er mittlerweile leitete, und belegte einen Computerkurs. Es war das erste Mal, dass er eine Maus in der Hand hielt. Er kannte Computer nur aus dem Kino, ahnte aber, dass sie bald auch in seiner Welt ankommen würden.

Er hatte recht. 2007 kauft eine Firma das Softwareunternehmen auf, das er damals gegründet hatte. Ken lässt sich auszahlen und geht in Rente. Vier Monate vor der Bankenkrise.

Ken schaut auf sein Haus, ein 300 Jahre altes Gebäude. Auf den Rasen und den kleinen Bachlauf, den er per Fernbedienung sprudeln lassen kann. „Hätten wir damals nicht verkauft, vielleicht besäßen wir heute nichts.“

Seine Frau rutscht näher an ihn heran, und sie erzählen von ihren Reisen um die Welt. Als ihr Motorrad in Belfast kaputtging, der Regen strömte und sie hinter ihm stand, den Mantel über ihn gebreitet, während er versuchte, den Motor zu reparieren. Als ihr Auto im indischen Dschungel liegen blieb und die Dorfbewohner ihnen Schnaps anboten, den sie aus Palmen gebraut hatten – so stark, dass er den Motor antrieb. „Hat bestialisch gestunken“, sagt Ken.

Er sei immer noch ein Arbeiterkind. Nur eben ein erfolgreiches. „Die Überzeugung, dass Intelligenz und Herkunft zusammenhängen, hat die Studie ein für alle Mal gesprengt.“

Vor fünf Jahren baten die Ärzte ihn wieder einmal, auf einem Bein zu stehen. Als sie ihn aufforderten, die Augen zu schließen, geriet er aus dem Gleichgewicht.

Margaret ging es genauso.

Die Kohorte schrumpft. Beinahe 20 Prozent der Teilnehmer sind verstorben. Kuh hat ausgerechnet, wie es von nun an weitergeht: In 14 Jahren werden noch 1400 der Douglas-Kinder leben. 2046 möglicherweise noch 300.

„Ich befinde mich auf dem Abhang namens Alter, und der einzige Weg führt nach unten“, sagt Margaret Allan. Ihr Gesicht liegt in Falten, und auf der Stirn sind ein paar Altersflecken. Aber 70 Jahre? Niemals. Sie lächelt.

Zum 70. Geburtstag gab der Medical Research Council, der die Studie finanziert, eine Feier für die Douglas-Kinder. Es war wie ein Klassentreffen mit Unbekannten. Margaret nippte am Tee, und manchmal, wenn sie jemanden beäugte, dachte sie: „So alt bin ich nun auch wieder nicht.“

Laura Höflinger

Mail: laura.hoefflinger@spiegel.de, Twitter: @hoefflinger

Kuh herself was one of those children who weren't likely to have a grand future in a British society divided by class. Her father worked as a sailor during the war and died at the age of 48. Thanks to a scholarship, she managed to go to Cambridge University and completed a degree in economics.

Sometimes she looks at the data and sees herself. It is men and women like her that are among the most exciting subjects – those who managed to overcome their own destiny, despite the odds. They are members of a group whose parents supported them and helped them develop a strong sense of purpose and determination.

But Kuh's study has also shown that we have a significant say in our own destiny, regardless of age. Anyone who goes in for sports and learns new things can improve their memory, vocabulary and flexibility. Ultimately, Kuh's message is one of hope. "Life's challenges may set us on a particular course," she says. "But we have the ability to change direction."

This was the case with Ken Ashton, who took a sharp turn at age 38. He gave up the construction firm he ran and took a

computer course. It was the first time he had ever held a mouse in his hand and he only knew computers from films. But he sensed that they would soon become part of his world.

He was right.

In 2007, a company purchased the software firm that he had gone on to found. Ken cashed out and retired. Four months later, the banking crisis erupted.

Ken gazes at his house, a 300-year-old structure, and admires the lawn and the garden water feature that he can regulate via remote control. "If we hadn't sold back then, perhaps we wouldn't own anything today," he says.

His wife scoots closer to him and they talk about their travels around the world. They reminisce about the time when their motorbike broke down in Belfast and she stood behind him in pouring rain, holding a coat over him as he tried to repair the engine. And they talk about the time when their car died in the Indian jungle and villagers offered some of their home-brewed hooch, made from palm trees, which was so strong that it powered the engine. "It stunk like hell," he says.

He is still a working-class kid, he says. But a successful one. "This study has disproven once and for all the notion that intelligence depends on your origins."

Five years ago, the physicians once more told him to stand on one leg. When they asked him to close his eyes, he lost his balance.

The same happened to Margaret.

The cohort is shrinking, with almost 20% of the participants having died. Kuh has calculated how things will continue. In 14 years, 1,400 Douglas children will be alive. In 2046, only 300.

"I'm on the slope called age and the only way forward is down," says Margaret Allan. She has wrinkles on her face and a few age spots on her forehead. But she certainly doesn't look even close to 70. She smiles.

On their 70th birthdays, the Medical Research Council, which finances the study, threw a party for the Douglas children. It was like a class reunion with strangers. Margaret sipped her tea and, when she looked at some of the others, thought: "Well, I guess I'm not that old after all."

Laura Höflinger

If all Britons were as healthy as British academics, 200 000 fewer people would die every year.

Funktionsweise der Handelsplattform OpenBazaar



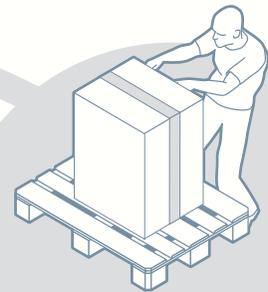
4

Im Streitfall entscheidet ein Moderator, auf den sich Käufer und Verkäufer vorher geeinigt haben, wem die Bitcoins zustehen.



1

Kommt es zum Kauf bei OpenBazaar, erstellt die Software für diesen Handel eine Art Treuhandkonto. Der Käufer zahlt den Kaufbetrag in Bitcoin auf das Konto ein.



2

Die Software meldet dem Verkäufer den Eingang des Geldes auf dem Treuhandkonto. Die Ware kann verschickt werden.



3

Verläuft der Handel nach Plan, gibt der Käufer den Betrag frei. Das Geld wird an den Verkäufer übertragen.

DER SPIEGEL

Plunder global

Netzwelt Eine neue Handelsplattform im Internet verspricht Geschäfte für jedermann, frei von lästigen Regeln – egal was dort gehandelt wird.

Hat jemand Verwendung für ein genopptes Rollstuhlkissen? Eine Kriegerstatue aus Altmetall? Oder Trockenwurst aus Südafrika?

Dies alles ist neuerdings bei OpenBazaar erhältlich, dem wohl wunderlichsten Handelsportal im Internet. Auch eine lebende Tigervogelspinne ist im Angebot. Und, für nur zehn Euro, eine antiquarische Schülermonatskarte aus dem Jahr 1966 (von Wiebelskirchen nach Ottweiler).

Anfang April ging OpenBazaar online, und seitdem füllen sich die Warenbestände mit Plunder aus aller Welt. Ein paar Tausend Verkäufer, zumeist Privatleute, bieten ihre Sachen bereits feil. Und so mancher tut es in dem Gedanken, ein Vorkämpfer der Zukunft zu sein.

Denn diese Plattform ist ein Handelsplatz neuen Typs. „Bei OpenBazaar gibt es keinen zentralen Betreiber“, sagt der Informatiker Andreas Peters, der unter anderem chinesische Briefmarken und eine ausrangierte Zitruspresse beisteuert. Er findet es „faszinierend“, dass er seinen kleinen Privatflohmarkt nicht mehr über

einen Weltkonzern wie Ebay betreiben muss.

Peters hat einfach die Software von OpenBazaar heruntergeladen und dort, mit Foto und Beschreibung, seine Artikel eingetragten. Fertig war der Onlineladen. Das interessierte Publikum installiert ebenfalls die Software, dann kann es sich direkt an Peters wenden. Auf Neudeutsch heißt das Prinzip: Peer-to-Peer.

Ähnlich funktionieren Verteilernetze wie BitTorrent, wo die Nutzer Filme und Musik, oft in illegalen Kopien, untereinander tauschen. Auch da ist es nur die Technik, die den Kontakt herstellt – zum Verdross der Branche: Es gibt keine Zentrale, die für den Schaden zu belangen wäre.

OpenBazaar erweitert dieses Prinzip nun auf die Güter zum Anfassen. An der Software arbeiten eine Handvoll Aktivisten und der amerikanische Programmierer Brian Hoffman. Sie träumen von einem freien Handel ohne mächtige Vermittler, die Kundendaten sammeln und für jedes abgewinkelte Geschäft eine Provision einziehen.

Noch lässt das Warensortiment eher an eine globale Entrümpelungskampagne denken. Aber eines Tages, so hoffen die Entwickler, könnte OpenBazaar groß werden wie Ebay – schon weil dort normalerweise keine Kosten für die Händler anfallen.

Es geht aber nicht bloß um ein paar Prozent Ersparnis. Das Ziel ist ein radikal freier Markt, in dem jeder handeln kann, wie

und womit er will. Die Technik hat – theoretisch – das Zeug, einen solchen Markt zu schaffen. Ist OpenBazaar einmal voll ausgebaut, hat der Gesetzgeber ein Problem: Regeln und Beschränkungen lassen sich kaum mehr durchsetzen.

Das Vorhaben erinnert an die berühmte Plattform Silk Road, wo der Onlinehandel mit Drogen, Waffen und gestohlenen Kreditkartendaten blühte. Händler und Kundschaft begegneten einander anonym in einem abgeschiedenen Winkel des Internets, genannt Darknet. Ein junger Texaner namens Ross Ulbricht hatte dort ein kleines Reich der Anarchie errichtet.

Bei Silk Road gab es Drogen von großteils verlässlicher Güte, dargeboten von zuvorkommenden Dealern. Der Kunde war hier König, denn er konnte, wie bei Amazon, Qualität und Service bewerten. Wer als Händler im Geschäft bleiben wollte, musste sich um gute Noten bemühen.

Ulbricht hielt sein kriminelles Einkaufsparadies für unangreifbar. Dann schlug das FBI zu. Jetzt sitzt der Fürst des Darknets in Haft. Silk Road hatte einen schwachen Punkt: Alle Geschäfte liefen über Ulbrichts zentrale Server. Wer den Betreiber zu fassen bekam, konnte den ganzen Schwarzmarkt abschalten.

Bei OpenBazaar dagegen gibt es keine Zentralinstanz mehr, die sich dingfest machen ließe. Polizei und Staatsanwälte haben es mit einer Unzahl unabhängiger Käufer und Verkäufer zu tun; sie müssten jede illegale Transaktion einzeln verfolgen. Mit einem Wort: Solch ein Markt, einmal etabliert, wäre kaum mehr zu schließen.

OpenBazaar ist noch weit davon entfernt. Es hapert an vielem, die Bedienung ist unständig. Vor allem aber sind die

Teilnehmer nicht anonym; sie werden automatisch mit der IP-Adresse ihres Computers registriert.

Deshalb geht es hier vorläufig recht bieder zu. Wer nach Waffen sucht, stößt auf ein paar Luftpistolen und eine Armbrust. Hie und da bietet jemand Haschisch an. Heiklere Ware ist kaum zu finden.

Eines Tages soll die Plattform aber auch den anonymen Zugang über das sogenannte Tor-Netzwerk ermöglichen. Händler und Kunden können dann unerkannt, wie unter einer Tarnkappe, ihren Geschäften nachgehen.

Die Entwickler haben es nicht eilig damit. Sie wissen: Sobald sie Gelichter anlocken, ist der Ruf schnell ruiniert. „Wir wollen erst einmal als Markt für legale Güter wachsen“, sagt Washington Sanchez, einer der Gründer.

Es geht dem Mann um die Idee, um das gewagte Experiment in freiem Handelsbürgertum: Man gebe den Leuten nur die nötige Technik, schon können sie ihren Warenaustausch selbst regeln.

OpenBazaar setzt auf die Kryptowährung der Bitcoins. Damit lassen sich Geschäfte auch ohne zentrales Aufsichtsorgan ziemlich sicher abwickeln.

Wer etwa dem Privathändler Peters die elektrische Zitruspresse abkauft, überweist das Geld auf eine Art Treuhandkonto, wo es erst einmal geparkt wird. Dann verschickt Peters die Ware. Sobald sie beim Kunden eintrifft, gibt der die Summe frei.

Sollte nun dem Käufer die Zitruspresse zu laut sein, kommt ein Dritter ins Spiel, auf den sich beide Parteien vorher geeinigt haben: der „Moderator“. Er handelt eine Lösung aus; das könnte ein Preisabschlag sein.

Den Zahlungsverkehr regelt die Software von OpenBazaar. Die Bitcoins kommen endgültig erst dann frei, wenn zwei der drei Parteien zugestimmt haben. So kann niemand den anderen übertölpeln.

Das ist die Technik, auf der die Idee des anarchischen Freihandels beruht. Ihr besonderer Reiz: Sie funktioniert sogar, wenn die Partner völlig anonym sind.

Lässt sich aber auch die Kundschaft überzeugen? Wird sie eigens Bitcoins einwechseln, bloß um dem mächtigen Kommerz von Amazon bis Ebay eins auszuweichen? Oder kommen doch nur die Kriminellen, da sie die Freiheit von lästigen Regeln am dringendsten begehren?

Andreas Peters mit seinen Flohmarktverkäufen nimmt die Umstände gern in Kauf. Für ihn ist OpenBazaar das, was er und seinesgleichen daraus machen. Die Finsterlinge sollen auch künftig nicht die Szene dominieren; deshalb sei er dabei: „Einer mehr von den normalen Leuten“, sagt er, „die mit normalen Sachen handeln.“

Manfred Dworschak

Mail: manfred.dworschak@spiegel.de

Hunger nach Strom

Automobile Soll VW eine Batteriefabrik bauen? Kann der Konzern das überhaupt? Das Phantomprojekt beleuchtet die Notlage der ganzen Branche.

Wie ein Evangelium sickerte die Nachricht in die Öffentlichkeit: VW, vom Dieselskandal moralisch ramponiert, erwäge für zig Milliarden den Bau einer Batteriefabrik. Ein neues Zeitalter der Krafftahrt könnte beginnen – ohne Abgase, ohne Betrug.

Ulrich Eichhorn, dem neuen Chefentwickler, sind Fragen zur rauchfreien Zukunft angenehm. „Diskutiert wird das bei uns“, sagt er. Allerdings sei noch keine Entscheidung gefallen. Der 54-jährige Ingenieur soll zu den Schlüsselfiguren einer Art Perestroika im Wolfsburger Autoreich zählen. Er kommt zwar vom Autolobbyverband VDA, nicht gerade einer Brutstätte grüner Revoluzzer; hat aber als Student einen Solarrennwagen gebaut. Und jetzt eine Batteriefabrik? Kann er das? Kann VW das?

An dieser Frage entscheidet sich womöglich, ob Volkswagen als Technologietreiber oder als Trittbrettfahrer im Zeitalter der Elektromobilität ankommen wird. Es ist die Existenzfrage der ganzen Branche.

Die Speichertechnologie ist derzeit noch der einzige Schwachpunkt des Strommobils. Die Ladezeiten sind zu lang, die Kapazitäten zu klein, die Kosten zu hoch. Doch das könnte sich bald ändern. Wer



Daimler-Akkufabrik in Kamenz 2014

Am Preis gescheitert

diese Hindernisse beseitigt, wird dem Verbrennungsmotor den Todesstoß geben und die weitere Entwicklung bestimmen.

Für die deutsche Autoindustrie ist das eine bittere Erkenntnis. Einst waren ihre Fortschritte in der Motoren- und Fahrwerkstechnik die wichtigsten Innovationen. Beim E-Antrieb sind nun erstmals Zulieferer die entscheidenden Innovatoren: Hersteller von Batteriezellen. Und die tonangebenden Firmen in diesem Feld kommen durchweg aus Asien – aus Japan, Südkorea, inzwischen auch aus China.

Die westlichen Autohersteller hingegen sind bislang nahezu untätig. Selbst die geplante Batteriefabrik des E-Auto-Pioniers Tesla in der Wüste Nevadas wird nur Zellen des japanischen Lieferanten Panasonic herstellen und auch im Wesentlichen von den Japanern betrieben werden. Als einziger europäischer Autokonzern startete Daimler eine eigene Zellproduktion im sächsischen Kamenz, gab jedoch auf. Die Zellen waren zwar gut, aber zu teuer.

„Wenn sie ihre derzeitige Strategie beibehalten, werden die deutschen Autohersteller ihre führende Rolle nicht halten können“, warnt Chemieprofessor Martin Winter von der Uni Münster, Deutschlands Koryphäe für Akkuforschung. Für technisch möglich hält Winter eine Verdoppelung der Batteriekapazität. Reiselimousinen kämen dann selbst bei zügigem Autobahntempo mit einer Batterieladung etwa 400 Kilometer weit. Bei gleichzeitig sinkenden Preisen wäre der Durchbruch des Elektroautos programmiert. VW-Chefentwickler Eichhorn rechnet mit einer elektrischen Massenmotorisierung bereits zu Beginn des kommenden Jahrzehnts, was zu enormen Umwälzungen in der Branche führen werde. Wenn der Hunger nach Strom zunimmt, droht der Autoindustrie die Erpressbarkeit. Als Bittsteller stünden die Erfinder des Autos vor Herstellern von Batteriezellen wie Panasonic, Samsung oder BYD.

Kann der Rückstand noch aufgeholt werden? Winter glaubt weniger an Alleingänge von Autofirmen, wie Daimler es versucht hat und VW sie nun erwägt. Aus seiner Sicht müssten vor allem die großen Systemzulieferer wie Continental und Bosch in die Entwicklung und Produktion von Akkuzellen miteinsteigen – schon um ihre Existenz zu sichern. Winter: „Es wird sich die Frage stellen, was für diese Firmen übrig bleibt, wenn die großen Zellproduzenten Asiens irgendwann komplette Batterieantriebssysteme anbieten.“

Bosch war einst ein Leitgestirn der Autoelektrik – und lebt heute zum großen Teil von dem geschmähten Dieselmotor. Düstere Aussichten auch für das Getriebeimperium Zahnradfabrik Friedrichshafen ZF, hervorgegangen aus dem Zeppelin-Erbe am Bodensee: Elektroautos brauchen kein Getriebe.

Christian Wüst

Sahne für Omar

Tiere In Europas größtem Heim für Tiger und Löwen werden misshandelte und verwahrloste Zirkusbewohner auf ein Leben in der Wildnis vorbereitet. Das klappt nicht immer.

Tristan ist ein Prachtkerl: Er wiegt 300 Kilogramm, verspeist locker 6 Kilogramm Fleisch am Tag und kann aus dem Stand sieben Meter weit pinkeln. Da steht er also, ein Bild von einem Löwen, und erleichtert sich.

Es hätte alles so viel schlimmer kommen können.

Tristan gehörte zu einem Wurf von Löwenbabys, die im Sommer 2011 im Serengeti-Park im niedersächsischen Hodenhagen zur Welt kamen. Ein Wunschkind war der kleine Löwe aber nicht, zumindest nicht aus Sicht der Tierparkbetreiber. Denn Tristan und seine Schwester Isolde hätten die Population der Großkatzen in der Anlage bedenklich in die Höhe getrieben.

Überbevölkerung ist für Zoos und Wildparks eine ständige Bedrohung. Kann ein Haus seinen Nachwuchs nicht in einem anderen Zoo unterbringen oder an interessierte Privatleute verkaufen, bleibt als letzter Ausweg nur die Tötung des Tieres – ein rüdes Vorgehen, das sich nicht unbedingt im Einklang mit dem Tierschutzgesetz befindet.

Um ein Haar hätte auch Tristan und Isolde dieses Schicksal ereilt. Genau an dieser Stelle kommt der Niederländer Robert Kruijff ins Spiel. Der war in einem früheren Leben mal Manager bei einer Ölfirma, mit respektablem Einkommen. Umweltbelange haben ihn in dieser Position nicht übermäßig interessiert. Aber dann entschied er sich, fast über Nacht, für ein völlig anderes Leben. Es zog ihn in die Natur, er wollte sein eigenes Ding machen.

Kruijff kratzte seine Ersparnisse zusammen, lieh sich Geld von seinem Bruder, seinem Vater und von der Bank und baute in einem abgelegenen Teil Nordhollands die europaweit größte Zufluchtsstätte für Tiger und Löwen auf.

Seit 2012 greift Kruijff in allen Winkeln des Kontinents geschundene oder ungewollte Großkatzen auf und bringt sie zu ihrem Schutz ins beschauliche Heim nach Holland. Bis zu 32 von ihnen finden zeitweilig bei ihm Unterschlupf. Mitunter kommen die Tiere wie Tristan aus dem Tierpark; immer wieder rettet er auch Raubkatzen aus dem Besitz überforderter Privatleute.

Am häufigsten melden sich Zirkusleute bei ihm, die ihre Löwen schleunigst loswer-

den wollen. Oft liegt es daran, dass die knapsenden Kleinunternehmen sich die Fleischberge nicht mehr leisten können, die so eine Raubkatzenschar verzehrt. Häufiger noch, weil den fahrenden Unterhaltern inzwischen in etlichen Ländern Europas wie in den Niederlanden, Belgien oder Österreich die Haltung von Wildtieren untersagt ist.

In Deutschland sprechen Städte und Gemeinden in der Regel kein direktes Verbot aus; sie weigern sich aber häufig, Stellflächen an Zirkusse zu vermieten. Tierschützer beklagen diese Praxis, denn die Zirkuschefs könnten einfach in den Nachbarkreis



Löwenretter Kruijff, Löwe Omar: „Er lag im Sterben“

ausweichen. Eine neue Verordnung aus Brüssel könnte künftig die Haltung von Wildtieren im Zirkus für den gesamten EU-Raum regeln.

Robert Kruijff will kein Urteil über jene fällen, die mit der Haltung von Tigern und Löwen ihren Lebensunterhalt verdienen; er spricht nicht einmal schlecht über solche Charaktere, die sich zur Pflege des eigenen Egos ein Raubtier zulegen und es dann verwahrlosen lassen.

„Das müssen nicht unbedingt schlechte Menschen sein“ ist alles, was Kruijff dazu sagt.

Im vergangenen Jahr erhielt er einen Anruf von einer ziemlich entnervten Frau aus der Slowakei. Ihr Mann, ein stadtbekannter Mafioso, war im Gefängnis gestorben. Zu seinen Hinterlassenschaften gehörte ein Löwe, dessen Betreuung die Frau offenbar überforderte. „Sie hat freitags bei uns angerufen, wir waren am Montag bei ihr“, erzählt Kruijff. Was sie zu sehen bekamen, schockierte ihn.

Der Löwe Omar war auf 104 Kilo abgemagert, das ist deutlich weniger als das Gewicht eines gesunden Tieres. Wunden bedeckten seinen Körper; er wälzte sich in seinem eigenen Kot. „Er lag im Sterben“, berichtet Kruijff.

Am liebsten jagt eine Raubkatze Beute, die etwa das Doppelte ihres eigenen Gewichts wiegt – dieses Exemplar war jedoch zu schwach, um überhaupt zu fressen. Doch Kruijff hatte einen rettenden Einfall: Er päppelte Omar mit Schlagsahne, literweise.

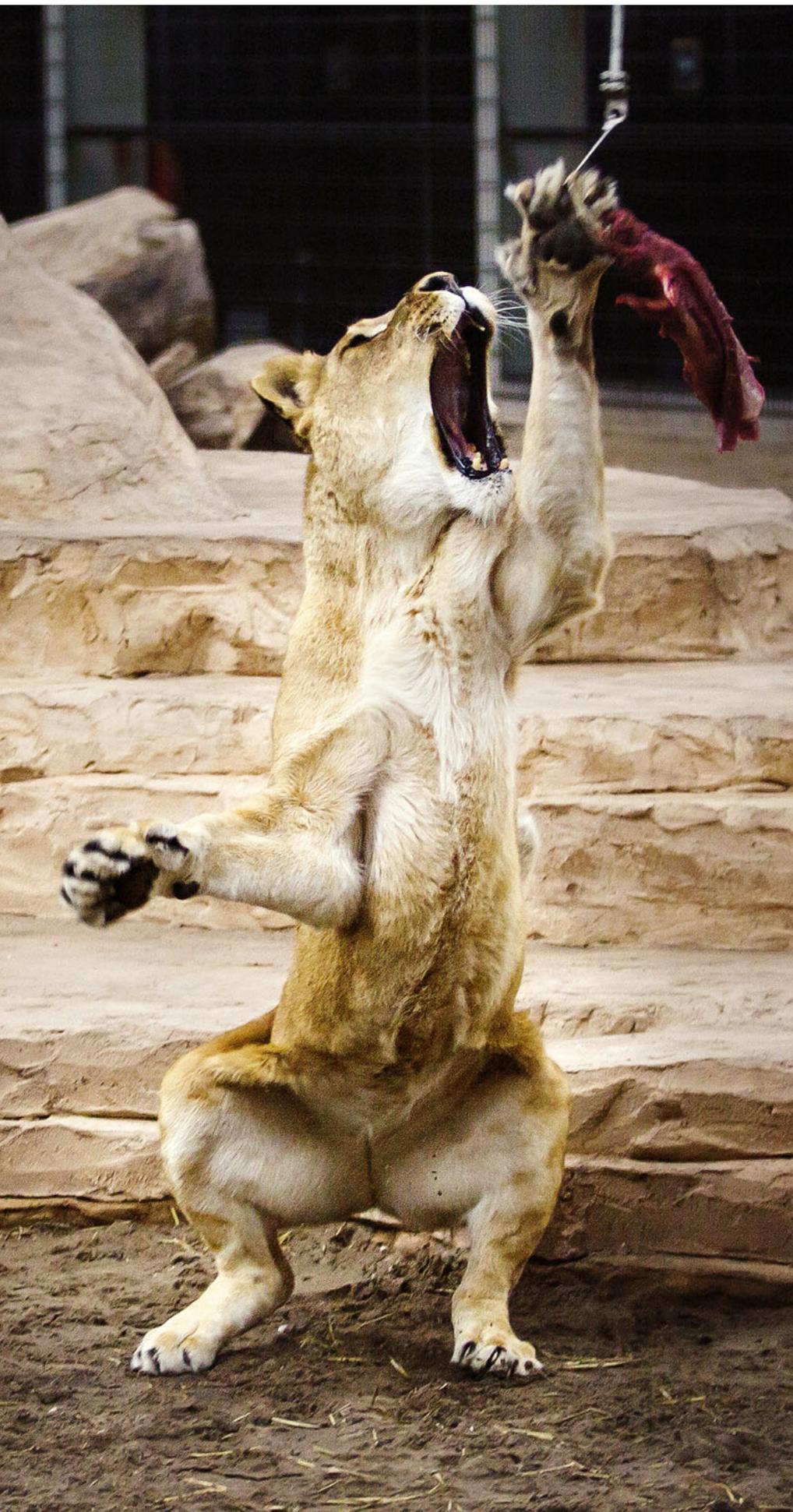
Was geschieht mit den Tieren in Kruijffs Obhut? Es gibt zwei Kategorien von Zöglingen in seinem Löwenheim. Zum einen solche Katzen wie den beinahe fünfjährigen Tristan. Sie werden in Holland gezielt trainiert für ein Leben in der Wildnis. „Tristan ist so kämpferisch, ich bin fest davon überzeugt, dass er richtig jagen kann“, sagt Kruijff. Jetzt wurde der junge Löwe in die Heimat seiner Ahnen gebracht, auf einen Kontinent, den er noch nie gesehen hat: nach Afrika. Stück für Stück soll er die Savanne für sich erobern; erst auf ein paar Hektar, dann auf einer immer größeren Fläche.

„Er hat noch nie in seinem Leben afrikanisches Wasser getrunken, und er wird davon krank werden. Er hat noch nie zuvor eine Schlange gesehen, und das wird ihn erschrecken“, beschreibt Kruijff die Probleme, die dem Asylbewerber aus Europa begegnen werden.

In Holland haben aber auch solche Großkatzen Unterschlupf gefunden, bei denen jede Resozialisierungsmaßnahme scheitert. So ein Fall ist Bruno. Ihn übernahm Kruijffs Team von einem Zirkus. Vermutlich wurde er von seinen vorigen Besitzern zu Trainingszwecken mit Stromschlägen traktiert. Kruijff glaubt, dass der Löwe auch noch auf andere Weise misshandelt wurde. Denn Bruno ist ein Psycho, aggressiv und unberechenbar auch nach aufwendiger Pflege in wohlwollender Umgebung.

Vermutlich gibt es nicht viele Orte auf der Welt, an denen ein verhaltensauffälliger Löwe wie Bruno so unbehelligt seinem Lebensabend entgegendämmern kann wie in dem holländischen Gehege.

Doch egal, wie verdreht es im Kopf eines Löwen zugehen mag, und ganz gleichgültig, unter welcher widrigen Umständen



er gelebt hat, eines verlieren die Raubkatzen nie: ihren Jagdinstinkt.

Diese Sonderausstattung der Evolution eröffnet prinzipiell sogar einem dressierten Zirkuslöwen die Perspektive, eines Tages in der afrikanischen Savanne auf Antilopen- und Büffeljagd zu gehen. Dazu muss er allerdings reichlich trainieren. Denn das Jagdgeschick der Raubkatzen im holländischen Exil ist verkümmert.

Kruijff entwickelte gemeinsam mit Spezialisten einen Jagdsimulator für Raubtiere – ein Gerät, das es in dieser Form bislang nicht gab: Die Großkatzen hetzen dabei hinter einem Fleischbrocken her, der an einem Seil hängt, wie ein Köder an einer Angel. Ein Mitarbeiter steuert das System mit einem Joystick in alle Richtungen.

Eine schwierige Aufgabe für die Tiere, deren Fleischnapf bislang auch ohne Jagdanstrengungen gefüllt wurde (sofern sie überhaupt genug zu fressen bekamen). Die Löwen und Tiger müssen sich zunächst in einem Hindernisparcours bewähren, bevor sie die Belohnung mit der Pranke zu fassen bekommen; den Weg versperren Felsen, Baumstämme und künstliche Tümpel.

„Am Anfang des Trainings sind die Katzen so sehr auf das Fleisch konzentriert, dass sie alles um sich herum vergessen“, erzählt Kruijff. Von der Natur eigentlich als perfekte Fress- und Kampfmaschinen erschaffen, trotten die Tiere tollpatschig über das Übungsgelände.

Auf der Jagd nach dem Fleischklops platschten die Großkatzen ins Wasser oder plumpsten gegen ein Hindernis – ein Anblick, der eher possierlich wirkt als furchterregend.

Doch wie Boxer werden die Raubkatzen mit jeder Trainingseinheit stärker. Ihre Ausdauer verbessert sich. Und sie lernen, was ohnehin in ihnen steckt: höchste Körperbeherrschung. Inzwischen hat sich das öffentliche Simulatortraining im Löwenzentrum zum großen Publikumsvergnügen entwickelt.

Wie bei allen Profis finden die richtigen Einheiten allerdings unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Dann werden statt eines rohen Klumpen Fleisches Kaninchen und Tauben an den Haken gehängt. „Das lieben die Löwen, weil es ihren Jagdinstinkt mehr anspricht“, meint Kruijff.

Nach anfänglichen Versuchen vor Publikum beschloss man, dieses Spektakel besser hinter verschlossenen Türen abzuhalten. Angewiderte Besucher hatten den wenig kinderfreundlichen Anblick zeretzter Kaninchenkadaver beklagt.

Frank Thadeusz

Mail: frank.thadeusz@spiegel.de



Video:
Im Löwen-Heim

spiegel.de/sp242016loewen
oder in der App **DER SPIEGEL**

Löwin am Jagdsimulator: Eher possierlich als furchterregend

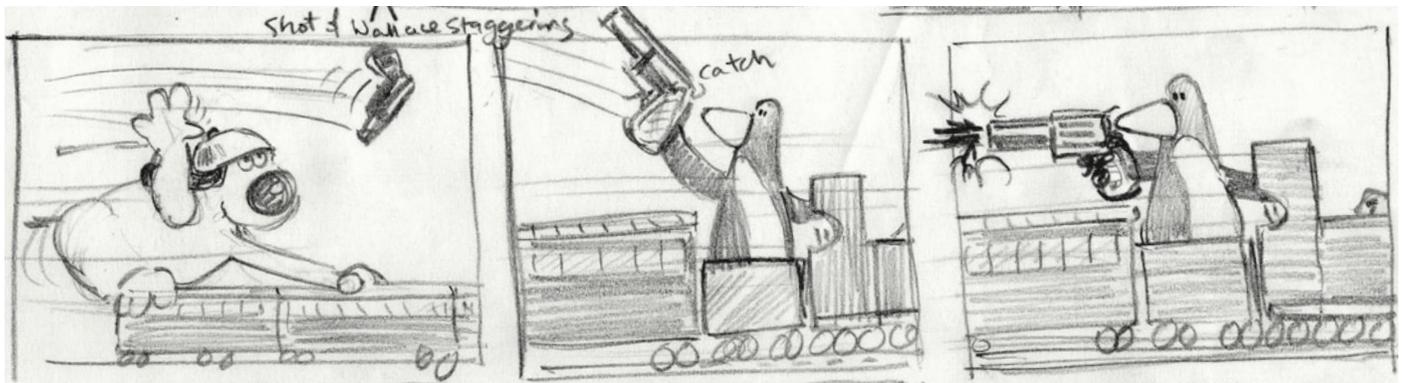
Ausstellungen

Stars aus Knete

Wenn sie vier Sekunden Film schaffen, „dann ist das ein sehr erfolgreicher Arbeitstag“, lautet die Regel bei Aardman Animations, einem Studio aus Bristol. Schneller geht es eben nicht, wenn man Trickfilme mit Figuren aus Knetmasse produziert, wunderbar skurrile Meisterwerke wie „Wallace & Gromit“ oder die Fernsehserie „Shaun das Schaf“. Von Sonntag an feiert das Deutsche Filmmuseum in Frankfurt am Main das britische Studio mit einer großen Ausstellung: „Die Kunst von Aardman“ vereint Skizzen, Modelle und Filmsets aus 40 Jahren Firmengeschichte (bis 30. Oktober). So lernen kleine und große Besucher, wie es den Filmemachern gelingt, dass ihre Tiere aus Knete mehr Charisma verbreiten als so mancher Schauspieler aus Fleisch und Blut. Doch auch die Knetmännchen werden bei Aardman mit besonderer Hingabe modelliert. Regisseur Nick Park holte sich die Inspiration für das glatzköpfige Herrchen von Hund Gromit sogar in der eigenen Familie: Wallace hat große Ähnlichkeit mit Parks Vater. mwo



Wallace, Gromit, Szenenskizze



© AARDMAN ANIMATIONS LIMITED

Bühnen Mindestlohn für Komparsen?

Es geht um kleine Beträge, die großen Ärger machen können. Jede Bühne beschäftigt Statisten, die in Großproduktionen als Soldaten, Bürger oder andere Staffagefiguren eingesetzt werden. Besondere Qualifikationen sind oft nicht nötig: Sie müssen nicht singen, kaum agie-

ren und sind meist auch nicht allzu lange auf der Bühne. Aber ihre Tätigkeit müsste mittlerweile wie jede andere auch mit dem Mindestlohn von 8,50 Euro in der Stunde entlohnt werden. Die Theater arbeiten allerdings immer noch mit Pauschalen: Proben mit einer Länge von bis zu drei Stunden werden an Berliner Opern mit 20 Euro vergütet, ob sie nun 10 Minuten dauern (was sehr selten ist)

oder doch 3 Stunden. Ab 2 Stunden und 21 Minuten wird der Mindestlohn rechnerisch unterschritten, auch wenn es dabei nur um wenige Euro geht – aber die können durchaus einen Unterschied machen, wenn es sonst keine Einkünfte gibt. Der geschäftsführende Direktor der Berliner Staatsoper, Ronny Unganz, sagt: „Das ist ein Job für Leute, die das Theater und die Oper lieben und

die einmal mit Plácido Domingo auf der Bühne stehen wollen.“ Leben könne man wohl nicht allein davon. Er könne nicht ausschließen, „dass in Einzelfällen“ der Mindestlohn nicht erreicht werde. Eine minutengenaue Abrechnung würde allerdings die Theaterbuchhaltung ins Chaos stürzen – und am Ende kämen die Statisten in den meisten Fällen damit sogar schlechter weg. kro

Kunst Meeses Rache

Der Berliner Maler, Performancekünstler und Provokateur Jonathan Meese wird nun doch bei einer „Parsifal“-Oper die Regie übernehmen: Gezeigt wird sie im Sommer 2017 bei den renommierten Wiener Festwochen und dann im Oktober desselben Jahres bei den Berliner Festspielen. Für Meese könnte dieser Doppelschlag Triumph und Rache zugleich sein: Ursprünglich hatten ihn die Wagner-Festspiele in Bayreuth beauftragt, in diesem Jahr Richard Wagners „Parsifal“ neu zu inszenieren und auch Bühnenbild sowie Kostüme zu gestalten. Dann warf man ihn hinaus, angeblich aus Sorge, er würde den Finanzrahmen sprengen – womöglich hatte man aber eher Angst davor,

das gediegene Publikum zu verschrecken. Bei Meese, der sich selbst einen Kunstfanatiker nennt, gehören Hitlergrüße und Eiserne Kreuze zur typischen Symbolik seines durchaus kritisch gemeinten Werkes. Nun also Wien und Berlin, wo man offenbar mutiger ist als in Bayreuth. Meese wird eine neue Komposition des österreichischen Avantgardisten Bernhard Lang umsetzen – und sie angeblich mit einer Sci-Fi-Ästhetik noch futuristischer wirken lassen. Auf Anfrage sagt Jonathan Meese: „Nur da, wo der Kunst gedient wird, ist auch Platz für Meese und Wagner. Das war in Bayreuth nicht der Fall.“ Wagner sei „kein durchdemokratisiertes Unterhaltungsprogramm“ und auch kein „ideologisches Weichspülprogramm“. uk



Meese, Mutter

Elke Schmitter Besser weiß ich es nicht

Kürzen wir's ab!



Elegant ist es nicht, aber es hat Dignität: das Akronym. Es ist mehr als eine Abkürzung, kürzer als eine Wortkette, mehr Rose als Strauß, manchmal eher Strauch als Strauß. Gebieterisch ragt es in allen Texten heraus, vertritt komplexe Strukturen, internationale Gebilde, Weltpolitik: Opec, KSZE,

Uno.

Dass Uno auch der Name eines beliebten Kartenspiels ist, mit dem Kinder im Vorschulalter ihre Eltern quälen, kann misstrauisch stimmen: Die Wörter machen doch, was sie wollen. Iysse zum Beispiel ist nicht der Vorname eines japanischen Designers, sondern das Akronym der „International Youth and Students for Social Equality“, was ja schon mal super klingt, aber am Ende doch nichts anderes beschirmt als eine Handvoll trotzkistischer Verwirrter, die, hierin der AfD (Akronym) und Trump (keines) verwandt, enorm erfolgreich darin sind, sich medial zu vervielfachen, wobei das Netz in seiner erhabenen Gleichgültigkeit (was angeklickt wird, bleibt präsent und wird wiederum angeklickt) und die Presse (was die Leute aufregt, sollen sie lesen) außerordentlich hilfreich sind.

Auch die „taz“ (kein Akronym) fiel solidarisch links in die Grube, indem sie in einem Artikel im November 2014 einige Denunzianten der erwähnten beinahe japanischen Bonaifaformation zu einer „linken Studentengruppe“ promovierte. Deren Ziel ist die Diffamierung von Herfried Münkler und Jörg Baberowski, die beide als Professoren an der HU Berlin (Akronym für Humboldt-Universität) immer wieder Sätze sagen, die nach ihrer Auffassung den Weltfrieden gefährden und ihnen so missfallen.

Man könnte sagen LOL (hier nicht das Computerspiel „League of Legends“, sondern „Laughing Out Loud“), wenn solche Dummheiten nicht andere nach sich zögen. Die „taz“ nämlich war offenbar die einzige Quelle, mit der Cem Özdemir, als Bundesvorsitzender der Grünen naturgemäß immer in Eile, über seinen Gesprächspartner ausgerüstet war, als er mit u. a. (Abkürzung) Baberowski bei „Maybrit Illner“ im ZDF (schon klar) kürzlich über „Kriminalität ohne Grenzen?“ diskutierte. Von einem Zettel las er ein Zitat ab, das Baberowski als Gewaltverherrlicher entlarven und so als Gesprächspartner unmöglich machen sollte, was ungefähr so witzig ist, wie wenn Recep Tayyip Erdoğan den Grünen-Chef als nicht „richtigen“ Türken bezeichnet, weil er „hässliche Dinge“ über ihn verbreite. Özdemir erhielt daraufhin Polizeischutz; seine Unerschrockenheit hat er neulich unter Beweis gestellt, als er, nur wenige Tage nach der Sendung mit Baberowski, im Bundestag eine Rede für die Unterzeichnung der Armenienresolution hielt. Özdemir ist vertraut mit den Folgen, die falsche, fiese Worte zeitigen, selbst wenn sie, wie die seinen bei Illner, vielleicht eher der Nachlässigkeit als der Bösartigkeit geschuldet sind.

Was ist in solchen Fällen zu tun? Man kann versuchen, Worte mit Worten zu heilen. „Sorry, Jörg Baberowski!“, twitterte Özdemir nach der Veranstaltung, „Zitat ohne Kontext, war selbst schon davon betroffen. War nicht fair von mir.“ Vielleicht hat er gar nicht gewusst, dass man „Sorry“ sogar mit SRY abkürzen kann?

An dieser Stelle schreiben Elke Schmitter und Nils Minkmar im Wechsel.

Kleines Buch, jetzt groß

Literatur Hans Falladas Roman „Kleiner Mann – was nun?“ wurde beim Erscheinen im Jahr 1932 um 100 Seiten gekürzt. Jetzt erscheint erstmals das ganze Werk. *Von Volker Weidermann*



Schriftsteller Fallada 1934

Hans Fallada war ein biegsamer Mann. Kompromissbereit, weich, vorsichtig, ängstlich. Wenn fern am Horizont irgendeine Schwierigkeit aufzutauhen schien, bog er schon ab. In seinem Leben führte das zu Alkohol- und Morphiumsucht, in der Literatur zu ganz erstaunlichen Konzessionen, die er gegenüber politischen Machthabern und seinen Verlegern machte.

Wie groß diese Konzessionen waren, kann man in der ungekürzten Ausgabe seines berühmtesten Romans „Kleiner Mann – was nun?“ sehen, der in diesen Tagen im Aufbau Verlag erscheint und auch davon erzählt, dass Fallada ziemlich genau das Gegenteil dessen ist, was wir uns unter einem großen Autor vorstellen, der kompromisslos sein Werk gegen alle Widerstände verteidigt. Wir haben das Bild von radikalen Kunstmaschinen im Kopf. Weil große Kunst ja keine Kompromisse kennt.

Fallada hätte das lächerlich gefunden. Er war geradezu kompromissbegeistert. Das Leben ist ein Slalomlauf, mal rechts rum, mal links rum.

Es ist wahrscheinlich ein einmaliger Fall, dass ein Verleger seinen Autor während des Schreibens beschwört, keine Kompromisse zu machen. So wie es Ernst Rowohlt am 1. Dezember 1931 tat, als er Fallada, der mit echtem Namen Rudolf Ditzen hieß, schrieb: „Lieber Meister Ditzen! Ich beschwöre Sie, lieber Freund, nehmen Sie keinerlei Rücksicht bei der Abfassung Ihres Buches auf den Umstand, daß eventl. eine Buchgemeinschaft oder die ‚Berliner Illustrierte‘ oder sonst überhaupt eine Zeitung Ihren neuen Roman in Lizenz oder für den Vorabdruck erwirbt. Schreiben Sie, wie Ihnen der Schnabel gewachsen ist.“

Fallada schrieb damals an dem Roman „Kleiner Mann – was nun?“, dem Buch, das seinen Weltruhm begründen sollte. Einem der besten Bücher, das über die Weimarer Republik geschrieben wurde. Die Geschichte des Buchhalters Johannes Pinneberg, seiner Frau Lämmchen und vom Murkel, ihrem kleinen, frisch auf die Welt gekommenen Sohn. Es ist eine Idylle in schwerer Zeit, Pinneberg ein kleiner Angestellter, der von Entlassung zu Entlassung taumelt und sich weigert, ein schlechter Mensch zu werden. Der zwar erkennt, dass es sinnvoll wäre, sich zu organisieren, gemeinsam zu kämpfen. Der es aber nicht vermag.

Er ist ein Familienmensch, kein Kämpfer, er sieht das Gute und hofft, dass es irgendwie von allein siegen wird. Er hat so viel mit sich selbst zu tun, mit den Schwierig-

keiten des Lebens, dass er sich nicht auch noch um Politik kümmern kann. Außerdem: Wer weiß, wie das beim Arbeitgeber ankäme, wenn er sich politisch organisierte. Die wahre Heldin des Buches ist Lämmchen. Stark, lebensklug, links und unendlich nachsichtig mit ihrem Ehemännchen. Diese Mischung aus Rührseligkeit und Sachlichkeit, Illusionsfreude und Ausweglosigkeit, Schönungslosigkeit und Idylle macht den Erfolg und den Charme des Buches bis heute aus.

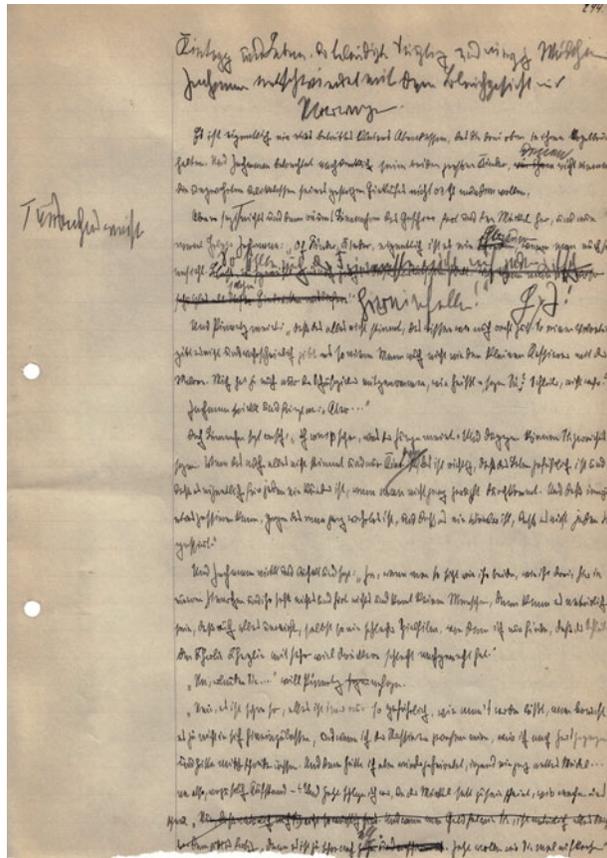
Fallada schrieb damals seinem beunruhigten Verleger zurück: „Lieber Vater Ro-

wir eben gegen Schreibkompromisse werten hörten, ließ das Buch vor Erscheinen radikal zusammenschnurren. Die Kompromisse machte der Verleger selbst.

Es ist fünf Jahre her, dass der Aufbau Verlag schon einmal mit der ungekürzten Neuauflage eines Fallada-Buches große Erfolge feierte. Damals ging es um „Jeder stirbt für sich allein“, das kurz zuvor in Frankreich, England und Amerika entdeckt worden war und sich nun in Deutschland noch einmal 300 000-mal verkaufte. Das wird mit dem „Kleinen Mann“ vielleicht nicht noch mal gelingen. Aber was wir hier in der Originalversion lesen, ist schon ziemlich verrückt. Es wurden damals 100 Seiten, also ein Viertel des Romans, „weggeschustert“. Episoden wurden gestrichen, ein ausgiebiger Ausflug ins Berliner Nachtleben, längere Szenen aus dem Verein für Freikörperkultur, vor allem Anzüglichen und Politisches. An einer Stelle wird durch eine kleine Streichung eine freundliche Bemerkung Pinnebergs über Juden einfach in ihr Gegenteil verkehrt: „Na, das sind doch hier noch olle richtige Juden. Feine Kerls sind das, kann ich dir nur sagen, richtige anständige Kerls, die sind noch stolz drauf, dass sie Juden sind.“ Einfach den Mittelteil raus, und schon steht da: „Na, das sind doch hier noch olle richtige Juden, die sind noch stolz drauf, dass sie Juden sind.“ Deutsches Lektorat 1932.

An anderer Stelle sehen wir Pinneberg plötzlich als Tatmenschen im Geiste: Nachdem ihm eine jüdische Hausiererin die Feindseligkeit der Leute – „Sie olle Judensau, hat gestern einer zu mir gesagt“ – geschildert hatte, reagierte er in der damaligen Version nur mit der Bemerkung: „So ein Schwein“. Ursprünglich stand dort: „So einer gehört verdroschen.“ Und den Lesern enthielt man auch lieber folgenden Satz vor: „Ist man etwas dumm, dann geht man zu den Nazis und glaubt, irgendwas würde dadurch anders, wenn man die Juden totschrägt.“

Wenn man sich alle Kürzungen genau ansieht, kann man aber nicht sagen, dass ein politisches Lektorat dem Roman gezielt eine nazifreundliche und tendenziell antisemitische Richtung geben wollte. Es wurden auch dezidiert antisemitische Ausdrücke wie „jüdische Dreckbutike“ gestrichen. Dem Lektor und dem nur scheinbar kompromissfeindlichen Verleger ging es offenbar um etwas anderes: um Verharmlosung, Verflachung, Verstärkung des Idyl-



HANS-FALLADA-ARCHIV, FELDBERG

Bearbeitetes Originalmanuskript

„Da mach ich Konzessionen für das liebe Vieh“

wohl, haben Sie nur keine Sorge! Kummer mache ich mir nur um mein trocken Brot, wenn ich nicht schreibe, sitze ich vor dem Papier, dann können mir sämtliche Buchgemeinschaften etc. ... na ja, in diesem Sinne. Später, beim Umarbeiten, beim Zurechtschustern, da mach ich Konzessionen für das liebe Vieh, so viel Sie wollen, oder, Verzeihung, so viel die wollen, aber beim Schreiben. Nein, es wird weiter geschrieben, ganz wie es mir kommt, und ich hoffe, es wird gut.“

Jetzt, 84 Jahre nach der Erstveröffentlichung des Buches, erscheint Falladas Roman in der Version, wie der Autor sie geschrieben hat vor dem „Zurechtschustern“, vor den Konzessionen, der „Director's Cut“ sozusagen*. Denn derselbe Verleger, den

* Hans Fallada: „Kleiner Mann – was nun?“. Aufbau Verlag, Berlin; 558 Seiten; 22,95 Euro.

lischen, Anpassung an den vermuteten Volksgeschmack. Der Rowohlt-Verlag hatte damals, 1931, Insolvenz anmelden müssen, war mehrheitlich von Ullstein übernommen worden und stand unter Druck. In diesem Roman Falladas erkannte der Verleger Rowohlt enormes Potenzial, um es zu einem Superbestseller zu machen.

Wir wissen nicht, ob das wirklich der Grund für dieses Brutalolektorat war. Es gibt keine konkreten Aufzeichnungen, und auch der Germanist Carsten Gansel kann in seinem Nachwort nur Mutmaßungen anstellen. Aber die Streichungen lassen eigentlich nur diesen Schluss zu. Vieles liest sich wie ein vorausseilendes Lektorat. Man ließ all die Stellen weg, die Leser verstören könnten. Und das waren neben den vulgärpolitischen Passagen vor allem die ungeschönt sexuellen beziehungsweise solche, die ungeschönt ältere Damen im Nacktklub beschreiben. Die Verführbar-

Änderungen täten niemandem weh. „Nur eben die Anrempelung der SA ist gefallen. Und das ist ja auch nur richtig.“

Diese politischen Änderungen während der Nazizeit waren lange schon bekannt und nach dem Krieg, als „Kleiner Mann – was nun?“ als Band eins der rororo-Reihe neu erschien, wurden sie wieder rückgängig gemacht. Aber die ersten, weitflächigen Streichungen der Erstauflage nicht.

Es ist gut, dass wir nun die Urversion kennen, gleichzeitig staunt man aber, wie viel einem Buch weggenommen werden kann, ohne die Substanz zu beschädigen. Eine Lehre auch für unsere Zeit, in der jeder mittlere Kleinerfolgsautor mit Verlagswechsel droht, wenn ihm sein Lektor mal eine halbe Seite wegstreichen will, und Leser deshalb mit all den 800-Seiten-Romanen belästigt werden. Ein großes Kunstwerk kann durch Striche nicht getötet werden. Aber doch kleiner gemacht. Der

bringen musste. Damit das Buch auch unter dem neuen Regime ein Erfolg wurde, fügte er ein Vorwort hinzu, das er selbst „einen Knix“ vor den Nazis nannte, in dem er den laschen Strafvollzug der Weimarer Republik kritisierte. Auch da schrieb ihm der Verleger: „Ganz offen und ehrlich gesagt, scheint mir Ihre Fassung doch etwas zu entgegenkommend.“

Aber Fallada wollte im Land bleiben, um jeden Preis. Er schrieb nur noch Idyllen, in Windeseile Buch auf Buch, zwischen 1933 und 1944 entstehen 18 zum Teil voluminöse Bücher, für einige brauchte er nur wenige Tage. Er schrieb, er trank, er hatte Angst. Plötzlich gelang ihm noch einmal mit dem Inflationsroman „Wolf unter Wölfen“ ein großes Buch, das auch Goebels lobte. Doch Falladas Situation blieb unsicher. Er versuchte, zur Sicherheit, den Roman der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland zu schreiben, womit er scheiterte. 1944 schoss er im Suff auf seine Frau Suse, Vorbild für Lämmchen. Sie blieb unverletzt, die Anklage wegen Mordversuchs wurde wegen verminderter Zurechnungsfähigkeit fallen gelassen. Er kam zur Beobachtung in eine Heilanstalt. Hier schrieb er seinen phänomenalen Saufroman „Der Trinker“.

Am Ende des Krieges war er plötzlich eine Art Günstling des Systems, durfte als „Reichsarbeitsdienst-Sonderführer Ditzen“ sogenannte Studienreisen nach Frankreich und in die Tschechoslowakei unternehmen. Was ihm nach dem Krieg auch nicht weiter schadete: Die einrückende Rote Armee machte ihn zum Bürgermeister der kleinen Stadt Feldberg, wo er sogleich eine wodka-selige Antrittsrede hielt. Inzwischen hatte er die 29 Jahre jüngere Morphinistin und Alkoholikerin Ursula Losch geheiratet. Der Dichter und kommunistische Funktionär Johannes R. Becher wollte ihn zum Staatsdichter eines neuen Deutschland machen, gab ihm Geld, ließ ihn und seine Frau in einem der Häuser in der Funktionärsidylle Ostberlins am späteren Majakowskiweg wohnen. Der Dichter beschrieb ihr Leben in dem Not leidenden Land so: „Bis um zehn Uhr tagtäglich haben wir bereits eine Flasche Schnaps und zwanzig amerikanische Zigaretten hinter uns, und wenn Sie nun das noch hinzurechnen, was Butter, Honig, Vollmilchpulver auf dem Schwarzen Markt kosten, dann haben wir bis um zehn Uhr jeden Tages bereits so viel Geld verbraucht, wie ein Durchschnittsangestellter im ganzen Monat verdient.“

Ende 1946 kam Fallada in die Nervenklinik der Charité, der Kommunist Becher, der die Nazizeit im Moskauer Exil verbracht hatte, hoffte immer noch auf Falladas großen Roman aus Nazideutschland. Innerhalb eines knappen Monats schrieb Fallada schließlich „Jeder stirbt für sich allein“. Am 5. Februar 1947 verstarb er.



Verlagsreklame, Erstausgabe von 1932: Mit der Axt gekürzt

keit des reinen Helden Pinneberg. Fragen der Jungfräulichkeit Lämmchens vor der Ehe. Plötzliche Erektionen, schöne Brüste, hässliche Brüste, große Brüste. Allzu wirkliche Wirklichkeit wurde aus dem Buch gestrichen. Ein Kapitel fiel komplett weg: Der Ausflug des Ehepaars Pinneberg in Berliner Nachtclubs mit Tischtelefonen und käuflichen Damen. Das hat der Lektor mit der Axt einfach getilgt.

Fallada machte das alles mit. Später, nachdem die Nationalsozialisten an die Macht gekommen waren, ging das Team Rowohlt/Fallada noch weiter. Aus dem „Nazi Lauterbach“ wurde der „Torwart Lauterbach“. „Zu den Nazis war Lauterbach auch nur aus Langeweile gegangen“ wurde zu „Torwart Langeweile Lauterbach“ auch nur aus Langeweile geworden.“

Im begleitenden Brief an Rowohlt hatte der umsichtige Autor sogar geschrieben, er habe die Änderungen in allen Fällen durch Auszählen der Buchstaben so eingerichtet, dass der Setzer nur den betroffenen Absatz zu ändern habe. Wohl auch zur Selbstberuhigung fügte er hinzu, die

Vorwurf eines etwas überstarken Hanges zu Idylle und Harmlosigkeit, den man dem Werk in der bisher bekannten Version machen konnte, ist nun nicht mehr haltbar.

Aber dieses Buch und seine schwankende Publikationsgeschichte erzählt viel über diesen weichen, unheroischen, aber gleichwohl hellhörigen Autor. Der 1893 in Greifswald geboren worden war, der im Alter von 18 Jahren nach einem Dichterstreit mit seinem Freund Hanns Dietrich von Necker Doppelsebstmord begehen wollte, dabei den Freund erschoss und sich selbst schwer verletzte. Der sich gleich zu Beginn des Ersten Weltkriegs freiwillig meldete, aber aufgrund seiner psychischen Labilität abgewiesen wurde. Der schon im März 1933 von der SA nach einer Denunziation verhaftet wurde. Nach elf Tagen kam er wieder frei. Seine Bücher wurden nicht verboten und verbrannt, aber er galt als verdächtig. Nach dem „Kleinen Mann“ schrieb er den Roman „Wer einmal aus dem Blechnapf frisst“ über seine Jahre, die er während der Weimarer Republik wegen Unterschlagung im Gefängnis ver-

SPIEGELBESTSELLER

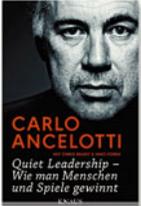
Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Donna Leon** **Ewige Jugend** Diogenes; 24 Euro
- 2 (2) **Jonas Jonasson** **Mörder Anders und seine Freunde nebst dem einen oder anderen Feind** Carl's Books; 19,99 Euro
- 3 (4) **Juli Zeh** **Unterleuten** Luchterhand; 24,99 Euro
- 4 (3) **Elke Heidenreich** **Alles kein Zufall** Hanser; 19,90 Euro
- 5 (6) **Jojo Moyes** **Ein ganz neues Leben** Wunderlich; 19,95 Euro
- 6 (5) **Karin Slaughter** **Schwarze Wut** Blanvalet; 19,99 Euro
- 7 (7) **Benedict Wells** **Vom Ende der Einsamkeit** Diogenes; 22 Euro
- 8 (8) **Martin Walker** **Eskapaden** Diogenes; 24 Euro
- 9 (10) **Dörte Hansen** **Altes Land** Knaus; 19,99 Euro
- 10 (9) **John Irving** **Straße der Wunder** Diogenes; 26 Euro
- 11 (-) **Judith Hermann** **Lettipark** S. Fischer; 18,99 Euro

 Nach ihrem viel kritisierten Roman veröffentlicht Judith Hermann einen ihrer typisch melancholischen Erzählbände, und alle haben sie wieder lieb
- 12 (-) **Hera Lind** **Kuckucksnest** Diana; 19,99 Euro
- 13 (13) **Heinz Strunk** **Der goldene Handschuh** Rowohlt; 19,95 Euro
- 14 (15) **Jane Gardam** **Ein untadeliger Mann** Hanser; 22,90 Euro
- 15 (11) **Siegfried Lenz** **Der Überläufer** Hoffmann und Campe; 25 Euro
- 16 (14) **Joachim Meyerhoff** **Ach, diese Lücke, diese entsetzliche Lücke** Kiepenheuer & Witsch; 21,99 Euro
- 17 (20) **Isabel Bogdan** **Der Pfau** Kiepenheuer & Witsch; 18,99 Euro
- 18 (12) **Cassandra Clare** **Lady Midnight** Goldmann; 19,99 Euro
- 19 (17) **Jane Gardam** **Eine treue Frau** Hanser; 21,90 Euro
- 20 (-) **Saša Stanišić** **Fallensteller** Luchterhand; 19,99 Euro

Sachbuch

- 1 (1) **Peter Wohlleben** **Das geheime Leben der Bäume** Ludwig; 19,99 Euro
- 2 (3) **Dalai Lama** **Der Appell des Dalai Lama an die Welt** Benevento; 4,99 Euro
- 3 (2) **Thilo Sarrazin** **Wunschdenken** DVA; 24,99 Euro
- 4 (7) **Rainer M. Schießler** **Himmel – Herrgott – Sakrament** Kösel; 19,99 Euro
- 5 (5) **Antoine Leiris** **Meinen Hass bekommt ihr nicht** Blanvalet; 12 Euro
- 6 (6) **Peter Hahne** **Finger weg von unserem Bargeld!** Quadriga; 10 Euro
- 7 (8) **Harald Welzer** **Die smarte Diktatur** S. Fischer; 19,99 Euro
- 8 (9) **Sahra Wagenknecht** **Reichtum ohne Gier** Campus; 19,95 Euro
- 9 (4) **Shindy; Josip Radović** **Der Schöne und die Beats** Riva; 19,99 Euro
- 10 (14) **Alexander von Schönburg** **Weltgeschichte to go** Rowohlt; 18 Euro
- 11 (12) **Benjamin von Stuckrad-Barre** **Panikherz** Kiepenheuer & Witsch; 22,99 Euro
- 12 (10) **Stefan Kruecken** **Sturmwarnung** Ankerherz; 29,90 Euro
- 13 (13) **Wilhelm Schmid** **Gelassenheit** Insel; 8 Euro
- 14 (11) **Christian Hartmann / Thomas Vordermayer / Othmar Plöckinger u. a. (Hg.)** **Hitler, Mein Kampf – Eine kritische Edition** Institut für Zeitgeschichte; 59 Euro
- 15 (15) **Tim Marshall** **Die Macht der Geographie** dtv; 22,90 Euro
- 16 (17) **Ildikó von Kürthy** **Neuland** Wunderlich; 19,95 Euro
- 17 (16) **Matthias Weik / Marc Friedrich** **Kapitalfehler** Eichborn; 19,99 Euro
- 18 (-) **Carlo Ancelotti** **Quiet Leadership – Wie man Menschen und Spiele gewinnt** Knaus; 19,99 Euro

 Der neue Bayern-Trainer Ancelotti erklärt seinen Führungsstil. Ein Vorbild: Don Corleone aus „Der Pate“, nur ohne diese Mafiasache
- 19 (-) **Ajahn Brahm** **Der Elefant, der sein Glück vergaß** Lotos; 16,99 Euro
- 20 (19) **Andreas Englisch** **Der Kämpfer im Vatikan** C. Bertelsmann; 19,99 Euro

Mein Schiff.

Die Atmosphäre macht den Unterschied.

KANAREN
ab 995 €**

Inklusive Flug!



PREMIUM
ALLES INKLUSIVE

Ohne Aufpreis*

Erfahren Sie mehr in Ihrem Reisebüro, auf www.tuicruises.com oder unter +49 40 60001-5111.



TUI Cruises

* Im Reisepreis enthalten sind ganztägig in den meisten Bars und Restaurants ein vielfältiges kulinarisches Angebot und Markengetränke in Premium-Qualität sowie Zutritt zum Bereich SPA & Sport, Kinderbetreuung, Entertainment und Trinkgelder.
 ** Flex-Preis (limitiertes Kontingent) für 7 Nächte p.P. bei 2er-Belegung einer Innenkabine und inkl. Flug nach Verfügbarkeit mit allen Abgaben und Zuschlägen auch zur Luftverkehrssteuer, Transfers und „Zug zum Flug“ ohne Aufpreis erhältlich.
 TUI Cruises GmbH · Anckermannsplatz 1 · 20537 Hamburg

„Der Erfolg Europas nervt seine Feinde“

SPIEGEL-Gespräch Der Künstler und Fotograf Wolfgang Tillmans lebt in London und Berlin. In einer Kampagne versucht er, die Briten vom Ausstieg aus der Europäischen Union abzubringen.

Es ist nicht ausgeschlossen, aber eher unwahrscheinlich, dass man Wolfgang Tillmans vor zehn Jahren mit diesem T-Shirt angetroffen hätte, das er heute in seinem Berliner Studio trägt. Es ist blau, die 28 gelben Sterne bilden darauf einen Kreis, und noch vor zehn Jahren wäre dieses T-Shirt ein Witz gewesen, das Uncoolste vom Uncoolen, ein Symbol für Beamte und Bürokraten, die in endlosen Sitzungen Tirolern verbieten, ihren Speck nach jahrhundertealten Methoden in Berghütten zu räuchern, oder Briten, ihre Teebeutel zu recyceln. Aber jetzt, da die großen Freiheiten, die Europa eben auch geschaffen hat, unter Druck geraten, trägt der Hipster und Künstler Wolfgang Tillmans, 47, nicht nur dieses T-Shirt, sondern er hat auch eine Plakatkampagne gestartet, mit der er die Befürworter des Brexit bekämpft. 44 Plakate hat Tillmans entworfen, man findet sie auf seiner Website, man kann sie ausdrucken oder über die sozialen Medien teilen, kostenfrei. Marine Le Pen, Wladimir Putin und Rupert Murdoch wollen, dass Großbritannien die EU verlässt, lässt uns ihnen nicht folgen, fordert er auf einem Motiv. Auf einem anderen stellt er fest: „Es ist eine Frage, zu wem man sich zugehörig fühlt. We are the European family“. Tillmans ist einer der bedeutendsten und teuersten Fotografen weltweit, er ging Anfang der Neunzigerjahre nach England, wo er den Look der globalen Popkultur und die Kunstfotografie mitprägte. Im Jahr 2000 erhielt er als erster Deutscher die wichtigste Auszeichnung des britischen Kulturbetriebs, den Turner-Preis. Neben seinem Atelier in London betreibt Tillmans seit 2011 auch ein zweites großes Studio in Berlin-Kreuzberg.

SPIEGEL: Herr Tillmans, Sie sind ein weltbekannter Fotograf und Künstler. Haben Sie keine Angst, dass Ihre Reputation als Künstler durch Ihre Kampagne beschädigt wird?

Tillmans: Nein, ich habe mich ja nicht neu erfunden, mein politisches Engagement ist Teil meiner Integrität als Künstler.

SPIEGEL: Sie positionieren sich mit der Kampagne politisch eindeutig. Eindeutigkeit und Kunst, das ist schwierig.

Tillmans: Einer meiner liebsten Sätze lautet: Kunst ist nutzlos. Sie braucht keinen Zweck zu erfüllen und ist genau deswegen so stark. Mir geht es bei meiner Kampagne auch nicht in erster Linie um Kunst. Mir ist klar geworden, dass die offizielle Kampagne gegen den EU-Austritt Großbritanniens in einer völlig falschen Tonlage und mit einer unattraktiven Visualität geführt wird.

SPIEGEL: Was machen Ihre Gesinnungsgenossen falsch?

Tillmans: Sie trauen sich nicht, das Thema emotional anzugehen, weil die EU insgesamt ein ungeliebtes Ding ist. Niemand hat den Mut, die EU beherzt zu bejahen. Stattdessen wird wirtschaftlich argumentiert: Es wird schon besser sein zu bleiben, das ist ihre Hauptaussage. Meiner Meinung nach trifft das bei Weitem nicht die Tragweite der anstehenden Entscheidung. Es ist wie so oft: Im Wettstreit mit den Populisten versucht der Mainstream, rational zu punkten – und ist schwächer. ►

“Europe’s success irritates its enemies”

SPIEGEL Interview Artist and photographer Wolfgang Tillmans lives in London and Berlin. He’s attempting to dissuade Britons from leaving the EU with a new campaign.

It can’t be ruled out, but it’s unlikely one would have spotted Wolfgang Tillmans 10 years ago in the T-shirt he’s now wearing in his Berlin studio. The blue shirt is emblazoned with 28 yellow stars forming a circle. Ten years ago the T-shirt would have been seen as a joke – the most uncool thing imaginable, a symbol of civil servants and bureaucrats who held endless meetings to ban Tyroleans from smoking their ham in their mountain huts according to centuries-old methods, or Britons from recycling their teabags. But now that the considerable freedoms Europe also created are under threat, hipster and artist Wolfgang Tillmans is doing more than just wearing this T-shirt – he’s also started a poster campaign to oppose those who support Brexit. Tillmans has designed 44 posters that can be downloaded from his website and printed for free or shared via social media. “Marine Le Pen, Vladimir Putin and Rupert Murdoch ... want Britain to leave the EU. Don’t let them have their way. Have your say,” he appeals in one poster. In another, he writes: “It’s a question of where you feel you belong. We are the European family.” Tillmans, 47, is one of the world’s most important – and expensive – photographers. In the early 1990s, he moved to England, where he helped shape the look of global pop culture and art photography. In 2000, he became the first German recipient of the Turner prize, the most important honour in the British art world. In addition to his London studio, Tillmans also maintains a second large atelier in Berlin.

SPIEGEL: Mr Tillmans, you’re a world-renowned photographer and artist. Aren’t you concerned that your campaign will harm your caché?

Tillmans: No, because I haven’t reinvented myself. My political engagement is part of my integrity as an artist.

SPIEGEL: You have taken a clear political stance with your campaign. Unambiguity and art are an awkward mix.

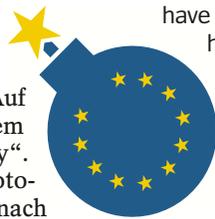
Tillmans: One of my favourite sentences is: art is useless. It doesn’t need to fulfil a purpose, which is precisely why it’s so powerful. And in my campaign, art isn’t my main objective. It has become clear to me that the official campaign against Britain’s exit from the EU is being conducted in completely the wrong tone and with an unattractive visual design.

SPIEGEL: What are your fellow campaigners doing wrong?

Tillmans: They don’t dare to address the subject emotionally, because the EU as a whole is unpopular. No one has the courage to warmly embrace the EU. Instead, they use economic arguments. Their primary claim is that it would be better to remain. I don’t think this comes close to capturing the importance of the upcoming decision. As is so often the case: in competition with populists, the mainstream is trying to score points by being rational – and ends up weaker.

SPIEGEL: The EU is unpopular in many European countries, particularly so in Britain. Why?

Tillmans: The politicians – in all countries, by the way – who ought to be behind the EU often don’t support it themselves. Whenever politicians from the 28 member states meet, each ►





STEFFEN JÄNICKE / DER SPIEGEL

Künstler Tillmans: „Die EU ist insgesamt ein ungeliebtes Ding“
Artist Tillmans: “The EU as a whole is unpopular”

► **SPIEGEL:** Die EU ist in vielen europäischen Ländern unbeliebt, ganz besonders in Großbritannien. Woran liegt das?

Tillmans: Die Politiker, übrigens aller Länder, die die EU eigentlich tragen müssten, unterstützen sie oft selbst nicht. Jedes Mal, wenn sich die Politiker aus den 28 Mitgliedstaaten treffen, macht danach jeder eine Pressekonferenz und lobt sich selbst, wo er sich wieder durchgesetzt hat. Und wenn etwas schiefgeht, ist die EU schuld. Und dann gibt es in Großbritannien den australisch-amerikanischen Medienmogul Rupert Murdoch, der in seinen Titeln seit über 25 Jahren die EU miesmacht – aus rein privatem, wirtschaftlichem Interesse. Weil er als ideologischer Marktkapitalist jede Form von Wettbewerbskontrolle und Monopolverhinderung hasst. Arbeitnehmerrechte, wie vier Wochen Mindesturlaub, ein EU-Mindeststandard, sind Dinge, die für ihn unerträglich sind. Aus seiner Sicht droht der Sozialismus in Europa. Murdoch hat auf die Frage, warum er die EU so sehr hasst, geantwortet: Ganz einfach – wenn ich in die Downing Street gehe, machen sie, was ich sage. In Brüssel kräht kein Hahn nach mir.

SPIEGEL: Es heißt immer, die EU lasse sich wahnsinnig schlecht verkaufen. Stimmen Sie dem zu?

Tillmans: Die EU wirkt gehemmt – aber warum eigentlich? Vor zehn Jahren hat ein Telefonanruf von London nach Paris noch fast zwei Pfund in der Minute gekostet, was hat uns das auf die Palme gebracht! Jeder Einzelne fühlte sich seinem Handybetreiber gegenüber machtlos: Warum ist es möglich, dass die mich so ausnehmen? Das hat die EU beendet. Punkt.

SPIEGEL: Sie sprechen vom Brexit als einer Once-in-a-Generation-Decision. Was steht Ihrer Ansicht nach auf dem Spiel?

Tillmans: Der Brexit wäre ein verheerendes Signal. Der größte freiheitliche Block der Welt steht auf dem Spiel. Der Austritt würde die EU schwächen und wäre eine Einladung an Feinde und Fundamentalisten wie Putin in Russland und andere Despoten, den Druck zu steigern und weiter für Unfrieden zu sorgen. Darum geht es. Und nicht darum, ob britische Touristen nach einem Brexit weiter ins Berghain kommen könnten.

SPIEGEL: Das Plakat hätten Sie mal machen sollen: Liebe Briten, ihr dürft weiter in den Berliner Tanzklub Berghain kommen, aber es wäre schon schön, wenn ihr für den Verbleib stimmen würdet.

Tillmans: Es ist gerade der Erfolg Europas, der seine Feinde nervt. Es geht um die Verteidigung unserer Werte gegen eine autoritäre Minderheit, die es hasst, dass es Frauenrechte gibt, Schwulen- und Lesbenrechte, es ist eine Minderheit, die auf Konfrontation setzt statt auf Verhandeln.

SPIEGEL: Ihre Kampagne richtet sich vor allem an junge Leute, die von den Errungenschaften der EU profitieren, aber kaum etwas tun, wenn es um die Verteidigung europäischer Werte geht.

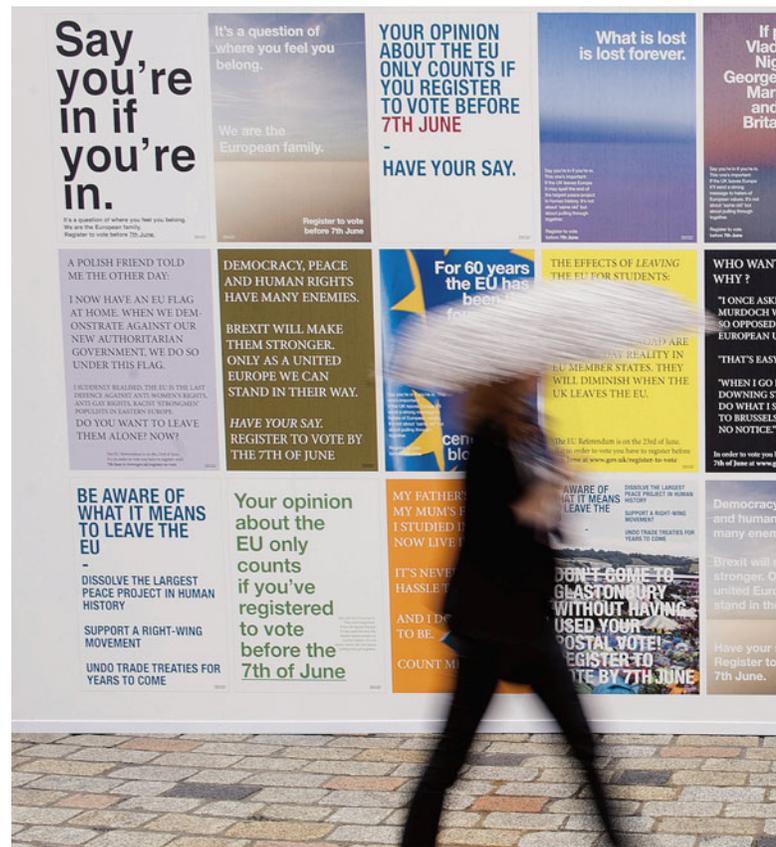
Tillmans: Ich bin 1968 geboren, ich kenne noch den Kalten Krieg. Die jungen Menschen heute interessiert vor allem ihre Selbstoptimierung. Fitnessstudio, Facebook. Ihnen fehlt die Zeit, sich zu engagieren.

SPIEGEL: Das klingt ein wenig alt.

Tillmans: Viele Jugendliche von heute scheinen mir konservativer zu sein als ihre Großeltern. Früher gab es eine „Bravo“, ein Jugendmagazin für beide Geschlechter – das war Fortschritt. Heute fängt das Gendinger schon bei den Süßwaren für die Kleinsten an: Mittlerweile sind selbst die Überraschungseier getrennt nach Jungs und Mädchen.

SPIEGEL: Sie beschreiben eine zunehmend atomisierte Gesellschaft, die sich schwertut, ihre Freiheiten zu verteidigen. Die Europafeinde dagegen sind nicht nur laut, sondern vor allem eins: einig.

Tillmans: Links außen und rechts außen treffen sich ja gelegentlich in bestimmten autoritären und antisemitischen Zügen. Gesellschaftspolitisch gewinnt das liberale Modell trotz aller Un-



► then holds a press conference afterwards to praise what he or she has pushed through. But when something goes wrong, it's the EU's fault. And then Britain has Australian-American media mogul Rupert Murdoch, who has been slamming the EU in his publications for more than 25 years – purely out of personal economic interest. As an ideological market capitalist, he hates all forms of competition controls and monopoly prevention. Workers' rights, such as four weeks of holiday – a minimum standard in the EU – are intolerable for Murdoch. He believes Europe is being threatened by socialism. When asked why he hates the EU so much, Murdoch responded: "That's easy. When I go into Downing Street they do what I say; when I go to Brussels they take no notice."

SPIEGEL: People always say the EU is an incredibly difficult sell. Do you agree?

Tillmans: The EU comes across as reticent – but why? Ten years ago, a telephone call from London to Paris still cost almost £2 a minute. It drove people mad! Everybody felt powerless against their mobile phone service provider: how is it possible that they can fleece me like this? The EU put an end to that. Period.

SPIEGEL: You refer to Brexit as a once-in-a-generation decision. What do you think is at stake?

Tillmans: Brexit would be a devastating signal. The biggest liberal bloc in the world is at stake. Britain's withdrawal would weaken the EU and serve as an invitation to enemies and fundamentalists like Putin and other despots to increase pressure and continue to provoke strife. That is what's at stake, and not whether British tourists will still be able to go to Berghain after Brexit.

SPIEGEL: Now that's a poster you should have made: Dear Brits, you can still go to Berghain, but it would also be nice if you would vote to stay in the EU.

Tillmans: It's precisely Europe's success that irritates its enemies. It is a matter of defending our values against an authoritarian minority that hates the fact that we have women's rights and gay and lesbian rights. It is a minority that prefers confrontation over negotiation.

SPIEGEL: Your campaign is directed primarily at young people who benefit from the EU's achievements but do very little when it comes to defending European values.



JEFF SPICER / GETTY IMAGES

Tillmans-Kampagne: „Diktatoren hassen Bürokratie“
 Tillmans' campaign: "Dictators hate bureaucracy"

Tillmans: I was born in 1968 and I still remember the cold war. Young people today are mainly interested in self-optimisation, things like going to the gym and using Facebook. They don't have the time to get involved.

SPIEGEL: That sounds a little old.
Tillmans: It seems to me that many young people today are more conservative than their grandparents. Earlier we had Bravo in Germany, a youth magazine for both genders. That was progress. Today gendering starts with sweets for young children. Now we even have separate Kinder Surprise eggs for boys and girls.

SPIEGEL: You describe an increasingly atomised society that has trouble defending its freedoms. The anti-Europeans, on the other hand, aren't just loud – more than anything, they are united.

Tillmans: There are some similarities between the far left and the far right when it comes to certain authoritarian and anti-semitic traits. But in terms of social policy, the liberal model has been winning for the last 60 years, despite the cries of naysayers. This drives certain groups of white men crazy.

SPIEGEL: Does our liberal culture spend too little time talking about its achievements, or is it not finding the right words and symbols to convey them? And isn't it up to artists like you to do that?

Tillmans: Actually, yes, but we had a completely different experience in our youth. Things that polarised were considered cool. Today we are suddenly realising that sharing and negotiating, that is, things that are completely uncool, are necessary if we're to continue living safely in the future. On the other hand, controversy, aggression and testosterone are easier to sell in a capitalist system. War films do better at the box office than movies about helpfulness and solidarity. It's mostly older women who provide cohesion in our society. And they do it without giving big speeches. They're really the ones who should be considered the coolest of all!

SPIEGEL: Was your generation too apolitical?
Tillmans: I wouldn't say so. The Love Parade was always described as apolitical, but was it really? Techno generated a very real experience of international understanding. In 1992, the year of the Maastricht treaty, my colleagues at the London magazine i-D and I were excited about the fact that we were dancing to one beat – and not in a conformist sense. It was voluntary and temporary. It is true, however, that 20 years ago I simply couldn't have imagined that someone would have evil intentions towards me and my way of life. Perhaps that was a mistake.

SPIEGEL: Aren't you describing the EU a little too positively? Take the issue of press freedom, for example. It's under pressure in many EU countries – in Viktor Orbán's Hungary and Jarosław Kaczyński's Poland, for example.

Tillmans: It's true that the EU is being attacked from within and from outside. But anyone can read about what the EU stands for in the charter of fundamental rights. For instance, countries that want EU membership have to abolish the death penalty. That describes a consensus that I view as the European centre, and this consensus is intact. I'm not saying that what we have now is perfect. It's totally normal that when 28 people sit down at one table, things are sometimes arduous. But what would be the alternative?

SPIEGEL: You wrote the following on a poster: "Flawed? Yes. Slow? Yes. Attractive? Uhh." You're admitting that many people often view Brussels bureaucracy as annoying?

Tillmans: Some bureaucracy doesn't annoy me; rather it protects me. Dictators hate bureaucracy. They want to get rid of laws quickly and eliminate regulations. The fact that the EU's wheels turn so slowly is precisely what makes it strong. The EU gets in the way of autocrats like Orbán and Kaczyński, but also monopolists like Microsoft. One of the slogans on my posters reads: "What is lost is lost forever." When an environmental directive is eliminated, it doesn't return two years later. Bureaucracy creates clean beaches in Britain. The entire EU bureaucracy has fewer employees

kenrufe seit 60 Jahren. Das macht eine bestimmte Fraktion von weißen Männern kirre.

SPIEGEL: Spricht unsere liberale Kultur zu wenig über ihre Leistungen, oder findet sie nicht die richtigen Worte und Symbole? Und müssten nicht Künstler wie Sie das tun?

Tillmans: Eigentlich ja. Unsere Jugenderfahrung aber war eine ganz andere: Das Polarisierende galt als cool. Heute merken wir auf einmal: Das Teilen, das Verhandeln, also das Uncoolste, was es gibt, ist die Voraussetzung dafür, auch in Zukunft sicher zu leben. Auf der anderen Seite lässt sich die Kontroverse, die Aggression, das Testosteron kapitalistisch besser verkaufen. Kriegsfilme laufen im Kino besser als Filme über Hilfsbereitschaft oder Solidarität. Es sind vor allem ältere Frauen, die für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sorgen. Und das machen sie, ohne große Reden zu schwingen. Die sollten eigentlich als die Coolsten gelten!

SPIEGEL: War Ihre Generation zu unpolitisch?

Tillmans: Das würde ich nicht sagen. Die Love Parade wurde ja immer als unpolitisch beschrieben, aber war sie das wirklich? Die gelebte Völkerverständigung von Techno war ganz real. Meine Kollegen bei der Londoner Zeitschrift „iD“ und ich, wir waren 1992, im Jahr von Maastricht, begeistert, dass wir zu einem Beat tanzten, und das nicht im gleichgeschalteten Sinn, sondern freiwillig und temporär. Wahr ist aber, dass ich mir vor 20 Jahren einfach nicht hatte vorstellen können, dass jemand mir und meiner Art zu leben Böses will. Vielleicht war das ein Fehler.

SPIEGEL: Beschreiben Sie die EU nicht ein bisschen zu positiv? Nehmen wir das Thema Pressefreiheit – die ist ja in vielen EU-Ländern unter Druck, im Ungarn Viktor Orbáns etwa oder im Polen Jarosław Kaczyńskis.

Tillmans: Die EU wird von innen wie von außen angegriffen, das stimmt. Aber das, wofür die EU steht, das kann jeder in der Grundrechte-Charta nachlesen: Wer Mitglied der EU sein will, muss die Todesstrafe abschaffen. Das umschreibt einen Konsens, den ich für die europäische Mitte halte, und dieser Konsens ist intakt. Ich sage ja nicht, dass das, was da ist, perfekt ist. Das liegt in der Natur; wenn 28 Leute am Tisch sitzen, ist es schon mal zäh. Aber was wäre die Alternative? ▶

► **SPIEGEL:** Sie haben das auf einem Plakat beschrieben: Fehlerhaft? Yes. Langsam? Yes. Attraktiv? Uhh. Sie geben damit schon zu, dass die Bürokratie aus Brüssel von vielen Bürgern zu Recht als oft nervig empfunden wird?

Tillmans: Manche Bürokratie nervt mich nicht, sie schützt mich. Diktatoren hassen Bürokratie, sie wollen schnell Gesetze loswerden, Regulierungen vom Tisch wischen. Da ist die EU stark, weil sie eben so langsam mahlt. Die EU steht Autokraten wie Orbán und Kaczyński, aber auch Monopolisten wie Microsoft im Wege. Einer der Slogans auf meinen Plakaten ist: Was einmal verloren ist, ist für immer weg. Wenn eine Umweltschutzrichtlinie einkassiert ist, dann kommt sie in zwei Jahren nicht wieder. Bürokratie schafft saubere Strände in Großbritannien. Die gesamte EU-Bürokratie hat weniger Beschäftigte als die Verwaltung von Hamburg. Die nervigen Diskussionen in Brüssel, die langen Verhandlungsnächte, das ist der Preis, den wir dafür zahlen, dass wir nicht mehr aufeinander schießen.

SPIEGEL: Vor 15 Jahren wollte das Land noch der Währungsunion beitreten, jetzt will es möglicherweise ganz raus aus der EU. Warum haben sich die antieuropäischen Tendenzen in Großbritannien in den vergangenen 15 Jahren derart verstärkt?

Tillmans: Man sollte auch Verständnis haben: Seit 2004 hat Großbritannien eine Nettoimmigration von drei Millionen Menschen.

SPIEGEL: Ein Großteil dieser Menschen kam aus Polen, noch vor fünf Jahren jubelten die Briten, dass dank der Klempner aus Polen jetzt endlich auch bei ihnen die Heizungen und Abflüsse funktionieren.

Tillmans: Der berühmte Polish Plumber, ja. Aber es gab darüber hinaus gesellschaftliche und politische Fehlentwicklungen, die eine enorme Unzufriedenheit hervorgerufen haben. Das waren der Umbau der Ökonomie hin zu einer Service- und Finanz-Wirtschaft und der komplette Rückzug des Staates aus dem Wohnungsbau bei steigenden Bevölkerungszahlen. Es gibt viele Briten, die sich heute als Verlierer sehen. Für die sind Einwanderer Konkurrenten, und sie artikulieren sich in nationalistischen Tönen.

SPIEGEL: Ist der Brexit auch eine Bewegung gegen das multikulturelle London, dessen Bürger vor Kurzem einen muslimischen Bürgermeister gewählt haben?

Tillmans: Wenn man einmal Städte wie London oder Birmingham verlässt, stellt man fest, dass England erstaunlich monokulturell und weiß ist. Da lässt sich eine Fantasie wie die der „Splendid Isolation“ möglicherweise länger pflegen, auch wenn die Realität gar nicht so glänzend war in den Sechziger- und Siebzigerjahren.

SPIEGEL: Sie sind in Remscheid aufgewachsen. Hat Sie vor allem die Musik nach London gelockt, oder gab es noch andere Dinge, die diesen Ort für Sie anziehend machten?

Tillmans: Das Irre ist, mein Verhältnis zu Großbritannien begann 13 Jahre vor meiner Geburt, als die Schule meiner Mutter aus Lüneburg 1955 einen Austausch mit einer Schule in London hatte. Meine Mutter ist bis heute mit ihrer Austauschschülerin eng befreundet, und als ich mich dann 1983 in Culture Club verliebte, entdeckte ich London plötzlich als den Ort, an dem ich sein wollte. Für mich war es ein Ort der Freiheit, ein Ort der Straßenkultur, des

► than the city-state of Hamburg. The annoying discussions in Brussels, the long nights of negotiations – these things are the price we pay for not shooting at each other any more.

SPIEGEL: Fifteen years ago, the country was still interested in joining the monetary union. Now, it may even want to get out of the EU altogether. Why have anti-European tendencies grown so strongly in Britain in the past 15 years?

Tillmans: It's also important to understand: Britain has seen net immigration of 3 million people since 2004.

SPIEGEL: A large proportion of these people came from Poland. Five years ago, the British were still overjoyed that their heating systems and drains were finally working again, thanks to Polish plumbers.

Tillmans: Yes, the famous Polish Plumber. But there were also undesirable social and political developments that provoked enormous dissatisfaction. They included the transformation of the economy into a service and financial economy, as well as the government's complete withdrawal from housing construction in a period of rising population. There are many Britons who view themselves as on the losing end today. For them, immigrants are competitors, and they articulate this in nationalist sentiments.

SPIEGEL: Is Brexit also a reaction against multicultural London, where voters recently elected a Muslim mayor?

Tillmans: When you leave cities like London or Birmingham, you find that England is astonishingly monocultural and white. In that environment, it may be possible to hold onto a fantasy like "splendid isolation" for a longer period of time, even though reality wasn't all that splendid in the 1960s and 1970s.

SPIEGEL: You grew up in Remscheid, Germany. Was it mainly music that drew you to London, or were there also other things you found alluring about the place?

Tillmans: The strange thing is that my relationship with Britain began 13 years before I was born, in 1955, when my mother's school in

Lüneburg had an exchange programme with a school in London. My mother is still close to her exchange partner, and when I fell in love with Culture Club and Boy George in 1983, I suddenly discovered London as the place I wanted to be. For me, it was a place of freedom, a place of street culture and nightlife, shaped by the disposition of the British people who, on the one hand, have a certain self-restraint, but also seek especially strong expression and celebrate a kind of individualism that runs counter to the norm.

SPIEGEL: At the time, were you happy to leave Germany behind?

Tillmans: Like many in my generation, I had the feeling that things were better elsewhere. Many people have the same experience, in that they first have to go abroad to recognise their own country's qualities, and that certain German elements I have, traits I wouldn't want to lose, were very much complemented by Britain.

SPIEGEL: How would you describe these German elements within yourself?

Tillmans: An interplay of rationality and romanticism. In Britain, I learned to question everything – especially those romantic feelings, which are somewhat problematic for us Germans. Of course, the British are helped by their humour, which reflects an anti-authoritarian stance that has always attracted me. And then there is this predilection for the irrational. Brexit, though, would be a little too irrational.

Please go



... weil die Briten Jahrzehnte gebraucht haben, um auf die Idee zu kommen, dass kaltes und warmes Wasser gemischt aus einem Wasserhahn kommen könnten.

... because it took the British decades to realise that cold and hot water could flow mixed from a single tap.



Nachtlebens, geprägt von dem Naturell der Briten, die einerseits eine bestimmte Kontrolliertheit haben, aber andererseits auch einen besonders starken Ausdruck suchen und einen Individualismus feiern, der gegen die Norm ist.

SPIEGEL: Waren Sie damals froh, Deutschland hinter sich lassen zu können?

Tillmans: Ich hatte wie viele meiner Generation das Gefühl, woanders ist es besser. Das geht ja vielen so, dass man im Ausland erst merkt, was für Qualitäten die Heimat hat, und dass gewisse deutsche Seiten, die in mir sind, die ich auch gar nicht ablegen wollte, sehr komplettiert wurden durch Großbritannien.

SPIEGEL: Wie würden Sie Ihre deutschen Seiten beschreiben?

Tillmans: Ein Zusammenspiel aus Rationalität und Romantik. In Großbritannien habe ich gelernt, das alles zu hinterfragen, gerade die romantischen Gefühle, die ja auch problematisch sind bei uns Deutschen. Dabei hilft den Briten natürlich ihr Humor, der eine antiautoritäre Haltung spiegelt, die mich immer angezogen hat. Dazu kommt dieses Faible für das Irrationale. Der Brexit allerdings wäre ein wenig zu irrational.

SPIEGEL: Haben Sie das Gefühl, in London besser verstanden worden zu sein? Ihre Karriere als Künstler erhielt ihren entscheidenden Schub erst dort.

Tillmans: Ich bin einen Tag vor dem Mauerfall, also am 8. November 1989, aus Berlin weggezogen, nachdem ich eine Fotografieausbildung geschmissen hatte. Ich bin dann über Hamburg weiter nach England zum Studieren. Hätte ich einen Tag länger gewartet, ich hätte den Mantel der Geschichte flattern sehen, und dann wäre mein Leben anders verlaufen. Dieses Nach-außen-Gehen, diese Mischidentität, habe ich immer als Geschenk empfunden.

SPIEGEL: Was war in London möglich, was in Hamburg oder Berlin nicht möglich gewesen wäre?

Tillmans: Der Metropolencharakter von London ist einmalig in Europa. Dazu sorgen die Größe, die Internationalität und Verbundenheit der Menschen dafür, dass es trotz aller Probleme wahrscheinlich die integrierteste Weltstadt der Erde ist. Wenn man auf Paris guckt, wo es sehr offenkundig nicht so gelungen ist, oder auf New York, wo es auch massiv hakt, sorgt das schon auch für ein Lebensgefühl, das sehr cool ist.

SPIEGEL: Sie selbst haben seit fünf Jahren Ihr Studio in Berlin.

Tillmans: Und auch weiterhin eins in London. Aber für angehende Künstler und jüngere Leute ist London heute nicht mehr erste Wahl. Es ist einfach zu teuer geworden, du kannst nicht ohne zwei Jobs überleben. Und es ist als Ort so dermaßen durchökonomisiert und damit durchkontrolliert und überwacht, dass man nur noch schwer sagen kann, es gehe dort in erster Linie darum, sein Leben frei zu entfalten.

SPIEGEL: Was genau hat sich für Sie geändert in London?

Tillmans: Durch die von Thatcher eingeleiteten und von Labour weitergeführten Reformen gibt es jetzt eine Gesellschaft, die aufgeteilt ist in jene, die besitzen, und jene, die nichts besitzen. In Großbritannien ist dieses Haben und Nichthaben ganz besonders an den Grundbesitz gebunden. Der, der nichts besitzt, ist nicht geschützt, meine Mietverträge in London waren immer Ein-Jahres-Mietverträge. Das schuf eine Unsicherheit und komplette Undisponierbarkeit. Es gibt in dieser Richtung einige Dinge, die nicht so toll sind. Andererseits verhilft Großbritannien Europa zu mehr Dynamik, und anderem bringt das Land die meisten der europäischen Nobelpreisträger hervor. Aus dieser zwiespältigen Liebe zu England und zu Europa engagiere ich mich als Londoner für den Verbleib, aber ebenso als Deutscher. Diese querdenkende Art der Briten, diese besondere Sichtweise, die eben auch etwas mit der marktkapitalistischen Seite zu tun hat, ist wichtig für Europa. Auch weil sie die reine EU-Apparatur immer wieder hinterfragt.

SPIEGEL: Herr Tillmans, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Tillmans beim SPIEGEL-Gespräch*: „Ein Faible für das Irrationale“
Tillmans during his SPIEGEL interview*^{*}: “Predilection for the irrational”

SPIEGEL: Do you feel that people understand you better in London? It is, after all, where your career as an artist received a decisive boost.

Tillmans: I moved away from Berlin one day before the Berlin Wall came down – on November 8, 1989 – after dropping out of a photography traineeship. I went to Hamburg and then on to England to study there. If I had waited a day longer, I would have seen the coat of history fluttering, and my life would have taken a different course. I've always seen going abroad and the mixed identity it created as a gift.

SPIEGEL: What was possible in London that wouldn't have been achievable in Hamburg or Berlin?

Tillmans: London's character as a metropolis is unique in Europe. Despite all its problems, the city's size, internationalism and the interconnectedness of the people probably makes it the most integrated world city on earth. When you look at Paris, where this very obviously hasn't quite worked, or at New York, which also has major problems, in London you do have an attitude towards life that is very cool.

SPIEGEL: You have now had your studio in Berlin for the last five years.

Tillmans: And I still have one in London, too. But London is no longer the first choice for budding artists and younger people. It has simply become too expensive. You can't survive there without two jobs. And as a city, it's so over-commercialised and, as a result, so tightly controlled and monitored that it has become difficult to say that the first priority there is to live your life freely.

SPIEGEL: What exactly is it that you think has changed in London?

Tillmans: As a result of the reforms introduced by Thatcher and perpetuated by Labour, society is now divided into the haves and the have-nots. In Britain, this having and not-having is particularly tied to property ownership. Those who own no property are not protected. My tenancy agreements in London were always for one year. This created an uncertainty and a complete inability to plan ahead. There are a few things of this sort that aren't so great. On the other hand, Britain lends Europe greater dynamism. For instance, the country has produced the most European Nobel Prize winners. As both a Londoner and a German, my commitment to remaining in the EU stems from this ambivalent love for England and for Europe. The Britons' creative way of thinking, and their unique perspective, which is also related to their capitalist side, is important for Europe. Also the fact that they are constantly questioning the EU apparatus.

SPIEGEL: Mr Tillmans, we thank you for this interview.

* Mit den Redakteuren Thomas Hüetlin und Peter Müller in Berlin.

* With editors Thomas Hüetlin and Peter Müller in Berlin.

Die einfachen Leute

Rechtsextremismus Es sind nicht zuletzt Arbeiter und Zurückgelassene, die rechtspopulistisch wählen. Wie wäre es mit ein wenig mehr Achtung für deren Wünsche und Nöte? *Von Nils Minkmar*

Gleich dort, wo der Wald von Wiesbaden anfängt, treffen sich schon frühmorgens die sogenannten einfachen Leute. Aus den älteren, liebevoll gestylten Fahrzeugen werden Kanister und leere Wasserkästen geholt, dann beginnt das Warten. Während andere ihre Hunde ausführen oder Sport treiben, füllen sie rauchend das Brunnenwasser ab. In ärmeren Wohngebieten Wiesbadens kommt das Trinkwasser aus dem Rhein, es schmeckt trotz Aufbereitung nicht so gut wie das Brunnenwasser aus dem Taunus: klar, sauber und kostenlos. Nun wurden die Brunnen abgestellt, ohne Erklärung. Die Leute kommen trotzdem, und man kann winzige und spontane Demonstrationen hilflosen Frusts erleben: „Das ist doch nur, damit wir bei Aldi Sprudel kaufen müssen!“, empört sich einer. Dann beginnen die Mutmaßungen, die Schuldzuweisungen, das Grübeln. Niemand wird verdursten, es ist ja auch nur ein Waldbrunnen, im Maßstab der ganzen Republik ein eher nicht so großes Problem. Und doch ist dieser Ärger im Wald für sie ein weiteres Indiz dafür, dass die Dinge nicht mehr so laufen wie früher.

In den Dreißigerjahren entfernten sich die gesellschaftlichen Eliten von der parlamentarischen Demokratie und den sie tragenden Parteien. Wer es zu etwas gebracht hatte, verachtete die „Schwatzbude“ des Parlaments und hing pseudowissenschaftlichen oder ästhetischen Konzepten an, die die Überlegenheit der Elite begründeten. Das war der Verrat der Eliten, und er begünstigte den Totalitarismus. Heute erleben wir in Europa etwas anderes: die Entfremdung der unteren Schichten von der liberalen Gesellschaft. Es sind die Arbeiter, die in Österreich den Kandidaten der FPÖ gewählt haben, die in Frankreich dem Front National ihre Stimme geben. Auch Donald Trump erfreut sich der Unterstützung wenig gebildeter, weißer Männer in den besten Jahren.

Die ehemaligen Arbeiterparteien hingegen sind Parteien für die Mittelklasse und die sozialen Aufsteiger geworden. Im französischen Parti socialiste findet sich kaum mehr ein Fabrikarbeiter unter den Mitgliedern. US-Demokraten, New Labour, PS, SPÖ und SPD verstehen sich im Wesentlichen als Bildungsparteien, die Bildungsmöglichkeiten schaffen, ausweiten und dann die Interessen der Gebildeten sichern. Die Heroen dieser Bewegung wie Bill Clinton und Gerhard Schröder schildern gern ihren per-

sönlichen sozialen Aufstieg als Exempel für andere: Mit Bildung und politischem Engagement kann man es zum respektierten Millionär schaffen, das ist die Botschaft. Und diese Möglichkeit soll sich nicht nur in einem Land, sondern möglichst weltweit eröffnen. Das nötige Wachstum entsteht dann aus den Innovationen, die sich andere Gebildete ausdenken. So das Programm in Kurzform.

Es ignoriert, lehnt sogar ab, was die Bewegung einmal groß gemacht hat, die Arbeiterkultur. Schon das Wort klingt nach Folklore und erinnert an die vergessenen Denkmäler für die Helden der Arbeit, die immer noch hier und da in den Arbeitervierteln herumstehen. Oft heißt es, dass es diese Leute, diese Schicht nicht mehr gebe. Sicher, die Industriearbeiter sind weniger geworden, es ändert sich ja immer alles. Aber Menschen, die wenig Geld haben und nicht lange zur Schule gegangen sind, die gibt es. Sie mögen heute für einen Kurierdienst die Pakete schleppen oder Hotels putzen, auf den Baustellen schufteten oder in Großküchen Teller waschen. Sie sind da, auch wenn von ihnen nur selten und dann nicht mal mit besonders freundlichen Worten die Rede ist.

Wenn in Kommentaren oder Diskussionsendungen im Fernsehen von den „bildungsfernen Schichten“ die Rede ist, dann oft nur als kollektiver Fall: Man muss denen helfen, oder sie müssen sich selbst helfen – stets mit dem Ziel, dass sie aufhören, so zu sein, wie sie sind. Vorurteile dominieren: Alkoholmissbrauch, Gewalt gegen Frauen, Vernachlässigung der Kinder, Rassismus und Homophobie sind aber in allen Schichten verbreitet. Die Fülle der Skandale in Institutionen wie der Fifa, der Deutschen Bank oder bei den Automobilherstellern macht deutlich, dass kriminelle Neigungen schichtenübergreifend sind. Der Diskurs über die Bildung und Diszi-

plinierung der Unterschichten ist so alt wie die Industrialisierung selbst, aber im Unterschied zu damals ist die organisierte Arbeiterbewegung heute kaum noch zu vernehmen. Insofern steht das Wahlverhalten der Arbeiter am Ende eines langen Entfremdungsprozesses, der viel mit der kulturellen Überheblichkeit der sie vermeintlich vertretenden Parteien zu tun hat.

Warum kann man sich der Kultur der Unterschichten nicht respektvoll nähern?

So etwa, wie es der französische Soziologe Pierre Bourdieu in einer noch heute einschlägigen Studie tat. Er untersuchte im Frankreich der Sechziger- und Siebzigerjahre den Zusammenhang zwischen Geschmack und Klassenlage. Das daraus entstandene Buch mit dem Titel „Die feinen Unterschiede“ ist getragen von dem Wunsch, durch eine Mischung aus quantitativer und qualitativer Analyse darzustellen, dass etwas so Subjektives wie der Geschmack durchaus mit der Schulbildung und dem Einkommen zusammenhänge. Dass mir ein Bild von Cy Twombly gut gefällt, hat wenig mit einem Geistesblitz oder meiner einzigartigen Persönlichkeit zu tun, es ist vielmehr nach meinem soziologischen Profil zu erwarten. Arbeiter haben keine Fototapete mit Paul-Klee-Motiv, und Studienräte lieben selten Schlagern.

Nach den Ergebnissen von Bourdieu ist es völlig passend, dass ein Foto, auf dem Donald Trump in seinem luxuriösen, etwas kitschig eingerichteten Flugzeug ein Menü von McDonald's verpeist, die Wähler spaltet. Für die Gesundheitsbewussten, Gebildeten und Aufstiegsorientierten wirkt der Mann vulgär. Aus einer anderen Perspektive aber kann man hier jemanden sehen, der sich nicht zu fein ist, ordentlich zuzulangen, und seinen Reichtum stolz und generös zur Schau stellt. In Bourdieus Werteordnung steht bei den Arbeitern die sofortige Gratifikation hoch im Kurs: Essen soll im Überfluss da sein, das Leben soll jetzt sofort gut sein. Bourdieu konstatiert unter den befragten Arbeitern einen „Sinn für Lebensfreude und fröhliches Feiern, für Selbstverwirklichung und praktische Solidarität“.

Dazu passt es schlecht, wenn die heute zuständige politische Bewegung den Lohn der Mühen in weite Ferne stellt, nach erfolgter Bildung und technologischer Innovation. In den Programmen der aufstiegsorientierten Mitte-links-Parteien ist nahezu obsessiv von Zukunft die Rede,

Ihr Wahlverhalten steht am Ende eines Entfremdungsprozesses, der viel mit der kulturellen Überheblichkeit der Politiker zu tun hat.



HULTON ARCHIVE / GETTY IMAGES

Schiffsanstreicher im Hamburger Hafen um 1960: Immer hieß es, später werdet ihr es gut haben

dazu wird dann die Erde abgebildet, wie man sie vom Weltall aus betrachtet. Die Schwere der Lage und die Vielzahl der Nöte werden angesprochen, ein Geist der Ernsthaftigkeit weht durch diese Programme: Später werdet ihr es gut haben oder eben eure Kinder – wenn ihr euch heute anstrengt. Es ist leider nur alles so weit weg. Aber für die Gegenwart ist es immer so wenig.

Für die Arbeiterschicht kann das kein ansprechendes politisches Angebot sein. Man kann sogar von einem Kulturkampf sprechen, mit Szenen eskalierender, zunächst nur symbolischer Gewalt. Der neue Star der französischen Sozialisten, Emmanuel Macron, hatte unlängst vor Kameras einen unfreundlichen Dialog mit einem Bürger. Der junge Mann trug ein T-Shirt und sagte, dass er sich einen solch teuren Anzug wie der Minister nicht leisten könne. Der antwortete, er solle gefälligst arbeiten.

Das war unglücklich, die Arbeitslosigkeit in Frankreich ist immer noch hoch. Am Ende war klar, dass der Minister kein Gespür für solch einen Wähler hat. Nichts, was dessen Leben bald besser macht, mit oder ohne Anzug. So wurde der Dialog zum Symbol wechselseitiger Verachtung.

Man sollte daran erinnern, dass der Aufstieg nicht die einzige auf Erden bekannte Fortbewegungsrichtung ist. Nicht jeder möchte etwas aus sich machen. Er mag finden, dass er schon jemand ist. Erwachsen zu sein ist komplex genug. Viele Zeitgenossen sind schon froh, einigermaßen durch den Tag und die Nacht zu kommen. Immerzu nach individueller Verbesserung von Körper und Seele zu streben, weiter und weiter die Schulbank zu drücken, das steht für sie nicht auf dem Programm.

Man kann dieses Leben aber durchaus angenehmer gestalten. Hierfür ist nicht

nur der Einzelne verantwortlich, sogar Glücksschmiede werden mal müde. Das kann eine Aufgabe der Politik sein. Einer Politik, die sich nicht allein an den Tüchtigen wendet, sondern die auch gerade jene anspricht, mit denen sonst keiner spricht. Die das Leben jetzt besser macht, nicht erst in der folgenden Generation oder wenn noch eine Prüfung und noch ein Kurs absolviert wurden.

Was könnte das heute sein? Lohnerhöhungen, ganz einfach, auch die oft beschworene, nie richtig durchgeführte Entlastung der Arbeit von der Finanzierung der Sozialsysteme. Aber darum geht es nicht allein. Es geht um eine symbolische und kulturelle Wende. Jahrzehntelang wurde nicht bloß der Einzelne, es wurden auch die öffentlichen Institutionen zu Teilnehmern in einem globalen Wettbewerb gemacht.

Wenn aber Kantinen, Krankenhäuser, Sendeanstalten und Kultureinrichtungen wie private Betriebe gemanagt werden müssen, bloß lieb- und kopfloser geführt, dann verlieren jene, denen kostenlose Einrichtungen das Leben verbessern. Mit Sparprogrammen, die öffentliche Gebäude, Busse und Bahnen, Jugendzentren und öffentliche Grünflächen verkümmern lassen, beginnt eine Spirale abwärts.

Und nun sind wir ziemlich weit unten. Die Ideologie der stets fortschreitenden Optimierung von allem und jedem nach der Logik eines Investitionsguts ist an ein Ende gekommen. Sie war ohnehin unfair: Öffentliche Haushalte nahmen Schulden auf, um private Finanzinstitute zu retten.

Nun schwächeln Staaten und Kommunen, und deren ärmste Bürger wählen rechts. Mit dem Anstieg der extremen Rechten müssen wir uns auf die Stärken unserer Art zu leben besinnen. Wenn Besucher aus sogenannten Schwellenländern Deutschland bereisen, dann beeindrucken sie nicht die Einkaufszentren, die Hochhäuser oder die Autos vor den Luxusrestaurants, derlei gibt es auf der ganzen Welt. Wie ein Weltwunder bestaunen sie hingegen die kommunalen Freibäder: Alte und Junge, Frauen und Männer, alle Hautfarben baden zusammen und ohne Security, die Eintrittspreise sind gering, und alles funktioniert mehr oder weniger – das ist der Ausweis einer befriedeten und lebenswerten zivilen Gesellschaft.

Es ist jetzt, wie in den Vereinigten Staaten der Dreißigerjahre, Zeit für einen New Deal, um die Lebensqualität der Arbeiterschicht in Europa zu verbessern. Dann erleben wir auch, wie die extreme Rechte wieder in sich zusammenfällt. Wenn man vernünftig mit dem Volk kommuniziert, haben Populisten Sendeschluss. ■



Wo kein Pfeffer wächst

Restaurantkritik *Das Berliner Nobelhart & Schmutzig kocht radikal und regional.*

Von außen sieht das Nobelhart & Schmutzig aus wie ein Bestattungsinstitut. In den Fenstern hängen graue Gardinen, der Türrahmen ist schwarz, und dann ist der Laden auch noch rechts und links von zwei Spielhallen eingeklemmt. Es ist das abgerockte Ende der Berliner Friedrichstraße, nicht gerade die Gegend, in der man das aufregendste Restaurant der Stadt vermutet. Vor anderthalb Jahren hat es eröffnet und nach ein paar Monaten schon den ersten Michelin-Stern bekommen.

Das Konzept: Alle Zutaten kommen aus der Region. Deshalb gibt es zum Beispiel keinen Pfeffer, weil in Brandenburg kein Pfeffer wächst. Es gibt noch nicht einmal Kellner, weil fast alle Gäste an einer riesigen hufeisenförmigen Theke sitzen und die Teller direkt von den Köchen hingestellt bekommen. Sogar das Wasser kommt aus der Leitung. Und ist umsonst.

In der Mitte des Raums ist die Küche, wie bei einer Theateraufführung schauen die Gäste beim Kochen und Anrichten zu. Nur ein Menü ist im Angebot, die sogenannte Mahlzeit, sie hat zehn Gänge und kostet 80 Euro. Das war's. Alles, was überflüssig ist, fehlt.

Billy Wagner, 34, und Micha Schäfer, 28, heißen die beiden Macher, der eine war ein stadtbekanntes Sommelier, bevor er sich mit dem Nobelhart & Schmutzig und der Parole „brutal lokal“ selbstständig machte, der andere kochte vorher in Frankfurt am Main. Beides Hipster bis in die Bartspitzen.

Warum die Aufregung? Weil noch niemand in Deutschland das Konzept, mit dem es die Neue Nordische Küche in Skandinavien zu Weltruhm gebracht hat, so konsequent auf hiesige Verhältnisse übertragen hat wie Schäfer und Wagner. Schluss mit der falschen Weltläufigkeit und dem Exotismus der modernen Küche, postulierten die Dänen. Hinein in die heimischen Wälder. Wir müssen

uns die fremd gewordenen Kräuter aus den eigenen Gärten zurückholen.

An diesem Abend beginnt es mit einem geschossenen Salat, der etwas zu lange im Gewächshaus einer Wildgärtnerei im brandenburgischen Rüditz stand und jetzt auf eine interessante Art schmeckt wie eine Mischung aus Gurke und Sellerie, darauf Butterbrösel mit Liebstöckelsamen. Der Forellenhappen, auf dem ein zentimeterkurzes Stückchen Petersilienstängel liegt, schwamm am Vortag noch als ganzer Fisch in der Müritz herum. Dann gibt es im eigenen Sud aufgequollenen Nackthafer, auf dem ein Klacks weicher Ziegenkäse liegt, darauf Sauerampferblätter.

Immer sind es zwei oder drei Aromen, die gegeneinandergestellt werden – im Grunde macht man nichts anderes, als den Früchten Brandenburgs hinterherzuschmecken. Es fühlt sich nur an wie das erste Mal.

Schäfer ist Archivar wie Koch, Datensammler wie Gemüseinkäufer. Er hat ein Jahr lang protokolliert, wann in dieser Region was wächst, bevor er und Wagner das Restaurant eröffneten. Den ganzen Sommer und Herbst über macht er Lebensmittel ein, um in der kalten Jahreszeit Vorräte zu haben.

Das ist auch Entwicklungshilfe. Hochwertige Lebensmittel sind im Berliner Umland noch seltener zu finden als anderswo – kein Wunder nach Jahrzehnten in einem Staat, in dem Spargel eine Rarität war, weil das Gemüse als „bürgerlich“ galt.

Dass sich ausgerechnet in Berlin gerade die interessanteste Restaurantszene Deutschlands befindet, hätte sich wohl niemand vorherzusagen getraut. Noch vor zehn Jahren herrschte hier kulinarische Wüste, aus München oder Frankfurt schaute man nicht einmal herab auf die Hauptstadt: Es gab einfach nichts zu sehen. Nachtleben? Ja. Essen? Nicht in Berlin.

Und jetzt sind Köche und Sommeliers die neuen DJs. Fast wöchentlich machen neue Restaurants auf. Da gibt es das Döttir in Mitte, wo nordisch gekocht wird. Die Cordobar, ebenfalls in Mitte, ein Weinlokal, in dem sich auch fein essen lässt – wenn es später wird und die anderen Restaurants zu sind, trifft man sich dort.

Doch da ist noch was anderes. Nichts treibt die Berliner so um wie der tief empfundene Wunsch nach Verwurzelung. Um jeden Baum, der gefällt werden soll, wird in Berlin gestritten, jede Brachfläche umkämpft. Alles soll bleiben, wie es ist in Berlin, dieser Anstalt der Zugezogenen.

Wer im Nobelhart & Schmutzig isst, kann sich für einen Abend zu Hause fühlen.

Tobias Rapp



CAROLINE PRANGE



DOMINIK BUTZMANN / LAIF

Restaurant Nobelhart & Schmutzig, Macher Schäfer (M.), Wagner: Kulinarische Entwicklungshelfer

Studieren, testen, sparen!

12 x DER SPIEGEL + UNI SPIEGEL + Prämie und 63 % sparen.

**Prämie
zur Wahl**



Burger-Set mit Burger-Presse

GU-Küchenratgeber mit Rezepten auf 64 Seiten und Burger-Presse aus Alu. Zuzahlung €1,-.



Duo-Raclette Hot Stone

Mit Steinplatte aus Marmor und zwei Pfännchen. Zuzahlung €1,-.



ABUS-Fahrradschloss

Mit 6-mm-Kette und Textilschlauch. Länge: ca. 75 cm. Zuzahlung €1,-.

Ja, ich möchte 12 x den SPIEGEL für nur € 19,90 frei Haus testen, **über 63 % sparen** und eine Prämie!

Alles inklusive: das Sparpaket für Studenten



- ✓ 12 x den SPIEGEL testen
- ✓ 63 % Preisvorteil
- ✓ Kostenfreie Lieferung
- ✓ LITERATUR SPIEGEL gratis
- ✓ UNI SPIEGEL gratis
- ✓ Praktischer Urlaubsservice

Gleich mitbestellen!

Ja, ich möchte zusätzlich den digitalen SPIEGEL für nur € 0,50 pro Ausgabe beziehen statt für € 3,99 im Einzelkauf.

SD16-036

Meine Wunschprämie:

- Burger-Set mit Presse, Zzgl. € 1,- (5283)
- Duo-Raclette Hot Stone, Zzgl. € 1,- (5031)
- ABUS-Fahrradschloss, Zzgl. € 1,- (4246)

Anschrift:

Frau Herr
Name/Vorname

Straße/Hausnr. Geburtsdatum **19**

PLZ Ort

Telefon (für eventuelle Rückfragen) E-Mail (für eventuelle Rückfragen)

Wenn ich mich nach Erhalt der 10. Ausgabe nicht melde, möchte ich den SPIEGEL weiterbeziehen, dann für zurzeit € 2,95 pro Ausgabe statt € 4,60 im Einzelkauf. Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar.

Ja, ich wünsche unverbindliche Angebote des SPIEGEL-Verlags und der manager magazin Verlagsgesellschaft (zu Zeitschriften, Büchern, Abonnements, Online-Produkten und Veranstaltungen) per Telefon und/oder E-Mail. Mein Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen.

Ich nutze die bequemste Zahlungsart: per SEPA-Lastschrift*

DE IBAN Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Datum Unterschrift SP16-061

Coupon ausfüllen und senden an:
DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg

040 3007-2700

abo.spiegel.de/stma2016

Der Vorzugspreis von € 0,50 für den digitalen SPIEGEL gilt nur in Verbindung mit einem laufenden Bezug der Printausgabe, enthalten sind € 0,48 für das E-Paper. Meine Prämie erhalte ich direkt nach Zahlungseingang. Bei Sachprämien wird eine Zuzahlung von € 1,- erhoben. Ausgenommen sind Gutscheine und Bücher. Eine aktuelle Studienbescheinigung ist erforderlich und ist dem Verlag zuzusenden. Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Hinweise zu den AGB und Ihrem Widerrufsrecht finden Sie unter www.spiegel.de/agb. SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon: 040 3007-2700, E-Mail: aboservice@spiegel.de

* **SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den Verlag, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verlag auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon 040 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) **E-Mail** spiegel@spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTEUR Klaus Brinkbäumer (v. i. S. d. P.)

STELLV. CHEFREDAKTEURE Susanne Beyer, Dirk Kurbjuweit, Alfred Weinzierl

HAUPTSTADTBÜRO *Leitung:* René Pfister, Michael Sauga, Christiane Hoffmann (stellv.). *Redaktion Politik und Wirtschaft:* Dr. Melanie Amann, Sven Böll, Markus Dettmer, Horand Knap, Ann-Katrin Müller, Ralf Neukirch, Cornelia Schmeigal, Christoph Schult, Anne Seith, Britta Stuff, Gerald Trauffetter, Wolf Wiedemann-Schmidt. *Autoren, Reporter:* Markus Feldenkirchen, Konstantin von Hammerstein, Marc Hujer, Alexander Neubacher, Christian Reiermann, Marcel Rosenbach

DEUTSCHLAND *Leitung:* Cordula Meyer, Dr. Markus Verbeet, Annette Großbongardt (stellv.); Hans-Ulrich Stoldt (Meldungen). *Redaktion:* Laura Backes, Michael Fröhling, Hubert Gude, Charlotte Klein, Petra Kleinau, Guido Kleinlubbert, Günther Latsch, Udo Ludwig, Miriam Olibrisch, Andreas Ulrich, Antje Windmann. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Jan Fleischhauer, Gisela Friedrichsen, Julia Jüttner, Beate Lakotta, Bruno Schrep, Katja Thimm, Dr. Klaus Wiegreffe

Berliner Büro *Leitung:* Frank Hornig. *Redaktion:* Sven Becker, Markus Deggerich, Maximilian Popp, Sven Röbel, Michael Sontheimer, Andreas Wassermann, Peter Wensierski. *Autoren, Reporter:* Stefan Berg, Martin Knobbe, Jörg Schindler

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler, Susanne Amann (stellv.), Markus Brauck (stellv.). *Redaktion:* Simon Hage, Isabell Hülsen, Alexander Jung, Nils Klawitter, Alexander Kühn, Martin U. Müller, Ann-Kathrin Nezik, Simone Salden, Jörg Schmitt. *Autoren, Reporter:* Dietmar Hawranek, Michaela Schiold

AUSLAND *Leitung:* Britta Sandberg, Juliane von Mittelstaedt (stellv.), Mathieu von Rohr (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Katrin Kuntz, Jan Puhl, Sandra Schulz, Samiha Shafy, Helene Zuber. *Autoren, Reporter:* Marian Blasberg, Clemens Höges, Ralf Hoppe, Susanne Koelbl, Dr. Christian Neef (Moskau), Christoph Reuter

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Rafaela von Bredow, Olaf Stampf. *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Manfred Dworschak, Katrin Elger, Marco Evers, Dr. Veronika Hackenbroch, Laura Höflinger, Julia Koch, Kerstin Kullmann, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Frank Theudeus, Christian Wüst. *Autor:* Jörg Blech

KULTUR *Leitung:* Lothar Gorris, Sebastian Hammelmele (stellv.). *Redaktion:* Tobias Becker, Lars-Olav Beijer, Anke Durr, Ulrike Knöfel, Tobias Rapp, Daniel Sander, Katharina Stiegelmann, Claudia Voigt, Martin Wolf. *Autoren, Reporter:* Georg Diez, Dr. Martin Doerry, Wolfgang Höbel, Thomas Hüetlin, Dr. Joachim Kronsbain, Dr. Nils Minkmar, Elke Schmitter, Volker Weidermann, Marianne Wellershoff

GESELLSCHAFT *Leitung:* Matthias Geyer, Guido Mingels (stellv.). *Redaktion:* Fiona Ehlers, Ozlem Gezer, Hauke Goos, Maik Großekathöfer, Barbara Hardinghaus, Maren Keller, Ansbert Kneip, Daliala Neufeld, Bettina Stiebel, Jonathan Stock, Takis Würger. *Autoren, Reporter:* Uwe Buse, Ulrich Fichtner, Jochen-Martin Gutsch, Alexander Osang, Cordt Schinbber, Alexander Smoltczyk, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger. *Redaktion:* Rafael Buschmann, Lukas Eberle, Detlef Hacke, Jörg Kramer

SONDERTHEMEN *Leitung:* Dietmar Pieper, Dr. Susanne Weingarten (stellv.); *Redaktion:* Annette Bruhns, Angela Gatterberg, Uwe Klufmann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Dr. Eva-Maria Schnurr

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel

INTERNET www.spiegel.de
REDAKTIONSLOG spiegel.de/spiegelblog
TWITTER @derspiegel
FACEBOOK facebook.com/derspiegel

KOORDINATION INVESTIGATIV Jürgen Dahlkamp (juergen_dahlkamp@spiegel.de), Jörg Schmitt (joerg_schmitt@spiegel.de)

KOORDINATION MEINUNG Markus Feldenkirchen, Christiane Hoffmann

MULTIMEDIA Jens Radü; Alexander Epp, Roman Höfner, Marco Kasang, Bernhard Riedmann

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Anke Jensen (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Gesine Block; Christian Albrecht, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Bianca Hunekuhl, Ursula Junger, Sylke Kruse, Maika Kunze, Katharina Lükens, Stefan Moos, Reimer Nagel, Manfred Petersen, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulin, Tapio Sirrka, Ulrike Wallenfels

PRODUKTION Solveig Binroth, Christiane Stauder, Petra Thormann, Christel Basillon, Petra Gronau, Martina Treumann

BILDREDAKTION Michaela Herold (Ltg.), Claudia Jeczawitz, Claus-Dieter Schmidt; Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Matthias Krug, Parvin Nazemi, Peer Peters, Anke Wellnitz
E-Mail: bildred@spiegel.de
SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. +1 212 3075948

GRAFIK Martin Brinker, Johannes Unselt (stellv.); Cornelia Baumermann, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Anna-Lena Kornfeld, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Jens Kuppi, Reinhold Wurst (stellv.); Michael Abke, Kathrin Bollmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhufe, Kristian Heuer, Louise Jessen, Nils Küppers, Sebastian Raulf, Barbara Rödiger, Doris Wilhelm
Sonderhefte: Rainer Sennewald

TITELBILD Suze Barrett, Arne Vogt; Svenja Kruse, Iris Kuhlmann, Gershom Schwalfenberg

REDAKTIONSVERTRETUNGEN

DEUTSCHLAND
BERLIN Pariser Platz 4a, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. 030 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. 030 886688-200, Fax 886688-222

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Frank Dohmen, Barbara Schmid, Fidelius Schmid, Benrather Straße 8, 40213 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Martin Hesse, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Anna Clauß, Conny Neumann, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Jan Friedmann, Büchsenstraße 8/10, 70173 Stuttgart, Tel. 0711 664749-20, Fax 664749-22

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
BOSTON Johann Grolle, 25 Gray Street, 02138 Cambridge, Massachusetts, Tel. +1 617 9452531

BRÜSSEL Peter Müller, Christoph Pauly, rue Le Titien 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 2306108, Fax 2311436

KAPSTADT Bartholomäus Grill, P. O. Box 15614, Vließberg 8018, Kapstadt, Tel. +27 21 4261191

KIEW Luteranska wul. 3, kw. 63, 01001 Kiew, Tel. +38 050 3839135

LONDON Christoph Scheuermann, 26 Hanbury Street, London E1 6QR, Tel. +44 203 4180610, Fax +44 207 0929055

MADRID Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. +34 650652889

MOSKAU Glasowskij Pereulok Haus 7, Of. 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 22849-61, Fax 22849-62

NEW YORK Philipp Oehmke, 10 E 40th Street, Suite 3400, New York, NY 10016, Tel. +1 212 2217583, Fax 3026258

PARIS Julia Amalia Heyer, 12 Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. +33 1 58625120, Fax 42960822

PEKING Bernhard Zand, P.O. Box 170, Peking 100101, Tel. +86 10 65323541, Fax 65325453

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. +55 21 2275-1204, Fax 2543-9011

ROM Walter Mayr, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. +39 06 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Thomas Schulz, 1 Post Street, Suite 2750, San Francisco, CA 94104, Tel. +1 212 2217583

TEL AVIV Nicola Abé, P.O. Box 8387, Peking Aviv-Jaffa 61083, Tel. / Fax +972 3 6835339

TOKIO Dr. Wieland Wagner, Asagaya Minami 2-31-15 B, Suginami-ku, Tokio 166-0004, Tel. +81 3 6794 7828

WARSCHAU P.O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, 03-912 Warschau, Tel. +48 22 6179295, Fax 6179365

WASHINGTON Gordon Repinski, Holger Stark, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. +1 202 3475222, Fax 3473194

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Cordelia Freiwald (stellv.), Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Dr. Susmita Arp, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Andrea Curtaz-Wilken, Johannes Eitzschig, Klaus Falkenberg, Catrin Fandja, Dr. Andrea Geicke, Silke Geister, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Kurt Jansson, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Ulrich Klötzer, Ines Köster, Anna Kovac, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann-Wiesner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Sonja Maaß, Nadine Markwaldt-Buchhorn, Dr. Andrea Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Muela, Nicola Naber, Margret Nitsche, Sandra Öfner, Thorsten Öltmer, Dr. Vasilios Papadopoulos, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Rolf G. Schierhorn, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Rainer Staudhammer, Tuisko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szym, Nina Ulrich, Ursula Wamser, Peter Wetter, Kirsten Wiedner, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller, Malte Zeller

LESER-SERVICE Dr. Michael Plasse
NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid
SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG
Verantwortlich für Anzeigen: Dr. Michael Plasse
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 70 vom 1. Januar 2016
Mediaunterlagen und Tarife: Tel. 040 3007-2540, www.spiegel-qa.de
Verantwortlich für Vertrieb: Stefan Buhr
Verantwortlich für Herstellung: Silke Kassuba

DRUCK: Mohn Media Gütersloh
FSC FSC® C011124

VERLAGSLEITUNG Jesper Doub, Dr. Michael Plasse
GESCHÄFTSFÜHRUNG Thomas Hass

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
Fax: 040 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Hinweise für Informanten
Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung:
Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
Telefon: 040 3007-0, Stichwort „Investigativ“
E-Mail (Kontakt über Website): www.spiegel.de/investigativ
Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können. Der dazugehörige Fingerprint lautet:
6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADC

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln
Telefon: 040 3007-2687 Fax: 040 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte, Fotos, Grafiken
Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxen sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.
Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: 040 3007-2869 Fax: 040 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de
übriges Ausland: The New York Times Syndicate
E-Mail: Lara.Takenaga@nytimes.com Tel.: +1 212 556-5119

Nachbestellungen SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN können unter www.amazon.de/spiegel versandkostenfrei innerhalb Deutschlands nachbestellt werden.

Historische Ausgaben Historische Magazine Bonn www.spiegel-antiquariat.de Telefon: 0228 9296984

Abonnement für Blinde Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e.V. Telefon: 06421 606265
Elektronische Version, Frankfurter Stiftung für Blinde
Telefon: 069 9551240

Abonnementspreise
Inland: 52 Ausgaben € 228,80
Studenten Inland: 52 Ausgaben € 153,40 inkl. sechsmal UNI SPIEGEL
Auslandspreise unter www.spiegel.de/ausland
Mengenpreise auf Anfrage.
Der digitale SPIEGEL: 52 Ausgaben € 202,80 (der Anteil für das E-Paper beträgt € 171,60)
Befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Kundenservice Persönlich erreichbar
Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr, Sa. 10.00 – 18.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070
E-Mail: aboservice@spiegel.de



Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an:
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg –
oder per Fax: 040 3007-3070, www.spiegel.de/abo



Ich bestelle den SPIEGEL
 für € 4,40 pro gedruckte Ausgabe
 für € 3,90 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 3,30)
 für € 0,50 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,48) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe. Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar. Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

E-Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht)

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung.
Hinweise zu den AGB und meinem Widerrufsrecht finde ich unter www.spiegel.de/agb

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten SP16-003, SD16-006
SD16-008 (Upgrade)

DER SPIEGEL (USPS no 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Known Office of Publication: German Language Publications Inc, 153 S Dean St, Englewood NJ 07631, 1-855-457-6397. Periodicals postage is paid at Paramus NJ 07652. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, PO Box 9868, Englewood NJ 07631.



GUILLERMO ARIAS / AP

VIKTOR KORTSCHNOI, 85

Zu seiner großen Zeit war Schach mit Weltpolitik verknüpft. 1976 hatte sich der gebürtige Leningrader aus der UdSSR in den Westen abgesetzt. Schon zwei Jahre später trat er für die Schweiz zum Kampf um die Weltmeisterschaft gegen Titelverteidiger Anatoli Karpow an, den Günstling der sowjetischen Staatsführung. Eine Begegnung voller Kalter-Krieg-Symbolik, der Dissident forderte den Linientreuen heraus. Kortschnoi spielte mutig – und verlor äußerst knapp, weil er zu viel riskierte. 1981 scheiterte er abermals an Karpow. Weltmeister wurde Kortschnoi nie, aber mit seinem aggressiven Spielstil hielt er sich über Jahrzehnte in der Weltspitze. Sogar ein Schlaganfall im Jahr 2012 brachte ihn nicht dazu, jenes Spiel aufzugeben, das er „sein Leben“ nannte. Viktor Kortschnoi starb am 6. Juni im schweizerischen Wohlen. hac



CARMEN VALINO / AP

PETER SHAFER, 90

Er war einer der prägenden Autoren des angloamerikanischen Theaters der Siebziger- und Achtzigerjahre und gewann mehrere Tony-Awards. Stücke wie „Amadeus“, „Equus“ oder „Lettice and Lovage“ („Laura und Lotte“) liefen lange erfolgreich in Londons West End sowie am Broadway und wurden in vielen Ländern nachgespielt. Shaffer, der einen

ebenfalls schreibenden Zwillingbruder namens Anthony hatte, konstruierte seine Dramen auffallend oft um eine antagonistische Zweierkonstellation herum. In seinem bekanntesten, „Amadeus“, geht es um den genialen Mozart und den mittelmäßigen Komponisten Antonio Salieri, der, so suggeriert das Stück fälschlicherweise, den Rivale vergiftet habe. Verfilmt von Milos Forman, wurde das Drama auch im Kino ein Hit, Shaffer bekam für sein Drehbuch 1985 einen Oscar. Der Autor tat sich beim Schreiben schwer. Immer wieder überarbeitete er seine Texte, bis sie die scheinbar mühelos erreichte Professionalität hatten, die den Anforderungen an ambitioniertes Gegenwartstheater entsprachen. Peter Shaffer starb am 6. Juni während einer Irlandreise. kro

SASCHA LEWANDOWSKI, 44

Er galt als einer der talentiertesten Vertreter einer neuen Generation deutscher Fußballtrainer. Bayer Leverkusen war der Verein, der den gebürtigen Dortmunder prägte und dem er viel zurückgab: In 45 Bundesligaspielen übernahm Lewandowski als Cheftrainer erfolgreich die Verantwortung. Lieber arbeitete er aber für den Verein als Nachwuchscoach – das Scheinwerferlicht des Profifgeschäfts, die Geschwätzigkeit der Branche, das mediale Dauerfeuer blieben dem selbstkritischen



SEBASTIAN WELLS / IMAGO

und bisweilen zur Ungeduld neigenden Fußballexperten suspekt. Im vergangenen September sagte der von namhaften Erstligisten wie dem FC Schalke umworbene Lewandowski überraschend einer Offerte des Zweitligaklubs Union Berlin zu. Ein halbes Jahr später gab er den Job mit Hinweis auf ein Burn-out-Syndrom auf. Sascha Lewandowski, der mit der WDR-Sportreporterin Anne van Eickels liiert war, wurde am 8. Juni tot in seiner Bochumer Wohnung aufgefunden. wul

SIEGFRIED STOCKER, 71

Der Münchner Volkswirt schuf eine Art zweites Reinheitsgebot: für Brot. Mehl, Wasser, Salz, ein paar Gewürze, mehr durfte nicht hinein. Das Getreide musste aus Öko-Anbau stammen, was rar war 1970, als Stocker den Betrieb der Hopffisterei von seinem Vater übernahm. Die Brote mit markanter Kruste ließ er in alten Steinöfen backen. Wie ein Missionar reiste Stocker durch Bayern, versammelte die Bauern und predigte von gesundem Landbau und sauberem Grundwasser. Er erntete Gelächter. Am



LINDENHALER / IMAGO

Ende lachte er. Stocker machte aus der Hopffisterei ein Unternehmen mit 163 Filialen, knapp tausend Mitarbeitern und 93 Millionen Euro Umsatz im Jahr. Er gründete eine Biomühle und eine Biometzgerei. Sein Engagement wurde mit dem Bayerischen Verdienstorden und dem Umweltpreis der Europäischen Kommission belohnt. Siegfried Stocker starb am 4. Juni in München. cnm

DAVID GILKEY, 50

Gleich nach dem Studium hatte der in Portland, Oregon, geborene Gilkey beschlossen, als Fotograf die Leiden der Menschen in Krisenregionen für die Öffentlichkeit sichtbar zu machen. So war er fortan in der Welt unterwegs, berichtete zunächst viel aus Afrika, aber auch aus Israel, Haiti und vom Balkan. Seit dem 11. September 2001 begleitete er vor allem die Kriege in Afghanistan und im Irak mit seiner Kamera. Seine Arbeiten wurden mit einem Emmy, einem Peabody-Preis, dem George-Polk-Preis und einem von der Fotografenvereini-

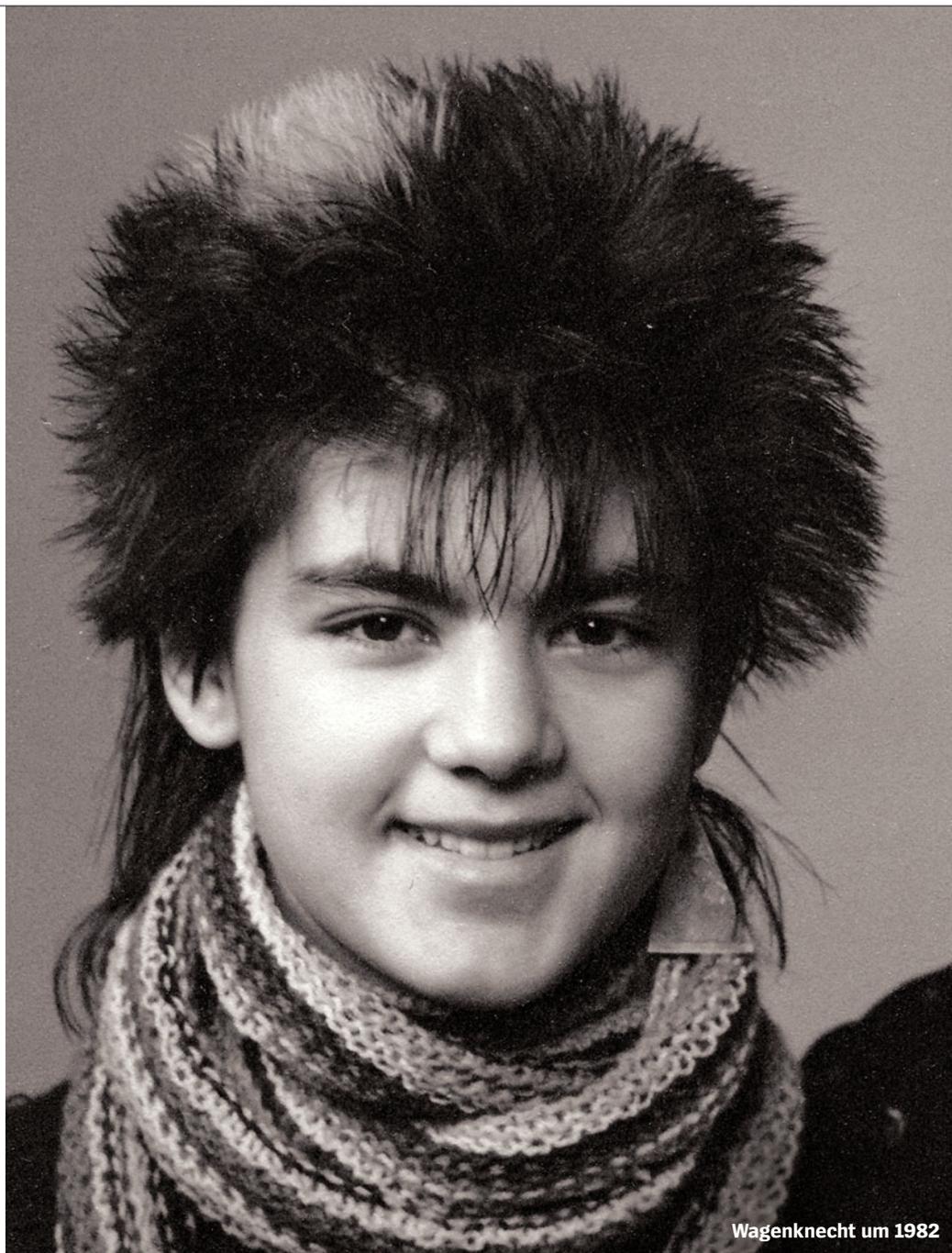


CHIP SOMODIVILLA / AFP

gung des Weißen Hauses gestifteten Preis ausgezeichnet. Gemeinsam mit seinem einheimischen Übersetzer Zabihullah Tamanna geriet David Gilkey nahe der afghanischen Stadt Mardscha unter Beschuss von Taliban. Beide starben am 5. Juni. kle

Stures Kind

Die Fraktionsvorsitzende der Partei Die Linke, **Sahra Wagenknecht**, heute 46, will den Sozialismus für Deutschland, doch gruppendynamische Prozesse verabscheute sie schon als Kind. Das gestand die Politikerin in einem Interview mit der Psychologin Ulrike Döpfner über die Frage „Was für ein Kind waren Sie?“ für das Magazin „L'Officiel“. „Ich war nie ein Gruppenmensch“, sagt Wagenknecht und: „Aus den damals obligatorischen Gruppenaktivitäten, etwa in der FDJ, habe ich mich, so weit es ging, herauszuhalten versucht.“ Sie beschreibt sich selbst als „pflegeleichtes Kind“, das sich viel mit sich selbst beschäftigte, aber auch als „nicht einfach“, weil sie „ziemlich eigensinnig, bockig und stur“ sein konnte. Ihr starkes Bedürfnis nach Individualität brach sich schon im Vorschulalter Bahn: „Ich wollte nicht in den Kindergarten – das war ein Teil meiner Sturheit. Einfach nur im Sand spielen hat mich gelangweilt.“ Während ihre Mutter in Berlin studierte, verbrachte sie bis zu ihrer Einschulung eine „sehr glückliche Kindheit“ bei den Großeltern auf dem Land. ks



Wagenknecht um 1982



MATTHIAS JUNG / LAIF

Berühmter Tropfen

Der ehemalige Sozialminister **Norbert Blüm**, 80, hat vor zwei Wochen sein Ehrenamt als Vorsitzender des Stiftungsrats der Kindernothilfe niedergelegt. Jetzt wird klar, warum: In einer Diskussion um die Ausrichtung des Vereins hatte er gefordert, dass die Kindernothilfe minderjährige Flüchtlinge in Deutschland unterstütze. Die Satzung sieht ein direktes Engagement im Inland bislang jedoch nicht vor, vor allem Kindern in Entwicklungsländern soll gehol-

fen werden. Blüm schrieb an die Vorstandsmitglieder des Vereins, dass mit Kirchentagsreden noch niemand gerettet worden sei. Es gebe für die Kindernothilfe in Deutschland naheliegende, akute Aufgaben. „Die Verweigerung, über den Schatten der eigenen Gewohnheiten zu springen, war für mich der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte“, so Blüm. Die Kindernothilfe erklärt, dass an einem Schutzkonzept für Flüchtlingskinder in Deutschland gearbeitet werde. bs

Über den Wolken

Der Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete **Niels Annen**, 43, und die grüne Parlamentsvizepräsidentin Claudia Roth bewiesen auf einer Lateinamerikareise mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier



THOMAS KOEHLER / PHOTOTHEK.NET

ihr Gesangstalent. Auf dem Nachtflug von Mexiko zurück nach Berlin servierte die Crew des Regierungs-Airbus zunächst Margaritas, dann packte Popsängerin **Alin Coen**, 34, ihre Gitarre aus. Die Künstlerin, die im September mit ihrer Band auf Tour geht, war als Mitglied von Steinmeiers Kulturdelegation in Mexiko dabei. SPD-Mann Annen gab „Geiler is’ schon“ von Marius Müller-Westernhagen zum Besten, Grünen-Frau Roth präsentierte inbrünstig den französischen Chanson „Le déserteur“. Am Ende stimmten sie den Dylan-Klassiker „Blowin’ in the Wind“ an. Die meisten von Steinmeiers Mitreisenden sangen mit, nur der Außenminister zog sich in seine Kabine im vorderen Teil des Flugzeugs zurück. csc

Ausputzer

Es war eine Art Heimkehr: Anfang Juni trat der Oscarpreisträger **Matt Damon**, 45, am Massachusetts Institute of Technology (MIT) auf, einer der renommiertesten technischen Hochschulen in den USA. Wie die Harvard-Universität sitzt das MIT in Cambridge, Damons Heimatstadt in der Nähe von Boston. Damon hat einst in Harvard Englisch studiert, nebenbei spielte er Theater. Doch als Hollywood rief, brach er das Studium ab. Sein erster großer Erfolg war die Titelrolle in „Good Will Hunting“ (1997), Damon verkörperte darin ein verkanntes Mathegenie, das als Putzmann jobbt, ausgerechnet am MIT. Vielleicht auch deshalb befand die Hochschule den Hollywoodstar jetzt für würdig, die akademische Festrede zu Ehren der diesjährigen Absolventen zu halten – eine Aufgabe, die in der Vergangenheit Persönlichkeiten

wie Helmut Schmidt oder Bill Clinton vorbehalten war. „Und wen bekommen Sie? Den Typen, der in einem Zeichentrickfilm ein Pferd gesprochen hat“, juxte Damon in seiner Ansprache. Der Schauspieler forderte die Absolventen auf, „alles stehen und liegen zu lassen“, um die Probleme der Welt zu lösen. Er selbst aber habe keine Ambitionen, in die Politik zu gehen, sagte Damon. mwo



MAARTEN DE BOER / CONTOUR BY GETTY IMAGES



HARALD KNITTER / DPA

Die Augenzeugin

„Männer beobachten“



HARALD KNITTER

Marianne Holtkötter, 58, ist Primatologin im Stuttgarter Zoo Wilhelma, der versucht, Orang-Utans über Videos zu verkuppeln. Die Menschenaffen sind bei der Partnersuche sehr wählerisch, nicht immer führt die Vermittlung zwischen verschiedenen Zoos zum Erfolg. Bevor die Tiere zur Paarung durch halb Europa transportiert werden, soll das virtuelle Date zeigen, ob die Affen sich mögen.

„Unsere Orang-Utan-Dame Sinta war ganz gebannt, als wir ihr auf einem Laptop das Video von Gempa, einem Orang-Utan-Mann aus dem Prager Zoo, gezeigt haben. Zehn Minuten lang hat sie sich die Aufnahmen konzentriert angeschaut. Unsere Pflegerin sagt, sie habe Sinta noch nie so fasziniert gesehen. Sinta und Gempa sollen in einem Zoo in der Nähe von Brüssel zusammengebracht werden und dort Nachwuchs bekommen. Die Videos sollen zeigen, ob sich die Affen sympathisch sind. Europäische Zoos tauschen geschlechtsreife Tiere untereinander aus, um damit die aussterbende Art zu erhalten. Der Lebensraum von Orang-Utans in Indonesien und Malaysia verschwindet, weil Regenwald abgeholzt und durch Palmölplantagen ersetzt wird.

Orang-Utans sind Einzelgänger, anders als Gorillas und Schimpansen, die in Gruppen leben. In freier Natur suchen sich die Orang-Utan-Frauen ihren Partner aus und sind dabei sehr wählerisch. Die Zoos handhabten das meist anders, ein Orang-Utan-Mann teilte sich mit mehreren Weibchen ein Gehege. Der Zoo in Belgien hat eine neue Anlage, dort kann Sinta zwei verschiedene Orang-Utan-Männer beobachten und sich entscheiden, welcher ihr besser gefällt. Wir haben einen holländischen Experten gefragt, ob es sich lohnen würde, per Video eine Vorauswahl zu machen, und das probieren wir jetzt.

Ich weiß nicht, wie Orang-Utans schauen, wenn sie sich verlieben, aber ich glaube nicht, dass das gleich auf dem Bildschirm geht. Der Geruch, die Laute, die Reaktion des anderen fehlen. Orang-Utans sind sehr sensible Tiere. Unser Ziel ist es, dass mehr Zoos in Europa das Videodating ausprobieren. In ein paar Jahren können wir die Reaktionen der Affen hoffentlich besser lesen und auf dieser Grundlage entscheiden, welche Orang-Utans zusammenpassen könnten. Bei Schimpansen oder Gorillas ist das leichter, über Orang-Utans wissen wir noch viel zu wenig, deshalb haben sie in Zoos so wenig Nachwuchs.“

Aufgezeichnet von Philipp Kosak



„Der, wie ich finde, treffendste Aphorismus zu Horst Seehofer lautet: ‚Der Mann ist wie eine rollende Kanone an Deck.‘“

Joerg Goy, Handewitt (Schl.-Holst.)

Löblicher Schritt

Nr. 23/2016 Geht's noch? – Die Kanzlerin und ihr Seehofer: Eine eitle Feindschaft wird zur Gefahr für das Land

Das Titelbild ist phänomenal: Merkel erstartet, Seehofer zuckt – noch.

Manfred G. Gerschütz, Lauf-Schönberg (Bayern)

Ein Titelbild wie eine Abituraufgabe. Interpretieren Sie folgende Darstellung zweier Volksführer. Also: Merkel als Flottenadmiral in liberalgelber Uniform mit schwarzer Hose. Diese hat sie bei den Schwarzen ja an, lässt aber vermeintlich Raum für Andersdenkende. Als politisches Schwergewicht hinterlässt sie sogar einen deutlichen Eindruck bei den Roten. Daneben ein politischer Halbstarker im Rang eines Leichtmatrosen, der nicht mal bei den Roten einen Eindruck hinterlässt. Verkniffen-bockiger Gesichtsausdruck, weil er wieder mal eckestehen musste. Fühlt sich an den Rand gedrängt, was seine geballten Fäuste zeigen. Ein Anzug wie ein Trauerflor. Eine klein karierte Krawatte hätte mehr Ausdruck verliehen. So bleibt nur der Eindruck eines Streifenhörnchens.

Tom und Irene Brüderl, Landshut (Bayern)

Tja, Herr Seehofer, Merkel hat ihren verdienten Platz in der Geschichte schon. An Sie wird man sich höchstens als Steigbügelhalter der AfD erinnern.

Dr. Jean-Arno Topp, Moosinning (Bayern)

Mir fallen spontan drei Möglichkeiten ein, wie man das Problem lösen könnte: Die CDU beweist Mut, indem sie die Fraktionsgemeinschaft auflöst und die Koalition mit der CSU beendet; bei der nächsten Bundestagswahl kann die CSU als eigenständige Partei bundesweit antreten. Oder die CSU beweist Mut, indem sie die Fraktionsgemeinschaft kündigt und die Koalition mit der CDU verlässt, um bei der nächsten Bundestagswahl als eigenständige Partei auf das Votum der Wähler zu setzen. Oder die SPD beweist Mut, indem sie aus der Koalition aussteigt, um genüsslich zuzuschauen, wie sich die beiden „Schwesterparteien“ gegenseitig zerfleischen.

Andreas Baus, Karlstadt-Gambach (Bayern)

Der Hecht im Karpfenteich hat seine legitime Rolle. Strauß, Stoiber, Seehofer – alle haben sie ihre Meinung sagen dürfen. Sie könnten aber in ihrem Übermaß und ihrem Sendungsbewusstsein dem Gemeinwesen auch einen Schaden zufügen.

Herbert Hirschmann, Geesthacht (Schl.-Holst.)

Der gut recherchierte Artikel sollte einen Nachsatz bekommen: nächste Wahl. CDU und CSU treten konkurrierend jeweils in ganz Deutschland an. Ergebnis: 33 Prozent für die CSU, bundesweit. CDU verkommt mit 8 Prozent zur Splitterpartei. AfD 15 Prozent und damit zu klein für eine Koalition. Was bleibt, wäre nur wieder die SPD in einer Großen Koalition mit der CSU. Immerhin: Es könnte dennoch ein Erfolg werden, wenn es gelingt, das Flüchtlingsproblem mit gutem Gewissen und auch ausnahmsweise christlich zu lösen.

Wolfgang Koller, Meerbusch (NRW)

Es geht hier nicht um Rache. Fakt ist: Merkel hat ohne Absprache mit den EU-Partnern Hunderttausende Flüchtlinge unkontrolliert ins Land gelassen und die EU vor vollendete Tatsachen gestellt. Das ist ein unsäglich dummes und hochnäsiges Verhalten. Der absolute Hammer war, dass es für Flüchtlinge keine Obergrenze gibt. Das versteht kein normaler Bürger.

Manfred Eich, Nürnberg

Vor dem Hintergrund der Isolation Deutschlands in der Flüchtlingsfrage wird es Seehofer nicht gerecht, wenn sein Widerstand gegen diesen deutschen Sonderweg als Machtspielchen oder gar als Rachefeldzug abgetan wird. Er versucht in erster Linie, Schaden von Bayern und der CSU abzuwenden, gleichzeitig ist seine Standhaftigkeit der einzige Weg, Europa vor dem weiteren Voranschreiten einer existenzbedrohenden Krise zu bewahren.

Frank Herberg, Braunschweig

Chauvinistische Scharlatane

Nr. 22/2016 Robert Kagan, Vordenker der US-Neocons, hält Donald Trump für einen Wegbereiter des Faschismus

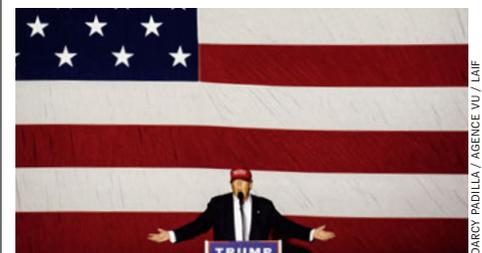
Trump gefährdet die Demokratie in den USA? Der Artikel verführt dazu zu denken, dass vor Trump alles in Ordnung war. Nicht dass ich es befürworten würde, wenn Trump Präsident werden würde – aber kann es schlimmer kommen als das, was wir heute schon haben? Schwache USA, die es nicht schaffen, Konflikte zu lösen. Es wäre ein Gewinn, wenn schnellstmöglich aus G7 wieder G8 werden würde.

Angelika Winkler, Nienhagen (Nieders.)

Der ehemalige Reichskanzler Franz von Papen glaubte am Anfang daran, dass er Hitler würde zähmen können. Es ist anders gekommen, und auch im Falle Trump sollten sich seine Wähler nicht darauf verlassen,

dass er sich demokratischen Gepflogenheiten unterwerfen wird. Kagans Essay ist nicht nur in Bezug auf die US-Verhältnisse weit-sichtig, auch in Europa gibt es die Sehnsucht nach einem starken Mann. Die Leute sollten wissen, worauf sie sich bei den nationalistischen, chauvinistischen Scharlatanen einlassen, die derzeit aus allen Löchern kriechen. Geschichtliches Basiswissen, regelmäßiges Informieren und nicht vermeintlich einfache Antworten glauben – das reicht bereits aus, um die Verführer von heute zu entlarven.

Günter Pesler, Baesweiler (NRW)



US-Präsidenschaftsbewerber Trump

Mit Befremden liest man, dass die Schwachstelle „Demokratie“ dafür verantwortlich sei, dass Figuren wie Trump plötzlich eine solche Begeisterung entfachen können. Also eine induzierte und gelenkte Massenpsychose aus dem Nichts?

Ivar Friedrich, Trier

Modernes Raubrittertum

Nr. 22/2016 Investor Christopher Hohn über seine Attacke gegen VW

Ihr Interview spiegelt die Arroganz des Kapitals sprichwörtlich wider. Hohn spielt den Alleswisser von VW. Dass VW hoch technische Produkte liefert, die nur von hoch motivierten Facharbeitern umgesetzt werden können, die dafür einen Lohn bekommen, der ihrer Leistung entspricht, kann er gar nicht verstehen. Es ist völlig in Ordnung, die Mitarbeiter am Gewinn teilhaben zu lassen: Das Geld wird ausgegeben und hält den Laden Deutschland am Laufen.

Roland Rademacher, Gosheim (Bad.-Württ.)

Dass Hohn Winterkorn unterstellt, „Kostensenkungen sind was für Looser“, sehe ich als ehemaliger Projektleiter von „Wiko“ ganz anders. Hohn macht weiter klar und deutlich, dass er zum modernen Raubrittertum steht. Wir dürfen nicht nachlassen, die Souveränität über unser Geld wiederzuerlangen und jeden abzuwählen, der sich dieser „Strategie des Hohns“ anschließt.

Klaus-Dieter Balke, Wendeburg (Nieders.)

Neue richtige Töne

Nr. 22/2016 SPIEGEL-Gespräch mit Außenminister Sebastian Kurz

Ein tolles Interview. Herr Kurz ist ein richtiger Europäer.

Werner Blum, Bremen

Dass sich der SPIEGEL die Ösi-Welt ausgerechnet vom karrieregeilen, ultrakonservativen Kurz erklären lässt, ist schon ärgerlich. Denn noch immer schafft es Kurz nicht, sich vom deutschnationalen Hofer und dessen FPÖ zu distanzieren. Im Übrigen sollte nicht nur die AfD, die Frauke Petry vergeblich zur erhofften Siegesfeier nach Wien geschickt hat, sondern auch das deutsche Feuilleton zur Kenntnis nehmen, dass Österreich zwar den Rechtspopulismus hoffähig gemacht, dessen Kandidaten nun aber „arschnapp“ (Van der Bellen) in die Wüste geschickt hat. Rechtspopulismus lässt sich eben auch besiegen, wenn man mal zu jammern aufhört – vielleicht eine kleine Lektion aus Österreich für Frankreich und Deutschland?

Dr. Wolfgang Förster, Wien



Österreichischer Außenminister Kurz

Es ist eine absolute Wohltat, von einem Politiker endlich klare Worte zu diesem stumpfsinnigen Abkommen mit der Türkei zu hören. Ein Politiker, der Europa immer wieder mit diesem Flüchtlingsdeal erpresst, ist nicht vertrauenswürdig, und daher war die Haltung von Merkel und der EU mehr als kurzsichtig. Diese Worte von Kurz sind neue, richtige Töne.

Florian Michlmair, Rohr im Kremstal (Österreich)

Erbärmlich und armselig!

Nr. 22/2016 Die Digitalisierung hat unsere Gesellschaft freier gemacht

Kollege Altmeyer hat recht, wenn er auf die Wichtigkeit von Bedeutungs- und Resonanz erleben hinweist. Beides ist jedoch nicht Selbstzweck, zu dem es sich aufgrund der Sogwirkung der „sozialen“ Medien rasch entwickeln kann, sondern ein integrierter Bestandteil menschlichen Fühlens, Denkens und Handelns. In dieser Funktion dient es nicht der Steigerung eigener Bedeutung im Sinne eines Alleinstellungsmerkmals im gesellschaftlichen oder ökonomischen Sinne, sondern der Entwicklung

der Identität einer Person, also eines stimmigen „Ichgefüges“. Und Letzteres ist nicht Folge von Anpassung, sondern vorrangig von Abgrenzung. Resonanz entsteht durch Stille und die Fähigkeit des Überdenkens und Nachfühlers. Sie gelingt umso besser, je unabhängiger ein Mensch diesbezüglich von der Meinung anderer ist. Ein differenzierter Umgang mit digitalen Medien setzt solcherlei Autonomie voraus. Das Problem ist nur, diese Medien haben alles andere zum Ziel als deren Vermittlung. Im Gegenteil: Die von ihnen transportierte Bedeutung beruht in hohem Maße auf Anpassung, dem Schwimmen im Mainstream.

Dr. Eduard Geisler, Psychotherapeut, Nürtingen (Bad.-Württ.)

Mir tun Menschen leid, die ihr Selbstwertgefühl daraus ziehen, Selfies, ihr Mittagessen oder andere Banalitäten in die sozialen Netzwerke zu stellen. Einfach erbärmlich und armselig!

Alfred Verstl, Calw (Bad.-Württ.)

Frühling ohne Wonne

Nr. 22/2016 1816 – das Jahr ohne Sommer

Dieses Ereignis hat nicht nur die Kulturgeschichte beeinflusst, sondern auch die Technik. Die Supereruption des Tambora verursachte eine Kälte, die Ernteauffälle und eine dramatische Hungersnot für die Menschen und Futtermangel für die Tiere zur Folge hatte. Pferde wurden damals notgeschlachtet. So sieht man die Erfindung des Fahrrads 1817, durch den Forstlehrer Karl Drais, in Zusammenhang mit diesen widrigen Wetter- und Lebensumständen.

Barbara Wagner, Nürnberg

Wie würde sich im Jahr 2020 bei etwa zehn Milliarden Menschen eine vergleichbare Naturkatastrophe weltweit auswirken? Wie viele Millionen würden sich dann auf die Flucht begeben? Was wäre, wenn sich ein indisches Tschernobyl ereignen würde und plötzlich 500 Millionen Inder vor den Toren Europas stünden? Das eine oder andere wird bestimmt irgendwann eintreffen.

Frank Adler, Fürth (Bayern)

In Johann Peter Hebels „Der Rheinländische Hausfreund auf das Jahr 1817“ steht: „Das Jahr 1816 / Ein Frühling ohne Wonne / Ein Sommer ohne Sonne / Ein Herbst ohne Wein / Vielleicht ein harter Winter hinter drein! Kann man dieses nicht von dem Jahr 1816 mit Recht sagen? Ist man nicht wochenlang oft in seinem Stüblein gesessen und hat auf die Sonne geharret und sie ist nicht erschienen gleichsam als hätte sie befürchtet, sie möchte nass werden!“ Die Kalender sind, was die alltägliche Geschichte anbetrifft, sehr zuverlässig und überliefern Daten, die nie in die Historiografie gelangen: eine Fundgrube der Merkwürdigkeiten.

Prof. Dr. Jan Knopf, Karlsruhe

Oh, oh, nein, nein!

Nr. 22/2016 Leitartikel – Mesut Özil, der Fußball und die deutsche Islam-Debatte

So einen konstruierten Blödsinn habe ich schon lange nicht mehr gelesen! Özil (und Co.) sollen guten Fußball spielen und sich auf die dafür maßgeblichen Tugenden besinnen – ob mit Allah, Jesus, Buddha oder sonst jemandem, ist wahrlich egal.

Reinhard Mayer, Waldkirchen (Bayern)

Pilger Özil als gläubiger Muslim nach Mekka, ist das seine Privatsache. Postet er davon ein Foto auf Facebook, ist das ein politisches Statement. Das, verbunden mit seiner Weigerung, die Nationalhymne zu singen, ist ein eindeutiger Hinweis darauf, wo Özil den Kern seiner Identität sieht: in seiner Religion und nicht in seinem Geburtsland, dem Land, dem er alles zu verdanken hat. Das hat nichts mit Integration zu tun, das ist ein Aufruf zur religiös-identitären Abschottung.

Michael Dienstbier, Bochum

Hätte die deutsche Nationalhymne eine größere Chance, von der Mannschaft weniger emotionslos vorgetragen zu werden, wenn wir uns kraftvoller zu den in ihr versammelten Religionen bekennen würden? Wir sollten unseren Jubel oder unsere Trauer um unsere Fußballer nicht mit der schwierigen Islam-Debatte verquicken.

Prof. Dr. Günther Sokoll, Bonn



Pilger Özil in Mekka

Oh, oh, nein, nein! So einfach geht die Formel nicht! Durch Fußball zur Generalaussage „Der Islam gehört dazu!“ zu kommen ist wohl die dümmste Argumentation, um Meinung zu machen. Religionsfreiheit – ja! Den Islam Deutschland unterjubeln – nein!

Jürgen Ratzel, Linkenheim-Hochstetten (Bad.-Württ.)

Der Leitartikel könnte so schön hoffnungsvoll stimmen, wäre da nicht die harte Realität: Pegida Bodensee gegen Bildchen auf Kinder-Schokolade und Gauland gegen Boateng als Nachbarn für aufrechte Deutsche. Leider nur geträumt!

Gert Häusler, Schwetzingen (Bad.-Württ.)

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe (leserbriefe@spiegel.de) gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter www.spiegel.de zu archivieren.

Aus der Kundenzeitung für nachhaltiges Leben „Quell“: „Hügelbeete sind aber natürlich nicht konfessionell gebunden. Am Umbau der Welt zum Garten kann sich jeder beteiligen.“

Frauen ab 50 sollten beim Duschen aufs Kleingedruckte achten

Duschgel wärmen Frauen gern nach der schönen

Aus einer Werbung der Firma Dr. Wolff

Aus dem „Tagesspiegel“:
„Anders als Kressin nahm Sieghardt Rupp das eigene Leben nicht so leicht. Geschieden, das einzige Kind, eine Tochter, schon zu deren Lebzeiten zu Grabe getragen, lebte er quasi versteckt in Wien.“



Verkehrsschild in der Nähe des Schlosses Lichtenstein

Aus der „Bilanz“ über Sahara Wagenknecht: „Sie lebt zusammen mit ihrem derzeitigen Ehemann Oskar Lafontaine (72).“

Ein Ziel ist schon erreicht

Évian-les-Bains empfängt die Weltmeister farbenfroh / Rüdiger reißt sich das Kreuzband

Aus der „Badischen Zeitung“

Aus den „Waldkraiburger Nachrichten“:
„Dabei saßen die Toten ausnahmslos auf Motorrädern oder Fahrrädern, einer von ihnen war ein syrischer Flüchtling.“



Hinweisschild am Buffet des Jiva Beach Resort in Fethiye (Türkei)

Aus der „Bergedorfer Zeitung“:
„Am Tag nach seiner Entlassung, am 3. Mai, verstieß Thomas B. gegen die ihm gerichtlich auferlegte Weisung, Alkohol zu trinken.“

DER SPIEGEL

Edition Geschichte



NEU

Jetzt im Handel

Antike
Die hohe Kunst des Schiffbaus

Mittelalter
Freiheit und Moral beim Sex

Moderne
Siegeszug der Popkultur

Zitate

Die französische Tageszeitung „Le Monde“ zum SPIEGEL-Interview „Boateng will jeder haben“ mit dem stellvertretenden AfD-Chef Alexander Gauland (Nr. 23/2016):

Viele Kommentatoren sind in der Tat überzeugt, dass Alexander Gauland, der gern als der parteiinterne Intellektuelle auftritt, ein neues Signal an rechtsextreme Sympathisanten schicken wollte, die sich in dieser Mannschaft nicht wiederfinden, weil sie zwar Weltmeister ist, aber in ihren Augen zu multikulturell. Der SPIEGEL hob dagegen als Beispiel für die Integration von Muslimen in Deutschland einen weiteren Star der Mannschaft hervor, Mesut Özil, der ein Foto von sich während der Pilgerfahrt nach Mekka veröffentlichte.

Die „Süddeutsche Zeitung“ zum SPIEGEL-Gespräch „Wer sagt, dass er nicht will?“ mit Hamburgs Erstem Bürgermeister und SPD-Vize Olaf Scholz (Nr. 23/2016):

Eine Woche später äußert sich nun Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz im SPIEGEL. Auch Scholz lässt keinen Zweifel an seiner Loyalität zum Vorsitzenden aufkommen. Doch auch er lässt einigen Spielraum für Interpretationen: Es sei gut, sagt Scholz, „dass die SPD eine Reihe von Personen hat, denen man das Kanzleramt zutraut“. Und es sei „keine Strafe, Kanzlerkandidat der SPD zu werden“.

„Der Tagesspiegel“ zum SPIEGEL-Artikel „Merkel will eigenen Kandidaten“ über die Nachfolge von Joachim Gauck (Nr. 23/2016):

Die Union will laut einem Medienbericht aber mit einem eigenen Kandidaten antreten. Merkel wisse, dass die Partei das von ihr erwarte, schreibt der SPIEGEL. Kurz vor der Bundestagswahl könne die Union aus taktischen Gründen keinen gemeinsamen Kandidaten mit SPD oder Grünen präsentieren. Als aussichtsreicher Bewerber gelte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU).

Auszeichnungen

Ann-Katrin Müller und Alexander Neubacher sind mit dem Medienpreis des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte in Deutschland ausgezeichnet worden. In der SPIEGEL-Titelgeschichte „Die Chancenlüge“ (Nr. 20/2015) zeigen die SPIEGEL-Redakteure, warum schon die Geburt über Bildungs- und Aufstiegschancen entscheidet.

Digital lesen + Denver-Tablet!



Für nur
€ 1,-*

Denver-Tablet 10,6" 16 GB – ohne Vertrag

Mit 26,9-cm-Touchscreen, 1,3-GHz-Prozessor und Android 5.1.

*Zuzahlung: € 1,- bei einem Jahresbezug des digitalen SPIEGEL für nur € 50,70 vierteljährlich.

„**Darauf hast du gewartet:** dein neues Tablet von Denver, das dich nur einen einzigen Euro du den **digitalen SPIEGEL**  kostet. Und darauf könntest lesen – schon freitags ab 18 Uhr. So würdest du bestens informiert ins Wochenende starten und all die Vorteile deines **neuen Denver-Tablets** nutzen. Das Warten hat jetzt ein Ende.“

Jetzt den digitalen SPIEGEL + Tablet sichern.

Gleich bestellen unter:

 www.spiegel.de/tab2016

SD16-080



Noch vor Erscheinen der Print-Ausgabe. Schon ab freitags 18 Uhr.



Ausgaben auch offline lesen oder als PDF speichern.



Mit vielen multimedialen Inhalten und zusätzlicher Visual Story. Ab jetzt auch viele Artikel vorlesen lassen!



Exklusiv: Mit der SPIEGEL-ID jede Ausgabe auf bis zu 5 verschiedenen Geräten lesen.



Kostenloser Zugriff auf den neuen digitalen LITERATUR SPIEGEL.



Alle E-Books aus dem SPIEGEL-Verlag inklusive.

SOMMER-SPECIAL

Aktionspreis für volle 24 Monate!*

1&1 ALL-NET-FLAT

✓ **FLAT** FESTNETZ

✓ **FLAT** ALLE DEUTSCHEN
HANDY-NETZE

✓ **FLAT** INTERNET

9,99 ~~14,99~~
€/Monat*
Volle 24 Monate!



Huawei P9



HTC 10



SAMSUNG Galaxy S7 edge



☎ 02602/96 96



1und1.de

*9,99 €/Monat während der Vertragslaufzeit von 24 Monaten. Einmaliger Bereitstellungspreis 29,90 €, keine Versandkosten. Auf Wunsch mit Smartphone für 10,- € mehr pro Monat, ggf. zzgl. einmaligem Gerätepreis. Tarifpreis im E-Netz. Weitere Tarife ohne einmaligen Gerätepreis (Smartphone für 0,- €), sowie in D-Netz Qualität verfügbar. Preise inkl. MwSt. 1&1 Telecom GmbH, Elgendorfer Straße 57, 56410 Montabaur